

Stenographischer Bericht

44. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 17. Juni 2003

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves.

1. Zuweisungen, Bekanntgabe von Anträgen, Mitteilungen.

Dringliche Anfrage der SPÖ, betreffend Revision der Transeuropäischen Netze, deren Folgewirkungen auf die Steiermark und künftigen Konsequenzen daraus, an Frau Landeshauptmann Klasnic.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Schrittwieser.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Klasnic.

Beschlussfassung.

Dringliche Anfrage der Grünen und der SPÖ, betreffend Transeuropäische Netze, an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Hagenauer.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl.

Redner: Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Stöhrmann, Abg. Strassberger, Abg. Kröpfl, Abg. Hagenauer, Abg. Wiedner, Abg. Schrittwieser.

Beschlussfassung.

2. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1350/1, betreffend den ersten Vierteljahresbericht 2003 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichterstatter: Abg. Majcen.

Redner: Abg. Majcen, Abg. Hagenauer, Abg. Dietrich, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Gödl.

Beschlussfassung.

3. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1343/1, betreffend den Förderungskatalog 2002.

Berichterstatter: Abg. Erwin Gruber.

Redner: Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Erwin Gruber, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Wiedner, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Mag. Zitz.

Beschlussfassung.

4. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1342/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 576, Grundbuch 63101 Innere Stadt, Grundstücksadresse 8010 Graz, Opernring 18 an die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft Steiermark, 8010 Graz, Hamerlinggasse 3 um einen Kaufpreis von 3.066.793 Euro.

Berichterstatter: Abg. Riebenbauer.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 6.

Beschlussfassung.

5. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1345/1, betreffend den Verkauf des Grundstückes Nr. 428/11, EZ. 398, GB. 66188 Wagna mit einer Fläche von 8102 Quadratmeter um einen Kaufpreis von 461.814 Euro an die Marktgemeinde Wagna.

Berichterstatterin: Abg. Mag. Koller.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 6.

Beschlussfassung.

6. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1347/1, betreffend den Verkauf einer landeseigenen Liegenschaft Zwei-Drittel-Miteigentumsanteil der EZ. 394, Grundbuch 60005 Deuchendorf an die Ehegatten Renate und Christian Sahler, 6793 Gaschurn 158 um den Kaufpreis von 52.000 Euro.

Berichterstatter: Abg. Bittmann.

Redner zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 6: Abg. Riebenbauer.

Beschlussfassung.

7. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1088/1, Beilage Nr. 141, Gesetz über Nationalparkorgane (Steiermärkisches Nationalparkorganengesetz – Stmk. NPOG).
Berichtersteller: Abg. Dipl.-Ing. Wöhry.
Redner: Abg. Kaufmann, Abg. Dipl.-Ing. Wöhry, Landesrat Pöttl.
Beschlussfassung.
8. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1375/1, betreffend Gebärungsprüfung der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft der Stadtwerke Graz, 8010 Graz, Neuholdaugasse 3.
Berichtersteller: Abg. List.
Redner: Abg. List, Abg. Petinger.
Beschlussfassung.
9. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1271/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend steirische Feuerbrandbekämpfung.
Berichterstellerin: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Abg. Mag. Zitz, Abg. Gangl, Landesrat Pöttl.
Beschlussfassung.
10. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 171/7 und 246/5, zum Beschluss Nr. 692 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Juli 2002 über den Antrag der Abgeordneten Riebenbauer und Gödl, betreffend Qualitätssicherung in der Lebensmittelproduktion und über den Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Aktionsplan für Lebensmittelsicherheit – Bericht der Umsetzungsmaßnahmen im Bereich des Qualitätssicherungsprogrammes im Veterinärbericht 2002.
Berichtersteller: Abg. Riebenbauer.
Redner: Abg. Mag. Zitz, Abg. Kaufmann, Abg. Dietrich, Abg. Riebenbauer, Abg. Böhmer, Abg. Rieser, Abg. Kaufmann, Abg. Dr. Forenbacher, Landesrat Pöttl.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1073/2, zum Beschluss Nr. 777 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Oktober 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Gennaro, Schleich, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kollegger, Kröpfl, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder und Stöhrmann, betreffend Arbeitsmarktsituation in der Steiermark.
Berichtersteller: Abg. Petinger, Abg. Gennaro.
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1333/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Wöhry und Majcen, betreffend Landesentwicklungsprogramm.
Berichtersteller: Abg. Dipl.-Ing. Wöhry.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1208/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Errichtung eines Geh- und Radweges in der Ortsdurchfahrt Thörl der B 20, Mariazeller Straße.
Berichtersteller: Abg. Schrittwieser.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 14.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1212/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Ausbau der B 71 über den Zellerrain.
Berichtersteller: Abg. Schrittwieser.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 13 und 14: Abg. Schrittwieser (2722), Abg. Graf.
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 935/1, der Abgeordneten Böhmer, Kröpfl, Mag. Erlitz, Dr. Reinprecht, Detlef Gruber und Mag. Lackner, betreffend präventive Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt in der Schule.
Berichtersteller: Abg. Böhmer.
Redner: Abg. Graf, Landesrat Dr. Flecker, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Böhmer.
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1344/1, betreffend die Klinik für Psychosomatische Erkrankungen im „Gesundheitspark Ausseer Land“, Übernahme eines Anteils der Leistungsabgeltung seitens des Landes Steiermark.
Berichterstellerin: Abg. Margarethe Gruber.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 18.
Beschlussfassung.

17. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 865/4, zum Beschluss Nr. 626 des Steiermärkischen Landtages vom 11. Juni 2002 über den Antrag der Abgeordneten Graf und Lafer, betreffend Gesundheits- und Krankenpflege.
Berichterstatter: Abg. Lafer.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 18.
Beschlussfassung).
18. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1069/1, der Abgeordneten Mag. Drexler und Bacher, betreffend neues Berufsbild und neue Ausbildungsordnung für Operationsgehilfen.
Berichterstatter: Abg. Mag. Drexler.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 16 bis 18: Abg. Köberl, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Halper, Abg. Mag. Drexler.
Beschlussfassung.
19. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 959/1, der Abgeordneten Lafer, Wiedner und Dr. Bleckmann, betreffend Finanzierung der Unterrichtsbehelfe für sinnesbehinderte Kinder.
Berichterstatterin: Abg. Graf.
Beschlussfassung.
20. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 1282/1, der Abgeordneten Hammerl, Wicher, Tschernko und Hamedl, betreffend betreute Seniorenwohngemeinschaften und über den Antrag, Einl.-Zahl 674/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Ferstl, betreffend Alten-WG.
Berichterstatter: Abg. Hammerl.
Redner: Abg. Hammerl, Abg. Petinger, Abg. Graf, Landesrat Dr. Flecker.
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 44. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt ist Herr Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Hohes Haus!

Wir haben heute ein Geburtstagskind unter uns.

Herr Landtagsabgeordneter Friedrich Kreisl vollendete am 2. Juni 2003 sein 50. Lebensjahr. Im eigenen Namen und namens des Steiermärkischen Landtages entbiete ich die herzlichsten Glückwünsche. (Allgemeiner Beifall.)

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass elf schriftliche Anfragen und neun Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Eingebracht wurde eine Dringliche Anfrage von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Revision der Trans-europäischen Netze, deren Folgewirkungen auf die Steiermark und die künftigen Konsequenzen daraus, an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic.

Weiters wurde eine Dringliche Anfrage von Abgeordneten der Grünen und der SPÖ, betreffend Trans-europäische Netze, an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schögggl eingebracht.

Diese Dringlichen Anfragen haben die gemäß Paragraph 68 GeoLT erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde die Abhaltung einer Wechselrede beantragt. Diese Anträge haben die erforderliche Unterstützung gemäß Paragraph 68 Absatz 4 GeoLT.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfragen findet gemäß Paragraph 68 Absatz 4 GeoLT die Wechselrede statt.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfragen werde ich im Sinne des Paragraphen 68 Absatz 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls um 15 Uhr beginnen.

Bevor ich zur Tagesordnung übergehe, begrüße ich die Seniorinnen und Senioren von Sankt Peter im Sulmtal unter der Leitung von Herrn Obmann August Plank. (Allgemeiner Beifall.)

Weiters begrüße ich die Seniorinnen und Senioren von Gosdorf unter der Leitung von Herrn Obmann Semlitsch und die Seniorinnen und Senioren von Graz-Mariatrost unter der Leitung von Herrn Obmann Regierungsrat Hubert Fuchs. (Allgemeiner Beifall.)

Auch darf ich die Schülerinnen und Schüler der Volksschule Großstübing unter der Leitung von Frau Volksschuldirektor OSR. Anna Stampfer und Pater Philipp Helm herzlich willkommen heißen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraph 55 GeoLT.

2. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1350/1, betreffend den ersten Vierteljahresbericht 2003 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (10.09 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich erstatte Bericht über den ersten Vierteljahresbericht 2003, betreffend den Stand der Europäischen Integration mit dem Inhalt Stand der Rechtsanpassung in der Steiermark, aktueller Stand der Entwicklung in der EU-Regionalpolitik, über das Kapitel „Der Konvent – Fortschritt der Arbeiten seit Beginn des Jahres“, über das Kapitel „Kroatien drängt in die EU“, über den Ausschuss der Regionen und über die Ergebnisse der Ratstagungen im ersten Quartal 2003. Gemäß Paragraph 5 des Landesverfassungsgesetzes vom 23. Juni 1992 über den Ausschuss für Europäische Integration hat die Landesregierung dem Steiermärkischen Landtag vierteljährlich einen Bericht über den Stand der Europäischen Integration zu erstatten. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 28. April 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der beigeschlossene Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Stand der Europäischen Integration für das erste Vierteljahr 2003 wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (10.11 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Die erste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Majcen. Danach Herr Abgeordneter Hagenauer.

Abg. Majcen (10.11 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Viermal im Jahr haben wir automatisch diesen Tagesordnungspunkt und oft berichten wir nicht darüber, was in diesem Vierteljahresbericht steht, weil wir annehmen, dass jeder der Abgeordneten diesen Bericht erstens einmal lesen wird, zweitens sich die Klubs mit diesen Themen befassen und drittens diese Berichte einen kleinen Nachteil haben, dass sie nämlich eine gewisse Verspätung haben. Es ist der erste Vierteljahresbericht und wir sind schon bald am Ende des zweiten Vierteljahres. Es ist aber nicht anders möglich als solche Berichte im Nachhinein zu erstatten. Ich möchte ganz kurz auf den Punkt II dieser Unterlage eingehen, und zwar auf den aktuellen Stand der Entwicklung in der EU-Regionalpolitik, wo unter Punkt eins die bisherige Entwicklung auf europäischer Ebene betrachtet wird und wo die Kommission im zweiten Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt feststellt, dass erstens in diesem Bericht als wesentlicher Beitrag zur allgemeinen Diskussion festgestellt wird, dass eine Untersuchung der Lage und Entwicklung im Bezug auf den wirtschaftlichen Zusammenhalt in der EU mit 15 und 25 Mitgliedsstaaten gegenübergestellt wird und dass zweitens eine Übersicht über die zentralen Themen der 2002 geführten Debatte über die künftige Kohäsionspolitik eingebracht wird und drittens die Aspekte der Vorbereitung auf die Erweiterung bis Ende 2006. Über die derzeitige Lage kann zusammenfassend gesagt werden – das ist eine sehr interessante Zahl, die viele von uns, von Ihnen kennen –, dass sich die wirtschaftlichen Disparitäten in der erweiterten Union nachhaltig vergrößern werden. In einem Europa mit 25 Mitgliedsstaaten, wie es jetzt vor uns steht, werden 116 Millionen Menschen, das sind 25 Prozent der Bevölkerung, in Regionen mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von weniger als 75 Prozent des Durchschnittseinkommens Europas leben. Heute sind dies „nur“ 68 Millionen Einwohner oder 18 Prozent. Das heißt ein Plus von 7 Prozent von Menschen, die ein Durchschnittsbruttoinlandsprodukt pro Kopf erarbeiten, das geringer ist als 75 Prozent des Gesamtdurchschnittseinkommens. Das ist deswegen wichtig, dass man es im Hinterkopf behält, weil natürlich die Bemühungen der EU davon gekennzeichnet sind, diese Zahlen deutlich zu verbessern. Bei den Regionen mit Entwicklungsrückstand (Ziel 1) ist festzustellen, dass breiter Konsens über die Notwendigkeit, die Mittel auch weiterhin auf die am wenigsten entwickelten Regionen zu konzentrieren, besteht, dass allerdings durch diese Erweiterung das einzige österreichische Bundesland, das bisher Ziel-1-Gebiet war, durch diese Senkung des Durchschnitts aus dieser Ziel-1-Förderkulisse herausfällt und das Burgenland nicht mehr Ziel-1-Gebiet sein wird. Ich sage das deswegen, weil das für uns in der Steiermark manchmal ein wirkliches Problem darstellt. Ich lebe selbst an der Grenze zum Burgenland und erlebe, wie scharfe Grenzen mit anderen Förderungskulissen den Wettbewerb der Regionen teilweise verbessern, aber natürlich auch teilweise irgendwie negativ beeinflussen können. Es gibt eine Reihe von Firmenentscheidungen in der Steiermark, die gesagt haben, wenn wir uns erweitern, wenn wir ausbauen, gehen wir in das benachbarte Burgenland, denn dort haben wir andere Förderungsbedingungen. Etwas, was für uns sehr wichtig ist, sind die Maßnahmen außerhalb der Regionen mit Entwicklungsrückstand, das sind die bisherigen Ziel-2-Gebiete. Die grenzübergreifende und interregionale Zusammenarbeit ist eine Aufgabe auf Gemeinschaftsebene und es ist allgemein gefordert worden und das ist für uns wichtig, dass solche Maßnahmen auch nach 2006 möglichst auf der Grundlage eines neuen Rechtsrahmens für die grenzübergreifende Zusammenarbeit fortzusetzen sind – das ist für die Steiermark wichtig. Unter dem Vorsitz der Steiermark wurde im Jänner auf Expertenebene eine Einigung über diese österreichische Länder-

position erzielt. Diese wurde in der Folge von den Landeshauptleuten in schriftlichen Verfahren beschlossen und enthält folgende Eckpunkte – ich greife nur einen heraus: Neben der Fortführung der Konzentration der EU-Regionalpolitik auf Regionen mit Entwicklungsrückstand (Ziel 1) ist eine Nachfolgeregelung für das jetzige Ziel-2-Gebiet unabdingbar. Ich greife einen weiteren Punkt heraus: Für alle Ziel-1- und Ziel-2-Gebiete, die insbesondere in der nächsten Programmperiode nach EU-Kriterien nicht mehr als solche anerkannt werden, sind Übergangsregelungen vorzusehen. Die Regelung einer degressiven Übergangsunterstützung soll weitergeführt werden. Ein weiterer Punkt: Gemeinschaftsinitiativen sollen auch weiterhin als Instrument für besondere Zielsetzungen von europäischer Bedeutung zur Verfügung stehen, zum Beispiel INTERREG. Am 17. Februar hat in Brüssel auf Einladung von Kommissar Barnier eine Konferenz mit Vertretern von Städten und Regionen stattgefunden. Von Österreich waren Frau Landeshauptmann Klasnic, Herr Bürgermeister Häupl und Herr Landeshauptmann Niessl eingeladen. Anlässlich dieser Sitzung konnten durch die Steiermark die wesentlichen Eckpunkte der österreichischen Länderposition kommuniziert werden. Meine Damen und Herren! Die weiteren Punkte sind aktuell, sind aber sozusagen jedem Einzelnen zum Wissenserwerb übermittelt, zum Beispiel über den Konvent, über die Fortschritte der Arbeiten im Konvent, über die Zwischenergebnisse, über die Kompromisse und über die Kritik am Konvent, die heute schon wieder geäußert wird. Das kann man aus der Ferne mit betrachten, wie das System der Demokratie in der EU jetzt funktioniert und wie Positionen, die im EU-Parlament dann mehr oder weniger als Kompromiss akzeptiert wurden, dann doch wieder in Frage gestellt werden, weil einzelne Länder natürlich völlig unterschiedliche Standpunkte dazu haben. Ich gehe auf weitere Punkte nicht ein, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil ich es für nicht angebracht halte, möchte aber zu den heute uns bekannt gewordenen Dringlichen Anfragen ein Wort sagen: Erstens bin ich maßlos enttäuscht. Ich bin enttäuscht deswegen, weil, wenn auf einer Tagesordnung ein Punkt Europa mit der gesamten Breite da ist, das Instrument einer Dringlichen Anfrage wohl nur parteipolitisch motiviert sein kann. Siegi, ich bin wirklich enttäuscht, weil es die Wiederholung, das Aufkochen von Vorwürfen ist und es irgendwie ein Instrument ist, das nicht angebracht ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Zu diesem Tagesordnungspunkt, der heute hier einmal von der SPÖ und dann von den Grünen mit der SPÖ, den Freunden, eingebracht wird, kann man ganz normal Stellung nehmen. Und es ist bei der Abwicklung eines normalen Tagesordnungspunktes viel besser und viel sachlicher zu diskutieren, als das scharfe Instrument der Dringlichen Anfrage einzusetzen, das allerdings nur das einzige Ziel haben kann – und Sie werden sehen, meine Damen und Herren, es funktioniert immer wieder –, Punkt 15 Uhr steht da hinten eine Kamera und die Verunsicherung, die der Herr Kollege Schrittwieser und andere mit Sicherheit heute wieder hier verbreiten werden, die Verunsicherung verlässt den Raum, weil da herinnen kennen sich die Leute sehr gut, teilweise gut aus und wissen, dass das, was in dieser Dringlichen Anfrage steht, völlig daneben geht. Das ist nicht der Inhalt. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, in dieser Dringlichen Anfrage wimmelt es von Falschmeldungen, von Schuldzuweisungen, von Fehlbehauptungen. Ich kenne übrigens nur die der SPÖ, aber es wird die der Grünen nicht wesentlich anders sein, das ist ja eine Kooperation wahrscheinlich wie immer. Aber ich verstehe es auch, dass es so gemacht wurde. (Abg. Lechner-Sonnek: „Schauen Sie sie einmal an. lesen Sie sie einmal!“) Meine Damen und Herren, Vorwürfe und Schuldzuweisungen sind nicht angebracht. Diese Art der Vorgangsweise verwirrt mehr als sie aufklärt. Sie sind ein rein parteipolitisches Instrument.

Meine Damen und Herren, die EU hat nicht die Kompetenz uns vorzuschreiben, welche Verkehrswege wir bauen. Wir entscheiden das in Österreich national selber. Die EU kann nur eines tun, sie kann Verkehrswege, die sie als besonders wichtig für Europa ansieht, zusätzlich fördern, zusätzlich durch Förderungen und durch Kredite unterstützen, aber vorlegen muss das Österreich. Und daher ist die EU in diesem Sinne gar nicht so sehr der direkte Ansprechpartner. Es hat da schon geblinkt, ist das so? (Präsident: „Nein!“) Gut, das kann ja aber nicht sein, ich habe ja gerade erst angefangen.

Meine Damen und Herren! Es hat die zuständige Kommissarin de Palacio eine hochrangige Arbeitsgruppe unter der Führung des ehemaligen Kommissars von Miert eingesetzt. (Abg. Schrittwieser: „Wir sprechen bei der Dringlichen darüber!“) Nein, ich möchte jetzt darüber reden, weil wir jetzt den Punkt Europa auf der Tagesordnung haben. Siegi, du musst schon versuchen, die Tagesordnung anzuschauen. Du hättest alles das, was du heute um 15 Uhr sagen wolltest, jetzt schon sagen können in sachlicher Weise und das ist die Kritik, die ich anbringe. Du warst übrigens mit dem Kollegen Grabner zusammen bei dieser Verkehrskonferenz, wo über diese Dinge gesprochen wurde. Und entweder warst du nicht immer drinnen oder du hast nicht zugehört, denn sonst würdest du wissen, dass die heutige Dringliche Anfrage unnötig ist und der Sache nicht dient. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Schrittwieser: „Die Dringliche hilft aber doch, wenn du dich so aufregst und dich so ausführlichst damit beschäftigen!“)

Die Gruppe um Karel van Miert, diese hochrangige Gruppe, ist damit befasst, die Wünsche der Mitgliedsstaaten für die Erarbeitung der TEN zu sammeln, der Transeuropäischen Netze und daraus einen Vorschlag für eine neue Liste auszuarbeiten. Karel van Miert, den du immer wieder zitierst, weil du mit ihm gesprochen hast, ich weiß ja nicht, was du mit ihm gesprochen hast, sei es „Grüß Gott, Herr van Miert, wie geht es Ihnen? Danke!“, es ist sehr schön, ich weiß es nicht, Siegi. (Abg. Schrittwieser: „Wir haben eine Stunde über das Problem gesprochen!“)

Ich weiß es, du hast mit dem verkehrten geredet. Er wird dir gesagt haben das, was ich dir sage. Das ist ein nationales Problem in Österreich und ich bitte dich, diese Dringliche Anfrage in gleicher Weise an den Herrn Häupl zu richten und an den Herrn Niessl zu richten und es als österreichische Frage zu sehen und nicht als eine

Frage, die man in der Steiermark dazu benützen kann, zu einem bestimmten Zeitpunkt Verwirrmeldungen in der Anfragebeantwortung an die Frau Landeshauptmann oder dann im zweiten Zug durch die Grünen an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schögggl zu richten.

Meine Damen und Herren, die Beschlussfassung über diese TEN, übrigens ist übermorgen ein wichtiger Termin, am 20., nur, der Termin ist auch nicht so wichtig, wie er hier dargestellt wird. Der ist auch nicht so wichtig, er wird nur hochstilisiert zu einem unglaublich wichtigen Termin und die Steiermark wird das nicht überleben, was dort gesprochen wird. (Abg. Schrittwieser: „Ihr schätzt das immer falsch ein!“) Das ist ein großer Irrtum, du wirst es noch sehen, Siegi. Ich möchte noch einmal feststellen, dass die Beschlussfassung über die Ergebnisse, die Ende des Jahres 2003 einmal übermittelt werden den Mitgliedsstaaten, die übrigens in dieser Arbeitsgruppe vertreten sind durch hochrangige Vertreter, dass die Beschlussfassung Ende 2004/Anfang 2005 erfolgen wird. Und du kannst dich darauf verlassen, dass die Frau Landeshauptmann bei allen Möglichkeiten, wo es darum geht, die Steiermark zu vertreten und wichtige Entscheidungen positiv zu beeinflussen, das ganz sicher tut, und nicht auf Zurufe von Herrn Klubobmann Schrittwieser angewiesen ist. Wir sind dir trotzdem dankbar, wenn du sie machst und wir verstehen das natürlich auch.

Meine Damen und Herren, grundsätzlich ist es die österreichische Bundesregierung, die diese Meldung weitergeben muss. Es muss der zuständige Bundesminister die Prioritäten setzen und diese High Level Group, die von der Kommission eingesetzt wurde, dort vertreten die beiden Landeshauptleute Niessl und Häupl den Großraum Wien und die Frau Landeshauptmann die Steiermark wie überhaupt die Landeshauptleute ihr Land. Und du kannst dich darauf verlassen, dass die darauf bestehen und auf ihre Forderungen aufmerksam machen. Es ist eine falsche Meldung zu sagen, wenn man nicht in diesen TEN-Plänen drinnen ist, können sie nicht gebaut werden. Wir können alles bauen. Es geht um die Zusatzfinanzierung und dort muss man Bedingungen erfüllen und die Bedingungen liegen klar auf dem Tisch. Es ist eine Falschinformation, dass Produkte, die nicht in diesen Transeuropäischen Netzen enthalten sind, gestorben sind. Das ist eine Verunsicherung der Bevölkerung, die unangebracht ist. Ich bitte ehrlich und aufrichtig, diese sachlichen Positionen bei Tagesordnungspunkten zu diskutieren, die auf der Tagesordnung stehen. Aber darum geht es anscheinend nicht. Und ich möchte hier als Vorsitzender des EU-Ausschusses ankündigen, dass wir einen informellen Ausschuss zu diesem Thema machen werden, wo wir uns durch Experten informieren lassen werden noch einmal in der Hoffnung, dass das, was wir dort erfahren, uns dient und zu schauen, wo wir auf sachliche Weise gemeinsam Dinge für dieses Land Steiermark weiterbringen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 10.27 Uhr.)

Präsident: Bevor ich zur nächsten Wortmeldung komme, begrüße ich die Schülerinnen und Schüler der 1. Klasse der Lehranstalt für Sozialberufe unter Leitung von Frau Mag. Christine Berghofer. Herzlichen Gruß!

Des Weiteren sind Schülerinnen und Schüler der 4. Klasse der Musikvolksschule von Retznei unter der Leitung von Frau Volksschullehrerin Karin Sommer bei uns. Ein steirisches Grüßgott euch allen! (Allgemeiner Beifall.)

Und damit komme ich zur nächsten Wortmeldung. Herr Abgeordneter Hagenauer, Sie sind am Wort.

Abg. Hagenauer (10.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vertreter der Landesregierung! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich werde auf die Frage der Dringlichen in Sachen Transeuropäische Netze an dieser Stelle nicht eingehen, lieber Kollege Majcen, Freund (Abg. Majcen: „Freund?“) weiß ich ja nicht, ob ich dich nennen soll, nachdem du das jetzt so mit einem gewissen Unterton erwähnt hast. Aber vielleicht können wir das nachher noch einmal in der Cafeteria besprechen. Ich würde dich jetzt bei diesem Tagesordnungspunkt nur eines bitten, halte dich noch ein bisschen zusammen bis zum Nachmittag, vielleicht machen wir die Fenster zu, wenn du das Gefühl hast, du willst dich da hinausstürzen. Aber ich denke, so wie du gebaut bist, wirst du die paar Stunden auch noch erwarten können, bis wir dieses Instrument der Dringlichen, zu dem wir uns bekennen, einsetzen, weil du selbst sehr richtig sagst, es ist ein scharfes Instrument. Und in der gebotenen Bescheidenheit sage ich, das war mit Absicht natürlich und wir werden das auch begründen können.

Es war mit Absicht, dass wir dieses scharfe Instrument einsetzen, weil das Problem entsprechend gelagert ist. Jetzt komme ich zu einem weiteren Punkt, den ich aus diesem Bericht herausgreifen möchte: Wie immer sind an erster Stelle im Bericht die Fragen der Rechtsanpassung angeführt und wie immer – könnte man sagen – ist natürlich auch der Naturschutz in der Steiermark prominent vertreten. Im Konkreten geht es diesmal um die Frage des Golfplatzes Weißenbach bei Liezen. In dem Bericht wird zu dem Punkt Vorgeschichte ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Republik Österreich in ihrer Gegenerwidmung darauf hingewiesen hat, dass der Bewilligungsbescheid für die beiden umstrittenen zwei Golfplatzbahnen, die dort in das Naturschutzgebiet hineingebaut wurden, vom Verwaltungsgerichtshof aufgehoben worden seien. Weiters hat die Republik Österreich der Europäischen Union mitgeteilt, dass eine Beeinträchtigung des in der Zwischenzeit verordneten Europaschutzgebietes Wörschacher Moos und ennsnahe Bereiche durch ein absolutes Spielverbot der Spielbahnen ausgeschlossen sei. Gestatten Sie mir jetzt, dass ich etwas sage zu dem Begriff „absolut“. Wissen Sie, was mir sofort eingefallen ist? Das ist der beliebte Vergleich, was unterscheidet den Österreicher von einem Deutschen? Wenn der Österreicher sagt, ich bin grundsätzlich dafür, dann wissen wir alle, was das bedeutet: Er ist dagegen. Wenn jemand in Deutschland sagt, er ist grundsätzlich dafür, dann ist er das wirklich. So ist auch diese Mitteilung österreichischerseits zu verstehen, dass man ein absolutes Spielverbot erlassen habe. Ich habe mir die Mühe gemacht, was allerdings keine große war, einmal in das Internet unter „Golfplatz Liezen“ hinein-

zuschauen. Was finde ich dort? Ich finde eine komplette Liste aller Turniere. Das jüngste, das Maibaumturnier, wurde jetzt im Mai abgehalten, samt Ergebnislisten und es wird auf der Homepage des Golfplatzes Liezen auch noch zu allem Überfluss ausdrücklich und wortreich damit geworben, dass man im NATURA-2000-Gebiet sogar liege. Das nennt man absolutes Spielverbot auf steirisch. Es ist natürlich einmal mehr passiert, dass man in Brüssel mit einiger Verzögerung, aber doch, mitbekommen hat, was in der Steiermark gespielt wird, dass man sie eigentlich an der Nase herumführt und dass man eigentlich den Naturschutz in diesem Land nur sehr beschränkt – um das nobel zu formulieren – ernst zu nehmen bereit ist. Dass man sich damit natürlich ins eigene Knie schießt, das brauche ich nicht extra zu betonen. Die Steiermark hat schon einen legendären Ruf in Sachen Naturschutz. Wenn sich diese Dinge häufen, dann besteht natürlich auch die Gefahr, dass dieser Ruf sich auf andere Bereiche auswirkt. Ich gehe davon aus, dass man hier in der Landesregierung tatsächlich den Mut aufbringt, den Spielbetrieb auf diesen beiden Bahnen einzustellen. Für diejenigen unter Ihnen, die das nicht wissen: Diese Bahnen sind mutwillig in das Naturschutzgebiet hineingelegt worden. Es wäre auf der anderen Seite genauso gut Platz gewesen. Man hat eben wieder einmal unter der Devise „Was wir tun, was wir wollen, die in Brüssel werden das ohnehin nicht erfahren und dann bauen wir und lassen es darauf ankommen“ in die Gegend gefuhrwerkert. Damit komme ich zu einem weiteren Punkt, auch betreffend unsere Einstellung zur Europäischen Union: In diesen Tagen – das ist auch in dem Bericht enthalten – ist die Erweiterung endgültig fix. Ich denke, man sollte es bei so einem Anlass an so einem Tag nicht versäumen, auch noch einmal kurz zu reflektieren, wo denn unsere Positionen geblieben sind, was die EU-Erweiterung angeht in mancher Hinsicht. Ich meine damit unsere Beschlüsse hier auch im Landtag, etwa die Avnoj-Dekrete betreffend. Das gilt aber auch für ganz Österreich, was etwa die Beneš-Dekrete und Temelin angeht. Machen wir einmal jetzt an diesem Tag, an dieser Stelle eine Bilanz und fragen wir uns, was dieses Geschrei gebracht hat. Es hat aus unserer Überzeugung eine Klimabelastung gebracht und hat uns nur geschadet. Herausgekommen ist offensichtlich und augenscheinlich – wie sich jetzt herausstellt – gar nichts, was mich zum nächsten Punkt bereits bringt, der ebenfalls in diesen Bereich der Einstellung hineinspielt und den Kollege Majcen schon ausgeführt hat, nämlich die EU-Regionalpolitik und die Strukturfonds. Es ist schon richtig, Herr Kollege Majcen, dass jetzt die benachbarten Länder, Slowenien insbesondere, aber auch Ungarn Ziel-1-Gebiete werden. Das ist richtig. Wir machen aber nach meiner Überzeugung schon wieder den Fehler, dass wir hier eine Bedrohung sehen, dass wir das als etwas Negatives sehen. Das war ja auch beim Burgenland nicht so, wie du das dargestellt hast nach meiner Meinung. Warum soll denn der Mensch aus dem Bezirk Fürstenfeld nicht nach Heiligenkreuz oder nach Jennersdorf pendeln, wenn das nur 5 Kilometer sind? Warum soll er denn nach Graz pendeln, 70 Kilometer, oder nach Wien, 170 Kilometer? Wo ist denn hier das Problem? Wo? Dasselbe gilt in noch stärkerem Ausmaß nach meiner Überzeugung für unser Verhältnis zu Slowenien. Wir sollten jetzt nicht schreckerstartet darauf hinschauen, dass die Slowenen Ziel-1-Gebiet werden und uns Betriebe wegnehmen könnten, sondern es wäre an der Stelle mindestens genauso wichtig, eigentlich sehr viel wichtiger zu sagen, ja bravo, die Slowenen werden Ziel-1-Gebiet. Das heißt, sie bekommen in einem hohen Ausmaß Förderungen und dort wird viel investiert. Was bedeutet denn das jetzt für die Steiermark, was bedeutet denn das jetzt für den Raum Graz, Leibnitz? Das ist ja nur positiv. Wir haben dann die Chance, unsere Infrastruktur zu nutzen, etwa den Flughafen, etwa das Terminal, etwa die Bahnverbindungen, sofern sie ausgebaut werden und weitergeführt werden, was leider nicht der Fall ist. Das ist aber eine Chance. Wo bleibt denn das Geld, das in Marburg investiert wird? Wo bleibt denn das Geld, das in Marburg verdient wird? Es wird ja ohnehin wieder, wie wir alle wissen, in einem hohen Ausmaß nach Österreich getragen. Es gibt kein anderes Land, mit dem Österreich einen derartig hohen Handelsüberschuss hätte, wie mit Slowenien und mit dem Raum Marburg ist es noch einmal viel ärger. Österreich exportiert nach Slowenien doppelt so viele Güter als es importiert. Das heißt, die Slowenen tragen mit ihrem Geld sehr viele ihrer Arbeitsplätze auch zu uns und gefährden unseren Arbeitsmarkt mitnichten. Das wärs. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 10.38 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (10.39 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn es um die Sache gegangen wäre, so schließe ich mich dem Kollegen Majcen an, dann hätte man durchaus die transeuropäischen Netze bei diesem Tagesordnungspunkt diskutieren können. (Abg. Schrittwieser: „Ihr habt euch abgestimmt!“) In diesem Fall geht es aber nicht um die Sache. Hier geht es vordergründig und ausschließlich um Polemik. Ich möchte zum EU-Bericht sprechen, und zwar nicht zu dem, was bereits länger zurückliegt, sondern zwei Themen aktualisieren, die noch nicht lange zurückliegen: auf der einen Seite den EU-Beitritt Polens und auf der anderen Seite die Atompolitik in der EU. Im Juni hat in Polen die Abstimmung über den EU-Beitritt stattgefunden.

Polen, ein Land mit rund 38 Millionen Menschen, hat eine westliche Kultur und ist ein Land mit einer Geschichte des Kampfes gegen die Unterdrückung. Polen ist von allen Beitrittsländern wohl jenes Land, das die schlechteste Wirtschaftslage hat. Polen hat eine Arbeitslosenquote von mehr als 18 Prozent. Und Polen ist ein Land, das sich sehr unterschiedlich präsentiert. Auf der einen Seite haben wir sehr dynamische Städte und auf der anderen Seite haben wir Regionen wie Pommern, wo Kinder nach wie vor an Unterernährung leiden oder auch Regionen wie Schlesien, wo hunderte von Menschen mit bloßen Händen Kohle im Tagbau fördern, um überleben zu können. Für den Beitritt war es notwendig, dass mehr als 50 Prozent der Polen dafür stimmten. Und die Regierung war sich lang nicht sicher, ob die Bevölkerung überhaupt zustimmen würde. Deshalb hat man

noch eine Gesetzesänderung vorgenommen, wonach auch der Nationalrat für den EU-Beitritt stimmen hätte können. Dann kam der Tag der Überraschung und mehr als 58 Prozent der Bevölkerung sind dem Weg zur Urne gefolgt und mehr als 77 Prozent haben sich für den EU-Beitritt ausgesprochen. Demzufolge waren auch Stimmen hörbar, wir sind wieder zurück in Europa, wir gehören wieder der großen europäischen Familie an. Wir haben unlängst einen EU-Bericht diskutiert, wo Polen sehr kritisch hinterleuchtet wurde. Wo eben darauf hingewiesen wurde, dass die Russenmafia einen großen Einfluss hat und dass eben die Mafia allgemein sehr weit verbreitet ist. Ich war heuer in Polen und habe dieses Land von verschiedenen Seiten kennen gelernt. Auf der einen Seite wiederum Menschen, die ehrlich, anständig, fleißig waren, auf der anderen Seite wurde einem Bekannten von mir das Auto gestohlen. Die Polen, die Russenmafia, hat das Auto von einem bewachten Parkplatz entwendet. Trotzdem wurde mein Interesse für dieses Land geweckt. Wir haben heuer im Juni über einen Monat lang einen Austauschschüler auf unserem Hof gehabt, der bei uns in der Familie gelebt hat, einen 17-jährigen Gymnasiasten. Anfangs war es sehr schwierig, weil seine Sprachkenntnisse äußerst minimal waren. Er hat uns mitgeteilt, dass der Deutschunterricht wegen Einsparungsgründen von der Regierung gestrichen wurde. Er konnte kein Wort Deutsch und auch seine Englischkenntnisse waren eher minimal und das, obwohl er ein Jahr vor der Matura stand. Doch im Laufe der Zeit haben wir uns verständigen können und er hat uns mitgeteilt, dass seine Familie einen Hof in der Nähe von Krakau bewirtschaftet mit 4 Hektar Nutzfläche, sechs Schweinen und zwei Kühen. Und dieser junge Mensch hat große Hoffnungen gehegt, dass es durch den EU-Beitritt zu einer Verbesserung in seinem Land kommt, dass die Landwirtschaft abgesichert wird und dass er auf seinem Hof dann nach der Matura als Vollerwerbsbauer große Chancen vorfinden wird. Ich glaube, es wird noch ein langer Weg sein, bis sich Polen an die westlichen Verhältnisse annähert. Und dieser Weg wird wahrscheinlich sehr steinig werden. Aber Polen wird für den Agrarmarkt, für den europäischen Agrarmarkt, wenn er sich einmal in westliche Dimensionen bewegt, mit Sicherheit ein großer Faktor und nicht mehr wegzudenkender Faktor werden.

Das zweite Thea, das ich kurz ansprechen möchte, ist die Atompolitik in der EU, und zwar aus der Aktualität. Zurzeit läuft das Antiatomvolksbegehren von Greenpeace und mir ist das wirklich ein inneres Anliegen, dass es europaweit keine AKWs mehr gibt. Deshalb werde ich auch zu diesem Punkt einen Entschließungsantrag einbringen:

Univ.-Prof. Dr. Michael Geistlinger hat in einem Gutachten „Völkerrechtliche Möglichkeiten Österreich zur Verhinderung des Kernkraftwerkes Temelin“ mögliche Rechtsschritte zur Stilllegung des AKW Temelin und anderer in unmittelbarer Nachbarschaft zu Österreich befindlicher Atomkraftwerke aufgezeigt. Nun liegt es an der Politik, die vorgeschlagenen Schritte zu ergreifen und für eine Stilllegung von AKWs und eine atomfreie Zukunft in der EU tätig zu sein.

Es wird daher der Antrag gestellt, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit der Bitte an die Bundesregierung heranzutreten, erstens als unmittelbare Konsequenz aus dem alarmierenden Expertinnen- und Expertenbericht über die Nachrüstungsmaßnahmen in Temelin konkrete Stilllegungsinitiativen für das AKW Temelin rasch umzusetzen und dabei vor allem direkte bilaterale Ausstiegsverhandlungen raschest zu starten, eine internationale Temelin-Ausstiegskonferenz einzuberufen und Tschechien ein konkretes Ausstiegsangebot zum Erreichen eines Abschaltens von Temelin vorzulegen, zweitens die im Gutachten „Völkerrechtliche Möglichkeiten Österreichs zur Verhinderung des Kernkraftwerkes Temelin“ von Univ.-Prof. Dr. Michael Geistlinger aufgezeigten Rechtsschritte zur Stilllegung des AKW Temelin und ähnlich gelagerte Rechtsschritte zur Stilllegung anderer in unmittelbarer Nachbarschaft zu Österreich befindlicher Atomkraftwerke zu ergreifen, drittens bei der EU die unmittelbare Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts auf Temelin und andere Atomprojekte einzufordern, um die derzeit praktizierte Konkurrenzverzerrung durch die Quersubventionierung von Atomstromexporten zur Ermöglichung eines Absatzes auf europäischen Strommärkten zu beenden, viertens auf eine gesetzliche Bindung der Mitglieder der Bundesregierung an einen strikten Anti-Atomkurs bei den anstehenden atompolitischen Weichenstellungen innerhalb der EU zu bestehen, fünftens ein klares Nein Österreichs bei der im Ecofin-Rat in den nächsten Wochen anstehenden Abstimmung über eine Aufstockung des derzeitigen Kreditrahmens von Euratom um weitere 2 Milliarden Euro zur Finanzierung weiterer AKW-Bauten in Osteuropa zu garantieren, sechstens gleichzeitig österreichischen Druck für eine Beibehaltung des bisherigen Einstimmigkeitsprinzips bei dieser Abstimmung im Ecofin-Rat auszuüben sowie siebentens bei den Arbeiten im EU-Reformkonvent für ein Abschaffen des überholten Euratom-Vertrages einzutreten, um so einen schrittweisen europäischen Atomausstieg einzuleiten und eine Verankerung des Euratom-Vertrages in der kommenden EU-Verfassung zu verhindern. Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 10.47 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (10.47 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich beginne auch mit dem sachlichen Inhalt des Tagesordnungspunktes, nämlich jener Vorlage, in der man sich unter anderem auch mit dem Fahrplan für die künftige Regionalpolitik beschäftigt. Und ich teile weitgehend die Meinung meiner Vorredner, möchte aber Folgendes ergänzen:

Wenn es darum geht, für die Zeit nach 2006 die Steiermark in bestmögliche Verhandlungsposition zu bringen, dann wird man jetzt beginnen müssen, strategisch zu überlegen, in welcher Vorgangsweise wir für unser Land am besten verhandeln können. Das heißt, wenn wir jetzt sehen und hören, dass Kommissar Michel Barnier die Absicht hat, außer den horizontalen auch weiterhin vertikale Förderungen insbesondere für die Regionen, aber auch für die Grenzregionen einzusetzen, wenn er die erklärte Absicht hat, über die Gebietskulissen hinaus projektbezogene spezifische Anlässe besonders zu fördern, dann ist das möglicherweise ein Ansatz, der uns dann hilft, wenn das eintritt, wovon wir ausgehen müssen, dass nämlich die Steiermark insgesamt nicht mehr als Ziel-2-Gebietskulisse aufscheinen wird. Das ist ja das, was wir alle als erfreulich betrachten, dass wir nunmehr in einem wirtschaftlichen Fahrwasser sind, das dazu geführt hat, dass wir nicht mehr zu den Nehmern, zu den Armenregionen zählen, sondern dass wir uns – wie die EU meint – schon selbst helfen können hinsichtlich der künftigen Probleme. Ich teile auch diese Meinung, dass dies eher etwas Positives ist. Wir haben aber damit umzugehen, dass wir uns dann nicht darauf versteifen, es muss partout wieder in der Gebietskulisse dieses und jenes gefördert werden können, auch mit Facing-out-Phasen und, und, und, natürlich mit Übergangszeiten – das ist schon klar und das ist das allgemein Übliche. Letztlich müssen wir uns aber vor Augen halten, dass wir uns mehr und mehr auf projektbezogene Förderungen stützen sollten und weniger darauf verlassen, dass wir in irgendeiner Form wieder in einer Gebietskulisse aufscheinen. Ich halte es für notwendig, die diesbezügliche Formulierung in dem gesamtösterreichischen Papier der Bundesländer, das gemeinsam unter anderem von Frau Landeshauptmann übergeben wurde, vorzunehmen, dass man dort noch einmal darüber nachdenkt, ob man sich wirklich darauf versteift zu sagen, es muss aber jedenfalls die Gesamtreduktion des Fördervolumens so passieren, dass es nicht zu einer weiteren Reduktion der Gebietskulisse kommt. Verschließen wir die Augen nicht davor, dass die maßgeblichen Gremien in der EU sich wohl dazu gefunden haben, dass es im Wesentlichen vertikale Förderungen geben wird, dass es im Wesentlichen projektbezogene Förderungen geben wird und lernen wir daraus, was wir in den letzten Jahren eigentlich auch schon hätten lernen können, dass wir uns an dem orientieren, was von der EU-Verwaltung bedient wird – das ist das eine. Das Zweite: Unterlassen wir bitte alle Signale, die man in Brüssel so deuten könnte, als ob sich die Steiermark um Regionalförderung, um ihre regionale Entwicklung eigentlich nicht so sehr kümmert. Ich halte das Signal der Schließung des Steiermark-Hauses in Brüssel als Zentrale unserer Lobbyistentätigkeit für kein geeignetes Signal darzulegen. Wir haben als Region etwas am Herzen und wollen in Brüssel präsent sein. Ich halte es für kein geeignetes Signal, wenn an der Existenz und vor allem an der finanziellen Ausstattung unserer Regionalmanagementbüros in der ganzen Steiermark geknabbert wird, wenn dort und da in Frage gestellt wird, wie die Zukunft dieser Regionalmanagementbüros aussieht. Wir wissen schon, dass wir die derzeitigen Verträge bis 2006 gemacht haben und dass dann insbesondere die Gemeinden als Haupt- und Cofinanciers sich fragen werden, macht das noch Sinn? Auch wir, lieber Hans Bacher, werden uns diese Frage dann stellen. Wir müssen jetzt beginnen nachzudenken, was passiert denn mit diesen Instrumentarien tatsächlich oder aber denken wir darüber nach, wie können wir diese Instrumentarien den neuen Fördermodalitäten angepasst, schärfen und besser zur konkreten Umsetzung von Projekten in unseren Regionen einsetzen. Das heißt, wir haben Anlass darüber nachzudenken und wir haben Anlass darüber zu diskutieren und wir haben, und damit komme ich zu dem zweiten Punkt, den Kollege Majcen angesprochen hat, leider auch Anlass die so brisante Frage, wie geht es denn weiter mit dem internationalen Verkehrsangebot in der Steiermark? Wir haben allen Anlass, dieses Thema heute, wie schon Kollege Hagenauer gesagt hat, zu aktualisieren. Liebe Freunde, habt ihr denn schon vergessen, dass wir beim vorletzten Landtag genau den normalen Weg gehen wollten? Wir haben auf der normalen Tagesordnung genau den Antrag eingebracht, den wir auch heute formulieren werden und ÖVP und FPÖ haben es abgelehnt, das Instrumentarium einzusetzen. Wie heißt es denn hier: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich nicht nur auf das Handeln der Bundesregierung zu verlassen, sondern selbst Initiativen in Brüssel zu setzen, um die Ziele des gemeinsamen Ausschussantrages zu erreichen – abgelehnt. Liebe Freunde, wenn ihr das normale Tagesordnungsabwicklungsprogramm, das wir damals eingehalten haben, dazu benützt, um die Mehrheit einzusetzen wider jegliche politische Vernunft, du bist ja selber vernünftig genug, lieber Freund, einzusehen, dass das eine ganz wichtige Sache ist, ob die Steiermark an die TEN-Projekte angeschlossen sein wird oder nicht, dann müssen wir hier leidvoll erfahren, dass, aus welchen Gründen und Motivationen auch immer, dieses unser sehr seriös vorgetragenes Anliegen abgelehnt wurde. Wir sehen mit großem Interesse entgegen, ob ihr heute erkennt, dass das eine für die steirische Wirtschaft unerlässlich wichtige Frage ist. Wir sagen ja nicht, es ist alles schon aus. Wir sagen nur, alle anderen Regionen Europas, die etwas am Herzen haben, waren nämlich dort. Lieber Freund, etwas muss ich dir schon sagen, weil du gefragt hast, was werden sie dort gemacht haben. Sie werden ein bisschen geplaudert haben mit Herrn Karel van Miert. Lieber Freund, mache nicht unsere Bemühungen vor Ort lächerlich, denn dann brauchen wir nicht mehr dorthin fahren und mache vor allem auch nicht etwas lächerlich, wenn sich Frau Landeshauptmann im Ausschuss der Regionen bemüht. Du sagst ihr dann von hier aus, das ist alles ein ganzer Blödsinn. Das wird ohnehin alles von unserer Bundesregierung super gemacht und wir selbst als Region brauchen uns überhaupt nicht einzumischen, so quasi, hört auf mit dieser Dringlichen, das ist nur ein Wischiwaschi. Liebe Freunde, da gibt es nur zwei Alternativen auf diese Aussage von dir: Entweder ihr erkennt die Dringlichkeit der Verkehrsanbindungen an die europäischen Netze für uns Steirer nicht oder aber ihr sagt, die Frau Landeshauptmann hat eigentlich in Brüssel sowieso nichts verloren, weil entscheiden tun die das in Wien. Ihr müsst euch entscheiden, was eure Position ist. Unsere ist dieses nicht und jenes auch nicht. (Beifall bei der SPÖ. – 10.56 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gödl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gödl (10.56 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, meine werten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Auditorium!

Ich möchte nur kurz das Wort ergreifen und darf mich auf den eingebrachten Entschließungsantrag der Freiheitlichen Partei bezüglich der Atompolitik beziehen. Ich muss schon mit etwas Befremden feststellen, dass derartige Anträge eingebracht werden, denn das ist ein typischer Fall einer künstlichen Arbeitsbeschaffung. Ich kann einfach nicht den Sinn erkennen Anträge einzubringen, die auf jener Ebene, an die sie gerichtet sind, längst bereits beschlossene Sache sind. Liebe Abgeordnete der Freiheitlichen, ich will euch wirklich nichts Böses unterstellen, auch keine unlautere Absicht. Ich möchte aber wohl festhalten, es kann von einem Abgeordneten des Landtages schon verlangt werden, dass er sich zum Beispiel das Regierungsprogramm unserer Bundesregierung vorher anschaut und durchliest, bevor er hier tätig wird und Anträge einbringt, die komplett obsolet sind. Ich darf aus dem aktuellen Regierungsprogramm zitieren, und zwar heißt es hier wörtlich: „Die Bundesregierung wird die Atompolitik auf Basis des einstimmigen Beschlusses des Nationalrates vom 10. Juli 2002 für zukünftige Schwerpunkte der Antiatompolitik Österreichs unter besonderer Berücksichtigung des Kernkraftwerkes Temelin aktiv fortsetzen. In diesem Zusammenhang werden die Gespräche mit Tschechien bezüglich der Nullvariante für Temelin intensiv geführt. Die Bundesregierung wird im Rahmen von Euratom ihre Entscheidungen daran orientieren, dass keine zusätzlichen Mittel für den Neubau oder Kapazitätsausweitungen von AKWs und die Nachrüstung von AKWs mit einer damit verbundenen Laufzeitverlängerung verwendet werden. Solche zusätzlichen Mittel sollen allenfalls für Sicherheitsverbesserungen, in verbindlich fixierten Schließungsdaten, für Dekommissionierungen von Atomanlagen oder für Endlagerprojekte verwendet werden können, sofern die Betreiber dazu aus eigener finanzieller Kraft nicht in der Lage sind.“ Das steht bereits im Regierungsprogramm, heuer im Februar/März formuliert. Nachdem sogar die Freiheitliche Partei in der Regierung sitzt, ist es für mich umso unverständlicher, dass derartige Anträge eingebracht werden, die längst Beschlusstext der darübergeordneten Instanz sind, an die dieser heutige Beschluss gerichtet sein soll. Abschließend darf ich ausführen, was momentan Inhalt der österreichischen Nuklearpolitik ist und wie der Weg zum Ausstieg europaweit vorgesehen werden soll. Natürlich muss man sich schon im Klaren sein, dass Österreich nur ein kleines Rädchen im gesamten Konzept ist. Die österreichische Nuklearpolitik basiert auf einer so genannten Drei-Stufen-Strategie. Erstens: Schließung von nicht nachrüstbaren Kernkraftwerken, wie zum Beispiel der Reaktoren der ersten Generationen sowjetischer Bauart in Ignalina, Bohunice oder Kosloduj. Zweite Stufe: Schaffung einheitlicher hoher Sicherheitsstandards für noch in Betrieb befindliche Kernkraftwerke. Dritte wichtige Säule: Konsequente Verfolgung eines europaweiten Ausstiegs aus der Nutzung der Kernkraftwerke. All das ist im Regierungsprogramm festgeschrieben, all das sind aufrechte Beschlüsse des Nationalrates und mit Verlaub die Frage an die Antragsteller, was mit einem solchen Antrag dann zusätzlich erreicht werden soll. Ich kann ernstlich gesagt den Sinn nicht ganz erkennen außer eine massive Arbeitsbeschaffung für alle hier tätigen Beamten und Mitarbeiter in diesem Haus. Gut, wir werden uns dem Antrag natürlich nicht verschließen, aber ich möchte doch die Frage hier schon in den Raum gestellt haben. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 11.00 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt zwei liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche zunächst die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um eine Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend umfassende neue Antiatominitiative, ihre Zustimmung geben, um eine Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die auch hier einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1343/1, betreffend den Förderungskatalog 2002.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erwin Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Erwin Gruber (11.01 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Liebe Frau Landeshauptmann! Lieber Herr Landesrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich erstatte Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung betreffend den Förderungskatalog 2002.

Im Zusammenhang mit der vom Steiermärkischen Landtag geforderten Vorlage eines jährlichen Förderungskataloges wurden mit Schreiben vom 29. Jänner 2003 alle kreditbewirtschaftenden Abteilungen aufgefordert, der Fachabteilung 4A – Finanzen und Landeshaushalt einen Bericht für die in ihrem Bereich im Jahr 2002 erfolgten Förderungen, soweit nicht bereits gesondert dem Steiermärkischen Landtag durch die zuständige Abteilung darüber berichtet wurde, vorzulegen.

Auf dieser Basis wurden die von der Fachabteilung 4B – Landesbuchhaltung erstellte Übersicht der Förderungsansätze sowie die von den zuständigen kreditbewirtschaftenden Abteilungen vorgelegten detaillierten Darstellungen zum Förderungskatalog 2002 zusammengefasst. Der beiliegende Förderungskatalog 2002 soll dem Steiermärkischen Landtag zur Kenntnis gebracht werden.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 7. April 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Förderungskatalog für das Jahr 2002 wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme des Antrages. (11.03 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (11.03 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Sie kennen sicher das geflügelte Wort, dass ein Budget der in Zahlen gegossene politische Wille ist. Und wenn wir heute über den Förderungskatalog reden, dann reden wir über die Schwerpunktsetzungen des Landes Steiermark, und zwar nicht nur finanziell, sondern auch inhaltlich. Denn es ist ganz klar, man gibt dort das Geld hin, wo man glaubt, dass es am ehesten dazu beiträgt, eine positive Wirkung zu entfalten. Wir haben es ganz aktuell mit einer Förderung zu tun, wo ich das sehr in Frage stellen möchte, und zwar der Förderung für die Flugshow in Aichfeld am 27. und 28. Juni. Das Land Steiermark fördert diese Flugshow mit 545.000 Euro, die zwei anderen Veranstalter, nämlich das Verteidigungsministerium und Red Bull, sind da viel bescheidener, wenn man das so sagen darf, sie geben jeweils 360.000 Euro aus. Das Land Steiermark fördert also mit deutlich mehr als einen halben Million Euro eine Show, die der Darstellung, der Präsentation von Kriegsgerät dient und die der Werbung für den Eurofighter dient, meine Damen und Herren. Gestern haben 100 Meter von hier, vor dem Grazer Rathaus die steiermärkischen Kinderbetreuerinnen einen Stand gehabt. Und die haben erzählt, was jeder weiß, der in diesem Bereich interessiert ist und aktiv ist, dass sie nämlich trotz der pädagogischen Ausbildung, die ihnen abverlangt wird, herangezogen werden, um den Rasen zu mähen, um Grobreinigung zu machen, um Reinigungsarbeiten in den Kindergärten zu machen und zur gleichen Zeit ihrer Betreuungspflicht für Kinder nicht nachkommen können. (Abg. Wiedner: „Arbeiten ist nichts Schlechtes!“) Nein, Herr Kollege Wiedner sagt, Rasenmähen ist nichts Schlechtes, Arbeiten ist nichts Schlechtes. Herr Kollege Wiedner, ich würde vorschlagen, dass man einfach den Begriff „Effizienz“ bemüht. Ich glaube nicht, dass es notwendig ist, dass jemand, der einen Rasen mähen soll, eine pädagogische Ausbildung hat. Da sind wir uns sicher einig, oder? Wenn wir uns da einig sind, dann sind wir uns sicher auch dort einig, dass man Menschen mit pädagogischer Ausbildung dort einsetzt, wo pädagogische Ausbildung nötig ist, nämlich in der Betreuung der Kinder. Ich glaube, Herr Kollege Wiedner, wir sind uns ausnahmsweise einmal vollkommen einig, dass das besser wäre. Und ich möchte Ihnen mitteilen, meine Damen und Herren, dass das Problem, dass man hier Kosten von Hausmeistern einspart, Kosten von solchen Dienstleistungen steiermarkweit mit diesem Betrag, der in die Flugshow investiert wird, lösen könnte.

Nächstes Beispiel: Die neue Landesrätin Frau Mag. Edlinger-Ploder hat unlängst mit der scheidenden Zuständigen im Landesschulrat für schulische Integration sich hingesetzt und gesagt, die Steiermark, das Musterland für schulische Integration. Ja, die Frau Dr. Petritsch ist bekannt dafür, dass sie unter Wahrnehmungsproblemen leidet. Sie sagt immer, es ist alles super und das kann sie nur deswegen sagen, weil sie sich das nicht genau anschaut. (Abg. Mag. Drexler: „Manchmal frage ich mich, ob Sie nicht auch unter Wahrnehmungsproblemen leiden!“) Schulische Integration wird in der Steiermark nur ermöglicht dadurch, dass viele Kinder und Lehrer Situationen aushalten und bewältigen, wo sie nicht die nötige Unterstützung kriegen. Ganz still und leise wurde die Zahl der behinderten Kinder in einer Klasse von vier auf sieben erhöht. Heute muss eine Klasse sieben behinderte Kinder enthalten, damit eine zweite Lehrperson die ganze Zeit anwesend ist, vor ein paar Jahren waren es noch vier. Gesprochen wird darüber überhaupt nicht. Dort wird das Geld rausgezogen, meine Damen und Herren. Man könnte mit diesem Betrag, der in die Flugshow investiert wird, für 70 behinderte Kinder in der Steiermark, die heute gar keine einzige Unterstützungsstunde erhalten, Integrationsklassen schaffen. Stellen Sie sich das einmal vor. (Beifall bei den Grünen. – Unverständlicher Zwischenruf vom Landtagsabgeordneten List.) Sind Sie vorsichtig, was Sie sagen zu mir, Herr Kollege List, das war schon einmal Anlass für einen Ordnungsruf an den Klubobmann Lopatka. Ich gebe Ihnen noch eine Chance. Sagen Sie es nicht noch einmal! (Abg. Wiedner: „Sie sind aber großzügig. Ich danke für diese Großzügigkeit, Frau Kollegin. Sie sind so nett!“) Ja, es ist zu seinem Guten.

Und nun an Herrn Landesrat Paiarl, denn die Flugshow wurde einstimmig von allen Damen und Herren, die hier auf der Regierungsbank sitzen oder vielleicht auch jetzt nicht anwesend sind, beschlossen, meine Damen und Herren! Landesrat Paiarl hat, das können wir in der letzten Zeit hören und lesen, ja keine Freude, wenn man ihm die Frage stellt, ob seine Förderentscheidungen gut sind. Er reagiert manchmal sogar sehr unwirsch. Manchmal ist er auch ungewohnt enthalten in Bezug auf Förderung und Wirtschaftspolitik und die Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik. Es hat mich sehr amüsiert in diesem Zusammenhang unlängst zu lesen, was er auf die Frage, was er tun könne als Wirtschaftslandesrat, um die Arbeitsplätze zu sponsern und zu schauen, dass mehr Arbeit in der Steiermark herrscht, gesagt hat: „Die Steiermark kann da gar nichts machen, da sind der Politik die Hände gebunden, wir sind Konjunkturnehmer.“ Es ist ganz erstaunlich, wenn was eröffnet wird, wenn was von ihm gesponsert wird, dann ist er immer der, der die starken Wirtschaftsimpulse geben kann. Zu dieser Enthaltensamkeit, Herr Landesrat, einen kleinen Tipp: Durch das langjährige Ausleeren des Arbeitslosenfonds auf Bundesebene hat das AMS verdammt wenig Geld. Und im nächsten Jahr wird das AMS in der aktiven Arbeitsmarktpolitik allein im Bereich der sozialökonomischen Betriebe 1,5 Millionen Euro einsparen. Das wird die Betriebe, diese Projekte in der Steiermark treffen, die Personen dazu helfen, dass sie wieder in den Beruf kommen und die verhindern, dass wir Langzeitarbeitslose haben. Und nur weil diese Betriebe so gut arbeiten, haben wir verhältnismäßig wenige Langzeitarbeitslose. Investieren wir dieses Geld, das in die Flugshow investiert wurde, dort hinein,

Herr Landesrat, und wir sichern diese Szene und wir sichern, dass die Steiermark nicht in Bezug auf Langzeitarbeitslose ins Bodenlose fällt. (Landesrat Schützenhöfer: „Frau Klubobfrau, darf ich Ihnen nur eine Sachinformation geben. Den Antrag für die Förderung der Flugshow habe ich gestellt, weil hier der Bereich Tourismus gefördert wird!“) Herr Landesrat Schützenhöfer hat gesagt, er hat den Antrag gestellt, um eine Tourismusförderung zuzuerkennen. Wenn man mit Tourismusförderung Situationen fördert, wo viele Menschen auf einem Fleck zusammenkommen, meine Damen und Herren, wenn das eine touristische Attraktion ist, dann ist die A 2 bei Stau auch eine touristische Attraktion. (Beifall bei den Grünen.) Dann ist das GTI-Treffen am Wörther See, das den anderen Tourismus kaputt macht, auch eine touristische Attraktion. Viele Menschen auf einem Platz ist für mich noch keine touristische Attraktion. Viele Menschen einmal im Jahr an einem Platz mit viel Müll, mit viel Verkehr, mit – so hoffe ich – nicht vielen Verkehrsunfällen, aber wie die Statistik uns beweist, ist das Gegenteil zu befürchten, das als eine nachhaltige touristische Entwicklung zu verkaufen, das halte ich wirklich für sehr gewagt, Herr Landesrat. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Heißt das, Sie sind gegen die Arbeitsplätze in der Obersteiermark?“) Ich bin für die Arbeitsplätze in der Obersteiermark – das war jetzt die Frage von der Regierungsbank. Ich gebe Ihnen aber gerne ein paar Tipps, was man dafür tun könnte: Förderung der Klein- und Mittelbetriebe, Unterstützung der arbeitsmarktpolitischen Projekte und so weiter und so fort. Diese Situation ist nicht dazu angetan, einen nachhaltigen touristischen oder wirtschaftspolitischen Erfolg zu erzielen. Davon gehe ich aus und da bin ich mir ganz sicher. Nun, nachdem alle Mitglieder der Landesregierung zugestimmt haben, eine kurze Aufforderung an Landesrat Flecker: Mit diesem Geld, das Sie für die Flugshow beschlossen haben, könnte man 500 Familien in der Steiermark, die behinderte Kinder, die behinderte Angehörige haben, jede Woche mehrere Stunden in ihrer Betreuungspflicht unterstützen. Das ist etwas, was wir derzeit im Unterausschuss für das Behindertengesetz massiv debattieren. Die ganze Zeit kommt die ÖVP damit und sagt, so viele Dienstleistungen, das kostet zu viel Geld. Das darf nicht mehr kosten. Für die Flugshow ist es aber da, meine Damen und Herren. 500 Familien mit behinderten Kindern könnten mit diesem Geld ein Jahr lang unterstützt werden. Für die Flugshow wird es investiert. Das ist nicht in Ordnung. Zum Thema Kultur, meine Damen und Herren – die Landeshauptfrau ist Kulturzuständige: Alle befürchten, dass nach 2003 die große Flaute in der Steiermark und speziell in Graz eintritt. Die ganze Sache, so viel zu investieren in 2003, hat einen ganz wichtigen großen Nutzen und damit wird auch gewonnen, nämlich internationales Publikum für Kulturtourismus aufmerksam zu machen auf die Steiermark, sie heuer einmal herzubringen und ihnen zu zeigen, wie toll es ist hier in Graz und in der Steiermark, wie hier Kultur gemacht wird, was hier angeboten wird. Meine Damen und Herren, wenn nächstes Jahr tote Hose ist, ist das eine Investition gewesen, die es einfach nicht gebracht hat, denn es braucht eine gewisse Nachhaltigkeit in den Bemühungen, man muss dranbleiben – umgangssprachlich ausgedrückt. Wenn Sie, Frau Landeshauptfrau, diese 245.000 Euro in die freie Theaterszene stecken, nicht nur in Graz, auch in Graz, aber nicht nur in Graz, auch in der Obersteiermark, auch in der Weststeiermark, wo immer es solche engagierte Gruppen gibt, dann bin ich mir sicher, dass wir in dieser Hinsicht einen nachhaltigen Erfolg zu verzeichnen hätten. (Beifall bei den Grünen.)

Ich glaube, dass es wichtig ist, wenn wir uns mit diesem Förderungskatalog beschäftigen, einfach zu schauen, was sind Investitionen in die Zukunft. Ich wünsche mir, dass wir etwas für den Standort Steiermark tun. Aber, meine Damen und Herren, nicht für das Heeresministerium, nicht für EADS, sondern zum Beispiel für junge Familien. Es soll für sie interessant und attraktiv sein, in der Steiermark zu leben, weil sie Arbeitsmöglichkeiten vorfinden, weil sie Kinderbetreuungsmöglichkeiten vorfinden und so weiter, weil sie kulturelle Möglichkeiten vorfinden. Die Plattform für die Bewerbung der Eurofighter, meine Damen und Herren, die damit geboten wird, ist für mich vor dem Hintergrund dessen, was zeitgleich im Parlament diskutiert wird, noch einmal deutlicher anzuschauen. Sie wissen, dass die Eurofighter in der Anschaffung 2 Milliarden Euro kosten werden. Sie wissen, dass uns die Eurofighter in den nächsten 30 Jahren 6 Millionen Euro kosten werden und Sie wissen alle, dass die Vorgänge rund um dieses Beschaffungswesen, rund um diese Entscheidungen mehr als dubios sind und nach Schiebung riechen. (Abg. Bittmann: „Was soll das heißen?“ – Abg. Straßberger: „Vorsichtig sein!“) Heute werden die Grünen mit einer Dringlichen Anfrage Finanzminister Grasser – so hoffe ich – bewegen können, einmal Klartext zu sprechen. Sonst haben sie in Aussicht gestellt, Alexander van der Bellen hat es gestern kundgetan, einen Misstrauensantrag einzubringen. (Abg. Bittmann: „Sie sind genau so dubios wie Ihre Rede!“) Nun zur steirischen SPÖ: Das ist mir auch noch ganz wichtig, weil es einen einstimmigen Beschluss der Landesregierung gegeben hat. Herr Landeshauptfraustellvertreter Voves ist heute nicht anwesend. Es war nicht zu eruieren, wo er ist. Meine Damen und Herren von der SPÖ, schöne Grüße an Ihren Chef. (Abg. List: „Er ist bei der Airpowervorbereitung!“) Man sieht bei dem Antrag, den die SPÖ heute in letzter Sekunde eingebracht hat, dass es eine gewisse Schrecksekunde, Schreckminute, eine Schreckwoche gedauert hat, bis die SPÖ gesehen hat, dass das so nicht geht. Man kann schwerlich auf Bundesebene gegen diese Anschaffung und die Modalitäten runderum sein und dann in der Steiermark eine Förderung für eine Situation aussprechen, in der dieses Gerät in den herrlichsten Farben präsentiert wird. In diesem Zusammenhang Gratulation, Kompliment, Anerkennung für die Kollegin Margarethe Gruber, die den Mut gehabt hat, das auch zu sagen und die damit der Linie, die ihr Parteivorsitzender Voves vorgegeben hat, entgegentritt. Insgesamt, wenn ich mir den Antrag der SPÖ anschau, entsteht allerdings folgender Eindruck: „Wasch mich und mach mich nicht nass!“ Es ist halt einmal passiert, Voves hat mitgestimmt. Im Übrigen haben auch die zwei anderen SPÖ-Mitglieder der Regierung mitgestimmt. So können wir das dann doch nicht stehen lassen und es ist dann die Rede von der wirtschaftlichen und touristischen Stärkung der Region. Offensichtlich hat man da schon Anleihe an Herrn Landesrat Schützenhöfer genommen, der in dieselbe Kerbe geschlagen hat. Ich kann Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren, diesen Antrag werden die Grünen nicht unterstützen, weil er ist für uns eher Augenauswischerei. Er bezieht sich nicht auf die Dinge, um die es wirklich geht. Es ist einfach so, Ihre drei Regierungsmitglieder haben zugestimmt. Ich bringe

jetzt den Entschließungsantrag der Grünen ein und möchte noch, bevor ich den Text verlese, darauf hinweisen, dass in unserem Antragstext die Aussage eines Experten in Sachen Gefahrensituation erwähnt ist. Sie wissen, dass in den letzten Jahren bei Flugshows enorm viel passiert ist. Dieser Experte sagt, dass bei Tiefflug die Anforderungen an den Piloten im Grenzbereich des Leistungsvermögens liegen und dass es nur eine Möglichkeit gibt, diese Unfälle und dieses Unfallrisiko zu minimieren, nämlich Tiefflüge abzuschaffen, meine Damen und Herren. (Abg. List: „Überhaupt aufzuhören mit der Fliegerei!“) Keine Sorge, Herr Kollege, ich werde diese Forderung sicher nicht erheben, mit der Fliegerei aufzuhören. Ich bin aber dagegen, dass man Situationen herbeiführt aus Jux und Tollerei, damit ein paar Leute besser verdienen und unter Missachtung dessen, dass es ein hohes Unfallrisiko gibt. Unser Antragstext lautet: Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Landtag distanziert sich davon, dass das Land Steiermark eine die Sicherheit gefährdende und im Dienste der Propagierung des Kampfflugzeuges „Eurofighter“ dienende militärische Flugshow fördert.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, a) alle rechtlichen Schritte zu prüfen, um die Förderung der Veranstaltung „Airpower 2003“ in der Höhe von 545.000 Euro zurückzufordern und b) in Zukunft keine militärischen Flugshows mehr zu fördern. Ich bitte um Annahme. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 11.18 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Erwin Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Erwin Gruber (11.18 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, liebe Frau Landeshauptmann, liebe Regierungsmitglieder, liebe Abgeordnetenkollegen und -kolleginnen!

Ich möchte kurz Stellung nehmen zum Bericht aller kreditbewirtschafteten Abteilungen des Landes Steiermark und für die Zusammenstellung, die sehr übersichtlich, umfangreich und aussagekräftig ist, einen herzlichen Dank der Fachabteilung 4A und 4B und den Mitarbeitern aussprechen. Ich danke aber auch allen Verantwortlichen in den verschiedenen Abteilungen, die die Unterlagen zur Verfügung gestellt haben. Dieser Tatsachenbericht beinhaltet einige wichtige Erkenntnisse, die für mich, wo ich das erste Mal einen solchen Bericht durchsehen konnte, sehr interessant sind. Ich möchte auf vier Dinge ganz kurz eingehen. Zuerst möchte ich in zwei Sätzen unserer Kollegin Lechner-Sonnek antworten. Zur Flugshow möchte ich ganz eindeutig sagen, dass diese ein gewaltiger wirtschaftlicher und touristischer Impuls für die Region ist. 250.000 Personen werden diese Veranstaltung besuchen. Es wäre ein großer politischer und regionalpolitischer Fehler, dieser Show die Basis zu entziehen. Wir wissen ganz genau, dass da enorm viele Steuergelder fließen und die kommen letztendlich wieder sozialen Zwecken zugute. (Beifall bei der ÖVP.)

Und weil so stark der sozialpolitische Aspekt angesprochen worden ist, wir laden natürlich die Grünen ganz herzlich ein, permanent bei uns mitzuarbeiten, uns zu unterstützen, dass Kinderbetreuungseinrichtungen entsprechend sozial und wirtschaftlich, vor allem wirtschaftlich auch auf einer guten Basis stehen, weil das verdienen unsere Kleinsten. Also bitte wirklich in Zukunft um entsprechende Mitarbeit.

Ich möchte aber jetzt auf vier Punkte des Förderungskataloges eingehen. Der erste Bereich ist die Siedlungswasserwirtschaft und die Finanzgebarung in diesem Bereich und ich konnte hier feststellen, dass das Ausgabevolumen von 01 auf 02 um fast 50 Prozent gestiegen ist und man hat einfach hier Rechnung getragen der schwierigen Situation, ausgelöst durch die Dürre, durch die Trockenheit, dass man entsprechend Gemeinden, Wasserverbände, aber auch Bauernhöfe, einzelbetriebliche Bauernhöfe unterstützt hat, dass man die Wasserversorgung, die Trinkwasserversorgung auf neue Füße gestellt hat. Es ist hier sehr unbürokratisch gearbeitet worden. Ich habe das selber erlebt auf der Kammer in Weiz draußen und den Bauern und den Gemeinden ist hier entsprechend geholfen worden. Ich darf hier dem politischen Referenten Landesrat Pörtl ganz herzlich dafür danke sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein zweiter Punkt zu diesem Förderungskatalog, auch sehr interessant, die Wirtschaftsförderung, weil Herr Landesrat Paieryl gerade da sitzt. Es sind hier enorm viele Gelder aufgewendet worden, insgesamt 7,1 Millionen Euro im Bereich der Gründerförderung, der Bürgesförderung, der Förderung des E-Business und der Förderung der Nahversorgung. Das sind – glaube ich – gewaltige Impulse für die steirische Wirtschaft, aber vor allem für die Jungunternehmer. Und die sichern letztendlich den Wirtschaftsstandort Steiermark entsprechend ab. Ich glaube, mit solchen Impulsen, wie es hier der Landesrat Paieryl vorgibt, wird auch weiterhin die Steiermark eine Vorreiterrolle im Bereich der Innovation der Wirtschaft haben. Auch einen herzlichen Dank dafür. (Beifall bei der ÖVP.)

Der dritte Punkt, Bedarfszuweisung, und das ist, glaube ich, ein Thema, was in dem Zusammenhang ein jedes Jahr diskutiert worden ist. Und ich habe das ja so oft in den Medien als Bürgermeister verfolgt. Hier gibt es ein ganz klares Bekenntnis zum ländlichen Raum seitens unserer Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic. Wenn man sich die Statistik anschaut im Bereich des ländlichen Raumes, was Gemeindestraßenförderung und Hofzufahrtswegebau betrifft, auch Weginstandhaltung und Geräteaktion, so sind für diesen Bereich 18,6 Millionen Euro im letzten Jahr aufgewendet worden. Das ist ein Bekenntnis zu den Lebensadern der Bauernschaft und des ländlichen Raumes, nämlich zu den Straßen. Auch hier ein herzlicher Dank unserer Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic. (Beifall bei der ÖVP.)

Und der vierte Bereich – ich bin hier insgesamt fast sieben Stunden dagegessen, da kommt man erst drauf, dass man eigentlich diese Dimension noch gar nicht kennt – ist der Bereich der Forschungsgesellschaft Joanneum Research. Da werden auch stolze Summen aufgewendet für sehr gute und sehr ansehnliche Zukunfts-

projekte. Ich darf dazu wirklich ganz herzlich gratulieren. Aber ich habe auch zusätzlich einen Antrag einzu- bringen, keinen Antrag, aber eine Anregung, dass wir eine gewisse bessere Kooperation in Zukunft mit privaten Projektbetreibern haben. Dass man auch seitens des Joanneum Research in den Regionen in der Steiermark draußen, wenn es um Entwicklungsprojekte zum Beispiel der Stromerzeugung aus Biomasse geht, dass man ent- sprechende Entwicklungshilfe leistet. Ich darf hier ein Beispiel dazu bringen: Pischelsdorf betreibt eine Holzvergaseranlage, wo eben Strom aus Biomasse erzeugt wird und da sind nur die normalen Förderungen für die Investitionen geflossen. Und mittlerweile ist aber das technische Know-how kurz vor dem Durchbruch, dass man sagen könnte, diese Anlage könnte in Serie gehen. Aber wir bräuchten hier noch dringend Unterstützung von der technischen Seite her und hier möchte ich wirklich das Joanneum Research einladen, solche Projekte in den ländlichen Regionen entsprechend zu unterstützen.

Zum Abschluss darf ich noch einmal danke sagen für die Vorlage des Kataloges und danke für die Auf- merksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 11.25 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (11.25 Uhr): Frau Landeshauptmann! Herr Landesrat! Herr Präsident!

Die Frau Kollegin Lechner-Sonnek hat den von uns avisierten Entschließungsantrag als einen Versuch gewertet, uns zu waschen, aber den Pelz nicht nass zu machen. Sie hat dabei außer Acht gelassen, dass die Konsistenz der Haltung nachweislich nachzulesen ist. Selbst in diesem kurzen Antrag hätte sie das schon lesen können und ich bringe ihn hiermit zur Kenntnis. Wir weisen darauf hin, dass schon am 9. Dezember – also vor geraumer Zeit, verglichen mit der derzeitigen Hektik, weil Sie sagen, in Sekunden, in letzter Sekunde – haben wir uns dazu gefunden, diese Haltung einzunehmen, schon am 9. Dezember, als in der Landesregierung die Förderungsfrage sich stellte, hat der Landeshauptmannstellvertreter Voves mit unserer Regierungsfraktion aus- drücklich und schriftlich, im Protokoll nachzulesen, festhalten lassen, dass sie mit den Zielen des Bundesministe- riums für Landesverteidigung nicht konform gehen. Ausdrücklich wurde betont, die wirtschaftliche und touristi- sche Stärkung der Region Aichfeld-Murboden, und nur aus diesem Grunde war ihnen die Zustimmung zur Förderung möglich gewesen. Und diese Haltung ändern wir bis heute nicht, weil wir natürlich nach wie vor der Meinung sind, dass alles, was einer Region zur wirtschaftlichen Prosperität dient und zur Absicherung der Arbeitsplätze dient, zweckmäßig ist, alles mit der einen Einschränkung, die Sie auch machen, wenn es nicht darum geht, dass zu Lasten der sozialen Aspekte Investitionen in unnötiges Kriegsmaterial getätigt werden. Da sind wir bei Ihnen. Und darum formulieren wir auch:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens darauf zu achten, dass Förderungen eine klare Zweckbin- dung für Regionalentwicklungsprojekte, für arbeitsplatzschaffende und arbeitsplatzsichernde Maßnahmen sowie für Gesundheits-, Sozial-, Umwelt- und Kulturprojekte haben, zweitens sicherzustellen, dass diese Ziele eindeutig definiert und kontrollierbar sind und drittens Veranstaltungen, die missbräuchlich für Propaganda- zwecke von Kriegsmaterial verwendet werden, nicht zu fördern.

Wir haben damit klargestellt, dass wir an unserer Haltung nichts abändern mussten, auch die Bundes-SPÖ hat hier eine klare Haltung eingenommen. Wir sind noch dazu – und das sage ich jetzt aus regionaler Sicht – schon davon betroffen, wenn wir zu einem Zeitpunkt, in dem man partout auf der Anschaffung von Eurofightern beharrt, für Sozialprojekte, wie zum Beispiel die Behindertenwerkstätte, unter dem Namen „Team Styria“ be- kannt, in einigen Gemeinden der Steiermark, unter anderem auch in Spielberg, nicht vom zuständigen Landes- rat, nämlich dem Wirtschaftslandesrat, die erforderliche Förderung erhalten soll. Das stimmt uns nicht nur traurig, sondern nachdenklich ob dieser Gedankensprünge, wenn ich sage, hierfür ist ein wenig Geld nicht vor- handen, aber für die Anschaffung von Eurofightern im hohen Maße. Wir stehen zur Investitionsbereitschaft in den Regionen, wir lehnen ab die missbräuchliche Verwendung für Propagandazwecke für das unnötige Kriegs- material. Und deshalb ersuchen wir Sie, diesem unserem Antrag zuzustimmen. (Beifall bei der SPÖ. – 11.29 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (11.29 Uhr): Sehr verehrte Frau Landeshauptmann! Herr Präsident! Verehrte Damen und Her- ren des Hauses! Liebe Kollegen von Grün und Rot oder Rot/Grün, wie das Ganze man nennt!

Wir stehen zu Veranstaltungen wie es die Airpower ist. Sie stehen halt zu Veranstaltungen, wie es politisch motivierte Streiks in Österreich sind. Das unterscheidet uns. Die Bevölkerung in Österreich soll wissen, wer wo steht. Wenn ihr glaubt, dass ihr damit die Welt verändern könnt, dann ist das eure Meinung. (Abg. Stöhrmann: „Das ist die demokratische Einstellung, die diese Partei hat!“)

Eine Million Menschen aufzuhetzen, auf die Straße zu gehen, das ist keine große Kunst, lieber Kollege Stöhrmann. Das ist keine große Kunst, was ihr hier gemacht habt. Den Leuten etwas einzureden, was ja gar nicht einmal stimmt. Lieber Kollege Stöhrmann, jetzt möchte ich zu den Pensionen noch etwas sagen: Wenn im Fern- sehen Leute befragt werden, wenn alte Damen auftreten und sagen, natürlich müssen wir streiken, weil die in Wien nehmen uns die Pension weg, dann ist das ein Blödsinn zum Quadrat. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.) So etwas hält kein Mensch mehr aus, was ihr von euch gebt. Ich komme jetzt zu etwas Ernsterem (Abg. Stöhrmann:

„Da sieht man die Einstellung, die diese Partei hat, das ist ja unerhört!“): Herr Kollege, ich höre Ihnen dann auch zu, wenn Sie etwas zu sagen haben. Bitte hören Sie mir auch einmal zu. 14 Prozent des BIP in Österreich werden für die Pensionen ausgegeben, weil wir gerade bei dem Thema sind. 14 Prozent des BIP gehen in die Pensionsleistungen. 12 Prozent des BIP gehen in die soziale Sicherheit. Das sind zwei ganz wichtige Projekte und dazu steht der Staat, dazu stehen wir und das wird dafür ausgegeben. Wissen Sie, wie viele Prozente des BIP in die Landesverteidigung gehen? Lieber Kollege Stöhrmann, sage mir, wie viele Prozente in die Landesverteidigung gehen. 0,7 Prozent des BIP. Ich sage es euch, damit du es auch weißt, Herr Kollege. Wenn das für dich zu viel ist, dann tut es mir Leid. 0,7 Prozent gehen in die Sicherheit des Staates und in die Sicherheit der Bürger unseres Staates. Dazu gehört auch die Sicherheit in der Luft. Jetzt kann man noch über die Typenentscheidung diskutieren, ohne weiteres. Diese Diskussion kann sicherlich geführt werden. Eines dazu noch: Über die Förderung der Airpower braucht die Landesregierung nicht abzustimmen. Über die Airpower stimmen schon die Besucher ab. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Darüber haben die Besucher in der Vergangenheit abgestimmt und darüber werden die Besucher am übernächsten Wochenende abstimmen. 250.000 Besucher sind eine gewaltige Anzahl und eine gewaltige Zustimmung dafür. Daher könnt ihr schreien so viel ihr wollt. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – Abg. Stöhrmann: „In Wien waren eine Million Menschen, und da sind nur 250.000!“)

Es soll alles in touristische Projekte und es soll alles in kulturelle Projekte gehen, so kommt es immer wieder. Wo sind denn eure touristischen Projekte, liebe Freunde vor allem von der linken Reichshälfte? Wo sind denn eure Projekte dafür? Sie sind ja nirgends da. Ihr führt denselben Eiertanz mit der Airpower auf wie ihr den Eiertanz mit der Formel 1 aufgeführt habt. Genau derselbe Eiertanz wird in dieser Richtung jetzt wieder aufgeführt. Zuerst seid ihr ein bisschen dafür, jetzt seid ihr massiv dagegen. Kollege Grabner, diese Kehrtwendung, die du gemacht hast von wegen Zustimmung der Regierungsmitglieder und euren Antrag betreffend, versteht ja keiner mehr. (Abg. Stöhrmann: „Wenn du lesen kannst, dann lies ihn!“)

Kollege Grabner ist nicht da, weil er das wahrscheinlich gar nicht anhören kann, was ihr von euch gebt. Ich gestehe in dem Fall euren drei Regierungsmitgliedern mehr politisches Gefühl und mehr Weitsichtigkeit zu als euch Freunden, die ihr da drüben sitzt. Das kann es ja bitte nicht sein: In der Regierung wird dem zugestimmt, und das ist gut, das ist notwendig und das ist wichtig, weil immerhin ist das ein schöner Batzen Geld. Ihr geht dann her, weil ihr seht, hoppla, da schwimmen euch die Felle davon, weil da sind jetzt auf einmal die Grünen draufgekommen. Für euch ist das klar, weil ihr seid immer dagegen gewesen. Ihr habt jetzt keine Kehrtwendung gemacht. Für euch ist alles, was mit Landesverteidigung und mit Sicherheit zu tun hat, pfui. (Abg. Lechner-Sonnek: „Das stimmt nicht!“) Das ist einfach so und damit ist das auch festgestellt. Was die SPÖ aber in dieser Richtung macht, ist nicht mehr nachvollziehbar. Als es um die Beschaffung des Drakens ging, da war die SPÖ mit dabei, weil da war sie in der Regierung – die ÖVP hat damals eine etwas differenzierte Haltung in der Steiermark gehabt. Es ist auch relativ schnell gegangen, weil damals Blecha Schweden besucht hat. Auf einmal war die Drakenentscheidung da – interessanterweise waren zwei sozialistische Freunde beisammen. Jetzt auf einmal soll es diese Nachbeschaffung nicht mehr geben. Ich frage mich, mit welcher Begründung? Hat sich die Sicherheitslage so geändert? Es gibt noch keine europäische Verteidigung. Es gibt sie nicht. Alle Ausreden darauf sind unrichtig. Das ist ein Büro und mehr ist es nicht. Wir haben es bei der ganzen Sache in Kosovo und allem Drum und Dran gesehen, welche militärische Verteidigung das in Europa sein soll, nämlich gar keine. Auf das verlasse ich mich nicht. Da verlasse ich mich lieber auf die eigene Sicherheitspolitik und die ist am Boden und die ist auch in der Luft sicherzustellen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Die nächste Sache: Speziell die Grünen und die Roten sind jetzt wieder so happig auf die Neutralität. Man sieht dabei, das schaut gut aus, weil da braucht man nirgends dabei sein. Was heißt nirgends dabei sein? Das heißt, auch in einem Konfliktfall allein sein und das heißt, auch sich allein verteidigen und schützen zu müssen. Das habt ihr nie bedacht dabei. Ihr geht her und höhlt die Verteidigung aus und redet dann nachher von Neutralität. Das passt ja alles nicht zusammen, liebe Freunde. Das hat ja mit sachlicher Politik nichts zu tun. Das ist billige Polemik, die ihr heute wieder einmal betreibt. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Sagt es ganz einfach: Es passt euch nicht in den Kram, es ist nicht euer linkes Spielzeug, das ihr damit fördert. Wenn es um diese Sachen geht, um die linke Kulturpolitik, da ist euch alles recht. Da machen wir dreijährige Förderungen dafür, da wird nicht nachgefragt, was das ist. Nur wenn es etwas ist, was die Leute sehen wollen und was Sinn und Zweck hat, da seid ihr einmal prinzipiell dagegen. Liebe Freunde, so nicht in dem Fall. Wir stehen zu dieser Veranstaltung, wir stehen zu dieser Förderung. Danke! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 11.37 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Margarethe Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (11.37 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es sich nicht leicht machen ist auch Politik. Es ist einfach nicht immer leicht, zu allem ja zu sagen. Ich finde, es ist ungeheuerlich, die Ängste von einer Million Menschen einfach als „Aufhetzung“ hinzustellen. (Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)

Ich gratuliere Kollegen Erwin Gruber zu seiner Aussage, dass die Umwegrentabilität dieser Flugshow für soziale Zwecke dient. Das ist ein Flickflack mit Spagat. Ich glaube, das bringt kaum jemand fertig. Es gibt immer zwei Seiten. Es gibt die touristische Seite, es gibt Spiele und es gibt auf der anderen Seite die Belastung, die diese

Region hat. Man muss bedenken, wenn 250.000 Menschen in diese Region kommen, wird sich diese Umwegrentabilität für die Tankstellen auszahlen und es wird vor allem der Lärmpegel in dieser Region wesentlich steigen. Das Gros, warum ich mich gegen diesen Flugtag ausgesprochen habe, und ich stehe dazu, ist, dass in den letzten Monaten seitens des Militärs massiv Werbung betrieben wurde, egal wo und egal wie, um für diesen Eurofighter zu werben. Das war nicht korrekt, egal wo sie gewesen sind, immer wieder und mit unseren Steuergeldern. Meine Damen und Herren, dieses Land, in dem es heißt, wir müssen einsparen, wir können uns so viel nicht leisten, kann sich Dinge leisten, die weit über das gehen, was ein normaler Arbeiter bei uns in der Region verdient. Für diese Menschen ist es unwahrscheinlich, was an Geld hinausgegeben wird. Ich bitte, das zu berücksichtigen. Man kann nicht auf einer Seite den Menschen Spiele geben. (Abg. Wiedner: „800 Millionen für die Kultur in Graz, da müsste man auch einmal nachfragen, Frau Kollegin. 800 Millionen investieren wir im Jahr in die Kultur. Fragen wir da einmal nach bei manchen Projekten. Da fragt ihr nie!“) Herr Kollege Wiedner, ich war in den letzten Monaten auf Suche für Sponsoren für ein 900-Jahr-Fest, das wir bei uns haben. Es war nicht immer leicht. Ich habe es jetzt geschafft, mit der Landesregierung auch zu Förderungen zu kommen, aber es ist nicht so einfach, dass man das Geld immer bekommt. Das sage ich Ihnen gleich. Und sind wir froh, dass wir in Österreich auch ein Kulturland sind, weil es wäre sehr schlimm, würden wir nur Spiele in dieser Hinsicht haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, wenn am 27. und 28. dieser Flugtag stattfindet, dann bedenken Sie auch, was es für die Umwelt in dieser Region bedeutet und was es an finanziellen Aufwendungen ist. Ich ersuche Sie, unserem Entschließungsantrag zuzustimmen. (Beifall bei der SPÖ. – 11.41 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz.

Abg. Mag. Zitz (11.41 Uhr): Ich beantrage die punktuelle Abstimmung beim grünen Antrag und auch beim SPÖ-Antrag. (11.41 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren! Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt 3 liegt nicht vor, ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Betreffs der Entschließungsanträge sowohl der SPÖ wie der Grünen liegt ein Antrag über punktuelle Abstimmung vor.

Wir kommen zum Entschließungsantrag der SPÖ betreffend missbräuchliche Verwendung von mit öffentlichen Mitteln geförderten Veranstaltungen.

Ich komme zur punktuellen Abstimmung, und zwar heißt es im Antrag:

Punkt eins:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, künftig darauf zu achten, dass Förderungen eine klare Zweckbindung für Regionalentwicklungsprojekte, für arbeitsplatzschaffende und arbeitsplatzsichernde Maßnahmen sowie für Gesundheits-, Sozial-, Umwelt- und Kulturprojekte haben.

Wer diesem Punkt eins zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt eins hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Punkt zwei lautet:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass diese Ziele eindeutig definiert und kontrollierbar sind.

Wer diesem Punkt zwei zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt zwei hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Punkt drei lautet:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, Veranstaltungen, die missbräuchlich für Propagandazwecke von Kriegsmaterial verwendet werden, nicht zu fördern.

Wer diesem Punkt drei seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch dieser Punkt drei hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Ich komme nunmehr zum Entschließungsantrag der Grünen betreffend Förderung der Präsentation der Eurofighter beziehungsweise Airpower 2003. Auch hier ist eine punktuelle Abstimmung beantragt.

Ich komme zum Punkt eins dieses Entschließungsantrages, der lautet:

Der Landtag wolle beschließen, der Landtag distanziert sich davon, dass das Land Steiermark eine die Sicherheit gefährdende und im Dienst der Propagierung des Kampfflugzeuges Eurofighter dienende militärische Flugshow fördert. Wer diesem Punkt eins seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt eins hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Punkt zwei:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, a) alle rechtlichen Schritte zu prüfen, um die Förderung der Veranstaltung „Airpower 2003“ in der Höhe von 545.000 Euro zurückzufordern und b) in Hinkunft keine militärische Flugshows mehr zu fördern.

Wer diesem Punkt zwei seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt zwei hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten und wir kommen damit zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 6.

Bei den Tagesordnungspunkten 4 bis 6 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

4. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1342/1, betreffend den Verkehr der landeseigenen Liegenschaft EZ. 576, Grundbuch 63101 Innere Stadt, Grundstücksadresse 8010 Graz, Opernring 18 an die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft Steiermark, 8010 Graz, Hamerlinggasse 3 um einen Kaufpreis von 3.066.793 Euro.

Berichterstatte ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (11.45 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Vorlage der Landesregierung liegt Ihnen ausreichend vor. Ich werde daher nur einige Stichworte darüber berichten. Es geht um den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft an die Landeskammer für Land – und Forstwirtschaft in der Steiermark. Die Landeskammer ersucht das Land, das gegenständliche Objekt an die Landeskammer zu den genannten Bedingungen zu verkaufen. Mit der Landwirtschaftskammer wurde im Zuge der auf Basis dieses Angebotes geführten Verhandlungen vereinbart, dass erstens im Umfang der Finanzierung dieses Ankaufes durch die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft jedwede wie immer geartete Subvention durch das Land Steiermark ausgeschlossen wird; zweitens der Käuferin das ihr aus eigener Anschauung bestens bekannte Gebäude wie es liegt und steht übergeben wird und lediglich von Seiten des Landes Steiermark die Räumung der im Seitentrakt im Parterre eingelagerten Büromöbel der Fachabteilung 1A sowie der im opernringseitig gelegenen Keller gelagerten Fahrnisse erfolgt und drittens vom Land Steiermark über die bücherlich eingetragenen Lasten hinaus keinerlei Haftung übernommen wird.

Es wird vorgeschlagen, das Angebot der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft unter den vorgeannten Rahmenbedingungen anzunehmen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 7. April 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 576, Grundbuch 63101 Innere Stadt, Grundstücksadresse 8010 Graz, Opernring 18 an die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft Steiermark, 8010 Graz, Hamerlinggasse 3 um einen Kaufpreis von 3.066.793 Euro nach den im Amtsvortrag dargestellten Modalitäten wird genehmigt. Ich ersuche um Zustimmung. (11.47 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatte. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1345/1, betreffend den Verkauf des Grundstücks Nr. 428/11, EZ. 398, GB. 66188 Wagna mit einer Fläche von 8102 Quadratmeter um einen Kaufpreis von 461.814 Euro an die Marktgemeinde Wagna.

Berichterstatte ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Christine Koller. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Koller (11.48 Uhr): Ich berichte zur Einl.-Zahl 1345/1:

Die Marktgemeinde Wagna beabsichtigt ein Senioren- und Pflegeheim mit zirka 90 Betten zu errichten und benötigt für dieses Beuvorhaben ein geeignetes Grundstück. Im Hinblick auf die Nähe zum LKH Wagna gilt das Grundstück Nr. 428/11 der EZ. 398, GB. 66188 Wagna als besonders interessant, weshalb seitens der Marktgemeinde Wagna der Ankauf dieser Liegenschaft beim Land Steiermark beantragt wurde.

Dieses Grundstück wird von der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. verwaltet und wurde von der Fachabteilung 8A als nicht betriebsnotwendig gemeldet.

Im Hinblick darauf wurde Dipl.-Ing. Dieter Eigner, Graz, von der Fachabteilung 4A mit der Ermittlung des Verkehrswertes dieser Liegenschaft beauftragt. Mit Schätzgutachten vom 6. Februar 2003 bewertet er das Grundstück, ausgehend von 33,20 Euro pro Quadratmeter, mit 268.990 Euro.

Da ein gleichartiges Grundstück im Ausmaß von 1796 Quadratmeter im Jahre 1997 für die Erweiterung des Besucherparkplatzes des LKH Wagna zu einem Quadratmeterpreis von 791,40 Schilling beziehungsweise 57.51 Euro gekauft wurde, wurde der Sachverständige mit diesem wesentlich höheren Grundpreis konfrontiert. Zu dieser Differenz teilte Dipl.-Ing. Eigner mit, dass das von ihm geschätzte Grundstück im gültigen Flächen-

widmungsplan der Gemeinde Wagna als Freiland ausgewiesen ist. Da das Grundstück jedoch von bebauten Liegenschaften umgeben und eine Widmung in Bauland daher durchaus möglich ist, wurde es als Bauerwartungsland klassifiziert. Eine Bewertung als Bauland, das er mit 58 bis 72 Euro bewerten würde, sei ihm als Sachverständigen auf Grund der fehlenden Widmung nicht möglich. In der Folge wurde die Marktgemeinde Wagna eingeladen, ein konkretes Angebot für den Ankauf der Liegenschaft zu legen. Das erste Angebot der Marktgemeinde Wagna belief sich auf 50,87 Euro pro Quadratmeter und umfasste lediglich eine Teilfläche von 4500 Quadratmeter, während für die restliche Fläche von 4300 Quadratmeter auf Wunsch der Gemeinde eine Option eingeräumt werden sollte. Da der Verkauf einer Teilfläche unter gleichzeitiger Einräumung einer Kaufoption für die restliche Fläche nicht zielführend ist, wurde die Marktgemeinde Wagna eingeladen, ein weiteres Angebot zu legen. Nunmehr ist die Marktgemeinde Wagna auf Grund ihres Angebotes vom 26. März 2003 bereit, das Grundstück Nr. 428/11, EZ. 398, GB. 66188 Wagna im Ausmaß von 8102 Quadratmetern zum Preis von 57 Euro pro Quadratmeter, somit insgesamt 461.814 Euro zu erwerben. Aus Sicht der Landesfinanzabteilung kann festgestellt werden, dass das Angebot der Marktgemeinde Wagna über dem vom Sachverständigen ermittelten Verkehrswert liegt und auch im Sinne einer ausreichenden Versorgung der Region mit Pflege- und Seniorenplätzen anzunehmen wäre. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 31. März 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Verkauf des Grundstückes Nr. 428/11, EZ. 398, GB. 66188 Wagna mit einer Fläche von 8102 Quadratmeter um einen Betrag von 461.814 Euro an die Marktgemeinde Wagna wird genehmigt. Ich bitte um Annahme. (11.51 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke für die Berichterstattung.

6. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1347/1, betreffend den Verkauf einer landeseigenen Liegenschaft Zwei-Drittel-Miteigentumsanteil der EZ. 394, Grundbuch 60005 Deuchendorf an die Ehegatten Renate und Christian Sahler, 6793 Gaschurn 158 um den Kaufpreis von 52.000 Euro.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Benedikt Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (11.52 Uhr): Herr Präsident!

Es geht um die Liegenschaft EZ. 394, Grundbuch 60005 Deuchendorf, Bezirksgericht Bruck an der Mur. Sie steht zu zwei Drittel im Eigentum des Landes Steiermark, zu einem Drittel im Eigentum des Sozialhilfverbandes Bruck an der Mur. Diese Liegenschaft mit dem darauf befindlichen Wohnhaus Schwalbengasse 5, 8605 Kapfenberg wurde im Jahre 1970 zur Wohnversorgung für besonders kinderreiche Familien vom Land Steiermark und dem Sozialhilfverband Bruck an der Mur um 32.848,12 Euro angekauft. Auf Grund des Wohnungsnotstandes wurde seinerzeit die Familie Huber mit ihren zwölf Kindern in diesem Wohnhaus untergebracht. Nunmehr sind die Ehegatten Renate und Christian Sahler an den Sozialhilfverband Bruck an der Mur mit dem Ersuchen um Erwerb dieser Liegenschaft herangetreten. Frau Renate Sahler, geb. Huber, ist eines der Kinder der Familie Huber und will zusammen mit ihrem Ehegatten dieses Objekt für ihre Mutter, die ja noch immer in diesem Haus lebt, erwerben. Von Seiten des Sozialhilfverbandes Bruck an der Mur wurde ein gerichtlich beeedeter Sachverständiger mit der Bewertung dieses Objektes beauftragt und wurde von der Sachverständigen Mag. Dr. Ilse Bauer unter Berücksichtigung der Investitionen der Nutzer dieses Hauses ein angemessener Kaufpreis für dieses Objekt in der Höhe von 78.000 Euro ermittelt. Diesen Betrag sind die Interessenten bereit für diese Liegenschaft zu bezahlen und errechnet sich daher für den Zweidrittelanteil des Landes Steiermark ein Preis in der Höhe von 52.000 Euro. Der Sozialhilfverband Bruck an der Mur wird seinen Eindrittelanteil an dieser Liegenschaft zeitgleich um 26.000 Euro an die Kaufinteressenten veräußern. Mit der Kaufvertragserstellung und grundbücherlichen Durchführung soll der mit der ständigen Vertretung des Sozialhilfverbandes Bruck an der Mur beauftragte Rechtsanwalt Dr. Gerd Volk beauftragt werden, wobei die Kosten dafür aus dem Verkaufserlös im Verhältnis zwei Drittel Land Steiermark, ein Drittel Sozialhilfverband Bruck an der Mur zu tragen sind. Dieses Verkaufsansuchen des Sozialhilfverbandes Bruck an der Mur kann aus der Sicht des Landes Steiermark befürwortet werden. Der Ankauf erfolgt auch durch ein Kind der Mieterin, die bereits seit 33 Jahren in diesem Haus lebt. Die Wertermittlung erfolgte durch ein unbedenkliches Gutachten eines gerichtlich beeedeten Sachverständigen. Zur teilweisen Deckung des Anteiles des Landes Steiermark an notwendigen Sanierungsmaßnahmen bei weiteren bestehenden Wohnobjekten dieser Art soll der Verkaufserlös auf Voranschlagsstelle 2/411318-0001 vereinnahmt werden. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 28. April 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Verkauf einer landeseigenen Liegenschaft Zwei-Drittel-Miteigentumsanteil der EZ. 394, Grundbuch 60005 Deuchendorf an die Ehegatten Renate und Christian Sahler, 6793 Gaschurn 158 um den Kaufpreis von 52.000 Euro nach den im Amtsvortrag dargestellten Modalitäten wird genehmigt. (11.55 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (11.55 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landesrat, meine geschätzten Damen und Herren!

Eine starke bäuerliche Servicestelle ist der Wunsch und das Ziel all unserer steirischen Bäuerinnen und Bauern. Mit dem Verkauf der landeseigenen Liegenschaft werden wir dem Ziel noch näher kommen. Zurzeit hat die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark drei verschiedene Dienststellen, und zwar im Raiffeisenhof, in der Hans-Sachs-Gasse und in der Hamerlinggasse. Durch den Kauf dieses Hauses ist es möglich, dass wir in Zukunft ein starkes bäuerliches Kompetenzzentrum haben werden, wo die Dienststellen alle zusammengeführt sind und es dadurch eine Anlaufstelle für unsere steirischen Bäuerinnen und Bauern geben wird. Das finden wir sehr positiv. Ein zweiter Effekt ergibt sich auch noch: Wir wissen, dass der Raiffeisenhof eines der best ausgelasteten Bildungshäuser Österreichs ist und dass es dringend notwendig ist, dass wir zusätzliche Seminarräume nützen können. Nachdem jetzt diese Dienststellen aus dem Raiffeisenhof in die Landeskammer in die Hamerlinggasse verlagert werden, ist es möglich, dieses starke Bildungshaus mehr zu nutzen. Ein dritter Aspekt dieses Ankaufes ist es, dass wir in der Hamerlinggasse mehr Sicherheit haben. Wir können damit auch das zweite Stiegenhaus nützen und das ist aus brandtechnischer Sicht unbedingt notwendig. Für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landwirtschaftskammer wird das Problem der Raummengpässe besser werden. Sie werden moderne Büros bekommen und sie können sich dadurch auch besser entfalten und zugunsten unserer Bäuerinnen und Bauern in der Steiermark arbeiten. Was mir persönlich noch wichtig ist und das steht in der Regierungsvorlage genau drinnen, dass für diesen Ankauf keine Mittel des Landes zur Verfügung gestellt werden dürfen, dass dieser Ankauf durch die Umschichtungen und den Verkauf der Liegenschaft der Landwirtschaftskammer passiert und die Bauern dadurch keinen Schaden erleiden. Eine Zwischenfinanzierung ist zusätzlich notwendig, um diesen Verkauf, diese Umschichtungen vernünftig durchzuführen. Wir glauben, dass wir mit diesem Verkauf langfristig einen Vorteil für unsere Bäuerinnen und Bauern in der Steiermark haben werden. Ich ersuche um Zustimmung. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.58 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu den drei Tagesordnungspunkten liegt mir nicht vor. Ich komme daher zu den Abstimmungen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1342/1 zum Tagesordnungspunkt 4 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1345/1 zum Tagesordnungspunkt 5 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1347/1 zum Tagesordnungspunkt 6 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

7. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1088/1, Beilage Nr. 141, Gesetz über Nationalparkorgane (Steiermärkisches Nationalparkorganengesetz – Stmk. NPOG).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Odo Wöhry. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (11.59 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat!

Ich bringe den schriftlichen Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1088/1, das Gesetz über Nationalparkorgane (Steiermärkisches Nationalparkorganengesetz).

Der vom Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz eingesetzte Unterausschuss hat in drei Sitzungen über die Regierungsvorlage betreffend Steiermärkisches Nationalparkorganengesetz beraten und sich auf Änderungen betreffend Bestimmungen über die persönlichen und fachlichen Voraussetzungen, die Beendigung der Funktion sowie über die Befugnisse und Pflichten der Nationalparkorgane geeinigt. Zusätzlich war die Änderung des Steiermärkischen Berg- und Naturwachtgesetzes in dem Sinne erforderlich, dass im Gebiet des Nationalparks Organe der Berg- und Naturwacht nur tätig werden dürfen, wenn sie nach dem Steiermärkischen Nationalparkorganengesetz bestellt sind.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Das nachstehende Gesetz, mit dem das Gesetz über Nationalparkorgane (Steiermärkisches Nationalparkorganengesetz) erlassen und das Steiermärkische Berg- und Naturwachtgesetz 1977 geändert wird, wird zum Beschluss erhoben. (12.00 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (12.01 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vor einem Jahr, nicht ganz vor einem Jahr, im Herbst des vorigen Jahres wurde der Nationalpark Gesäuse eröffnet und ich glaube, ich kann das auch in Ihrem Namen sagen, wir Steirer sind stolz, dass wir einen Nationalpark haben. Ich bin besonders froh darüber, dass es durch diesen Nationalpark möglich ist, rund 50 Prozent

der gesamten Landesforste unter einen speziellen Schutz zu stellen. Das heißt, dass keine Wälder aus diesem Besitz verkauft werden dürfen. Ich bin noch immer nicht von meinem Ziel abgekommen, die Landesforste überhaupt durch ein Gesetz zu schützen, so dass sie nicht verkauft werden können. Ich meine damit auch die restlichen 50 Prozent. Und gerade die Zeit, so wie sie jetzt ist, gibt mir in meinem Bestreben Recht, denn wenn wir uns umschauen, was zurzeit alles verkauft wird, Leitbetriebe und so weiter, wenn ich an die ÖIAG denke, dann wird mir doch noch immer Angst und Bange, dass irgendjemand auf die Idee kommen könnte, die Landesforste zu verkaufen. Ich glaube, das letzte Ziel müsste sein, die gesamten Landesforste unter Schutz zu stellen, also unter Verfassungsschutz zu stellen. Aber wie gesagt, wir sind stolz auf diesen Naturpark Gesäuse mit seinen Naturwundern, mit seiner Fauna und mit seiner Flora. Ich hoffe natürlich auch und das hoffen auch die Menschen in dieser Region, dass Naturpark nicht heißt, dass man etwas konserviert, dass sich dort nichts mehr entwickeln darf, sondern dass in diesem Naturpark natürlich auch Menschen wandern, dass dorthin Touristen kommen, dass sich etwas dort entwickelt und die Naturschönheiten eben bewundert werden. Die Geschäftsführung – und hier der Herr Riemelmoser – hat eine Reihe von Führungen, von Attraktionen, von Programmen geplant, was in diesem Nationalpark alles stattfinden soll. Aber das oberste Ziel, und das war ja auch der Grund, hier den Nationalpark zu gründen, ist das Erhalten der Naturschönheiten und das Bewahren dieser Naturschönheiten. Dazu gehört aber auch eine Aufsicht, dieser Parkbeaufsicthiger gehört kontrolliert, damit dort eben nichts passiert. Es ist ein sensibles Thema, wir haben das bei den Parteienverhandlungen bemerkt, welche Möglichkeiten, welche Kompetenz räumt man den Naturparkorganen, was räumt man ihnen an Möglichkeiten ein, diesen Naturpark eben zu bewachen. Es fällt mir gar kein anderes Wort ein als „bewachen“. Und wir haben bemerkt, es ist ein sensibles Thema, aber wir sind zu einer gemeinsamen Lösung gekommen. Wir wollen, dass sehr wohl bewacht wird, dass sehr wohl kontrolliert wird, dass sich aber die Menschen, die sich dort bewegen, aus touristischen Gründen, aber auch die dort wohnen, dass sich diese Menschen dort wohl fühlen und dass sie in Ruhe wandern können.

Wir haben auch mit diesem Nationalparkorganengesetz darauf Bedacht genommen, dass Menschen, die dort schon wohnen und sich dazu bereit erklären, Nationalparkorgane werden sollen. Wir wissen zum Beispiel, dass sich sehr viele Hüttenwirte, Jäger, also Menschen, die sich sowieso dort in der Natur bewegen und die sowieso dort zu Hause und ihren Aufgabenkreis und ihre Arbeit dort haben, dass sich diese dazu bereit erklären, Nationalparkorgane zu werden. Das ist ehrenamtlich, obwohl wir im Gesetz festgeschrieben haben, dass trotz Ehrenamtlichkeit eine bestimmte Stundenanzahl diese Menschen dort sich zur Verfügung stellen müssen. Die Nationalparkorgane werden eine eigene Schulung haben und sie werden sich laufend weiterbilden müssen. Und dieses Gesetz beinhaltet die Aufgaben, die Pflichten, die diese Organe dort haben, aber auch die Voraussetzungen, die man haben muss, um Nationalparkorgan werden zu können.

Wir als Abgeordnete des Landes Steiermark wollen natürlich weiterhin gerne wissen, wie geht es dem Nationalpark, wie geht es seinen Geschäftsführern, seinen Organen, die dort arbeiten, wie geht es den Menschen, die dort wohnen und arbeiten müssen. Das heißt, ich möchte nicht, dass der Landtag jetzt als Überkontrolle verstanden wird, dass wir das jetzt noch einmal kontrollieren, sondern ich möchte einfach, dass wir diesen Nationalpark nicht aus den Augen verlieren. Und daraufhin auch unser Entschließungsantrag:

Die Errichtung des Nationalparks Gesäuse ist eines der bedeutsamsten Naturschutz-, Landschaftsschutz- und Tourismusprojekte der Steiermark der Gegenwart. Der Nationalpark Gesäuse Gesellschaft m.b.H. kommen in diesem Zusammenhang bei Umsetzung sowohl des Nationalparkgesetzes als auch des Nationalparkorganengesetzes wesentliche Aufgaben zu. Zwar unterliegt die Nationalparkverwaltung gemäß Paragraf 11 Absatz 4 des Nationalparkgesetzes der Aufsicht der Landesregierung, dennoch scheint es aus Sicht des Landestages als gesetzgebendes und vollzugsüberwachendes Organ wichtig, über die Fortschritte bei Umsetzung des Projektes einen Überblick zu haben und der Nationalparkverwaltung im Rahmen der Tätigkeit des Landtages die Möglichkeit einer Präsentation ihrer Leistungen zu bieten.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens dem Landtag bis zur Umsetzung des Projektes Nationalpark Gesäuse (Einsetzen des Normalbetriebes) mindestens einmal jährlich über die Fortschritte zu berichten und zweitens der Nationalpark Gesäuse Gesellschaft m.b.H. (Nationalparkverwaltung) in der laufenden Gesetzgebungsperiode im Rahmen einer Regierungsvorlage nach Punkt eins die Möglichkeit einer öffentlichkeitswirksamen Präsentation des Nationalparks und der Leistungen der Nationalparkverwaltung zu bieten.

Ich glaube, es ist auch in Ihrem Sinne, wenn wir davon Bericht erhalten, was dort passiert und wie es weitergeht. Überhaupt, wenn ich daran zurückdenke, es war gar nicht so einfach und es war nicht von vornherein eine „gemähte Wiese“, wie man so sagt, dass es diesen Nationalpark überhaupt gibt. Und daher ersuche ich Sie um die Annahme dieses Antrages. (Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – 12.08 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wöhry. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry: Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Damen und Herren auf der Galerie!

Die Frau Kollegin Kaufmann hat schon gesagt, dass der Nationalpark Gesäuse so rund ein Jahr alt ist und dass er in diesem Jahr sich zu einem Projekt entwickelt hat, das weit über unsere Region hinausstrahlt. Aus der Sicht des Gesetzgebers kann man feststellen, dass wir mit diesem Nationalparkorganengesetz eigentlich unsere letzte Hausaufgabe gelöst haben und ich bin sehr froh, dass dieser Beschluss einstimmig erfolgen wird, zumal wir

uns in sehr, sehr schwierigen Verhandlungen im Unterausschuss zu diesem gemeinsamen Gesetzestext durchgerungen haben. Der Inhalt des Gesetzes – und das ist schon angeklungen – geht vom Zweck bis hin zum Inkraft-Treten und es wird auch das Berg- und Naturwachtgesetz mit diesem Gesetz mit geändert. Und wir haben gemerkt, dass wir bei diesem kleinen aber doch sehr feinen Gesetz in Details kaum Einigung finden konnten, weil der Zugang zur Kontrolle von jedem ein bisschen ein anderer ist. Besondere Probleme haben uns gemacht, die Befugnisse der Nationalparkorgane zu definieren, weil man immer wieder den Spagat schaffen musste zwischen Kontrolle und Überwachung einerseits und andererseits Tourismus und persönlicher Freiheit der Wanderer. Das war eigentlich der Knackpunkt, bei dem wir sehr, sehr lange verhandelt haben und wo wir dann auch unter Zuhilfenahme beziehungsweise Beratung und Aufklärung des Verfassungsdienstes eine Lösung gefunden haben, die das Nationalparkorganegesetz so ausschauen lässt, wie es zu einem Nationalpark passt und nicht wie ein Sicherheitspolizeigesetz, was niemand von uns gewollt hätte. Es ist auch die Verantwortung des Gesetzgebers, mit Dingen und Vorkommnissen beziehungsweise Befugnissen in schriftlicher Form so umzugehen, dass nicht jemand, der dieses Gesetz zum ersten Mal liest, glaubt, er ist jetzt im Wilden Westen beziehungsweise im Wilden Norden der Steiermark zu Hause. Wir haben immer gesagt, es ist ein Tourismus-, Naturschutz- und Wirtschaftsprojekt und um dem Rechnung zu tragen war der Kompromiss, so wie er vorliegt, auch notwendig. Ich habe schon erwähnt, das Berg- und Naturwachtgesetz wird im Artikel II mit geregelt beziehungsweise novelliert in der Form, dass die Berg- und Naturwacht innerhalb des Nationalparks natürlich nur dann Kontrollen vornehmen darf, wenn die Organe als Nationalparkorgane angelobt sind. Zur Entschließung der Sozialdemokratischen Partei kann ich sagen, das geht in Ordnung. Wir werden mitstimmen. Es liegt natürlich im ureigensten Interesse der Verantwortlichen des Nationalparks, aber auch der Region, dass wir einerseits jährlich Berichte vorlegen, wir diese Berichte im Landtag bekommen und andererseits auch dem Nationalpark die Möglichkeit bieten, sich entsprechend zu präsentieren, auch hier in Graz und auch in Wien. Derartige Modelle werden bereits ausgearbeitet. Ein wichtiger Punkt, das ist bis jetzt noch nicht gesagt worden, ist der, dass, wie ich eingangs schon gesagt habe, der letzte Schritt des Landtages im Hinblick auf die Werdung des Nationalparks ist und wir nach Beschlussfassung des Nationalparkorganegesetzes von Seiten der Nationalparkgesellschaft den Antrag an die IUCN stellen werden, diesen Park mit Kategorie II zu werten und ihm damit ein sehr hohes Prädikat in der Liste der Naturschutzprojekte zu geben. Es ist und bleibt dieser Nationalpark, wenn das gelingt, der Ferrari unter den Naturschutzprojekten in der Steiermark. Die Besucherzahlen, die wir heuer bereits in der kurzen Zeit messen haben können, geben uns völlig Recht in unserer Überlegung, dass das ein maßgeschneidertes Projekt für die Region, aber auch für die Steiermark insgesamt ist. Ich bedanke mich bei allen, die am Nationalparkorganegesetz konstruktiv mitgearbeitet haben und hoffe, dass wir mit diesem Nationalpark noch sehr viel Freude haben werden. Ein kleines Detail noch, nachdem ich bezüglich der Nationalparkwanderung am Donnerstag gefragt worden bin: Es ist jeder herzlich eingeladen, der im Ausschuss und Unterausschuss tätig war und an den Gesetzen mitgearbeitet hat, jede und jeder Abgeordnete bis hin zu den Mitarbeitern in den Klubs und auch in den Abteilungen des Landes. Ich hoffe, dass wir am Donnerstag schönes Wetter haben und dass wir uns selbst vor Ort überzeugen können, dass der Nationalpark ein gelungenes Projekt ist. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 12.13 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (12.13 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Normal müssten wir das Lied anstimmen „Großer Gott wir loben dich“, weil in Wahrheit ist das ein tolles Projekt, das wir abgeschlossen haben. Ich möchte mich sehr herzlich bei den Verhandlern bedanken. Wir wissen, dass dieses Nationalparkprojekt in der Umsetzung und in der Ausstrahlung einen ganz tollen Weg geht. Einen herzlichen Dank an alle Verantwortlichen des Landtages. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 12.14 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 7 liegt nicht vor.

Ich ersuche daher die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Berichte an den Landtag über die Umsetzung des Projektes Nationalpark Gesäuse, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme des Antrages fest.

8. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1375/1, betreffend Gebarungsprüfung der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft der Stadtwerke Graz, 8010 Graz, Neuholdaogasse 3.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (12.14 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren des Landtages!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 20. Mai 2003 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 77, betreffend Gebarungsprüfung der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft der Stadtwerke Graz, 8010 Graz, Neuholdaogasse 3, Einl.-Zahl 1375/1, beraten. Der Ausschuss für Kontrolle stellt

den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Gebarungsprüfung der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft der Stadtwerke Graz, 8010 Graz, Neuholdaugasse 3 wird zur Kenntnis genommen. (12.15 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Berichterstatter, Abgeordneter List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (12.15 Uhr): Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Ich stelle fest, dass es jetzt in diesem Haus überraschend ruhig geworden ist. Nicht minder darf das die Tätigkeit des Landesrechnungshofes abwerten. Ich komme zu einer trockenen Materie, zu einem Landesrechnungshofbericht. Das ist der erste Bericht, der in diesem Haus behandelt wird, seitdem du, Herr Landesrat, als zuständiger Wohnbaureferent tätig bist. Dieser Bericht ist zweifelsohne nicht für Lobeshymnen geeignet. Ich darf kurz das eine oder andere aus diesem Prüfbericht zitieren, erwähnen und sehr wohl auch kritisieren. Die Damen und Herren, die im Kontroll-Ausschuss tätig waren, wissen, dass sich die Prüfung der Bauvereinigung auf die Jahre 1997 bis einschließlich 2001 erstreckt. In diesem Landesrechnungshofbericht sind insgesamt sieben detailliert angeführte Bereiche aufgelistet, die geprüft wurden. Dabei wird die wirtschaftliche Lage dieses Wohnbauträgers und der eine oder andere Punkt dieser Vereinigung besonders kritisch betrachtet und durchleuchtet. Bei den Organen der Genossenschaft kritisiert der Landesrechnungshof, dass die Sitzungen des Aufsichtsrates in unzureichendem Ausmaß abgehalten wurden. Auch hat der Vorstand keine notwendigen Sitzungen durchgeführt und keine einzige Generalversammlung wurde abgehalten, so wie es in den Statuten in der vorgesehenen Frist zu erledigen ist. Gleichzeitig wird im Landesrechnungshofbericht das Fehlen einer Geschäftsanweisung für den Vorstand und den Aufsichtsrat während der Prüfung bemängelt. Die Bauvereinigung hat in ihrer Stellungnahme erklärt, dass eine Geschäftsanweisung sehr wohl vorhanden ist, aber im Zuge einer Übersiedlung verlegt wurde und anlässlich der Prüfung nicht rechtzeitig gefunden werden konnte. Ich von meiner Seite als Kontrollsprecher der Freiheitlichen halte fest, dass hier einiges verschlammt wurde. Warum wurde dieser Missstand nicht schon während der Prüfung aufgezeigt? Warum ist das den Verantwortlichen des Wohnbauträgers nicht dort aufgefallen? Das ist ein klassisches Beispiel, dass diese Aufsichtsratsorgane und der Vorstand ihren Agenden und Aufgaben nicht eindringlich nachgekommen sind oder diese auch nicht wahrnehmen. Zwischenzeitlich soll dieser Missstand abgestellt worden sein. Zum Aufwand für das Personal zeigt der Landesrechnungshof auf, dass dieser erst ab dem Jahr 2000 der wirtschaftlichen Leistungskraft auf Bauvereinigungen entsprach. Diese Feststellung trifft auch auf die Kosten der Organe zu. Diese Entwicklung ist im Bericht übersichtlich dargestellt und es wird auch näher darauf eingegangen. Zusätzlich aber wird eine Prämienzahlung im Jahr 1999 als unwirtschaftlich bewertet. Was ist im Jahr 1999 passiert? Hier hat der Obmann dieser Bauvereinigung ein Gehalt und zusätzlich eine Prämie bekommen, nämlich 8720 Euro, das sind umgerechnet, nach der alten Währung, mindestens 120.000 Schilling, die vom Wohnbauträger an den Obmann bezahlt wurden. Logisch, dass sich der Obmann beim Beschluss für diese Prämie zusätzlich zum Gehalt der Stimme enthalten hat und nicht mitgestimmt hat. Jetzt, Herr Landesrat, zum kritischen Teil in diesem Landesrechnungshofbericht zur wirtschaftlichen Lage dieser Bauvereinigung: Hier übt der Landesrechnungshof massivst schwerste Vorwürfe, Beispiele dafür sind im Bericht angeführt. Ich muss hier unbedingt einige zitieren, weil es ein Mängelkatalog erster Klasse ist. Wenn Sie diesen Bericht gelesen haben, werden Sie sich dieser Meinung anschließen. Die Beispiele dafür sind folgende: Kritisiert wird: Im Jahr 1997 wurden Zinsen in der Höhe von rund 27.615 Euro nicht verbucht, so dass das Ergebnis in diesem Jahr richtigerweise ein Verlust gewesen wäre.

Kritisiert wird: Der für das Jahr 1998 ausgewiesene Gewinn ist auf Grund einer großen Anzahl von Buchungsfehlern nicht nachvollziehbar. Es mussten zum Beispiel 40.478 Euro bei der Eröffnungsbilanz als Ertrag erfasst werden, um überhaupt Summengleichheit herzustellen.

Kritisiert wird: Für das Jahr 1999 war die Einholung von Saldenbestätigungen erforderlich, um die Bilanz für dieses Geschäftsjahr zu ermöglichen.

Kritisiert wird: Da ein Mahnwesen nur in Ansätzen vorhanden war, wären schon im Jahr 1998 rund 123.543 Euro an zweifelhaften beziehungsweise uneinbringlichen Forderungen zu bilanzieren gewesen. Diese wurden erst bei der Erstellung der Bilanz 1999 erfasst.

Kritisiert wird: Eine Anpassung der Sparbuchbestände an den Instandhaltungsrücklagen der Eigentümer erfolgte bei einigen Objekten im Prüfungszeitraum überhaupt nicht. Die Differenzen betragen oft mehr als eine Jahreseinhebung.

Kritisiert wird: Die Baukostenbeiträge wurden oftmals den genossenschaftseigenen Konten gutgeschrieben und erst bei der Endabrechnung auf das Girokonto des Objektes gebucht. Die Baugirokonten wurden dadurch mit vermeidbaren Zinsen erheblich belastet.

Kritisiert wird: Die geleisteten Sondertilgungen wurden nicht weitergeleitet, sondern verblieben auf dem Genossenschaftskonto.

Kritisiert wird: Im Jahr 2000 mussten ungeklärte, nicht zuordenbare Salden in der Hausbewirtschaftung rund 35.100 Euro als Aufwand ausgebucht werden und so weiter und so fort.

Kritisiert wird, kritisiert wird und weiter hält der Landesrechnungshof fest, diese Aufstellung von Buchungsmängeln ist nur beispielhaft und bei weitem nicht vollständig. Ich muss hier von dieser Stelle sagen, dass das ein Skandal ist, wie sich die wirtschaftliche Lage dieser Bauvereinigung darstellt! Weiter erschwerend im Landes-

rechnungshofbericht, dass in sämtlichen geprüften Jahren die Wirtschaftlichkeit weder in der Bau- noch Hausverwaltungstätigkeit gegeben war. Geschätzte Damen und Herren, und jetzt kommt der Hammer für Sie und für uns: Auch der österreichische Verband Gemeinnütziger Bauvereinigungen – Revisionsverband hat im Prüfungsbericht über das Jahr 1998 festgestellt, dass weder der Vorstand noch der Aufsichtsrat seinen Verpflichtungen in ausreichendem Ausmaß nachgekommen sind. Hier haben die in Amt und Würden befindlichen Damen und Herren in ihrer dreijährigen Amtsdauer nichts gemacht! Es wurden keine Konsequenzen gezogen! Sie sind ihrer Verantwortung nicht nachgekommen! Das Einzige, was übrig geblieben ist, war die Diskussion in der letzten Sitzung im Kontroll-Ausschuss des Steiermärkischen Landtages. Es wurde gesagt, schuld daran ist eine Dame, eine Prokuristin. Die Dame sei diesen Aufgaben nicht gewachsen. Man habe sich von ihr getrennt. Das war das Einzige, was passiert ist! Für den Aufsichtsrat und für den Vorstand in diesem Kreise wurden keine Konsequenzen getroffen und gesetzt. Zwischenzeitlich ist man auch mit einem anderen Wohnbauträger zusammengegangen, arbeitet in enger Kooperation und hofft, dass künftig das nicht mehr passieren wird. Ähnlich war auch die Aussage des zuständigen Hofrates von der Abteilung 15.

Geschätzte Damen und Herren, das ist ein Bericht, der uns Freiheitlichen nicht gefällt! Das ist ein Bericht, der sicherlich auch den Damen und Herren des Landtages nicht gefällt und ganz, ganz sicher nicht der Bevölkerung draußen. Missstände gehören nun einmal abgestellt! Ich meine, dass hier der jetzige zuständige junge Wohnbaulandesrat eine Altlast von Landesrat Hirschmann übernommen hat. Wir wissen ja, bei Wohnbauträgern gibt es immer wieder gröbere Mängel, die abgestellt werden müssen. Wir sind dabei, auch von Seiten der Grünen passiert das öfters hier in diesem Haus, dass kritisiert und aufgezeigt wird. Wir hoffen und verlassen uns darauf, dass hier der Landesrechnungshof in Bälde selbstständig tätig wird und eine Nachprüfung dieser Wohnbauvereinigung durchführen wird. Missstände gehören abgeschafft! Missstände können und dürfen nicht zum Schaden von betroffenen Mietern und Wohnungseigentümern führen! Ich danke für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 12.25 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Petinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Petinger (12.25 Uhr): Werter Herr Präsident! Herr Landesrat! Sehr verehrte Damen und Herren!

Herr Kollege List, ich werde sicherlich nicht hier antreten, um diese Umstände, die der Rechnungshofbericht eindeutig aufzeigt, zu kaschieren oder zu verändern. Ich habe auch eine gewisse andere Schlussfolgerung darauf, wenn man den chronischen Ablauf der Prüfung und die vorher gezogenen Konsequenzen der Geschäftsführung und des Vorstandes mit betrachtet. Ich werde das vielleicht ein bisschen versuchen zu präzisieren. Wie Sie bereits berichtet haben, hat der Landesrechnungshof eine Gebarungskontrolle für die Jahre 1997 bis 2001 bei der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft der Stadtwerke, der Verkehrsbetriebe, durchgeführt. Die Überprüfung erfolgte auf die ziffernmäßige Richtigkeit, die Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften sowie auf die Sparsamkeit, die Wirtschaftlichkeit und die Zweckmäßigkeit dieses Unternehmens. Prüfungsgegenstände waren die rechtlichen Grundlagen und die Organe, der Aufwand für Personal und für die Organe, die Repräsentations- und die Werbekosten, die eidesstattlichen Erklärungen, die Endabrechnungen, die Wohnungsvergaben und die wirtschaftliche Lage dieser Genossenschaften. Bemängelt wurde wie bereits angeführt vom Landesrechnungshof, dass weder für den Vorstand noch für den Aufsichtsrat eine Geschäftsanweisung von der Generalversammlung beschlossen und genehmigt wurde. Laut der Stellungnahme der Bauvereinigung konnte jedoch diese Bemängelung entkräftigt werden. Die Geschäftsanweisung wurde sehr wohl von der Generalversammlung in den Anfangsjahren beschlossen. Bei den Sitzungsterminen der Organe, welche laut Satzung der Genossenschaft vorgegeben sind, stellte der Landesrechnungshof fest, dass diese nicht in der erforderlichen Anzahl durchgeführt wurden und die Generalversammlung ebenfalls nicht rechtzeitig beziehungsweise überhaupt nicht stattgefunden habe. Das ist sicherlich sehr zu bemängeln, da hier eine Kontrolle beziehungsweise den Satzungen nicht entsprochen wurde. Die gemeinnützige Bauvereinigung sicherte in ihrer Stellungnahme jedoch zu, dass hinkünftig eine fristgerechte Abhaltung dieser Sitzungen und die Generalversammlung stattfinden wird.

Zum Aufwand beim Personal und bei den Organen wurde vom Landesrechnungshof festgestellt, dass die Personalkosten für die Jahre 2000 und 2001, also für die beiden letzten geprüften Jahre, der Wirtschaftlichkeit und der Leistungskraft somit entsprechen, jedoch nicht die geprüften Jahre 1997, 1998 und 1999. Bei den Kosten der Organe wurde vom Landesrechnungshof die im Jahre 1998 eingeführte Pauschalvergütung für die Organe als begrüßenswert hervorgehoben, jedoch die einmalige Prämienzahlung im Jahre 1999, welche rechtlich ordnungsgemäß in einer gemeinsamen Sitzung des Vorstandes und des Aufsichtsrates beschlossen wurde, erscheint jedoch der Leistungskraft der Bauvereinigung nicht entsprechend.

Bei den Repräsentations- und Werbekosten, den eidesstattlichen Erklärungen, den Endabrechnungen und den Wohnungsvergaben stellte der Rechnungshof fest, dass die Bauvereinigung vollinhaltlich ihren Verpflichtungen nachgekommen ist. Bei der Prüfposition der wirtschaftlichen Lage wurde jedoch bemängelt, dass die ausgewiesenen Gewinne und Verluste nur bedingt aussagekräftig sind, da das Rechnungswesen der Bauvereinigung über den gesamten Prüfungszeitraum hinweg mangelhaft war. Einige Beispiele sind im Prüfungsbericht dafür angeführt mit der Bemerkung, dass es sich dabei nur um eine beispielhafte Aufzählung handelt. Wesentlich problematischer sehe ich aber die Bemerkung, dass in sämtlich geprüften Jahren die Wirtschaftlichkeit weder in der Bau- noch in der Hausverwaltung gegeben war.

Sehr verehrte Damen und Herren, ich darf Ihnen meine Schlussfolgerung aus diesem Prüfungsbericht darlegen ohne die Bemängelung, die der Rechnungshof festgestellt hat, hier zu verschönern. Es ist klar, dass der Personalaufwand der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft der Stadtwerke Graz nicht in einem entsprechenden wirtschaftlichen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Genossenschaft gestanden ist. Weiters ist dem Prüfungsbericht eindeutig zu entnehmen, dass das Rechnungswesen nicht dem Rechnungslegungsgesetz und den verschiedenen Bilanzverordnungen entsprochen hat. Anscheinend, und das ist im Prüfungsbericht als Nebenbemerkung festgehalten, war eine Prokuristin in der Genossenschaft beschäftigt, welche mit der geschäftlichen Führung betraut war. Dieses Beschäftigungsverhältnis wurde im März 2000 einvernehmlich beendet. Diesem Umstand kann man ohne Zweifel entnehmen, dass der Vorstand und der Aufsichtsrat bereits vor der Prüfung des Landesrechnungshofes die Probleme erkannt und auch gehandelt haben. (Abg. List: „Ja, in den Anfangsjahren!“) Das stimmt sehr wohl. Das steht im Prüfungsbericht ausdrücklich drinnen, dass das Beschäftigungsverhältnis vorher gekündigt wurde, bevor der Landesrechnungshof geprüft hat. Er hat das auch so vermerkt, dass diese Probleme bereits geëbnet sind. Weiters wird aber auch positiv angemerkt, dass mit 1. Jänner 2000 sämtliche Agenden des Geschäftsbetriebes im Rahmen eines Betreuungsvertrages an die Grazer Gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft übergeben wurden. Diese Betreuungsübernahme erscheint dem Rechnungshof – so ist es auch festgeschrieben – wichtig, weil damit erreicht wird, dass eine Wirtschaftlichkeit möglich und auch zu erwarten ist, dass das Rechnungswesen ordnungsgemäß geführt und auch richtig bilanziert wird. Wichtig erscheint mir auch die Feststellung, dass in allen Fällen, in denen Eigentümer oder Mieter durch die völlig unzureichende Buchhaltung Nachteile erlitten haben, reagiert wurde und Rückzahlungen inklusive Zinsengutschriften geleistet wurden. Deswegen meine ich nochmals, dass der Prüfungsbericht des Landesrechnungshofes neben den richtigen Bemängelungen auch hervorhebt, dass bereits Maßnahmen zur Beseitigung dieser aufgezeigten Mängel unternommen wurden, und zwar vor Prüfung des Landesrechnungshofes, und zwar im Jahre 1999. Der Vorstand und der Aufsichtsrat haben rechtzeitig, vielleicht zu spät, das mag sein, die entsprechenden Maßnahmen gesetzt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.32 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor.

Ich komme daher zur Abstimmung. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gengenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

9. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1271/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend steirische Feuerbrandbekämpfung.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (12.33 Uhr): Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz bezüglich grüner Antrag „Steirische Feuerbrandbekämpfung“ vom 25. März 2003. In diesem Ausschussbericht wird angeführt, dass die Unterstützung der betroffenen Obstbauregionen bei der Feuerbrandbekämpfung in mehrfacher Weise erfolgt. Es werden beispielhaft Maßnahmen und Aktivitäten festgehalten, auch in Kooperation mit der Imkereiververtretung. Weiters wird in dem Antrag angeführt, dass es in den Gemeinden Feuerbrandsachverständige gibt, konkret in den Bezirkshauptmannschaften, die beratend Hilfestellung geben können. Drittens wird auf eine am 28. April 2003 neu gefasste Feuerbrandverordnung, die in der Landesregierung einstimmig beschlossen wurde und die am 10. Mai 2003 in Kraft getreten ist, hingewiesen. Weiters wird angeführt, dass im Landwirtschaftlichen Versuchszentrum Steiermark ein Sortenquartier für alte steirische Obstsorten besteht und von der Beratung feuerbrandwiderstandsfähige Sorten empfohlen werden können. Ein letzter Punkt: Nach den Informationen, die den Fachabteilungen zur Verfügung stehen, sind auf Bundesebene Bemühungen im Gange, ein möglichst umfassendes Konzept über die notwendigen Maßnahmen zur Feuerbrandbekämpfung in die Wege zu leiten. Zusammenfassend wird daher festgestellt, dass die im gegenständlichen Antrag der Grünen angeführten Punkten weitgehend erfüllt sind. Ich beantrage die Annahme dieses Berichtes. (12.35 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Als Erste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Berichterstatterin, Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (12.35 Uhr): Ich möchte einen Entschließungsantrag einbringen von Seiten der Grünen, der von der ÖVP unterstützt wird, konkret vom Kollegen Gangl, und ich nehme an auch von der SPÖ. (Abg. Riebenbauer: „Was haben Sie mit dem Gangl gemacht?“)

Im Namen aller Fraktionen. Ich danke sehr herzlich für diese erfreuliche Korrektur, Waltraud Dietrich. Feuerbrand ist eine bakterielle Erkrankung von Obstbäumen mit vernichtendem Ergebnis. Ich finde es überhaupt nicht lustig, Herr Kollege List, dass Sie sich darüber amüsieren, weil das nämlich bis vor kurzem in der Steiermark ein Thema war, das viele Leute, die vom Obstbau abhängig sind, und zwar vom Obstbau in guter Qualität und in ökologischer Qualität abhängig sind, in Aufruhr gebracht hat. Ich finde bei dem Ganzen, auch wenn das ein Agrartheema ist, das in der Steiermark noch nicht so verbreitet ist, wichtig, dass man sich politisch positioniert, und zwar nicht nur auf der Ebene von Schmäh, wie sie gerade vom Kollegen List von der freiheitlichen Fraktion gekommen sind. Ich finde das einfach ärgerlich.

Wir haben in unserem grünen Antrag eine Reihe von Maßnahmen gestellt, die in der Steiermark gesetzt werden können mit der Absicht sicherzustellen, dass man eindeutig und engagiert gegen diese Obstbaumkrankheit vorgehen kann, aber kein Plantomycin, das ist ein Antibiotikum, in der Steiermark beziehungsweise in Österreich verwendet. In Reaktion auf unseren Antrag beziehungsweise auch durch eigene Vorarbeiten hat die Landesregierung in Kooperation mit den steirischen Fachleuten im Bereich Pflanzenschutz und der Landwirtschaftskammer bereits etliche Schritte gesetzt. Unter anderem hat die Landesregierung eine Novelle der Feuerbrandverordnung gesetzt, wobei wir inhaltlich mit dieser Feuerbrandverordnung einverstanden sind. Nur einen Punkt sollte man dringend präzisieren: In dieser Verordnung ist vorgesehen, dass die Depot- oder Wirtspflanzen für diesen Erreger nicht produziert und nicht ausgepflanzt werden dürfen. Das sind aber teilweise sehr attraktive Zierpflanzen, die in der Steiermark von den Leuten natürlich in ihren Gärten, in ihren Kulturen verwendet werden und die auch in der freien Wildbahn vorkommen. Wir stellen deswegen den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens bezüglich des Produktions- und Auspflanzungsverbotes von Wirtspflanzen des Feuerbrandes, das ab 1. Jänner 2004 gelten wird, sicherzustellen, dass in Gärtnereien, Baumärkten und so weiter die Kunden und Kundinnen auf dieses Verbot in geeigneter Form hingewiesen werden, zweitens an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese Maßnahmen setzt, um die nationale und internationale Feuerbrandforschung besser zu koordinieren und insbesondere ökologisch verträgliche Alternativen zu Plantomycin zu entwickeln, etwa mittels bakterieller Antagonisten (damit wird etwa in Neuseeland schon sehr viel experimentiert).

Ich stelle den Antrag auf Annahme dieses gemeinsamen Entschließungsantrages. (Beifall bei den Grünen und der ÖVP. – 12.39 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gangl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gangl (12.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, Hoher Landtag!

Der Feuerbrand ist tatsächlich eine Bakterienkrankheit, die latent in Österreich, in der Steiermark, aber auch in Europa vorhanden ist. Wir wissen, dass im heurigen Jahr in Slowenien, in Südtirol, in Deutschland es überall wieder ein vermehrtes und stärkeres Auftreten dieser Bakterienkrankheit gegeben hat. Wir waren in den letzten Jahren schon sensibilisiert zu diesem Thema und haben gemeinsam mit dem Land, mit dem Bund, mit unserem Agrarlandesrat einiges unternommen. Der Antrag der Grünen, der am 25. März eingereicht wurde, listet Punkte auf, die bereits schon am 17. März mit Regierungsbeschluss erledigt wurden.

Zum Antrag ist zu sagen, dass wir in der Steiermark eine Verordnung verabschiedet haben, die die Gemeinden sensibilisiert. Es gibt Feuerbrandbeauftragte, es gibt ein Monitoring, das landesweit durchgeführt wird und es gibt eine dementsprechende Verordnung. Und die Frau Kollegin Zitz hat es angesprochen, dass es ab 1. Jänner 2004 zu keiner Auspflanzung von so genannten Wirtspflanzen mehr kommen kann. Der amtliche Pflanzenschutz hat in den letzten Tagen und Wochen Hervorragendes geleistet. Es wurden unzählige Proben gezogen. Es sind dies an der Zahl um die 60 Proben, die gezogen worden sind, 58 genau. 49 Meldungen sind zurück, sieben waren positiv. Das bezieht sich auf zwei Standorte, einen in der Oststeiermark und einen in der Weststeiermark. Betroffen sind derzeit zirka 3100 Bäume, aber es bezieht sich auch auf drei einzelne Objekte in der Gemeinde Stainach in der Obersteiermark. Von zehn Proben, die gezogen worden sind, ist das Ergebnis noch nicht da. Es ist anzunehmen, dass es zwei höchst verdächtige Anlagen ebenfalls in der Weststeiermark gibt und auch noch andere Wirtspflanzen betroffen sind.

Wir können dem Entschließungsantrag der Grünen auch deshalb zustimmen, weil das, was darin gefordert wird, auch bereits geschieht. Der Punkt eins bezüglich des Produktions- und Auspflanzungsverbotes beziehungsweise die Information an die Betroffenen ist gegeben, weil der amtliche Pflanzenschutz die Baumärkte anschreiben wird und diese auch angeschrieben hat und weil viele produzierende Betriebe registriert sind und diese sowieso im Rahmen der Feuerbrandverordnung kontrolliert werden. Und auch an die Bundesregierung können wir nochmals diesen Appell richten. Wir haben das bereits seitens des Landes und auch seitens der Obstbauorganisationen getan.

Ich möchte nur einen Satz auch zum Thema Plantomycin sagen, es wurde angesprochen. Dieses Thema stellt sich für Österreich und für die Steiermark nicht. Es wurde vom Bund, vom Land und von den Obstregionen dahin gehend agiert, dass das Plantomycin nicht zum Einsatz kommen wird, obwohl dies in Deutschland erlaubt ist. Ich habe gestern eine Mail bekommen, wo natürlich hingewiesen wird, wie sich der Feuerbrand auswirkt. Eine Anlage in Vorarlberg, die voll in der Rodung steht. Dort fragt natürlich der geschädigte Landwirt: „Und wenn ich wenige Kilometer über die Grenze in Lindau gewesen wäre, wäre das nicht passiert?“ Ich sage das deshalb, weil ich ganz klar aufzeigen will, dass die Steiermark auch hier beim Einsatz von Plantomycin eine vorbildhafte Haltung eingenommen hat. Also wir werden unsererseits diesen Entschließungsantrag unterstützen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 12.43 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (12.43 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich will nicht verlängern, aber wenn die Kollegin Zitz sagt, dass das ein neues Agrarthema ist. (Abg. Mag. Zitz: „Für die Öffentlichkeit schon!“) Sie haben ja bei unseren Informationsveranstaltungen für Ihre Anträge die Basis bekommen. Also Sie sind da hinaufgehüpft auf das Trittbrettl. Mir macht das gar nichts aus, wenn das einen

öffentlichkeitswirksamen Charakter hat. Das ist zumindest raffiniert, aber erfolgreich waren Sie dabei nicht, weil wir haben bereits fast alle Maßnahmen abgeschlossen. Ich muss das ein bisschen schärfer bringen, wenn es so warm ist, können wir nicht so gemütlich reden. Nur, das möchte ich schon da behaupten, ein bisschen vifer wie die grüne Ministerin in Deutschland, die Frau Kühnast, sind wir, weil wir haben so ein sensibles Gefühl, dass Plantomyzin sozusagen die letzte Keule ist, wenn man sozusagen gesundheitlich in Bedrängnis ist und daher haben wir uns durchgerungen. Das ist gar nicht so ohne und wir werden gerade jetzt bei den Entschädigungsmaßnahmen gar keine kleinen Diskussionen haben. Wir haben aber bereits in den letzten Jahren ein Genpotenzial auch von resistenten Flächen und Sorten gesichert ohne irgendeine Aufforderung und daher bin ich auch froh, dass alle mit Begeisterung diesen Anträgen zustimmen. Das bestätigt unseren Weg, den wir bereits beschritten haben. Ich bin sehr dankbar, dass das der Aufmerksamkeit des Landtages nicht entgangen ist. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.45 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 9 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag aller Fraktionen, betreffend Feuerbrandbekämpfung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, auch das ist eine Einstimmigkeit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 171/7 und 246/5, zum Beschluss Nr. 692 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Juli 2002 über den Antrag der Abgeordneten Riebenbauer und Gödl, betreffend Qualitätssicherung in der Lebensmittelproduktion und über den Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Aktionsplan für Lebensmittelsicherheit – Bericht der Umsetzungsmaßnahmen im Bereich des Qualitätssicherungsprogrammes im Veterinärbericht 2002.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (12.46 Uhr): Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren!

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 692 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Juli 2002 über den Antrag der Abgeordneten Riebenbauer und Gödl, betreffend Qualitätssicherung in der Lebensmittelproduktion und über den Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Aktionsplan für Lebensmittelsicherheit – Umsetzungsmaßnahmen im Bereich des Qualitätssicherungsprogrammes im Veterinärbericht 2002.

Der Steiermärkische Landtag hat am 4. Juli 2002 in der 27. Sitzung der XIV. Gesetzgebungsperiode des Steiermärkischen Landtages den Beschluss Nr. 692, Einl.-Zahlen 171/6 und 246/4, Punkt 2, gefasst, dass die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wird, betreffend Umsetzungsmaßnahmen im Bereich des Qualitätssicherungsprogrammes im Veterinärbericht 2002 zu berichten.

Gemäß diesem Beschluss wird die Steiermärkische Landesregierung vom Landtag aufgefordert, im nächsten Veterinärbericht bis Ende April 2003 über die weiteren Umsetzungsmaßnahmen im Bereich des Qualitätssicherungsprogrammes zu berichten:

Dazu wird nach Einholung einer Stellungnahme der Fachabteilung 8C – Veterinärwesen wie folgt Stellung genommen:

Ad 2. Stellungnahme der FA8C:

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz des Steiermärkischen Landtages beschäftigte sich im Jahr 2002 eingehend mit Fragen der Qualitätssicherung in der Lebensmittelerzeugung. Der Leiter der Fachabteilung 8C – Veterinärwesen präsentierte in einem speziellen Unterausschuss zahlreiche im Bundesland Steiermark bereits realisierte Teilbereiche eines Qualitätssicherungsprogrammes.

Die von der Fachabteilung 8C initiierten Maßnahmen sind im beiliegenden Veterinärbericht 2002 dokumentiert (Beilage eins: Veterinärbericht 2002).

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 28. April 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 692 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Juli 2002 über den Antrag der Abgeordneten Riebenbauer und Gödl, betreffend Qualitätssicherung in der Lebensmittelproduktion und über den Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Aktionsplan für Lebensmittelsicherheit – Bericht der Umsetzungsmaßnahmen im Bereich des Qualitätssicherungsprogrammes im Veterinärbericht 2002, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Zustimmung. (12.48 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Als Erste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (12.48 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat!

Sie haben vorher ein ziemliches Foul gegen uns beim letzten Tagesordnungspunkt begangen. Wenn wir als Grüne jedesmal hergehen und der ÖVP oder einer anderen Fraktion vorhalten, dass sie ein Thema aufgreift und politisch umsetzt in der Regierungsfunktion oder da im Landtag, in Unterausschüssen oder wo auch immer, wo wir schon seit zehn oder 20 Jahren daran sind, dann hätten wir ziemlich viel bei vielen unserer Wortmeldungen zu tun. Und zwar „Wurscht“, ob es Umweltpolitik ist, Nationalpark Gesäuse, ob es die gerechte Einkommensverteilung ist zwischen Frauen und Männern oder eine Wertschätzung der Arbeit der freien Kulturszene. Und ich finde das absolut nicht in Ordnung, in dem konkreten Fall Feuerbrand, wo wir uns wirklich bemüht haben, auch in Kooperation mit der Landwirtschaftskammer, wo wir Leute eingeladen haben zu grünen Veranstaltungen in der Hoffnung, dass die Bevölkerung sieht, dass es punktuell sehr wohl gemeinsame Interessen und Kooperationen gibt, wenn ich mir dann da anhören kann, dass sich die Grünen da irgendwie auf ein Thema „draufsetzen“. Das finde ich absolut nicht in Ordnung von Ihnen, bei aller Freundschaft. Bei einigen anderen Bereichen hoffe ich, dass wir auf einen gemeinsamen grünen Zweig kommen, aber ohne diese wechselseitigen Vorwürfe – Punkt eins. (Beifall bei den Grünen. – Landesrat Pörtl: „Ich habe auch schon einiges für nicht in Ordnung befunden!“)

Punkt zwei: Veterinärbericht 2002 des Landes. Über weite Strecken sehr klar, sehr kompetent und sehr übersichtlich erstellt. Danke. Herr Landesrat, haben Sie den Bericht auch genau durchgelesen? Darf ich Ihr verschmitztes Lächeln als Ja zur Antwort verstehen? (Landesrat Pörtl: „Das ist ein flotter steirischer Geißbock auf der Titelseite!“) Das ist ein flotter steirischer Geißbock auf der Titelseite, stimmt, Herr Landesrat. Ich beziehe mich auf die Seiten 42 und 43, wo es konkret um ein Bakterium, um einen Keim geht, den *Campylobacter*. Dieses Bakterium kann bei Menschen Erkrankungen im Magen-Darm-Bereich auslösen bis hin zu Lähmungen. Das, was ich sagenhaft finde, ist, dass wir im Landwirtschafts-Ausschuss diesen Bericht auf der Tagesordnung gehabt haben und niemand sich zu Wort gemeldet hat. Ich habe mir gedacht, ich melde mich auch nicht – einmal als Experiment. Auf diesen Seiten 42 und 43 wird festgehalten und ich zitiere jetzt wörtlich, dass es um einen Keim geht, der in der Geflügelmasthaltung sehr verbreitet ist. Es geht um ein Hygieneaudit, das durchgeführt wurde. Seite 43: „Da mit 13,7 Prozent der Anteil der Betriebe mit gutem Hygienestatus sehr gering war, sind künftig in den Mastbetrieben große Anstrengungen zur Verbesserung der baulichen Gegebenheiten, der Schadnagerbekämpfung, der Reinigung und Desinfektion sowie zum allgemeinen Hygienebewusstsein zu unternehmen.“ Ich finde es toll, dass solche Daten inklusive, Herr Landesrat, einer kleinen Tabellendarstellung im Veterinärbericht überhaupt drinnen stehen. Ich weiß das sehr zu schätzen. Das, was mich aber politisch sehr irritiert, ist, dass man diese Daten nicht sofort politisch auf der Ebene eines Maßnahmenkatalogs verwertet. Prioritär in dem Bereich, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist schlichtweg ein Aus für die Legebatterien in der Steiermark und das Ganze schleunigst und das Ganze eindeutig. Der zweite Punkt, die Bestandsaufnahme eines Keimes, der sehr wenig beforscht ist. Zum Glück haben wir in Graz österreichweit renommierte Experten und Expertinnen, die das machen. Dieser Keim ist massiv gesundheitsgefährdend. Er ist eigentlich schlimmer als Salmonellen. Genau diese gesundheitspolitische und agrarpolitische Bestandsaufnahme zeigt mir, dass das Zusammenspiel zwischen ethischen Überlegungen, Tierschutzüberlegungen, Arten der tiergerechten Haltung auch von den so genannten „Nutztieren“ und einfach moralische Überlegungen, wie geht man mit anderen Kreaturen um, etwas sehr Zeitgemäßes ist. Ich werde jetzt einen Entschließungsantrag einbringen „Maßnahmen gegen *Campylobacter*“. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens unverzüglich Maßnahmen gegen die Käfighaltung in der Steiermark zu ergreifen, da diese die Tiere unter Dauerstress setzt, maßgeblich schwächt und so insgesamt erkrankungsanfälliger macht, zweitens gegen jene Landwirte und Landwirtinnen, die – siehe Veterinärbericht 2002 – Hühner unter unzumutbaren Bedingungen halten, wirksam vorzugehen, und drittens mehr Mittel zur Erforschung des *Campylobacter*keims bereitzustellen.

Eine Information noch: Es ist klar, dass es da auch um das Umgehen mit Tieren in Schlachtbetrieben geht, dass man dort schaut, in welchem Zustand kommen die Tiere an, gibt es Herden, die sehr schwer belastet sind, von wem kommen die und dass man im Schlachtungsablauf schaut, dass die Übertragung dieses Keimes möglichst gering gehalten wird. Ich möchte die Schlachtbetriebe sehr wohl auch mit in die Pflicht nehmen. Ich denke, eine Aufgabe im Sinne der Qualitätssicherung, nachdem das der Tagesordnungspunkt ist, ist es zu schauen, dass im Bereich der so genannten Nutztierhaltung die Tiere in einem artgerechten und für sie erträglichen Zustand gehalten werden und das in der ganzen Steiermark, insbesondere auch bei den Legehennen und den Masthühnern. Ein letztes Wort noch: Man sieht, dass in diesem Bereich 13,7 Prozent der Betriebe bei einem Hygieneaudit und alle anderen nur im mittelmäßigen oder schlechten Zustand sind. Da wäre ein Qualitätssicherungsprogramm dringend angebracht. Ich hoffe, im Sinne einer politischen Qualitätssicherung unserer Tierschutzdebatten, dass es bald ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz gibt, und zwar auf einem hohen Niveau. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass andere Bundesländer, wie zum Beispiel Vorarlberg, Tirol oder Salzburg große Befürchtungen haben gegenüber der jetzigen Bundesregierung, dass ihre landesspezifischen, teilweise sehr guten Tierschutz- und Tiergerechtigkeitsbestimmungen „runterlizitiert“ werden. Das wird auch von Fachleuten und von Nichtregierungsorganisationen und Vereinen geteilt. Der zweite Punkt ist, dass ich einfach glaube, dass die Qualitätssicherung auch dort beginnt, wo man, wenn von außen, von Seiten der Tierschutzaktivisten, Tierschutzaktivistinnen oder der Grünen Kritikpunkte kommen, diese Kritikpunkte prüft und schaut, dass man auf politischer Seite entsprechende Maßnahmen setzt. Ich ärgere mich immer wieder gewaltig, wenn wir, die diese Missstände nach außen tragen, weil das schlichtweg unser ökologischer und sozialer Auftrag ist, dann immer hören, dass wir die steirische Landwirtschaft schlecht machen oder nicht kooperieren oder von der Sache ohnehin nichts verstehen. Ich halte das für absolut nicht angemessen. Ich glaube, das

ist eine Chance, die die steirische Landwirtschaft hat. Ich mag steirische Produkte sehr gerne und ich bemühe mich auch, sie über weite Strecken selber zu genießen: Nachdem es gute Produkte sind, haut das hervorragend hin. Ich glaube, dass unser Standard, den wir einzubringen haben, und zwar aus ökonomischer Sicht und ethischer Sicht, aus Tierschutzsicht und aus Sicht der Chance für viele Leute, möglichst lange in der Landwirtschaft tätig zu sein, schlichtweg ein politischer Auftrag ist. Wenn wir Dinge kritisch aufzeigen im Bereich Tierarzneimittelskandal, im Bereich Transporte, im Bereich, was in Stallungen und Schlachtbetrieben leider in der Steiermark immer noch passiert, erwarte ich mir Kooperation mit uns, Aufnahme der Vorschläge von uns und nicht automatisch eine Abblockvariante mit vorgehaltenen Händen, wo man sagt, das sind die Grünen und denen braucht man nicht wirklich trauen. In diesem Sinne bitte ich Sie, bezogen auf diesen konkreten kleinen Maßnahmenkatalog, Bekämpfung des Campylobacter, Maßnahmen gegen die Käfighaltung, striktes Vorgehen gegen die Landwirte und Landwirtinnen und mehr Mittel zur Erforschung des Campylobacterbakteriums, um Unterstützung. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 12.58 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile dir das Wort.

Abg. Kaufmann (12.58 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube nicht, dass die Grünen die Einzigen waren, die den Veterinärbericht gelesen haben. Diesen haben sehr wohl auch wir gelesen. Von Herrn Landesrat weiß ich es nicht, nehme es aber an. Von uns weiß ich, dass wir ihn gelesen haben. Wir haben sehr viele Runden im Unterausschuss gemacht, wo wir uns mit dem Thema Qualitätssicherung beschäftigt haben. Ich habe auch kein Problem damit, wenn ich mich bei Herrn Hofrat Köfer und bei seinem Team für den Veterinärbericht bedanke, der lesbar ist. Das war ja auch nicht immer selbstverständlich, dass man Berichte bekommt, die lesbar sind. Zum anderen möchte ich ihm danken für die vielen und guten Antworten auf die vielen Fragen, die wir ihm bei den Unterausschusssitzungen gestellt haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Mir ist es so ergangen wie Kollegin Zitz. Ich war schon auch etwas erstaunt über das, was drinnensteht über den Campylobacterkeim, der eigentlich die Salmonellengefahr schon fast überholt hat. Es steht drinnen, dass es in einigen Bundesländern so ist, dass es mehr Infektionen durch diesen Campylobacterkeim gibt als durch Salmonellen und dass sich die – wie sich die Krankheit bei den Menschen eben zeigt – dass sich die so sehr ähnlich sind, also zum Verwechseln ähnlich sind. Wo ich nicht ganz mit kann bei der Frau Kollegin Zitz ist, dass sie Legehennenbatterien und Mastbetriebe verwechselt. Da wurden Proben bei den Mastbetrieben genommen, also das sind Proben, die mit Legehennenbatterien nichts zu tun haben. Nichtsdestotrotz gebe ich dir sehr Recht, dass es Maßnahmen geben muss, auch was die Käfighaltung in der Steiermark anbelangt. Wir haben ja erst das Tierschutzgesetz behandelt, wir wissen, dass bis 2012 die Käfighaltung sowieso in der Steiermark verboten ist, aber ich bin der Meinung, bis hin zu dem Datum 2012 kann es ja auch noch andere Maßnahmen geben. Sei es durch Informationen, sei es durch Hilfen für die Bauern. Ich stelle mir mit Hilfen für die Bauern aber jetzt nicht wieder unbedingt finanzielle Hilfen vor, sondern ich glaube, dass man auch mit Information sehr viel erreichen kann. Dass man jenen Betrieben, die Masthendln auf ihrem Betrieb haben, die Masthennen produzieren, durch eine Informationskampagne unter Umständen helfen kann. Ich stelle mir nicht wieder vor, wie man es schon so oft gemacht hat, dass man sagt, es ist verboten und wenn du das Verbot einhältst, dann bekommst du dafür eine Förderung. So stelle ich es mir nicht vor. In einigen Punkten in der Landwirtschaftsförderung gibt es das, wo man sagt, wenn du das Gesetz einhältst, dann bekommst du eine Förderung. Das gibt es eigentlich kaum bei anderen Gesetzen. Gesetz ist Gesetz, es muss eingehalten werden. Da gibt es für keinen eine Belohnung dafür. Ich kann nicht sagen, wenn du das Fahrrad nicht stielst, dann bekommst du eine Belohnung. So irrational laufen aber zum Teil Förderungen in der Landwirtschaft. Zu dem Bazillus noch einmal, es steht drinnen, dass es dringend notwendig wäre, Bekämpfungsmaßnahmen bereits im Mastbetrieb zu setzen. Das heißt, es gibt sowohl im Mastbetrieb den Ansetzungspunkt, wo die Keime vorkommen, genauso wie im Schlachtbetrieb. Also jetzt sich nur auf den Mastbetrieb zu konzentrieren, wäre auch zu wenig. Es geht auch um den Schlachtbetrieb, und auch dort sind Maßnahmen zu setzen. Ich kann mir nur vorstellen, dass es wie gesagt eine Informationskampagne gibt und ich nehme an, der Herr Hofrat Köfer weiß da schon genau, wie er diesen Keim in Angriff nehmen wird. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 13.03 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Klubobfrau Dietrich.

Abg. Dietrich (13.03 Uhr): Geschätzte Frau Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Die Arbeit unserer Veterinäre hat maßgeblich Einfluss auf die Qualität der landwirtschaftlichen Produkte und auch ich stehe nicht an, mich beim Chef der Landesveterinäre Hofrat Köfer zu bedanken, weil ich glaube, alle im Landtag haben die Meinung, dass seine Arbeit, dass sein Aufgabenbereich sehr gut funktioniert.

Meine geschätzten Damen und Herren, der BVD-Erreger ist ein Virus, der in heimischen Rinderbeständen häufig vorkommt und manchmal erkennt man ihn erst oder die Krankheit erst, wenn es schon zu spät ist, wenn es arge Fruchtbarkeitsprobleme gibt, wenn es gehäufte Fälle von Aborten gibt und wenn sogar ein tödlicher Verlauf eintreten kann. In der Steiermark hat man darauf reagiert und ein landesweites Vorsorgeprogramm eingeführt. Dieses landesweite Kontrollprogramm zeigt auch schon Erfolge. Waren 2001 bei Testbetrieben noch 56 Prozent der Betriebe verdächtig, so waren es 2002 lediglich 46 Prozent. Leider Gottes ist es so, dass dieses Programm bei den steirischen Grenzen Halt macht und dass es bisher noch nicht gelungen ist, ein bundes-

einheitliches Programm zu entwickeln. Und in diese Richtung wird auch unser Antrag, den ich demnächst einbringen werde, formuliert werden. Uns ist aber auch aufgefallen, dass es im Bereich der TKV-Gebühren bundesländerweise zu argen Wettbewerbsverzerrungen kommt, nämlich dann, wenn zum Beispiel in Oberösterreich das Land TKV-Gebühren refundiert und in der Steiermark das nicht der Fall ist. Deshalb wollen wir auch, dass es da zu einer einheitlichen Vorgangsweise kommt.

Deshalb bringe ich jetzt nachfolgenden Antrag ein:

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens eine Artikel-15 a-Vereinbarung zur Vereinheitlichung der Tierkörperverwertung, die auch die Gewährung von Subventionen im Bereich der Tierkörperverwertung umfasst, abzuschließen, zweitens an die Bundesregierung mit der Bitte heranzutreten, ein österreichweites einheitliches Programm zur Bekämpfung von BVD (bovine viröse diarrhoe) umzusetzen.

Wir haben uns aber auch mit einer dritten Problematik auseinander gesetzt, Dachmarke, Ihnen allen schon seit längerer Zeit bekannt. Bereits vor dem EU-Beitritt waren wir alle der Meinung, dass sich die Steiermark oder dass sich Österreich nur dann ordentlich als Feinkostladen positionieren kann, wenn es gelingt, ein dementsprechendes Marketing aufzubauen. Es nützt uns nichts, wenn unsere Produkte wesentlich besser kontrolliert sind, wenn wir eine höhere Qualität produzieren, wenn der Konsument am Ende als Verbraucher nicht erkennt, dass es sich um steirische oder um österreichische Produkte handelt. Wir haben auch immer angeregt, dass man bereits vorhandene Logos wie das „grüne Herz Steiermark“ verwenden sollte, um unsere Produkte für den Konsumenten deutlicher erkennbar zu machen. Auch hier bringe ich einen Antrag der Abgeordneten Dietrich, Graf und Riebenbauer, betreffend Schaffung einer steirischen Dachmarke, ein.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit Landwirtschaftskammer und Wirtschaftskammer einheitliche Qualitätskriterien für eine steirische Dachmarke zu entwickeln und die Vermarktung der steirischen Produkte über ein einheitliches Logo zu unterstützen.

Noch ein Beitrag zur Diskussion, die vorher stattgefunden hat. Liebe Edith Zitz, ich glaube schon, dass ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz Sinn macht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Tiere abhängig von Ländergrenzen, abhängig davon, ob sie in Europa, in den USA, auf einem anderen Kontinent leben, unterschiedlichen Bedingungen ausgesetzt werden. Ich glaube, dass es hier eine Vereinheitlichung zumindest österreichweit geben sollte. Ich gehe nicht davon aus, dass eine Vereinheitlichung gleichzusetzen mit einer Verschlechterung ist. Ich glaube schon, dass man mittlerweile die Probleme im Bereich der Haltung, aber nicht nur im Bereich der landwirtschaftlichen Haltung, ich denke an Ziervögel in Käfigen oder Zierfischen in Gläsern, dass man diese Problematik erkannt hat und dass es höchst an der Zeit ist, einheitliche Kriterien zu formulieren.

Was den Antrag betreffend Maßnahmen *Campylobacter* betrifft, so ersuche ich um eine punktuelle Abstimmung. (Beifall bei der FPÖ. – 13.08 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordneter Riebenbauer, bitte.

Abg. Riebenbauer (13.08 Uhr): Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Meine geschätzten Damen und Herren!

Wir diskutieren jetzt über etwas, was eigentlich ein wesentlicher Beitrag ist zu unserem Wohlbefinden, es ist die Gesundheit unserer Lebensmittel. Das ist für uns Bäuerinnen und Bauern in der Steiermark ein wesentlicher Faktor.

Einige Details: Auch wir haben selbstverständlich in diesem Veterinärbericht gelesen, das ist doch klar. Zum Bericht, es geht auch aus dem Bericht klar und deutlich hervor, dass die Fachabteilung für das Veterinärwesen reformiert wird und wurde. Und es ist unser Hauptziel, sieben Kompetenzzentren in der Steiermark zu schaffen, wo alles klar konzentriert ist. Und was will man mit diesem Kompetenzzentrum? In erster Linie will man die Lebensmittelsicherheit auch für die Zukunft ermöglichen. Es geht um die Aufgaben für die Überwachung des innergemeinschaftlichen Verkehrs und des Handels von Lebensmitteln, Kontrollaufgaben im Zusammenhang mit dem Vollzug der Milchhygieneverordnung, des Tiertransportgesetzes, der Schlachtier- und Fleischuntersuchung, der Rückstandsverordnung und auch natürlich auf Kontrolle der Betriebe in Hinblick auf Tierschutz, Arzneimittel und Futtermittelsatz. Unsere Bauern verstehen diese Kontrollen, solange sie nicht zu Schikanen werden. Das sage ich an dieser Stelle klar und deutlich, alles mit Maß und Ziel. Wenn man den Bauern in vernünftiger Art und Weise erklärt, worum es geht, wenn man sie über den Grund dieser Kontrollen aufmerksam macht, dann wird es kein Problem geben. Eine wesentliche Aufgabe in diesem Bereich der Landesveterinärbehörde, unserer Amtstierärzte und unserer Tierärzte draußen in den steirischen Regionen ist die Fleischuntersuchung in den Schlachtbetrieben und in den Zerlegebetrieben. Wir haben in der Steiermark 2816 Fleischbetriebe, also Betriebe, die zerlegen und Betriebe, die schlachten. 61 Betriebe, so genannte EU-Schlachthöfe über den innergemeinschaftlichen Verkehr, 474 gewerbliche Kleinbetriebe und sage und schreibe, meine geschätzten Damen und Herren, 2281 bäuerliche Direktvermarkter, wo geschlachtet beziehungsweise zerteilt wird. Das ist eine enorm starke Zahl. Man sieht, wie die Bäuerinnen und Bauern auf die Bedürfnisse der Konsumentinnen und Konsumenten eingehen. Aus diesen Fleischuntersuchungen möchte ich doch einige Zahlen darstellen. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Im Berichtszeitraum 2002 wurden in der Steiermark 1,646.702 Schweine untersucht. Hier sind auch die Notschlachtungen inbegriffen. 99,7 Prozent der untersuchten Schweine sind tauglich gewesen und gesund. Gleiches galt bei den Rindern: 101.908 für tauglich befundene Tiere. Auch hier sind 99,6 Prozent der untersuchten Tiere tauglich gewesen und gesund. In dieser Stückzahl sind die Notschlachtungen mit eingerechnet. Das sind jene Tiere, die krank sind und deshalb bringen wir

100 Prozent nicht zusammen. Eine noch imponierendere Zahl: Von den 18,669.755 untersuchten Hühnern, meine geschätzten Damen und Herren, waren ebenfalls 99,3 Prozent gesund, tauglich und für den menschlichen Genuss hervorragend geeignet. Was ist die Konsequenz aus diesen Zahlen, meine geschätzten Damen und Herren: Unsere Tiere sind gesund. Die Menschen können Vertrauen zu unserem Fleisch haben. Die Lebensmittelsicherheit vom Stall bis zum Teller ist für uns Bäuerinnen und Bauern in der Steiermark die größte Herausforderung, die wir haben. Ich sage klar und deutlich dazu, dass Fehler konsequent auszumerzen sind. Da gibt es kein Pardon. Eine weitere Zahl: In der Steiermark wurden 2461 bäuerliche Betriebe auf Tierschutz, Futtermittelgesetz und so weiter kontrolliert. Vielleicht ein kleines Schmankerl am Rande: Bei der Milchhygieneverordnung waren die meisten Beanstandungen deshalb, weil es keine Fliegengitter gegeben hat. Im Prinzip ist eigentlich auch in diesem Bereich der Zustand sehr gut. Wir werden dem Entschließungsantrag der Freiheitlichen betreffend einheitliche steirische Dachmarke zustimmen. Der Entschließungsantrag im Hinblick auf Maßnahmen zur BVD müsste eigentlich nicht sein, wenn der Minister die notwendigen Verordnungen setzen würde. Wir werden ihn klarerweise aber auch unterstützen. Wir werden sehen, wer wirklich zuständig ist. Beim Entschließungsantrag der Grünen, Frau Präsidentin, verlangen wir eine punktuelle Abstimmung über die Punkte eins, zwei und drei, weil wir glauben, dass zu den Punkten eins und zwei schon sehr vieles passiert ist. Es wäre daher nicht notwendig gewesen, dies in einem Entschließungsantrag zu formulieren. Dem Punkt drei werden wir unsere Zustimmung geben. Meine Damen und Herren, noch ein paar Zahlen, die es über die Tiertransporte in der Steiermark gibt: 2145 Überprüfungen wurden durchgeführt. Es gibt 145 Beanstandungen, das sind knapp 6 Prozent. Ich stelle fest, dass es nicht so schlecht ist wie es manchmal dargestellt wird. Trotzdem kennen wir das alte Sprichwort, das wir schon in der Schule gelernt haben: „Quäle nie ein Tier zum Scherz, denn es fühlt wie du den Schmerz!“ Dieses Sprichwort hat auch in der heutigen Zeit noch seine Gültigkeit. Meine geschätzten Damen und Herren, wir steirischen Bäuerinnen und Bauern produzieren hochwertige Lebensmittel. Die Tierhaltung wird in Zukunft zur Sinnfrage der bäuerlichen Landwirtschaft. Es tut uns weh, wenn Lebensmittel zu Lockartikel werden. Damit schädigt man die bäuerliche Landwirtschaft. Ich wiederhole nochmals: Wenn Lebensmittel zu Lockartikel werden, dann schädigt man die bäuerliche Landwirtschaft. Qualität hat überall ihren Preis, auch bei uns steirischen Bäuerinnen und Bauern. Meine geschätzten Damen und Herren! Abschließend möchte ich auch dir, sehr geehrter Herr Hofrat Köfer, und deinem gesamten Team einen herzlichen Dank nicht nur für diesen Bericht, sondern auch für die Informationen, die wir das ganze Jahr über bekommen und für die Unterstützung danken. Ein Danke auch an alle Tierärzte, die in der Steiermark eingesetzt sind, vor allem an Wochenenden. Sicherlich müssen wir sie bezahlen. Es ist aber nicht immer einfach, immer zur Verfügung zu stehen und Bereitschaft zu haben. Ich bedanke mich aber auch bei unseren Bäuerinnen und Bauern in der Steiermark für ihr Bemühen, für ihren Einsatz, dass sie beste Qualität an Lebensmitteln erzeugen. Mein spezieller Dank gilt natürlich den Konsumentinnen und Konsumenten. Sie sind unsere Kunden und sie wissen genau, dass wir ihre Unterstützung brauchen. Wir bemühen uns wirklich tagtäglich, diese sicheren Lebensmittel auf den Markt zu bringen. In diesem Sinne bedanke ich mich nochmals für den Bericht und bedanke mich bei allen, dir mir zugehört haben. Wir sind überzeugt davon, dass wir auch in der Zukunft gute steirische Lebensmittel produzieren. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.16 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Böhmer.

Abg. Böhmer (13.16 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtages, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Es scheint fast Regie zu sein, dass zwei Oststeirer, zwei Hartberger am Ende dieses Themas des Veterinärberichtes oder der Qualitätssicherung zur Sprache kommen. (Abg. Riebenbauer: „Sie sind ja Lehrer!“) Der Unterschied ist, lieber Herr Kollege Riebenbauer, dass dieser Lehrer zwei feste Standbeine in der Landwirtschaft aus der Zeit seiner Kindheit und in der Jugend hat und jetzt als kritischer Konsument auch sehr gut dasteht.

Dieser Veterinärbericht hat mir gezeigt, dass wir auf dem besten Weg sind uns ständig zu verbessern. Warum? Ganz einfach. Es wird in diesem Bericht sowohl das Gute, das Positive, und ich erwähne am Anfang die Kompetenzzentren, die erst im Entstehen sind, als auch die Probleme, mit denen unsere Tierärzte, mit denen eigentlich auch unsere Landwirte kämpfen, aufgezeigt. Wie Kollege Riebenbauer schon gesagt hat, getreu dem Motto „Vom Stall auf den Teller“ (from „stable to table“), zeigt dieser Bericht, dass sich diese Kontrolle für Landwirte wie für Konsumenten auszahlt. Ich danke auch Herrn Dr. Köfer mit seinem Team für die Tätigkeit, Sie arbeiten getreu den drei Säulen des öffentlichen Gesundheitswesens, wie der Lebensmittelerzeugung, der Lebensmittelüberwachung und dem Gesundheitsmanagement. Für mich ist nach Studium dieses Veterinärberichtes der steirische Veterinärdienst auf dem besten Wege, ich sehe das sehr positiv, sehr visionär, europaweit ein Paradebeispiel zu sein, Veterinärwesen und Lebensmittelsicherheit zu kombinieren. Ich fange bei unseren Kompetenzzentren an und erwähne in diesem Zusammenhang das oststeirische Kompetenzzentrum als Erstes von sieben, das die Bezirke Weiz, Hartberg und Fürstenfeld inkludiert. Kollege Riebenbauer hat schon vieles gesagt, ich möchte aber ergänzen: Ziel dieser Kompetenzzentren ist es unter anderem auch, eine Spezialisierung der Amtstierärzte für bestimmte überregional wahrzunehmende Aufgaben zu erreichen. Ein Gespräch mit dem Leiter des Kompetenzzentrums Dr. Herfried Haupt hat mir gezeigt, dass Beratung, wie Kooperation mit Landwirtschaftskammer, mit den Landwirten bestens funktioniert. Aber nicht nur auf dieser Schiene klappt die Kooperation sehr gut, sondern auch die Zusammenarbeit mit den Landesbezirkstierärzten und auch mit den freiberuflich tätigen Ärzten ist sehr zufrieden stellend. Und ein Ergebnis aus dieser geschehenen Arbeit ist es, dass alsbald im Bezirk Hartberg ein so genannter „Zoonosen-Stammtisch“ installiert wird. Eine Zoonose ist eine Er-

krankung durch tierische Ansteckung. Bei diesem Zoonosen-Stammtisch sollen Landwirte, Ärzte, Tierärzte und natürlich auch Konsumenten zusammenkommen und weiter aktiv werden, um für die Landwirtschaft wie auch für den Konsumenten Verbesserungen zu erreichen. Der Bezirk Hartberg erarbeitet vielleicht auch deswegen, und ich getraue mir das schon zu sagen, so gut mit Weiz und Fürstenfeld zusammen, weil wir in der Mitte quasi einen Paradebetrieb haben und das ist der Betrieb Schirnhofers Fleischwerke. Dieser Paradebetrieb, vor nicht allzu langer Zeit von acht Landtagsabgeordneten der SPÖ besucht, hat gezeigt, dass auch über das Maß des Gesetzlichen hier gearbeitet wird und – lassen Sie mich das ganz kurz sagen, wertere Damen und Herren – dass hier ein ausgezeichnetes System unter dem Titel „QS“, Qualitätssicherungssystem Schirnhofers, praktiziert wird. Hier arbeiten engagierte Landwirte, qualitätsvolle Tierärzte, ausgewählte Futtermittelfirmen und natürlich eine toll funktionierende Kontrollfirma mit einem dazu adaptierten System zusammen. Das Besondere an dieser Firma, sage ich, und vielleicht ist das generell übertragbar: Auch bei Preisverfall – und wir haben zuerst von der Dachmarke gesprochen – garantiert die Firma Schirnhofers Landwirten eine gewisse Preisstabilität.

Ich möchte einen zweiten Gesichtspunkt einbringen. Denken wir zurück an das Jahr 1995: Österreich tritt der EU bei und kann bereits damals bedingt durch seinen veterinärmedizinischen Dienst erreichen, dass bei Schweine- und Rindfleisch zum Schutz der eigenen Landwirte Einfuhrbeschränkungen durchgeführt werden können. Man fragt sich natürlich warum? Ganz einfach – es hat bei Österreichs Landwirten sowohl was den Schweinebereich als auch was den Rinderbereich anlangt keinen einzigen Fall an Infektionskrankheiten, ich nenne bei den Schweinen die „Aujesky-Krankheit“ und bei den Rindern die IBV, das ist die „Infektiöse bovine rhino trachetis“ gegeben. Und das hat es ermöglicht, dass unsere Landwirte eine gewisse Export- oder eine Abnahmegarantie hatten.

Wenn ich mir diesen Bericht jetzt wieder zur Hand nehme, so sehe ich da unter dem Kapitel „Salmonellen“ oder wie ich da gelesen habe, „Salmonellesfreies Fleisch, eine Utopie?“ auch hier wiederum die Chance. Kollege Riebenbauer hat es dezidiert gesagt. Wir haben nahezu bei den überprüften Fleischsorten aus dem Hühnerbereich eine 100-prozentige Freiheit von Salmonellen, eine 100-prozentige Freiheit von Keimen. Ich würde sagen, ich getraue unserem Tiersystem, ich getraue unseren Kompetenzzentren, ich getraue allen in Zukunft nicht nur salmonellenfreies, sondern auch ein campylobacterfreies Geflügelfleisch zu.

Es gibt bei etwaigem sporadischem Auftreten – und auch das hat der Kollege Riebenbauer erwähnt – nur eines, hier muss man ausmerzen, hier helfen keine Seuchenteppiche. Ich glaube, wenn man dann ausgemerzt hat, dann muss man auch die Landwirte, damit sie wieder von Neuem anfangen können, für das Ausgemerzte dementsprechend entschädigen. So glaube ich, ist es möglich, dass bei uns auch die Geflügelfleischerzeugung europaweit, und möchte das betonen, wertere Damen und Herren, eine Poolposition erreichen könnte. Es ist nicht nur realistisch, sondern es ist auch erstrebenswert.

Zum Abschluss sei gesagt, wenn der Tiergesundheitsdienst, für mich eine lebenswichtige Symbiose zwischen Tierarzt und Landwirt, so funktioniert, wie es das Tierarzneimittelkontrollgesetz vorsieht, dann wird es die so genannten „schwarzen Schafe“, die da drinnen zitiert sind, wohl nur mehr auf Weide und Alm geben und Landwirte und Konsumenten können, so wie es Kollege Riebenbauer gesagt hat, gemeinsam bei einem schönen Teller Mahlzeit sagen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 13.25 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Rieser, bitte!

Abg. Rieser (13.25 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen dieses Landtages!

Es ist eigentlich ein Thema – und Franz Riebenbauer hat mir zugerufen beim Herausgehen – eigentlich kann man nicht genug darüber sprechen, weil es sicherlich die Menschen und die Bürger draußen berührt. Es berührt natürlich auch die Produzenten und es berührt natürlich auch die Industrie. Und drei Fragen stellen sich für mich in diesem Zusammenhang, nämlich die Frage der Lebensmittelsicherheit, die Frage der Lebensmittelqualität und die Zukunftsfrage EU-Erweiterung. Ich glaube, wichtig ist, dass wir im Interesse der Konsumenten und Verbraucher weg vom Krisenmanagement zu einer klaren Offensive im Bereich der Lebensmittelsicherheit und Qualität gekommen sind. Und wir müssen uns aber auch immer wieder die Frage stellen, ob es die maximale Sicherheit im Bereich der Lebensmittel überhaupt gibt. Lebensmittelsicherheit ist unteilbar, objektiv und eine Kernfrage auch des Staates. Wir müssen uns aber auch die Frage stellen, dass die Lebensmittelqualität immer eine wichtigere Rolle spielen wird. Lebensmittelqualität ist nicht gleich Lebensmittelqualität und hat mit subjektiven Erwartungshaltungen zu tun. Hier kann und muss es sogar zu Differenzierungen kommen.

Und Drittens, die Konsumenten wollen mehr wissen. Sie haben ein Anrecht darauf. Ich spreche damit wesentliche Bereiche wie die Kennzeichnung, Nachvollziehbarkeit auf allen Produktionsstufen an. Das erfordert selbstverständlich auch Ansätze, das erfordert natürlich auch Aufzeichnungen.

Und Viertens, die Konsumenten wollen eine größtmögliche Vielfalt und keinen Einheitsbrei oder Einheitsgeschmack.

Und wir haben daher im vergangenen Jahr mit der Schaffung der Lebensmittelagentur, was eine Bundeskompetenz ist, glaube ich schon wesentliche Schritte in Richtung Sicherheit, in Richtung Qualität, Herkunft und Vielfalt auf allen Ebenen geschaffen. Zu dieser Lebensmittelagentur gehört natürlich auch die Lebensmittelpyramide, breite Basis. Alle Produkte, die dem gesetzlich abgesicherten Grundstandard entsprechen. Und das zweite Segment, klare Antwort auf die neuen Qualitätsanforderungen der Konsumenten, die kontrollierte

Gütesiegelqualität ist heute hier schon angesprochen worden mit klaren und strengen Qualitäts- und Herkunftsregeln und drittens das Segment dieser Pyramide sind die biologisch erzeugten Lebensmittel, daher auch das Aktionsprogramm Biolandwirtschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin selbst praktizierender Biobauer und alle Rinder und Schweine werden auch auf meinem Hof geschlachtet. Herr Kollege Riebenbauer hat vorhin angesprochen, Kontrolle ja, Schikane nein. Kontrolle ist notwendig, liebe Kolleginnen und Kollegen und nicht verzichtbar. Kontrolle und Qualitätsstandards dürfen aber nicht die regionale Differenzierung und die Vielfalt gefährden. Das heißt, die Auflagen für kleine und regionale Produzenten müssen Sicherheit bieten, dürfen aber nicht die Angebotspalette für die Konsumenten schmälern. Das heißt aber auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir schon nachdenken müssen, ob – Franz Riebenbauer hat die Direktvermarkter angesprochen – ich auf einer Palette von null bis 1000 Schlachtungen mit denselben Vorschriften belege oder ab 1000 Schlachtungen. Aus der Praxis gesagt: Wenn mehrere Produzenten im Jahr 70, 80 Stück schlachten, sie aber dieselbe Auflage bei den Hygienevorschriften zu erfüllen haben wie ein gewerblicher Betrieb, der 1000 Schlachtungen hat, dann wird es natürlich auch eine Überlebensfrage sein und eine Frage werden, wie lange es noch möglich ist, das zu tun. Ich möchte dieses Thema ansprechen, weil es wichtig ist und weil es gerade die Bauern draußen in den ländlichen Regionen betrifft. Schlussendlich noch ein wichtiger Punkt, der andiskutiert werden muss: Bei der EU-Erweiterung darf es zu keinen Übergangsregelungen im Bereich der Lebensmittelsicherheit kommen. Alle Lebensmittel, die im EU-Raum verfügbar sind, müssen unseren Qualitäts- und Sicherheitskriterien entsprechen und die Konsumenten müssen sich darauf verlassen können. Ich glaube, dass das wesentlich und notwendig ist, wenn wir haben wollen, dass unsere Konsumenten auch in Zukunft das Vertrauen zum Produzenten und letztlich zur Lebensmittelindustrie haben können. In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 13.32 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Bevor ich nun Frau Abgeordnete Kaufmann das Wort erteile, möchte ich noch die Seniorinnen und Senioren aus Wels-Neustadt in Oberösterreich begrüßen. Begleitet werden sie von ihrer Obfrau, Frau Anna Selendi. Herzlich willkommen. (Allgemeiner Beifall.)

Frau Abgeordnete Kaufmann ist am Wort.

Abg. Kaufmann (13.33 Uhr): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ist Kollege Riebenbauer noch da? Es geht um Folgendes: Ich habe mich jetzt furchtbar geärgert und ich ärgere mich jedes Mal. Diesmal bleibe ich nicht sitzen, sondern ich sage jetzt, warum ich mich ärgere: Jedes Mal, wenn von uns oder von den anderen ein Kollege aufsteht, der kein Bauer ist oder als Bauer zählt und zur Landwirtschaft das Wort ergreift, dann kommen von da drüben dumme Bemerkungen und es werden Fragen gestellt, wie zum Beispiel: ist der auch Bauer und seit wann denn? Das ist äußerst engstirnig. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich weiß nicht, ob ich mir jetzt einen Ordnungsruf eingehandelt habe. Ich halte aber solche Bemerkungen für engstirnig und für dumm, ausgesprochen dumm. Das kommt mir so vor, wenn ein Arzt – es sind auch Ärzte unter uns – nur über die Krankheiten sprechen darf, die er selbst schon gehabt hat. Genauso ist das. Wie lange glaubt ihr, dass ihr die Akzeptanz der Bevölkerung haben werdet, wenn über Landwirtschaft nur Bauern sprechen dürfen? Wenn Agrarpolitik sich darin erschöpft, dass man sagt, wir produzieren und ihr kauft, aber mitreden darf keiner, dann sage ich, dass das nämlich das ist, was der Bauernbund falsch macht. Es darf nur der mitreden, der selber Bauer ist. Akzeptieren sollen unsere Probleme alle. Für euch sind Konsumentenschützer Gegner, Tierschützer sind Gegner. Umweltschützer sind Gegner. Das sind alles Gegner in der Landwirtschaft. Es darf über die Landwirtschaft nur ein Bauer reden. Die anderen dürfen kaufen und sonst nichts. Das finde ich falsch und es ist engstirnig. Ich frage mich, wie lange wird man die gesellschaftliche Akzeptanz haben, wenn niemand mitreden darf? Sie bröckelt ab. Ihr braucht nur draußen zu schauen, die gesellschaftliche Akzeptanz bröckelt ab aus einem Grund, den ich euch auch noch sagen werde. Ich bin der Meinung, die Landwirtschaft geht uns alle an. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sehe, dass Kollege Riebenbauer noch lernfähig ist. Ich hoffe, du nimmst dir das einmal so richtig zu Herzen und liest das einmal. Wir sind der Meinung, dass die Landwirtschaft alle etwas angeht. Uns ist die Landwirtschaft zu wichtig, als dass man sie nur der Agrarlobby überlässt. Ein Letztes noch: Es ging um die Lebensmittel als Lockmittel. Wenn ich Lebensmittel kaufen will, dann brauche ich eine Kaufkraft. Wenn die Menschen Lebensmittel kaufen sollen oder müssen, dann brauchen sie die Kaufkraft dazu. Durch die Programme, wie zum Beispiel Pensionsreform und so weiter, nehme ich den Menschen das Geld und ich nehme ihnen damit auch die Kaufkraft. Das sollte man dabei auch bedenken. Die Menschen werden zu Billiglebensmittel greifen müssen, wenn man ihnen die Kaufkraft nimmt. Es war mir ein Bedürfnis, dass ich das auch noch sagen konnte. (Beifall bei der SPÖ. – 13.37 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Forenbacher.

Abg. Dr. Forenbacher (13.37 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsidentin, werter Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Nach meiner Vorrednerin tue ich mir ein bisschen schwer, weil ich mich als Nichtbauer schon vorher zu Wort gemeldet habe.

Vor zehn Jahren war bei diesen Temperaturen und um diese Jahreszeit mein Spital zur Hälfte mit Salmonellosepatienten voll. Grillfeste, Tiramisu haben die Betten gefüllt. Heute, und das haben die Vorredner schon mehrfach betont, sind die Salmonellen fast ausgerottet. Auch ich darf in den Chor der Danksagung an Herrn Hofrat Dr. Köfer einstimmen, denn durch entsprechende erfolgreiche Maßnahmen ist dies gelungen. Voriges Jahr waren an meiner Abteilung bereits mehr Malariapatienten zu behandeln als Salmonellosepatienten. Vor zehn Jahren haben wir als Humanmediziner den Campylobacter praktisch nicht gekannt. Wir haben, und das ist auch schon gesagt worden, derzeit mehr Infektionen mit Campylobacter als mit Salmonellen zu behandeln.

Wie kommt der Mensch zu dieser Infektion? Wir haben das zum Teil schon gehört: durch Geflügelverzehr, durch Genuss von Rohmilch, aber auch durch direkten Kontakt mit Haustieren, wie zum Beispiel Hund oder Katze. Auch von Mensch zu Mensch kann die Übertragung bei engem Kontakt, wie es in Internaten immer wieder zu sehen ist, erfolgen. Was uns als Mediziner Probleme macht ist die zunehmende Resistenz der Campylobacterkeime gegen verschiedene Antibiotika. Ich glaube, unsere Aufmerksamkeit muss dahin gehen, außer den Maßnahmen, die schon besprochen wurden, wie Hygiene bei der Herdenhaltung und entsprechende Maßnahmen bei der Schlachtung, wo es immer wieder zu Kreuzkontaminationen kommt, die Küchenhygiene zu beachten und zu verbessern.

Ich glaube, durch Zusammenarbeit der verschiedensten Instanzen wird es gelingen, auch dieses Problem in den Griff zu bekommen. Gerade diese Diskussion heute kann die Initialzündung zur Verbesserung dieser Situation sein, so dass wir in ein paar Jahren ebenso sagen können: Campylobacter ist praktisch ausgerottet. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 13.40 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Abschließend am Wort ist Herr Landesrat Pörtl, bitte!

Landesrat Pörtl (13.40 Uhr): Ja, meine Damen und Herren! Frau Präsidentin!

Wir haben jetzt eine sehr – möchte ich fast sagen – inhaltsreiche und zum Teil emotionale Debatte miterlebt. Ich war ein bisschen überrascht, dass die Kollegin Zitz so wehleidig ist. Wenn sie in den Protokollen nachliest, was die zu mir schon alles gesagt hat, dann stelle ich noch fest, dass sie Gott sei Dank auch so ein Mensch ist wie ich persönlich, sie kämpft um die Vaterschaft in gewissen Themenbereichen und es ist, glaube ich schon, zulässig, wenn wir seit drei Jahren durch konkrete Programme Feuerschutzbeauftragte in jeder Gemeinde haben, dass ich mir nicht im letzten Moment erklären lassen darf, was vielleicht noch notwendig ist. Da bitte ich um Vergebung. Und es ist auch ein toller Lernprozess, dass du erfährst, wenn man einen „anflackt“, wie lustig das ist. Das ist glaube ich schon auch zulässig. Ich mache das sonst nicht gerne, aber solche Dinge möchte ich schon sagen, ein bisschen einen parlamentarischen Pfiff – und wer mich kennt, war das ja wirklich nicht böse gesagt, sondern ich lasse da nichts anbrennen. Unsere Mitarbeiter draußen in den Gemeinden, alle schöpfen wie die Närrischen und da will man mir erklären das ABC. Also das bitte so anzunehmen, wir haben ja die jetzige Diskussion und bitte, die Steiermark ist gerade auf diesem Gebiet, wir haben einen internationalen Kongress in Graz erlebt, wo wir Koryphäen auf europäischer Ebene mit der Gesamtmaterie Antibiotikaverträglichkeiten, Durchlässigkeiten über Tier- und Menschenbehandlung, wir haben also auf dem Gebiet und ich will nichts wiederholen, mit unseren Kompetenzzentren weg von der Lebensmitteluntersuchung im Nachhinein zu dieser Produktbegleitung von der Züchtung. Und eines der wesentlichen Dinge im Bereich der Salmonellen ist sehr direkt ansprechbar. Wir haben immer wieder Kücken importiert aus anderen Regionen, seitdem wir selbst salmonellenfreie Elterntiere haben und auch in der Bruterei die Voraussetzungen haben, ist ein ganz massiver Sprung vorwärts in puncto Gesundheit unserer Tierbestände Faktum. Ich möchte vielleicht schon direkt ansprechen, wenn wir in dem Bereich hier in dem Haus beschlossen haben, dass ab 1. Jänner 2003 kein Käfigstall mehr gebaut werden darf, das hat sich irgendwo verlaufen, das ist Norm und Gesetz. Dass wir aber die bestehenden Betriebe nach den Regeln der Europäischen Union auslaufen lassen, so ist das wohl rechtens, das auch zu sagen. Und ich sage auch ganz offen, seit über acht Jahren fördern wir Bodenhaltungs-, Freilandhaltungsformen in der Steiermark, eine tolle Aufwärtsentwicklung, vor allem eine echte Partnerschaft zwischen Tierschutz, Konsumenten und vor allem einer bäuerlichen Tierhaltung, die ganz speziell kleineren Betrieben, die in den Hügelländern sind, wo im Grunde die Ein-, Zweikuhtierhaltung nicht mehr stattfindet, dass praktisch mit dieser Nutzung eine tolle Alternative in der Tierhaltung auch gefunden worden ist. Und ich glaube daher, dass das Tierschutzgesetz, das Bundestierschutzgesetz natürlich massive Diskussionen auslöst. Ich will da nicht ungerecht sein, weil heute ist es ein bisschen warm. Aber bitte, es ist wesentlich leichter in einem Land, wo nichts ist, alles zu verbieten. In der Stadt Wien die Käfighaltung sofort zu verbieten, wo keine ist, ja da zeigen sie auf, dass es kracht. In Vorarlberg, in Tirol ist fast nichts da, da überpurzeln sie sich sozusagen mit Leidenschaft. Ich glaube, es ist schon gerecht, dass wir mit diesem Bundestierschutzgesetz für alle Tiere in der Republik, aber vor allem die Zielsetzung wäre in Europa und generell, einen Tierschutz erhalten können, der uns vor allem tatsächlich eine artgerechte Tierhaltung sichert. Und die Gesundheit eines Lebensmittels hängt auch ab von den Lebensbedingungen der Tiere, das ist für uns klar. Wir haben jetzt mit diesem Geflügelgesundheitsdienst auch den Schwerpunkt mit Campylobacter, wir haben die Salmonellenfrage relativ weit, das sind Hygienemaßnahmen, die wir mit dem Gesundheitsdienst mit ständiger Beratung, bei jeder Herde mehrfach tierärztlicher Besuch, das ist ein Projekt, das im Grunde sicherlich auch zum Erfolg führen wird. Und ich glaube schon, dass vor allem wir auch in der Agrarreferentenkonferenz, weil hier ein Beschlussantrag ist, um gerechte, gleiche Behandlung, wo es vor allem in Veterinärfragen, ob es die BSE beziehungsweise die TKV-Regelungen sind, haben auch die Agrarreferenten diesen Beschluss gefasst, entscheidend wäre, dass der Bund diese Kompetenz selbst wahrnimmt und nicht in der mittelbaren Bundesverwaltung den Ländern verschiedene Möglichkeiten anbietet. Ich glaube daher

– ich will da nicht Zensur machen, das hat auch der Kollege Haupt nicht gemacht, wenn ich da ganz ehrlich bin – wir machen jetzt einen weiteren Versuch, um eine bundeseinheitliche Regelung in der Frage zu erkämpfen.

Vielleicht noch einen Gedankengang in Bezug auf gemeinsame Werbestrategie, das heißt, ein Marketingkonzept für die Steiermark. Ich habe persönlich mehrfach das schon konkret vorgeschlagen. Aber ich möchte schon ganz ehrlich bleiben, diese unheimliche Dynamik in der Vielfalt, was Marken und Regionen betrifft, allein die Diskussion biologische Produkte und normal erzeugte Produkte, ist ein unheimliches Spannungselement, wo man mit Dachmarken äußerst schwierig einen Konsens findet. Ich glaube aber trotzdem, dass eine Dachmarke die Erkennung steirischer Produkte vor allem gemeinsam mit dem Tourismus im Grunde schaffen könnte. Wir sind überzeugt, dass wir mit diesen Beratungs- und Kompetenzzentren in den Bezirken Spezialisten anbieten können, wo wir vor allem das verhindern, was uns teilweise passiert ist. Wir schaffen die Grenzen massiv ab, ab Mai 2004 in alle Richtungen in Europa. Aber solche Gesundheits- und Veterinärstandards können blitzartig neue Grenzziehungen, ganz gewaltige Marktchancen, uns geben, aber die können wir auch blitzartig verlieren. Wir erleben das bei Schweinepestzügen und, und, und, mit welchen rigorosen Maßnahmen vor allem Marktströme blitzartig unterbrochen sind und in dem Zusammenhang vor allem auch der gesamte psychologische Teil, wenn ein Lebensmittel, ob das das Wasser oder ob es andere Lebensmittel sind, nicht sicher ist, ist das die ärgste Bedrohung, die ein Mensch im Grunde erfahren kann. Ich will da nicht Geschichten drücken, aber ich kenne einen sehr bekannten, hoch gebildeten Wissenschaftler, der in Tunesien auf der Universität einen Vortrag gehalten hat und der nach vier Wochen mit 41 Grad Fieber in die Klinik eingeliefert worden ist. Zum Glück eine blitzartige Diagnose: Durch Lebensmittel oder durch Wasser – es ist nicht genau verifizierbar – sind drei große, wie große Zwetschken, Einzeller in der Leber gesessen und haben die Leber bereits fast aufgefressen gehabt. Da wird es einem erst bewusst und es gruselt einem fast, in welchem Land wir leben können, wo wir diese Hygienestandards bis zur Grenze des Erträglichen treiben und vor allem diese Lebensmittelsicherheit in umfassender Form garantieren. Ich möchte mich da ebenfalls bei meinen Verantwortlichen, beim Veterinärdirektor, insbesondere aber beim gesamten Team, auch bei den Tierärzten herzlich bedanken, dass wir ein solches Netzwerk der Lebensmittelsicherheit zu unserem Schutz, aber vor allem auch zur wirtschaftlichen Stärkung und vor allem zur Erhaltung bäuerlicher Betriebsstrukturen sichern. Es ist ganz entscheidend. Es ist die Familie Schirnhofer angesprochen worden. Das sind dynamische Markenprojekte, wo natürlich je nach Segment der Kaufkraft, weil die Frau Abgeordnete Kaufmann das angesprochen hat, auch unterschiedliche Angebote angeboten werden, aber der Gesundheitsstandard muss für alle Produkte in höchster Form gesichert und die Qualität gesichert bleiben. In dem Sinne ist also dieser Veterinärbericht in Bezug auf Lebensmittelsicherheit ein toller Bericht, aber auch grundehrlich und offen, Dinge, die noch nicht im Griff sind, direkt anzusprechen und die Konsequenzen zu ziehen. (Beifall bei der ÖVP. – 13.50 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Ich komme nun zur Abstimmung, nachdem keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Abschluss einer Artikel-15 a-Vereinbarung zur Vereinheitlichung der Tierkörperverwertung sowie Maßnahmen gegen BVD, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf auch hier die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ und ÖVP, betreffend Schaffung einer steirischen Dachmarke, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich darf die mehrheitliche Annahme des Antrages feststellen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Maßnahmen gegen Campylobacter, wobei eine punktuelle Abstimmung gewünscht wurde. Ich darf vortragen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens unverzüglich Maßnahmen gegen die Käfighaltung in der Steiermark zu ergreifen, da diese die Tiere unter Dauerstress setzt, maßgeblich schwächt und so insgesamt erkrankungsanfälliger macht.

Wenn Sie diesem Punkt Ihre Zustimmung geben, dann bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antragspunkt hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Zweitens gegen jene Landwirte und Landwirtinnen, die – siehe den Veterinärbericht 2002 – Hühner unter unzumutbaren Bedingungen halten, wirksam vorzugehen.

Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antragspunkt hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Drittens mehr Mittel zur Erforschung des Campylobacterkeims bereitzustellen.

Wenn Sie diesem Antragspunkt Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Hier darf ich die Einstimmigkeit feststellen.

11. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1073/2, zum Beschluss Nr. 777 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Oktober 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Gennaro, Schleich, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kollegger, Kröpfl, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder und Stöhrmann, betreffend Arbeitsmarktsituation in der Steiermark.

Berichterstatte ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Petinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Petinger (13.53 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren!

Antrag zur Einl.-Zahl 1073/2, Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 777 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Oktober 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Gennaro, Schleich, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kollegger, Kröpfl, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder und Stöhrmann, betreffend Arbeitsmarktsituation in der Steiermark. Auf Grund dieses Beschlusses Nr. 777 des Steiermärkischen Landtages wurde von der Steiermärkischen Landesregierung am 28. April 2003, betreffend Punkt drei und vier, folgender Beschluss gefasst: Der Steiermärkische Landtag hat mit Beschluss Nr. 777 vom 20. Oktober 2002 die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert alles zu unternehmen, um den auch von einer Studie von Basler & Partner/Zürich empfohlenen und von den Verkehrsreferenten der Länder Oberösterreich und Steiermark gemeinsam geforderten vorgezogenen Ausbau der Pyhrnachse sowie eine zeitliche Vorreihung der für die Steiermark weiters unbedingt erforderlichen Schienenprojekte bei Südbahn, Ostbahn und im Ennstal durchzusetzen. Der Ausbau der Pyhrnachse auf steirischer Seite ist finanziell gesichert und in Umsetzung begriffen. Die Schienenprojekte bei der Südbahn werden von der HL-AG. zügig vorangetrieben. Die Projekte an der Ostbahn und im Ennstal sind von der ÖBB zu betreuen. In Vollzug dieses Beschlusses wird im übergeordneten Straßennetz und im Schienenbereich auf die Projekte des GVP Österreich, welche dem Landtag bekannt sind, verwiesen. Im untergeordneten Straßennetz (Landesstraßen) werden die Ausbaumaßnahmen entsprechend einem jährlichen Bauprogramm, das sich nach den jährlichen Budgetvorgaben richtet, abgearbeitet. Darüber hinaus wurde mit Budgetbeschluss für das Jahr 2003 beschlossen, zusätzliche Finanzierungsmodelle (PPP-Modelle, Vorfinanzierungen, Finanzierungsgesellschaften et cetera) zu prüfen. Zu diesem Zwecke wurde auch ein Unterausschuss des Steiermärkischen Landtages zu diesem Thema einberufen. Im Zuge der Prüfung der diversen Modelle wurde vom Finanzministerium eine abschlägige Antwort zu den vorgelegten Modellen in folgender Form übermittelt: „Nach Auffassung des Bundesministeriums für Finanzen stehen daher die angesprochenen Finanzierungsvarianten der erörterten Projekte nicht mit dem Geist des innerösterreichischen Stabilitätspaktes inklusive Nebenabrede in Einklang.“ Somit müssen zusätzliche Finanzierungsmodelle zur Umsetzung von Infrastrukturprojekten, die nicht bemaute werden können, ausgeschlossen werden. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 28. April 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 777 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Oktober 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Gennaro, Schleich, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kollegger, Kröpfl, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder und Stöhrmann, betreffend Arbeitsmarktsituation in der Steiermark, wird zur Kenntnis genommen. (13.56 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro.

Abg. Gennaro (13.57 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Die sozialdemokratische Fraktion bringt gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Landtages einen Unselbstständigen Entschließungsantrag, betreffend Arbeitsmarktsituation, Ausbau der Schiene bei Pyhrnachse, der Südbahn, Ostbahn und im Ennstal, zum Tagesordnungspunkt 11 ein. Zu den Punkten drei und vier des Landtagsbeschlusses Nr. 777 vom 22. Oktober 2002, die mit Mehrheit gegen die Stimmen des FPÖ-Landtagsklubs beschlossen wurden und wie folgt lauteten: „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alles zu unternehmen, um den auch von einer Studie von Basler & Partner/Zürich empfohlenen und von den Verkehrsreferenten der Länder Oberösterreich und Steiermark gemeinsam geforderten vorgezogenen Ausbau der Pyhrnachse sowie eine zeitliche Vorreihung der für die Steiermark weiters unbedingt erforderlichen Schienenprojekte bei Südbahn, Ostbahn und im Ennstal durchzusetzen, dem Landtag raschestmöglich eine Liste der baureifen Bahn- und Straßenprojekte in der Steiermark samt Finanzierungskonzept vorzulegen, um im zweiten Schritt möglichst viele dieser Projekte sofort zu starten“, liegt uns eine Regierungsvorlage vor, die den zweiten Punkt komplett negiert und Versäumnisse der Bundes- und Landesregierung zum Ausbau der Pyhrnachse schönzureden versucht. Dies belegt ein von Prof. Heinz Mayer zum Protokoll Nr. 9 des EU-Beitrittsvertrages abgegebenes Gutachten eindeutig. Weiters wird der vorliegende Generalverkehrsplan diesen Verpflichtungen nicht gerecht. Wie sich aus den Investitionsprogrammen ergibt, ist man mit der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Protokoll Nr. 9 nicht nur bereits jetzt im Verzug, sondern wird dies auch weiterhin bleiben. Dessen ungeachtet zeigt sich im Generalverkehrsplan 2002, wie die Republik Österreich ihre mit dem Protokoll Nr. 9 zu den Beitrittsakten übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen gedenkt. Abgesehen davon, dass die meisten dieser Verpflichtungen jedenfalls bis Ablauf des Jahres 2000 zu erfüllen gewesen wären, tatsächlich aber nicht erfüllt wurden, ist auch nicht geplant, dies unverzüglich nachzuholen. Aus den zitierten Stellen des Generalverkehrsplanes 2002 folgt vielmehr, dass der zweigleisige Ausbau auf der Gesamtstrecke Passau-Spielfeld-Straß auch in den nächsten

Jahren nicht erfolgen wird. Daraus ist ersichtlich, dass Österreich eine völkerrechtliche Verpflichtung gegenüber der Europäischen Union, die mit dem Artikel 5 des Protokolls Nr. 9 zu den Beitrittsakten übernommen wurde, weder bisher erfüllt hat noch in den nächsten Jahren zu erfüllen gedenkt. Die Säumigkeit der Republik ist daher eine Verletzung völkerrechtlicher Verpflichtungen. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung aufzufordern, a) sofort mit Ausbaumaßnahmen auf der Gesamtstrecke Passau–Spielfeld–Straß auf der Achse Phyrn–Schoberpass zu beginnen, die dem Auftrag des EU-Beitrittsvertrages, Protokoll Nr. 9 aus dem Jahre 1995, BGBl. Nr. 45/1995, entsprechen, b) die Zeitversäumnisse der letzten Jahre beim Ausbau dieses Projektes raschest aufzuholen, c) eine Überarbeitung des Generalverkehrsplanes Österreich mit einer Vorreihung der Phyrn–Schober–Achse, des Projekts „Neue Südbahn“ mit dem Semmeringbasistunnel und dem Koralmtunnel sowie des Projektes steirische Ostbahn und der Schiene im Ennstal durchzuführen, d) sich für die Möglichkeit der Querfinanzierung zwischen Straße und Schiene im Raum des gesamten Alpenbogens im Sinne der Alpenkonvention einzusetzen. Ich ersuche um Annahme. (14.00 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke schön.

Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Arbeitsmarktsituation, Ausbau der Schiene bei Pyhrnachse, der Südbahn, Ostbahn und im Ennstal, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

12. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1333/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Wöhry und Majcen, betreffend Landesentwicklungsprogramm.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dipl.-Ing. Odo Wöhry. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (14.01 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat!

Ich bringe den Antrag der Abgeordneten Wöhry und Majcen betreffend das Landesentwicklungsprogramm.

Das derzeit gültige Landesentwicklungsprogramm wurde mit Verordnung vom 11. Juli 1977 von der Steiermärkischen Landesregierung erlassen. Dieses nunmehr 25 Jahre alte Programm ist aber Grundlage für wesentliche Planungen in unserem Land, jedenfalls jedoch auch für die regionalen Entwicklungsprogramme.

Derzeit werden in einigen Regionen regionale Entwicklungsprogramme erstellt. Diese sind selbstverständlich mit dem Landesentwicklungsprogramm abzustimmen. Da dieses jedoch auf Grund seines Alters als nicht mehr zeitgemäß einzustufen ist, wäre es dringend erforderlich, das Landesentwicklungsprogramm als Grundlage der neuen regionalen Entwicklungsprogramme zu modifizieren.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend ein neues und zeitgemäßes Landesentwicklungsprogramm zu verordnen. (14.03 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke!

Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich darf die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Bei den Tagesordnungspunkten 13 und 14 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

13. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1208/1, der Abgeordneten Schriftwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Errichtung eines Geh- und Radweges in der Ortsdurchfahrt Thörl der B 20, Mariazeller Straße.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Siegfried Schriftwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (14.04 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Hier handelt es sich um eine ganz wichtige Vorlage. Es geht um den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Infrastruktur der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend die Errichtung eines Geh- und Radweges in der Ortsdurchfahrt Thörl der B 20, Mariazeller Straße.

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 11. März und 20. Mai 2003 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag der Abgeordneten, betreffend Errichtung eines Geh- und Radweges in der Ortsdurchfahrt Thörl der B 20, Mariazeller Straße, liegt eine Stellungnahme des zuständigen Mitgliedes der Landesregierung vor. Darin wird Folgendes ausgeführt:

Der Fachabteilung 18A ist der dringende Wunsch nach Ausbau eines Geh- und Radweges im Ortsgebiet von Thörl an der B 20, Mariazeller Straße, bekannt.

Entsprechend des technischen Berichtes aus dem Detailprojekt 2001 befindet sich auf der rechten Straßenseite ein durchgehender Gehsteig von 2 Meter Breite. Auf der linken Seite sind abschnittsweise Gehsteige vorhanden. Zur Ergänzung dieses Gehsteiges und zur Errichtung eines überregionalen Radweges sind Baumaßnahmen im Bestand mit geschätzten Gesamtkosten von 400.000 Euro notwendig. Nach der Richtlinie zur Kostenteilung bei übergeordneten Radwegen sind 50 Prozent der Baukosten von der Gemeinde zu tragen.

Nach entsprechender Zusicherung der Finanzierungsbeteiligung durch die Gemeinde wird seitens der Fachabteilung 18A versucht, dieses Baulos entsprechend den budgetären Vorgaben im Bauprogramm 2004 unterzubringen.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1208/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Errichtung eines Geh- und Radweges in der Ortsdurchfahrt Thörl der B 20, Mariazeller Straße, wird zur Kenntnis genommen. (14.06 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Tagesordnungspunkt

14. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1212/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Ausbau der B 71 über den Zellerrain.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Siegfried Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (14.06 Uhr): Hier gibt es einen Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1212/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Ausbau der B 71 über den Zellerrain.

Zum Antrag der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Ausbau der B 71 über den Zellerrain, liegt eine Stellungnahme des zuständigen Mitgliedes der Landesregierung vor. Darin wird Folgendes ausgeführt:

Die Verkehrssituation im Bereich der B 71, Zellerrain, ist im Landtagsantrag eindrücklich geschildert und beschrieben.

Seitens der Fachabteilung 18A, Straßenplanung und Neubau, wurde 2002, wie ebenfalls beschrieben, mit dem Bau einer Forststraße im Trassenverlauf der neuen Landesstraße begonnen. Zurzeit fehlen noch rund 800 Meter zum Zusammenschluss.

Im Anschluss an die Fertigstellung des Rohplanums des Forstweges (inklusive Böschungssicherungen, befahrbarer Berme und Entwässerungen) sollen im Sommer 2003 die Oberbauarbeiten ausgeschrieben werden.

Nach erfolgreicher Ausschreibung und Vergabe wird seitens der Fachabteilung 18A versucht, die Oberbauarbeiten je nach Wetterbedingungen im Herbst 2003 fertig zu stellen.

Die entsprechenden Budgetmittel für den gesamten Ausbau der Zellerrainquerung sind im Bauprogramm 2003 der Fachabteilung 18A vorgesehen, so dass ein Ausbau entsprechend dem Landtagsantrag, wie oben geschildert, realisiert werden kann.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1212/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Ausbau der B 71 über den Zellerrain, wird zur Kenntnis genommen. (14.08 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Der Herr Berichterstatter hat sich auch als Erstes zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Abg. Schrittwieser (14.08 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich muss mich deshalb zu Wort melden, weil das zwei ganz wichtige Projekte sind, die durch meine Heimatgemeinde führen. Und ich möchte dazusagen, dass es einige Jahre jetzt gedauert hat, bis wir so weit waren. Ich bin auch sehr froh darüber, Herr Landeshauptmann, der Herr Hofrat Gobiet hat mir mitgeteilt, dass vor allem der Zellerrain, der ja vom Verkehrspolitischen oder von den Gefahren her schon so groß war, heuer fertig gestellt werden soll. Das ist eine sehr positive Sache, weil wir da wirklich schon fünf, sechs Jahre intensivst kämpfen. Wenn jetzt die Finanzierung sichergestellt ist, ist das sehr zu begrüßen und ich bedanke mich dafür.

Dasselbe gilt für den Geh- und Radweg, wo wir uns bereits einige Jahre bemühen. Ich glaube, da hat es viele gegeben, die sich darum bemüht haben. Anträge gibt es seitens meiner Fraktion.

Ich habe es nur nicht so gerne, wenn sich Kollegin Graf beim Geh- und Radweg von Kapfenberg nach Thörl mit Herrn Landeshauptmannstellvertreter mit einem Rad fotografieren lässt. (Abg. Straßberger: „Das hat sie von euch gelernt!“ – Abg. Wiedner: „Bist du eifersüchtig?“)

Du musst dir das einmal vorstellen. Jetzt gibt man die Geleise weg, dann wird ein bisschen eingeschottert und dann haben wir den Geh- und Radweg nach Thörl errichtet. Ein jahrzehntelanges leeres Versprechen wird damit erfüllt. Ich freue mich schon, Kollegin Graf, wenn der Geh- und Radweg wirklich fertig ist. Ich hoffe, dein Landeshauptmannstellvertreter hat dich auch darüber informiert, mich hat er jedenfalls informiert, dass die finanziellen Mittel vor 2006 für den Geh- und Radweg nach Thörl absolut nicht zur Verfügung sein werden. Ich glaube, er hat dich falsch informiert. Wir werden das aber aufklären. Das Nächste, was dazu zu sagen wäre, ist, dass das ein ganz wichtiges Projekt ist. Es gibt viele Straßen, vor allem im städtischen Bereich, Bruck, Kapfenberg und auch in den Anschlussgemeinden Sankt Lorenzen, Sankt Marein, wo die Leute sehr viel mit dem Fahrrad unterwegs sind, vor allem auf der stark befahrenen B 20 und die Unfallgefahr riesig groß ist. Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich würde wirklich bitten, dass du das, was du derzeit in Thörl plakatierst, auch umsetzt, und nicht nur die Geleise wegräumst. Du weißt genau, Herr Landeshauptmannstellvertreter, die Geleise müssten laut Bescheid der Landesregierung schon zwei Jahre weg sein. Ihr habt das immer wieder verzögert, weil ihr geglaubt habt, ihr könnt bei den Eisenbahnfreunden auch punkten und habt ihnen kurz die Stange gehalten. Dann habt ihr gesagt, das lässt sich doch nicht finanzieren. Daher sind wir jetzt für den Geh- und Radweg. Ich bitte dich darum, das jetzt aktiv anzugehen. Das ist eine Größenordnung, die, wenn du willst, leicht erreichbar ist. Ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn die Kollegin Graf Recht hat und sagt, das kommt heuer schon. Ich werde mir das sehr genau am 31. Dezember anschauen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.12 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Graf.

Abg. Graf (14.12 Uhr): Frau Präsident, werte Herren Landesräte!

Ich wollte am Anfang eigentlich darüber berichten, wie es mit dem Zellerrainausbau und mit dem Geh- und Radweg durch Thörl aussieht. Herr Schrittwieser hat aber mittlerweile auch schon erkannt, weil er sich bei unserem Landeshauptmannstellvertreter so schön und artig bedankt hat, dass in der freiheitlichen Politik etwas weitergeht. Wenn du sagst, du siehst das nicht so gerne, wenn ich mich hinstelle und fotografieren lasse, dann kann ich dir sagen, du hättest 15, 20 Jahre die Möglichkeit für so ein Foto gehabt. Ihr hättet es einfach nur umsetzen brauchen. Du weißt ganz genau, wie lange das in Thörl besprochen wurde und wie oft ihr euch hingestellt und versprochen habt, den Ausbau zu machen. (Abg. Schrittwieser: „Da warst du noch gar nicht da, nicht einmal im Gemeinderat!“)

Da war ich vielleicht noch nicht da und habe noch nicht Rad fahren können. Aber vielleicht hättest es du schon tun können. Nachdem leider bei euch nichts weitergegangen ist, wie es in vielen anderen Bereichen auch ist, haben wir das in Angriff nehmen müssen. Nun ist es soweit. Bei uns werden jetzt die Geleise abgetragen, dann wird der Schotter aufgebracht und der Radweg wird kommen. Darauf kannst du dich verlassen. (Abg. Schrittwieser: „Nur wann, wissen wir nicht!“)

Ich sage es ja, brav und artig bedankt, so wie es sich gehört. Wenn man so lange Zeit gehabt hat und man macht nichts, dann kann man sich nachher nicht aufregen, wenn andere das tun, wofür man lange genug Zeit hatte. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 14.14 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir bereits zur Abstimmung. Ich darf die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1208/1 zum Tagesordnungspunkt 13 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten. Gegenprobe.

Ich darf die einstimmige Annahme feststellen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1212/1 zum Tagesordnungspunkt 14 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf auch hier die einstimmige Annahme feststellen.

15. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 935/1, der Abgeordneten Böhmer, Kröpfl, Mag. Erlitz, Dr. Reinprecht, Detlef Gruber und Mag. Lackner, betreffend präventive Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt in der Schule.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Böhmer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Böhmer (14.15 Uhr): Ich komme zum Tagesordnungspunkt 15 mit der Einl.-Zahl 935/1. Bericht der Abgeordneten Böhmer, Kröpfl, Mag. Erlitz, Dr. Reinprecht, Detlef Gruber und Mag. Lackner, betreffend präventive Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt in der Schule. Der Ausschuss für Generationen und Bildung hat in seinen Sitzungen am 10. September 2002 und 20. Mai 2003 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Zum Antrag der SPÖ, betreffend präventive Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt in der Schule, wurde seitens der FA 6B folgende Stellungnahme abgegeben: Im gesamten steirischen Schulsystem laufen umfangreiche Bemühungen, um Gewalt in der Schule zu verhindern. Diese Bemühungen werden einerseits von

Pädagoginnen und Pädagogen selbst getragen, andererseits werden sie dabei von Beratungslehrerinnen und Beratungslehrern, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen und zahlreichen Projekten und Lehrgängen unterstützt. Seitens der Steiermärkischen Landesregierung wird seit Jahren konstant trotz der Sparkonsolidierung des Bundes der Einsatz von 40 Beratungslehrerinnen und Beratungslehrern an den steirischen allgemein bildenden Pflichtschulen zur Unterstützung der Pädagoginnen und Pädagogen bewilligt. Die Stellungnahme zählt zahlreiche Initiativen auf, wie zum Beispiel „Vom ICH zum WIR“, „Konflikte professionell lösen“, im Rahmen des sozialen Lernens, Elterngespräche, Mediation, spezielle Konfliktlösungsstrategien und lösungsorientierte Kommunikationsformen, Kommunikationsteams für Krisen und zahlreiche Maßnahmen einer Gewaltprävention. Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag, Einl.-Zahl 935/1, der Abgeordneten Böhmer, Kröpfl, Mag. Erlitz, Dr. Reinprecht, Detlef Gruber und Mag. Lackner, betreffend präventive Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt in der Schule, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (14.17 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Graf. Ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Graf (14.17 Uhr): Frau Präsident, Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren!

Das ist ein Thema, das uns alle beschäftigen sollte – das tut es auch in diesem Fall. Es sollte für Kinder und Frauen, die in Notsituationen sind, die Hilfe brauchen, jegliche Unterstützung von uns geben, die nur möglich ist. Es gibt aber in diesem Bereich auch einige Dinge, die vielleicht einer Aufklärung bedürfen und die ich nicht ganz verstehe. Da gab es zum Beispiel letzte Woche von Landesrat Flecker eine Aussendung, in der gefordert wurde, dass ein Rechtsanspruch auf Unterstützung garantiert werden soll, wenn Gewalt gegen Frauen und Kinder angewandt wird. Das ist sehr positiv und dazu stehen wir 100-prozentig, weil es etwas ist, was uns alle beschäftigen soll. Wenn dann aber in dieser Presseaussendung steht, es braucht natürlich mit einem Rechtsanspruch genügend Plätze in Schutzeinrichtungen, wie Frauenhäuser, und budgetäre Überlegungen dürfen nicht dazu führen, dass es weniger Einrichtungen gibt, dann darf ich von dieser Stelle aus an das Frauenhaus in Kapfenberg erinnern, dass dort viel mehr Plätze gebaut hätten werden können beziehungsweise ein zweites Haus gebaut hätte werden können und möglicherweise sind das diese 20 Plätze, die in dieser Presseaussendung als zu wenig angegeben sind, selbst wenn das Frauenhaus in Kapfenberg fertig ist. Hätten wir diese Mittel effizient eingesetzt, dann hätten wir zum derzeitigen Zeitpunkt diese Rechtssicherheit umsetzen können. Wir hätten den Frauen und Kindern garantieren können, dass sie einen Platz haben. So haben sie es leider nicht, weil um das gleiche Geld nur ein Haus renoviert wird und viel zu wenige Plätze in diesem Fall dann vorhanden sind. Wenn hier steht von budgetären Überlegungen, weniger Einrichtungen und weniger Qualität, in diesen Zeiten darf das nicht so sein, dann klingt das für mich auch ein bisschen wie Hohn.

Weil wenn es eine Regierungsvorlage gibt, wo Sie, Herr Landesrat, 55.500 Euro aus Mitteln der Sozialhilfe, aus Mitteln, die für Menschen gedacht sind, die sie in schwierigen Situationen dringend brauchen, wenn Sie die hier umwidmen für einen Architektenwettbewerb und das mit der Angabe, dass kein öffentliches Verfahren angewendet wurde, sondern eben dieser Wettbewerb, um es möglichst geheim zu halten, dann muss ich einmal sagen, wundert mich das. Ich denke einmal, das Frauenhaus muss, wenn es fertig gestellt ist, eröffnet werden. Ich weiß nicht, wie Sie das über die Bühne bringen. Und ich denke einmal auch, es muss bekannt gemacht werden, dass ein Frauenhaus in Kapfenberg existiert und dass Frauen die Möglichkeit haben, sich dorthin zu wenden und, da sage ich einmal, da hoffe ich nicht, dass es dann so geheim ist, dass die Frauen nicht wissen, wohin.

Also, es gibt Dinge in diesem Bereich, die vielleicht einer Erklärung bedürfen, wenngleich wir alle mit Sicherheit der Meinung sind, dass alles dazu getan werden muss, dass es keine oder wenig Gewalt gegen Frauen und Kinder gibt, und wenn es diese gibt, dass die Möglichkeiten vorhanden sind, diese Frauen und Kinder zu unterstützen. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 14.21 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Flecker. Bitte.

Landesrat Dr. Flecker (14.21 Uhr): Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin!

Frau Abgeordnete Graf, entschuldigen Sie, dass ich jetzt gleich in die Diskussion eingreife, weil ich annehme, dass dann die Themen der Frau Kollegin Edlinger, die an sich zuständig wäre, besprochen werden.

Ich freue mich zuerst einmal, dass Sie die Tendenz des Rechtsanspruches teilen. Nach dem, was ich bisher aus anderen Richtungen gehört habe, kann ich mir da auch durchaus einen Mehrheitsbeschluss gegen die ÖVP vorstellen.

Was die Plätze anlangt, Frau Abgeordnete Graf, ist es so, dass unsere Konstruktion die ist, dass wir in Graz diese 45 Plätze – ich nenne das jetzt aus dem Kopf heraus – haben, in Kapfenberg sollen 35 kommen. Bis wir zur EU-Richtlinie kommen, die heißt, pro 10.000 Einwohnerinnen ein Platz, versuchen wir mit speziell betreuten Krisenwohnungen zu einem Ausbau zu kommen, weil sich herausgestellt hat, wenn Sie eine flächendeckende Ausstattung mit Frauenhäusern machen müssten oder sollten, dann brauchen Sie eines im Mürztal, mindestens zwei im Murtal, zwei im Bezirk Liezen, dann sind noch die Ost-, die West- und die Südsteiermark und das jeweils mit kleinen Häusern, mit einem hohen Betreuungspersonal. Das geht sich wirtschaftlich nicht gut aus. Also, wir gehen diesen Weg.

Das Zweite, was Sie angesprochen haben, wegen des Architektenwettbewerbes. Dieser Wettbewerb ist notwendig. Die LiG, die Liegenschaftsgesellschaft des Landes, die die ganze Sache abwickelt – die wickle nicht ich ab, die wickelt auch nicht mein Ressort ab, sondern die wickelt die Liegenschaftsgesellschaft ab – sagt, dass auf Grund der Bestimmungen ein Architektenwettbewerb durchzuführen ist und der kostet Geld. Ich war selber nicht begeistert davon. Aber sie sagen, es ist sonst nicht rechtens. Ich kann Ihnen nicht helfen und mir in dem Fall auch nicht. Ich hätte die 55.000 Euro sicher lieber sozusagen in das Haus hineingesteckt. Aber vielleicht ist das Ergebnis beziehungsweise es ist das Ergebnis hoffentlich so positiv, dass sich das Geld auch wieder rechnet in dieser Frage.

Zum Dritten, wo Sie von Bekanntmachen reden. Da haben wir diesen permanenten Widerspruch. Einerseits soll es ja bekannt sein, dass es Frauenhäuser gibt. Und ich glaube, es ist mittlerweile hinlänglich bekannt, dass es in Graz und Kapfenberg welche gibt beziehungsweise geben wird. Auf der anderen Seite halte ich nichts davon, dass wir den Lageplan mit genauer Beschreibung, wie man dort hinkommt, aushängen, weil wir nämlich die Anonymität im Sinne der Sicherheit der Frauen, die dort untergebracht werden, nach Möglichkeit sichern und gewährleisten wollen. Dass das nicht 100-prozentig gelingen wird, ist mir schon klar. Aber das ist eines der Prinzipien, dass man nicht herumrennt mit dem Lageplan und sagt, dort ist jetzt das Frauenhaus, um nämlich nicht sofort den potenziellen Gewalttätern die Möglichkeit zu geben, dass sie wissen, wo sie dann ihre Frau suchen können und vielleicht auch noch das Gebäude belagern. Das ist die Philosophie dahinter. Das wollte ich Ihnen nur noch erklären. (Beifall bei der SPÖ. – 14.25 Uhr.)

Präsident Purr: Danke, Herr Landesrat, für die Ausführungen.

Es hat sich zu Wort gemeldet die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek.

Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (14.25 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte einen Entschließungsantrag der Grünen einbringen, und zwar in Anknüpfung an den Ausschussbericht beziehungsweise die Stellungnahme der Landesregierung dazu, dass es schon einige Bemühungen in dem Bereich Erziehung zur Gewaltlosigkeit und so weiter gibt.

Wir haben Kenntnis erlangt und haben uns informiert über ein besonders beispielhaftes deutsches Projekt, das Faustlos heißt, und das ist Gegenstand unseres Antrages.

Das ist ein Projekt, mit dem es schon Erfahrungen von ungefähr zehn Jahren gibt, Erfahrungen, die man auch bemessen, bewerten kann. Es handelt sich da um ein ganzes Maßnahmenbündel. Ich denke, es ist gerechtfertigt, sich das sehr seriös anzuschauen und unter Umständen die steirischen Bemühungen auf noch andere Beine zu stellen als das bisher der Fall gewesen ist.

Es geht bei diesem Projekt Faustlos um ein Curriculum, also einen Lehrplan. Der soll impulsives und aggressives Verhalten von Kindern vermindern und soll gleichzeitig ihre sozialen Kompetenzen erhöhen.

Es kommt eigentlich aus Amerika, wurde dort entwickelt und vermittelt in vielen Lektionen Kompetenzen in verschiedensten Bereichen, bezieht sich auf LehrerInnen und ErzieherInnen, die sich dieser Fortbildung unterziehen und das dann weitergeben können und bedient sich spezieller Methoden. Das würde hier zu weit führen.

Ich stelle im Namen der Grünen den Antrag und ich freue mich zu hören, im Vorfeld, dass die SPÖ und die ÖVP mitstimmen werden, wir haben den Antrag auch ihren Wünschen entsprechend leicht umformuliert.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob das Curriculum Faustlos und ähnliche Curricula für Kinderbetreuungseinrichtungen, Grundschulen und Berufsschulen angeboten werden können.

Um die Bearbeitung dieses Antrages zu erleichtern, habe ich der Frau Landesrätin Edlinger-Ploder die Internetadresse beziehungsweise die Adresse der Homepage aufgeschrieben, die wirklich in sehr intensiver, guter und klarer Art und Weise die Qualität und den Umfang des Projektes wiedergibt. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei den Grünen. – 14.28 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Böhmer. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Böhmer (14.28 Uhr): Herr Präsident, werte Landesrätin!

Der Tagesordnungspunkt heißt präventive Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt in der Schule. Ich möchte in meinen Ausführungen am Anfang wirklich das Wort präventiv etwas unter die Lupe nehmen und dazu einmal einen Ist-Zustand unserer österreichischen, im Besseren oder im Genaueren unserer steirischen Schule sagen.

Die Schule ist an und für sich ein Ort, an dem sich vieles anhäuft.

Vielleicht ist akkumuliert der bessere Ausdruck, meine ich, denn in diesem Wort schwingt bereits ein Hauch von Energie mit. Schule ist nichts Freiwilliges, sondern etwas, was zu unserem gesellschaftlichen System, zu unserer gesellschaftlichen Ordnung dazugehört. Schule ist eine Initiation. Unser Schulsystem ist von Vielfalt gezeichnet und ausgezeichnet. Viele Modelle und Schulversuche existieren miteinander und nebeneinander. Die Aufgaben, die die Schule zu bewältigen hat, sind enorm und wachsen ständig. Werte Damen und Herren! Schule wird heutzutage nicht mehr nur als Wissensvermittlerin angesehen mit Qualifizierungs-, mit Selektions-

und Legitimationsfunktion, sondern es wirken in der Schule auch viele soziale Aspekte und Problematiken mit. Der Lehrer als Wissensvermittler tritt an manchen Tagen verstärkt in den Hintergrund. In den Vordergrund kommt er als Weggefährte, Elternersatz, Coach, Animator, ich meine manchmal auch als Zirkusdirektor. Lehrer sein heißt heutzutage ein Allroundmultitalent sein. Es ist meistens eine Gratwanderung aus meinen 30 Jahren in diesem Job zwischen gefordert sein und manchmal auch überfordert sein. Auch Schüler stehen einer Flut von Anforderungen gegenüber. Leistungsforderungen sind groß. Schulprofile sind nicht immer für die Schüler so von Vorteil. Manchmal kommt es gerade an Standorten, wo Schwerpunktschulen sind, eigentlich zu Selektionen, die gerade den Kindern in den Regelklassen nicht angenehm sind.

Zum Dritten: Auch unsere Gesellschaft befindet sich in einer Zeit des Umbruchs. Ehescheidungen sind der Regelfall. Das Leben in mehreren Familien oder geteilten Familien nur mit der Mutter oder nur mit dem Vater beanspruchen von Seiten der Kinder Energie und Kraft. Für manche Eltern ist es irritierend, einer öffnenden Struktur mit vielen Möglichkeiten gegenüberzustehen. Die Schule hat aber einen Bildungsauftrag zu erfüllen. Bildung hängt heute eng mit Selbstbestimmung zusammen.

Bildung hat aber auch etwas mit Mut, eigene Entscheidungen zu treffen, zu tun. Es bedarf des Mutes, eine eigene Meinung zu haben, selbst denken und nicht denken lassen. So könnte man jemanden, der die Kraft hat, selbst zu denken und selbst zu entscheiden, vielleicht auch als gebildet betrachten. Letztendlich wirft ein Blick in das Schulunterrichtsgesetz uns einige Facetten mehr der Tätigkeiten von Lehrern und Schülern im Klassen- und Schulbereich auf. Im Zielparagrafen 2 des Österreichischen Schulorganisationsgesetzes steht: Wir haben Konflikte zu vermeiden und Konflikte zu lösen. Leider treten immer mehr Gewaltakte auf. Unbestritten ist, dass eine wachsende Gewaltbereitschaft der Jugendlichen, insbesondere in der Schule, zu beobachten ist. So brachten Untersuchungen zutage, dass sich nicht nur vermehrt Schüler, sondern auch Lehrer und Lehrerinnen unwohl fühlen. Eine Analyse des Institutes für Soziologie der Johannes-Kepler-Universität in Linz ergab, dass sich drei Viertel der Pädagoginnen und Pädagogen mit aggressiven und gewalttätigen Kindern konfrontiert sahen. Wir fragen uns oft, woher kommt diese Aggressivität? Warum ist er oder sie aggressiv? Warum handelt er oder sie gewalttätig? Hier drängt sich oft eine Vielzahl an Möglichkeiten der Lösung auf. Aber wir scheitern dann oft an verschiedenen Rahmenbedingungen.

Eine Menge an Fragen, wobei es gut gemeint ist, wenn landesschulrätliche Broschüren herauskommen. Es ist gut gemeint, wenn Frau Landesrätin das letzte Mal in dem Heft „Die Schule braucht behutsame Reformen“ behauptet, dass unter anderem auch das Soziale in den Vordergrund tritt. Was aber, wenn durch Maßnahmen dieses Soziale keinen Platz mehr findet? Gerade das Soziale ist es, das uns in der heutigen Schule einfach abgeht. Gerade das Soziale ist es, das wir brauchen. Kinder und Lehrer brauchen Zeit. Zeit zum Üben, Zeit zum Nachdenken, Zeit zum Erholen und Zeit zum Sinn-im-Leben-Finden. Wer mit dieser Zeit richtig umzugehen lernt, wer ein gewisses Zeitmanagement hat, der tut sich schon leichter. Sollte jemand unter Zeitdruck geraten, so kann der Schüler, aber auch der Lehrer leiden. Dabei kann er sich still zurückziehen. Er kann aber auch aggressiv und gewalttätig werden. Ein Medikament oder eine kleine Entschwächung all dessen wäre sicher alsbald eine Senkung der Teilungszahl. Teilungszahl 25 in Volksschulen, gerade im Eingangsbereich, würde ich als wahrlich heilsam sehen. Es beschäftigt sich aber niemand damit. Auch die ÖVP spricht noch immer vom Sparen, und dieses Sparen wird sich einmal bezahlt machen, indem einfach physische und psychische Gewalt vermehrt Hochzeit feiern und Lehrer und Lehrerinnen, Klassenvorstände, manches Mal sogar der Direktor quasi Feuerwehr und Reparaturwerkstätte spielen. Ein Mittel, dem ein bisschen entgegenzuwirken ist die Mediation. Mediatrisieren im ur-eigensten Sinn heißt mittelbar machen, vermitteln. Der Mediator, die Mediatorin ist es, die versucht Probleme zu lösen. Sie oder er versucht, auf Grund einer fundierten Ausbildung in gewisse Konflikte einzugreifen und dort behilflich zu sein. Es gibt schon viele Hauptschulen, aber auch allgemein bildende höhere und berufsbildende höhere Schulen, in denen Mediatorinnen und Mediatoren ausgebildet werden. Diese Menschen sind wahrlich dann für derartige Konfliktsituationen ein großer, wertvoller Brocken. Sie sind es, die es gelernt haben, miteinander reden zu können, die es gelernt haben, auf die Leute einzugehen und die es gelernt haben zuzuhören. Man sollte aber nie in die Versuchung kommen, dass ein Mediator, eine Mediatorin perfekt ist. Keiner ist perfekt, auch wir Erwachsene sind es nicht. Für mich sage ich, Gott sei Dank nicht. Wir sollten ständig lernen und wir sollten uns ständig weiterbilden. Wir wissen aber, dass wir durch Mediation viel in unseren Schulen verhindern können. Wir wissen, dass gerade auch bereits im Volksschulalter Kinder das erste Mal durch Mediatoren, die gleichaltrig wie sie sind, lernen, dass es etwas anderes gibt als ein lautes Schreien oder eine kräftige Ohrfeige.

Wenn jüngst unsere Außenministerin für unsere Schulen „Unterricht in Menschenrecht“ anregt, dann ist es unsere Pflicht, dass wir dieser Aufforderung folgen sollten. Es muss dieser Schritt aber mit finanzieller Unterstützung von Seiten des Bundes, aber auch des Landes getätigt werden, sonst sind die Reparaturkosten, die wir später zu zahlen haben, sehr teuer. Abschließend noch eine Feststellung: Die innere Sicherheit eines Landes hängt auch davon ab, wie eine Regierung, wie Politiker mit Schulen, wie Politiker mit der Psyche des Menschen, mit der Psyche seines Volkes umgehen. Daher ist es höchst an der Zeit, dass wir diesbezüglich Rahmenbedingungen schaffen. Erlauben Sie mir zum Abschluss noch einen Satz, den ich mir aus einer Zitatensammlung herausgenommen habe und der mir die Grundlage für diese Ausführungen war: „Kein Vogel fliegt zu hoch, wenn er mit seinen eigenen Schwingen fliegt.“ Ermöglichen wir unserer Jugend die eigenen Schwingen zu entfalten und legen wir ihnen in diesem Maße nichts in den Weg. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 14.40 Uhr.)

Präsident: Ich begrüße die Damen und Herren der Frauenorganisation der SPÖ Kalsdorf unter der Leitung von Frau Gemeinderätin Ursula Rauch. (Allgemeiner Beifall.)

Ich komme nur zur Abstimmung:

Ich ersuche die Dame und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend „Faustlos“, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 16 bis 18 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich darf Sie bitten, meine Damen und Herren, wirklich die Hände zu heben. Das gilt für alle Klubs. Wie sollte ich hier, bitte, ein Votum feststellen pro oder kontra, wenn Sie scheinbar die Aufmerksamkeit anderen Dingen widmen. (Abg. Gross: „Herr Präsident, das musst du dem ÖVP-Klub sagen!“) Das habe ich so deutlich gesagt, dass es alle verstanden haben, wertere Frau Abgeordnete.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

16. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1344/1, betreffend Klinik für Psychosomatische Erkrankungen im „Gesundheitspark Ausseer Land“, Übernahme eines Anteils der Leistungsabgeltung seitens des Landes Steiermark.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Margarethe Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (14.42 Uhr): Ich berichte zur Einl.-Zahl 1344/1 der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Klinik für Psychosomatische Erkrankungen im „Gesundheitspark Ausseer Land“, Übernahme eines Anteiles der Leistungsabgeltung seitens des Landes Steiermark.

Die Steiermärkische Landesregierung hat mit Beschluss vom 21. Oktober 2002 für die Psychosomatische Modellklinik im Rahmen des „Gesundheitsparks Ausseer Land“ eine Investitionsunterstützung in der Höhe von maximal 5,82 Millionen Euro beschlossen.

Weiters hat die Steiermärkische Landesregierung mit Beschluss vom 11. November 2002 eine Sonderfinanzierung für den Neubau des Landeskrankenhauses Bad Aussee in Höhe von 16 Millionen Euro beschlossen und hat der Steiermärkische Landtag mit Beschluss Nr. 879 vom 10. Dezember 2002 dieser Vorgangsweise zugestimmt.

Insbesondere wären durch das Land Steiermark in den Jahren 2005, 2006 und 2007 die zur Leistungsabgeltung vorgesehenen Landesanteile in Höhe von 0,85 Millionen Euro für das Jahr 2005 beziehungsweise je 1,7 Millionen Euro für die Jahre 2006 und 2007 vorzusehen, um die weitere Projektumsetzung zu gewährleisten. Ab dem Jahr 2008 ist die Übernahme des Leistungsangebotes in die LKF-Finanzierung vorgesehen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 8. April 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der vorliegende Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Der Übernahme eines Anteiles der Leistungsabgeltung für die Psychosomatische Modellklinik im Rahmen des „Gesundheitsparks Ausseer Land“ seitens des Landes Steiermark für den Zeitraum 2005 bis 2007 im Ausmaß von insgesamt 4,25 Millionen Euro wird zugestimmt und dies unter dem Vorbehalt, dass auch seitens des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger die dargestellten Verhandlungsergebnisse durch entsprechende Organbeschlüsse verbindlich gemacht werden. (14.43 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

17. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 865/4, zum Beschluss Nr. 626 des Steiermärkischen Landtages vom 11. Juni 2002 über den Antrag der Abgeordneten Graf und Lafer, betreffend Gesundheits- und Krankenpflege.

Berichterstatter ist der Landtagsabgeordnete Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (14.44 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 626 des Steiermärkischen Landtages vom 11. Juni 2002 über den Antrag der Abgeordneten Graf und Lafer, betreffend Gesundheits- und Krankenpflege.

Die betreffende Vorlage liegt Ihnen vor. Es geht im Wesentlichen darum, dass beantragt wurde, dass im psychologischen Umgang mit Kindern, die innerhalb der Familie Gewalttaten ausgesetzt waren, hier schwerpunktmäßig Themen beziehungsweise Hilfestellungen angeboten werden.

Dazu gibt es auch ein Schreiben vom Bundeskanzleramt. Ich darf hier einen Satz zitieren: „So wird das Thema Gewalt in der Familie sowohl im Unterrichtsfach Soziologie, Psychologie, Pädagogik und Sozialhygiene wie auch im Unterrichtsfach Kommunikation, Konfliktbewältigung, Supervision und Kreativitätstraining entsprechend berücksichtigt.“

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 626 des Steiermärkischen Landtages vom 11. Juni 2002 über den Antrag der Abgeordneten Graf und Lafer, betreffend Gesundheits- und Krankenpflege, wird zur Kenntnis genommen. Danke! (14.45 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

18. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1069/1, der Abgeordneten Mag. Drexler und Bacher, betreffend neues Berufsbild und neue Ausbildungsordnung für Operationsgehilfen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (14.46 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zum Antrag mit der Einl.-Zahl 1069/1 der Abgeordneten Mag. Drexler und Bacher, betreffend neues Berufsbild und neue Ausbildungsverordnung für Operationsgehilfen.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler hat in seinen Sitzungen am 3. Dezember 2002 und am 20. Mai 2003 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Die Abgeordneten Mag. Drexler und Bacher haben am 22. Oktober 2002 einen Antrag, betreffend neues Berufsbild und neue Ausbildungsverordnung für Operationsgehilfen, eingebracht. Dieser wurde der Landesregierung zu einer Stellungnahme übermittelt.

Die Fachabteilung 8A hat dazu berichtet, dass verschiedene Dinge im Rahmen dieses Antrages berücksichtigungswürdig sind. Kulminiert diese Stellungnahme mit der Formulierung im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Anforderungen an die medizinisch-technischen Assistenzberufe, wie zum Beispiel OP-Gehilfen, erscheint es daher zweckmäßig, an die Bundesregierung heranzutreten, die Bemühungen für die Schaffung eines neues Berufsbildes für OP-Gehilfen zu verstärken und einen Gesetzesvorschlag auszuarbeiten.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zum Antrag mit der Einl.-Zahl 1069/1, betreffend neues Berufsbild und neue Ausbildungsverordnung für Operationsgehilfen, wird zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ziel heranzutreten, die Bemühungen für die Schaffung eines neuen Berufsbildes für Operationsgehilfen zu verstärken und einen neuen Gesetzesvorschlag auszuarbeiten. Ich darf Sie um Zustimmung zu diesem Antrag bitten. (14.48 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Wir kommen damit zu den Wortmeldungen, Tagesordnungspunkte 16, 17 und 18.

Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Köberl. Danach Tasch, danach Halper.

Bitte, Herr Abgeordneter Köberl, Sie sind am Wort.

Abg. Köberl (14.48 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung!

Unter dem heutigen Tagesordnungspunkt 16 – er kommt aus dem Ausschuss für Finanzen beziehungsweise Wirtschaft – verbirgt sich ein Beschluss des Landtages, von dem ich hoffe, dass er auch einstimmig gefällt wird, wie auch die vorhergehenden Beschlüsse zur Thematik des „Gesundheitsparks Ausseer Land“ einstimmig gefällt wurden, wo es wiederum um eine Finanzierung geht. Man möchte jetzt meinen, na, worum geht es, um das liebe Geld, wie bei vielen Beschlüssen hier herinnen.

Konkret geht es um die Abgeltung der Leistungsfinanzierung, die für die Behandlung von Patienten im Bereich der psychosomatischen Modellklinik des „Gesundheitsparks Ausseer Land“ anfallen.

Die Summen vielleicht im Einzelnen: Es geht um eine so genannte Start-up-Finanzierung für die ersten drei Jahre. Im ersten Jahr um 0,85 Millionen Euro, im zweiten Jahr – 2006 – um 1,7 Millionen Euro und im dritten Jahr – 2007 – auch um 1,7 Millionen Euro. Insgesamt also um 4,25 Millionen Euro. Danach soll eine Finanzierung aus dem LKF-System erfolgen.

Es ergeben sich aber auch dadurch Einsparungspotenziale in den Bereichen Innere Medizin und Psychiatrie.

Dieser Beschluss, den wir heute fällen und wir haben es gehört, im zuständigen Bericht des Ausschusses war noch davon die Rede, vorbehaltlich der Zustimmung des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, der mittlerweile erfolgt ist, ganz konkret ist der am 16. Mai dieses Jahres erfolgt, weil es hier um eine gemeinsame Finanzierung dieser Startphase geht. Man kann sagen, dass in den ersten drei Jahren das Land Steiermark dafür etwa 29 Prozent der Mittel zur Verfügung stellt und der Hauptverband 71 Prozent. Soweit die nüchternen Zahlen.

Was steckt aber hinter der psychosomatischen Modellklinik wirklich? Gestatten Sie mir ein paar Worte dazu, weil ich gestern bei einer Pressekonferenz in Wien dabei war, wo es um die Vorstellung der österreichweiten Modellkliniken für die psychosomatische Behandlung gegangen ist – ein faszinierendes Modell. Wenn man sich wirklich die Dinge anschaut, worum es geht und jeder in seinem Bekanntenkreis oder Freundeskreis sich offenen Auges umschaut, wird feststellen, dass die Zahlen, die durch Studien belegt sind, nicht aus der Luft gegriffen sind. Von psychosomatischen Erkrankungen beziehungsweise der Gefährdung, daran zu erkranken, ist jeder zehnte Österreicher oder jede zehnte Österreicherin betroffen. Das sind in Summe 800.000 in unserem Land. Derzeit gibt es dazu einige wenige Departements, die meistens an psychiatrische Abteilungen angeschlossen sind. Das Neue daran ist, dass im Rahmen dieser österreichweiten Modellkliniken, es geht konkret um Bad Aussee und Eggenburg in Niederösterreich beziehungsweise Spittal am Millstätter See, auf stationärer Behandlungsbasis Standards in den nächsten Jahren entwickelt werden sollen, die für die Behandlung von psychosomatischen Erkrankungen beispielgebend sind und die ab 2008 auch in den österreichischen Krankenanstaltenplan aufgenommen werden.

Worum geht es im Konkreten? Es geht um die Behandlung von Persönlichkeitsstörungen, Behandlung von emotional instabilen Persönlichkeitsstörungen, des so genannten Borderline-Typus, es geht um Essstörungen, Behandlung von Magersucht und Ess-Brech-Sucht, Bulimie genannt, es geht um funktionelle Störungen, Behandlung von Schlafstörungen, Behandlung von chronischen Schmerzpatienten, weiters geht es um Neurosen, dahinter steckt ein integratives Angstbehandlungskonzept, psychosomatische Störungen, gerade bei Kleinkindern und Jugendlichen weit verbreitet, Behandlung von Neurodermitis, stationäre Psychotherapie von Krebspatienten. Es geht aber auch um einen interessanten Aspekt der Medizin, nämlich um die homöopathischen, naturheilkundlichen Behandlungskonzepte. Es geht um eine Regulationstherapie, welche die körpereigenen Selbstheilungskräfte wieder in Gang bringt oder deren Richtung neu lenken will, wenn sie entgleist sind.

Wie kommen die Patienten nun in diese Modellklinik nach Bad Aussee? Die Zuweisung erfolgt über die Internisten und praktischen Ärzte, über die Krankenhäuser und deren interne Abteilungen, Psychotherapeuten, Psychoanalytiker, Universitätskliniken und den interuniversitären Fachbeirat. Ich darf diesen interuniversitären Fachbeirat besonders hervorheben, weil es gelungen ist, mit ihm dieses Thema von einem regionalen Projekt zu einer österreichweiten Dimension zu heben. Dieser interuniversitäre Fachbeirat wurde bereits 1998 über Initiative von Universitätsprofessor Dr. Karl Harmoncourt gegründet. Das Ziel ist die Integration der Psychosomatik im österreichischen Gesundheitswesen beziehungsweise deren Modulen. Er verfügt über höchste Fachkompetenz, da ihm alle Klinik- und Institutsvorstände der medizinischen Psychologie und Psychotherapie der österreichischen medizinischen Fakultäten zur Seite stehen. Der interuniversitäre Fachbeirat schlug die Errichtung einer Modellklinik für psychosomatische Erkrankungen mit zentralem Standort in Bad Aussee vor. Bei der Pressekonferenz entstand die Frage, warum gerade in Bad Aussee? Es gibt eine fachliche Begründung dazu, weil man die Leute auf Distanz zum Konfliktherd bringen will. Es gibt auch eine sehr emotionale Begründung, das ist der so genannte Genius loci des Ausseer Landes. Man sagt, hier fühlen sich die Menschen besonders wohl, wie zum Beispiel Künstler. Auch heute ist das noch der Fall. Die Rahmenbedingungen dafür sind wirklich in dieser „Seelenlandschaft“ ideal. Im Auftrag des Gesundheitsministeriums werden vom Fachbeirat in einer dreijährigen Evaluierungsphase praxisgerechte Standards für die Indikation, Therapie und Evaluierung der stationären Psychosomatik in Österreich erarbeitet. Diese Standards werden ab 2008, wie bereits erwähnt, als verbindliche Qualitätskriterien in den ÖKAP aufgenommen. Die Integration und Akzeptanz der Psychosomatik im etablierten Gesundheitswesen ist ein wichtiger Schritt in Richtung eines modernen biopsychosozialen Gesundheitswesens.

Ein paar Eckdaten zur psychosomatischen Modellklinik: Es geht um eine Investitionssumme von zirka 11 Millionen Euro, eine Bettenanzahl von 120 Betten, davon zehn auf Basis eines Kassenvertrages beziehungsweise 20 Privatbetten, 90 Zimmer, das heißt 50 Prozent in Einbettzimmern, 50 Prozent in Doppelzimmern, die maximale Patientenzahl pro Jahr liegt bei 1200. Es geht um zirka 120 Arbeitsplätze, davon direkt betroffen 90, indirekt betroffen 30. Es geht vor allem auch um ein Synergiemodul mit dem Neubau des Landeskrankenhauses. Hier geht es in der Infrastruktur um die Haustechnik, um den Veranstaltungsraum, Laborbereich, Therapieeinrichtungen und so weiter. Hier gibt es intensive Gespräche zwischen dem Betreiber und Errichter Dr. Rother beziehungsweise der KAGES. Es geht aber auch um personelle Synergieeffekte: Konsiliaritätigkeit von Ärzten, gemeinsame Bereitschaftsdienste und vieles mehr. Der Architektenwettbewerb mit dem Siegermodell liegt vor und der Bauungsplan ist beschlossen. Von Dr. Rother wurde ganz aktuell ein Architektenteam beauftragt, für seinen Teil die Planungsleistungen voranzutreiben und konkrete Vertragsverhandlungen mit den zuständigen Landesstellen in der Person von Landesrat Erlitz. Ich glaube, am vergangenen Freitag hat es eine Besprechung gegeben. Ich hoffe, dass wir hier zu einem gangbaren Weg kommen, um einen Abschluss zu garantieren, weil wir wissen, dass die Beschlüsse des Hauptverbandes auf die Zeit 2005 bis 2007 beschränkt sind. So haben wir hier doch einen relativ großen Zeitdruck.

Gestatten Sie mir abschließend noch ein paar persönliche Anmerkungen als jener, der dieses Projekt vom Beginn an verfolgt hat. Bereits 1995 wurde mit der Projektentwicklung begonnen. Es war ein Weg, den die Gemeinde Bad Aussee sozusagen eingeschlagen hat. Ab 1998 wurde mit dem Regionalverein auch die Region eingebunden. Meilensteine daraus: 1995 war die Projektaufnahme, der Kontakt mit Dr. Rother, dann gab es 1998 das Okay der Bundesstrukturkommission und die Gründung des interuniversitären Fachbeirates, 1999 ist ein drittes Modul dazugekommen, ein Senioren- und Pflegeheim, am 22. Mai 2000 der Grundsatzbeschluss für die Errichtung des Gesundheitsparkes hier im Landtag. Es hat auch einstimmige Beschlüsse für den Investitionskostenzuschuss gegeben für die Finanzierung und die Neuerrichtung des Landeskrankenhauses und am 16. Mai dieses Jahres den Beschluss des Hauptverbandes. Somit liegen alle notwendigen Beschlüsse vor. Sie wurden ein-

stimmig gefällt mit Ausnahme des Beschlusses im Hauptverband. Dort hat es eine mehrheitliche Entscheidung gegeben. Bei der Prototypenentwicklung hat es viele Höhen- und Tiefenbewegungen gegeben. Manchmal hat man geglaubt, es geht nicht mehr weiter. Es wurde dann aber immer wieder ein Weg gefunden. Es hat – und diesen Seitenhieb darf ich mir erlauben – doch ein gewisses Pingpongspiel zwischen dem Land Steiermark und dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger gegeben. Wir wurden vom Einen zum Anderen geschickt mit der Erklärung, der Andere sei zuständig. Ich darf aber festhalten, die Steiermark kann stolz darauf sein, dass aus einem regionalen Gesundheitsprojekt, dem Gesundheitspark Auseer Land, ein österreichweites Pilotprojekt zur Etablierung der psychosomatischen Medizin in Österreich geworden ist.

Gestatten Sie mir abschließend noch zu danken. Ich weiß, ein Erfolg hat viele Väter, vor allem auch Mütter. Ich glaube aber, es ist allen zu danken, die uns auf diesem Weg begleitet haben, vorweg den Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung. Mein besonderer Dank gilt unserer Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, denn ohne sie gäbe es dieses Projekt nicht. Sie hat uns immer wieder weitergeholfen, wenn es sozusagen ganz besonders schwierig gewesen ist. Ich danke dem Vorstandssprecher des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger Dr. Josef Kandlhofer. Er hat Courage und Mut in einer finanziell schwierigen Zeit bewiesen, eine Entscheidung zu treffen, weil er gesagt hat, neue sinnhafte Projekte müssen in Österreich Platz haben. Ich danke Univ.-Prof. Dr. Karl Harnoncourt für seinen unermüdlichen Einsatz und seine Kontakte, die uns österreichweit weitergeholfen haben. Ich bedanke mich auch bei Dr. Wolfgang Rother, dem Interessenten, dem Investor und dem Betreiber der Modellklinik, dass er über acht Jahre der Projektentwicklung uns die Treue gehalten hat. Ich freue mich auf einen möglichst baldigen Spatenstich für den Gesundheitspark Auseer Land in Bad Aussee. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 15.00 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich komme nun zur Dringlichen Anfrage.

Die weiteren Wortmeldungen zu den Tagesordnungspunkten 16, 17 und 18 erfolgen danach.

Wir kommen nun zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der SPÖ, betreffend Revision der Transeuropäischen Netze, deren Folgewirkungen auf die Steiermark und die künftigen Konsequenzen daraus, an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic.

Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Siegfried Schrittwiese das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

Abg. Schrittwieser (15.01 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, die Herren Regierungsmitglieder, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bedauere, dass der Kollege Majcen nicht da ist, weil er am Beginn der heutigen Sitzung uns ja eine Rüge erteilt hat, dass wir als SPÖ eine Dringliche Anfrage machen und das nicht zum Tagesordnungspunkt EU auf die Tagesordnung bringen.

Aber, meine Damen und Herren, solange für uns nicht spürbar wird, dass das verkehrspolitische Thema ernst genommen wird, dass es aktiv angegangen wird und dass man sich nicht immer auf andere verlässt, werden wir Sozialdemokraten jede Gelegenheit nützen, um das auch hier in diesem Hohen Haus zum Thema zu machen.

Natürlich hat der Kollege Majcen heute Recht gehabt, wenn er sagt, die Europäische Union kann Österreich keine Projekte vorschreiben. Da hat er Recht, das ist eine ganz richtige Aussage. Ich hätte es ihm gerne selber gesagt, aber ich weiß nicht, wo er ist. Es ist richtig, wenn er sagt, die österreichischen Projekte sind ausschließlich eine österreichische Frage. Er hat auch dazugesagt, dass die Bundesregierung intervenieren muss bei der Europäischen Union, und nicht das Land Steiermark.

Das letzte Mal am 8. April haben wir einen Entschließungsantrag hier in diesem Hause eingebracht und haben die Abgeordneten der ÖVP und der FPÖ gebeten, dass wir gemeinsam die Landesregierung auffordern, dass sie selbst in Brüssel beim Herrn Kommissar van Miert, bei der Kommissarin Palacio vorstellig wird, um für unsere Verkehrswege, wie wir sie brauchen, zu intervenieren.

Und wie die ÖVP und die Freiheitlichen das letzte Mal das abgelehnt haben, haben wir uns gesagt, ja natürlich, wenn das schon die Regierungsparteien nicht tun, werden wir uns selbst auf den Weg machen und zumindest hinterfragen, was denn notwendig sei, dass wir dennoch beim Korridor V zu unserer Achse Pontebbana von Warschau über Prag, über Wien nach Graz und dann in den Süden an die Adria noch dazukommen.

Meine Damen und Herren, ich verstehe nicht, dass ihr der Bundesregierung wieder so die Stange haltet. Die Bundesregierung wurde von der Europäischen Union aufgefordert – ich habe das in diesem Haus schon einmal gesagt, aber ich bringe es in Erinnerung –, die für sie wichtigen Projekte für die Erstellung dieser neuen Prioritätenliste bekannt zu geben, die Karel van Miert jetzt erstellt und am Freitag präsentieren wird. Es hat die österreichische Bundesregierung drei Projekte nach Brüssel gemeldet. Ich weiß nicht, Frau Landeshauptmann, ob es mit Ihnen eine Rücksprache gegeben hat oder mit dem Verkehrsreferenten, das ist mir nicht bekannt. Aber die Bundesregierung hat gemeldet die Brennerachse, die auch in der neuen Prioritätenliste bei den 20 Projekten drinnen ist. Es ist die Donauachse gemeldet, die ebenfalls, soweit mir seit gestern bekannt ist, hier Berücksichtigung findet.

Das dritte Projekt, das die Bundesregierung hier genannt hat, war der Korridor V, aber mit folgender Formulierung, meine Damen und Herren, und gegen diese Dinge müssen wir uns wehren. Die Bundesregierung hat nach Brüssel gegeben, sie braucht den Korridor V über Warschau–Prag nach Wien und dann an die Adria. Sie hat

völlig offen gelassen, ob das jetzt die Pontebbana über die Südbahn nach Bruck und nach Graz über die Koralm nach Italien und einen Anschluss von Graz nach Spielfeld sein soll, sondern sie hat einfach gesagt, Warschau–Prag–Wien–Adria. Das heißt, es hat auch da nichts gegeben, wo es nur irgendwo einen Hinweis gegeben hätte, dass die Steiermark hier eine Berücksichtigung findet.

Und weil der Kollege Majcen gesagt hat, ihr habt halt einen Fototermin beim van Miert gehabt und da habt ihr eure Freude gehabt und da habt ihr euch die Hand geschüttelt und lustig war es. Nein, meine Damen und Herren, wir haben euch allen und auch den Interessenvertretungen, der Industriellenvereinigung, der Wirtschaftskammer, den Gewerkschaften, allen, dem Parlamentsklub, den europäischen Abgeordneten dieses Papier, das wir dort van Miert übergeben haben und auch der Kommissarin Palacio, übergeben. Van Miert hat eine Stunde mit uns über diese Frage diskutiert. Und auf die Frage, ob denn von der steirischen Landesregierung schon jemand bei ihm war oder bei der Frau Kommissarin, nämlich sich für dieses Projekt der Pontebbana, für diese Achse, die wir in der Steiermark so dringend brauchen, ob schon jemand Lobbying betrieben hat, ob schon jemand hier interveniert hat, dass das für uns besonders wichtig ist, hat Karel van Miert sofort postwendend gesagt, bei mir war niemand, und bei der Kommissarin war das so ähnlich. Und das meine ich, meine Damen und Herren.

Wir haben uns erkundigt, wie ist denn das jetzt, wenn diese neuen Prioritätenlisten erstellt werden, ist es üblich, dass ausschließlich die Bundesregierungen, die Nationalstaaten hier intervenieren oder sich um Projekte bemühen, dann sagt er uns, natürlich gibt es sehr viele, die hier auch aus der Region ihre Sorgen und Wünsche vorbringen. Aber in eurem Fall ist das nicht passiert. Und das meine ich, das verstehe ich nämlich nicht. Vom Verkehrsreferenten erwarte ich das sowieso – ist aber nicht passiert.

Und wie ich am Freitag gelesen habe, lieber Kollege Schögggl, dass du dir über Slowenien und Ungarn Sorgen machst, dann ehrt dich das, ich würde aber bitten, dass die Sorge um die steirischen Schienenachsen vorrangig zu betrachten sind. Wenn du am Freitag in einer Aussendung erklärt hast, es ist dir fast egal, ob wir bei den Transeuropäischen Netzen dabei sind oder nicht, dann muss ich mich fragen, wie weit du hier die Interessen der Steiermark vertrittst, weil es ist sehr wohl wichtig, dass wir da drinnen sind. Und ich sage euch auch warum.

Es hat eine Liste – 1996 – gegeben, die die Europäische Union zusammengestellt hat. Weil dort nichts weitergegangen ist und die Nationalstaaten ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben und jetzt die Erweiterung um die Ostländer gekommen ist, hat man gesagt, wir werden jetzt eine Liste machen, wo auch die nationalen Staaten dahinterstehen. Wir werden diese Liste machen und im Europäischen Parlament spätestens 2005 beschließen und bis 2020 muss das fertig sein, aber es werden nur Projekte da mit drinnen sein, wenn, meine Damen und Herren, auch der Nationalstaat das wirklich will und wenn es dort Geschlossenheit gibt.

Wie wir dann geredet haben über die Südbahn und über den Semmering, ist dem Herrn Karel van Miert ein leichtes Lächeln über die Lippen gekommen, weil er natürlich im Detail gekannt hat, dass hier die Steiermark und Niederösterreich einen aussichtslosen Kampf gegen den Pröll führen, daher die Geschlossenheit und das nationale Wollen absolut nicht zum Ausdruck kommen.

Ein nächster Punkt ist, Freunde, was glaubt ihr, warum wir immer drängen, unsere Projekte bei der Bundesregierung im Generalverkehrsplan nach vorn zu bringen versuchen? Nach vorn zu bringen deshalb, weil wenn wir nicht glaubhaft machen, nach Brüssel, dass wir das ganz vorne bei uns in der Prioritätenliste gereiht haben und damit auch die Finanzierung unterlegt haben, dann reden die dort nicht einmal mehr über unsere Projekte. Und das ist jetzt unser Problem, dass wir zwar selbst das bauen können – da hält uns keiner ab –, aber ihr wisst auch, dass diese neuen Projekte bei der Planung bereits 50 Prozent Zuschuss der EU bekommen, wenn wir das wollen. Und das Neue ist, wenn diese Projekte dann gebaut werden, dass beim Bau auch bis zu 20 Prozent der Kosten von der EU als Kofinanzierung zu bekommen sind.

Wenn ich hier, Kollege Schögggl, sage, es ist egal und es ist wurscht, wenn ich hier nicht drinnen bin, weil die Slowenen und die Ungarn sind auch noch nicht weiter und bis die soweit sind, 2030, dann sind wir auch fertig, dann meine ich, das ist keine Einstellung, meine Damen und Herren, des verantwortlichen Referenten. Frau Landeshauptmann, warum ich die Dringliche Anfrage an Sie gerichtet habe, hat folgenden Sinn: Sie legen natürlich Wert darauf, mit Recht als Landeshauptmann, dass Sie sagen, Sie haben bei wichtigen, schwierigen Dingen eine Koordinierungsaufgabe. Sie sitzen im Ausschuss der Regionen und haben natürlich dort vordringlich – so hoffe ich – die Interessen des Landes zu vertreten. Ich meine, dass die Verkehrsfrage zu kurz gekommen ist und dort draußen überhaupt keine Rolle spielt. Das ist der Vorwurf, den ich hier mache, nicht böse, sondern getragen von einer großen Sorge, dass die Südumfahrung, der Korridor V, mit drinnen ist, Freunde. Die Südumfahrung des Wirtschaftsstandortes Steiermark ist in dieser neuen Prioritätenliste drinnen. Wir müssen damit rechnen, dass der Wirtschaftsstandort Steiermark von den Verkehrsachsen von Nord nach Süd umfahren wird. Die längste Zeit stellen sich Kollege Straßberger und andere hier heraus und sagen, das müssen wir verhindern. Da müssen wir schauen und da müssen wir etwas tun. Jetzt macht ihr euch lächerlich darüber, wenn es ein paar gibt, die zwar von der Regierung nicht die Kompetenz haben, aber hier etwas tun wollen. Wir haben aber als Abgeordnete, meine Damen und Herren, eine gewisse Verantwortung.

Ich sage noch etwas dazu, weil wir vom Generalverkehrsplan reden: Wir sind dort, ich sage es wieder und ich weiß, ihr hört es nicht gerne, abgemeldet. Ich verstehe auch nicht, dass es noch immer jemanden in der Landesregierung gibt, der erklärt, der Generalverkehrsplan ist für die Steiermark das Heil der Welt oder so gut und wir sind sehr zufrieden. Meine Damen und Herren, weil wir gerade vom Zusammenwachsen reden, weil wir gerade reden, dass wir gemeinsam auch die Rahmenbedingungen in der Politik schaffen müssen, dann müsste man sich schon bemühen, um gemeinsam alle Projekte weiterzubringen. Die Schoberachse, die Pyhrnachse

spielen da draußen überhaupt keine Rolle. Dies ist nicht einmal vorhanden. Wir haben am zweiten Tag bei dieser Transeuropäischen-Netz-Konferenz den Verkehrsminister getroffen, der uns versichert hat, er wird Graz mit einbeziehen. Ich bin ihm sehr dankbar dafür. Wenn er es aber nur bei einem Gespräch mit einbezieht und nicht durchsetzt, dann haben wir auch nichts davon. Wenn ich den Koralmtunnel draußen erwähne, sagen alle geschlossen, den brauchen wir nicht. Dann müssen wir ihn eben als Nationalstaat bauen und finanzieren und müssen ihn offensiver angehen. Über den Semmeringtunnel sagen sie nur: Wenn ihr euch einmal einig seid und einmal wisst, was ihr wollt, über Parteigrenzen hinweg, dann macht das. Die Ostbahn spielt ebenfalls keinerlei Rolle. Die spielt da draußen genauso wenig Rolle wie in Wirklichkeit der Generalverkehrsplan hier bei uns. Ich glaube daher, dass diese Entscheidung eine Niederlage für die österreichische und steirische Verkehrspolitik ist. Ich meine, dass hier die Möglichkeit nicht ausgenutzt wird, bei der Planung 50 Prozent, beim Bau 20 Prozent zu lukrieren. Wenn Landesrat Paierl und Finanzminister Grasser jeden Tag sagen, dass wir kein Geld haben, dann sage ich, wir haben eine große Chance vertan. Jetzt weiß ich schon, dass das alles nicht so einfach ist und dass diese nicht nur warten auf uns und sagen, nur weil alle kommen, der Schrittwieser und der Grabner, jetzt machen wir das alles. Wenn man es aber nicht einmal probiert, dann liegt hier ein Fehlverhalten vor. Ich meine, es wurde eine Chance zu Grabe getragen, die wir nicht so schnell wieder bekommen werden.

Ich glaube aber, es gibt noch eine Chance: Es wird in diesen Tagen die Abschlussrunde dieser High-Level-Group von van Miert tagen, nämlich am Freitag. Es wird die Europäische Investitionsbank mit dabei sein. Wissen Sie, was die Europäische Investitionsbank sagt? Wir haben zwar gemeinsam im Gesundheitswesen Finanzierungen in der Steiermark gemacht, aber es gibt zum Verkehr überhaupt nicht einmal eine Anfrage, nicht einmal eine Diskussion darüber, ob wichtige Verkehrsprojekte für uns über die Europäische Investitionsbank finanziert werden können. Es war eine Reihe von Freunden bei der Europäischen Investitionsbank mit und haben mithören können, und zwar über den Parteikreis von uns hinaus. Wir haben jetzt folgende Chance, meine Damen und Herren. Es wird eine informelle Ministerrunde in der Europäischen Union am 4./5. Juli geben, wo diese transeuropäische Prioritätenliste vorgelegt wird. Es wird am 7. sich der Ministerrat damit befassen und wird das dem Europäischen Verkehrsausschuss und der Kommission zuweisen. Uns hat man gesagt, dass die Kommission voraussichtlich im Oktober kommenden Jahres Beschlüsse befassen wird und dem Europäischen Parlament zur Beschlussfassung vorlegen wird. Ich meine, nachdem es nächstes Jahr im Mai oder Juni Europawahlen geben wird, dass vor Ende 2004 oder Anfang 2005 es den Beschluss dieser Prioritätenliste mit der nötigen Finanzierung nicht geben wird. Wenn die Experten bisher getagt haben, dann sollten wir jetzt den politischen Teil nützen und aktiver in dieser Frage vorgehen. Vielleicht können wir noch etwas umdrehen. Meine Damen und Herren! Ich habe die Papiere über diese Gespräche, die wir geführt haben, auch zum Beispiel der Wirtschaftskammer übermittelt. Es dankt mir Herr Präsident mehrfach für diese großartigen Initiativen. Er meint auch, dass wir dabei initiativer sein müssten – das steht hier wörtlich geschrieben. Die Wirtschaftskammer – so denke ich – ist nicht unbedingt SPÖ-nahe. Es dankt die Industriellenvereinigung von Wien bis Graz für diese Initiativen. Es freut sich auch Herr Schenz. Aus dem Schreiben geht hervor, dass sie den Schenz zurückgepfiffen haben. Es wurde eine eigene Pressekonferenz gemacht, wo er das korrigiert hat, als er meinte, er begrüße die Umfahrung der Steiermark. Das wurde in der Industriellenvereinigung korrigiert und sie hat reagiert. Ich wünsche mir, Frau Landeshauptmann, dass wir auch reagieren. Auch Sie haben mir für die Initiative in einem Schreiben gedankt. Ich habe aber nichts davon, denn die Mächtigen sitzen da oben, und das seid ihr. Von euch erwarten wir, dass ihr als zuständige Regierungsmitglieder diese Dinge durchsetzt, und nicht sagt, wir können hier verlangen, was wir wollen. Für die ÖVP-Abgeordneten und für die FPÖ ist es sogar lästig, wenn wir über das immer wieder reden. Wir werden nicht aufhören darüber zu reden, weil wir glauben, wo es keinen Verkehr gibt, gibt es auch keine Wirtschaft, gibt es keine Arbeitsplätze und die Jugend wird absiedeln. Das haben wir zu verhindern, meine Damen und Herren, mit einer aktiven Infrastrukturpolitik. Alles andere ist nicht zu gebrauchen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir wissen, dass diese prioritären Projekte bis 2020 fertig sein müssen und sollen. Da werden vielleicht schon unsere Enkelkinder oder Kinder da sitzen oder nicht. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Aber du bist noch da!“) Ich werde noch da sitzen. Du hast Recht, weil ich bin ja noch jung. Auf alle Fälle wissen wir, wie weit wir dann weg sind von dem Erreichen unserer Ziele. Ich darf daher an Sie, Frau Landeshauptmann, eine Dringliche Anfrage der SPÖ-Abgeordneten betreffend der Revision der Transeuropäischen Netze, deren Folgewirkungen auf die Steiermark und die künftigen Konsequenzen daraus, richten.

Erstens: Wann haben Sie als Landeshauptmann und Mitglied des Ausschusses der Regionen erstmals Kenntnis davon erlangt, dass die Europäische Union eine Revision der Transeuropäischen Netze vornimmt?

Zweitens: Was haben Sie wann unternommen, um in diesem Zusammenhang die Interessen der Steiermark zu vertreten? Was waren Ihre Forderungen und inwiefern waren Sie erfolgreich?

Drittens: Haben Sie Einfluss darauf genommen, welche Projekte Österreich als prioritäre Projekte an die von Karel van Miert geführte High-Level-Group gemeldet hat? Wenn ja, welche Bemühungen haben Sie konkret wann und bei wem gesetzt?

Viertens: Wann haben Sie erfahren, dass von Österreich als eines der drei eingereichten Projekte die Achse „Warschau–Prag–Wien–Adria“ genannt wurde und damit eine unpräzise und für die Steiermark „umfahrungsgefährdende“ Beschreibung verwendet wurde?

Fünftens: Was haben Sie unternommen, um im Interesse der Steiermark eine präzise Trassenbeschreibung der Achse „Wien–Adria“ durch die Steiermark durchzusetzen?

Sechstens: Glauben Sie, dass seitens Österreichs diese Formulierung bewusst so gewählt worden sein könnte, um die Umfahrung der Steiermark zu ermöglichen und um dem Wunsch Ihres Parteikollegen Landeshauptmann Pröll sowie der Lobby des Zentralraums Wien zu entsprechen (der Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreichs, Richard Schenz, hat sich in einer Presseaussendung öffentlich für die Umfahrung der Steiermark ausgesprochen)? Haben Sie sich dagegen gewehrt? Wenn ja, was haben Sie unternommen?

Siebtens: Sind Sie bereit noch alles zu unternehmen, um auf den Vorschlag der High-Level-Group, der am 20. Juni präsentiert werden soll, so Einfluss zu nehmen, dass eine Trassenführung der Pontebbana über die Steiermark in einer hohen Prioritätsstufe aufscheint? Werden Sie für den Fall, dass diese Trassenführung nicht enthalten sein sollte, den Zeitpunkt der Präsentation so beeinflussen, dass dieses für die steirischen Interessen unverzichtbare Projekt noch in die Prioritätenliste der High-Level-Group eingebaut werden kann? Wenn ja, was gedenken Sie zu tun?

Achtens: Welche Konsequenzen werden Sie ziehen, wenn diese Interessen der Steiermark bei der Festlegung der neuen Prioritäten für die zukünftige europäische Infrastruktur wieder nicht berücksichtigt werden?

Neuntens: Sind Sie für diesen Fall vorbereitet, sich im bevorstehenden politischen Entscheidungsprozess über diese neue Leitlinie für eine Aufnahme der Pontebbana auf einer Trasse durch die Steiermark einzusetzen? Wenn ja, was gedenken Sie zu tun?

Zehntens: Sind Sie bereit, in Zukunft persönlich für die Infrastruktur-Interessen der Steiermark Lobbying bei der österreichischen Bundesregierung und bei den EU-Institutionen zu betreiben?

Elfens: Sind Sie bereit, dem Steiermärkischen Landtag schriftlich über alle Ihre bisherigen und zukünftigen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Revision der Transeuropäischen Netze zu berichten? Wenn ja, bis wann kann mit einem ersten Bericht gerechnet werden?

Zwölftens: Sind Sie bereit, Ihren Stellvertreter und Verkehrsreferenten zu beauftragen, bei der Bundesregierung und bei der EU für die Interessen der Steiermark im Zusammenhang mit der Revision der Transeuropäischen Netze aktiv zu werden?

13.: Wie stellen Sie sich die verkehrs- und damit wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Zukunft der Steiermark vor, wenn alle Bemühungen auf Grund anhaltender ÖVP-interner Uneinigkeiten und mangelnder Durchsetzungsfähigkeit scheitern sollten und die steirischen Interessen wieder einmal keine Beachtung finden?

14.: Werden Sie für diesen Fall bereit sein, unmissverständlich vom Bund als Ausgleich für die Vernachlässigung der Steiermark eine Infrastrukturoffensive zu verlangen und diese auch durchsetzen? Wenn ja, was werden Sie tun?

15.: Sind Sie bereit, sich persönlich in Verhandlungen mit der Bundesregierung dafür einzusetzen, den die Interessen der Steiermark vernachlässigenden Generalverkehrsplan so zu ändern, dass die Südbahn (Pontebbana), die Schienenachse Pyhrn–Schober sowie die Ostbahn vorgereicht werden? Wenn ja, was werden Sie tun? Glauben Sie, dass Sie sich durchsetzen werden?

Gleichzeitig stellen die unterfertigten Abgeordneten nach Paragraph 68 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages den Antrag, über die Dringliche Anfrage die Wechselrede zu eröffnen.

Ich darf mich entschuldigen, dass ich durch die lange Fragestellung einige Minuten überzogen habe. Ich hoffe, der Hohe Landtag, der Präsident und die Regierungsmitglieder haben dafür Verständnis. (Beifall bei der SPÖ. – 15.23 Uhr.)

Präsident: Herr Klubobmann, es war eine geringfügige Überziehung, die im Bereich der Toleranzgrenze liegt.

Ich erteilt Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Frau Landeshauptmann, bitte.

Landeshauptmann Klasnic (15.23 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf wie folgt antworten:

Zu den Fragen eins bis drei, 14 und 15: Natürlich bin ich als Landeshauptmann über die verkehrspolitischen und infrastrukturellen Planungen und Maßnahmen informiert. Jeder Verkehrsreferent wird und wurde von mir in seinen Bemühungen, das Beste für unser Land zu realisieren, unterstützt. Der Ausschuss der Regionen als Gremium der Europäischen Union ist jedoch in die entsprechenden Prozesse in dieser Form nicht eingebunden. Die von Ihnen, Herr Klubobmann, angesprochene High-Level-Group ist von der EU-Kommission eingesetzt und damit beauftragt worden, die Prioritäten der Transeuropäischen Netze (TEN) zu überarbeiten und somit einen „europaweiten Generalverkehrsplan“ zu erstellen.

Ich habe mich schon als Wirtschafts-, Verkehrsreferentin und auch als Landeshauptmann immer für die Interessen der Steiermark und damit auch für den Ausbau der Neuen Südbahn bei mehreren Verkehrsministern, darunter auch bei jenen aus Ihrer Fraktion – ich nenne die Namen Lacina, Streicher, Klima, Scholten, Einem – eingesetzt und es dann auch weiter fortgeführt beim Kollegen Schmid, bei der Frau Forstinger, Herrn Reichold bis jetzt zu Minister Gorbach und möchte in diesem Zusammenhang sagen, sie verlangen ein aktives Infrastrukturprojekt. Ich habe in meiner Zeit als Verkehrsreferentin ein aktives Infrastrukturprojekt vorbereitet, es wurde

umgesetzt dann im Jahr 2000 und der Verkehrsreferent und Sie alle sind herzlich eingeladen, beim größten Infrastrukturprojekt der Steiermark, nämlich bei der Eröffnung Cargo-Terminal in Kalsdorf nächste Woche, dabei zu sein. Das heißt, das haben wir zusammengebracht. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich erinnere mich, mir fallen einzelne Minister ein, die den Spaten aus dem Kofferraum nie ausgeräumt haben.

In diesem Zusammenhang darf ich auch noch auf das abgeschlossene Abkommen mit der Region Friaul – Julisch-Venetien verweisen, in dem der Ausbau der Südbahnstrecke – und das ist immer unsere Neue Südbahnstrecke, die da gemeint ist – als vorrangig hervorgehoben wird.

Weiters wurde gerade vom amtierenden Infrastrukturminister Gorbach anlässlich der Eröffnung der Grazer Messe der hohe Stellenwert des Ausbaus des Semmeringbasistunnels betont.

Ansprechpartner der Europäischen Union ist in erster Linie die Bundesregierung, die die österreichischen Verkehrs- und Infrastrukturinteressen bei der Europäischen Kommission vertritt, und der zuständige Minister weiß um die Anliegen der Steiermark.

Zu den Fragen vier, fünf, sechs und sieben: Wie Sie sicher wissen, sind die Ergebnisse des „österreichischen Generalverkehrsplanes“ die Grundlage für eingereichte österreichische Projekte in die Van-Miert-Gruppe. Der Generalverkehrsplan wurde im Jänner 2002 der Öffentlichkeit präsentiert, auch nachgerüstet – schon am Tag der Vorstellung haben wir uns als Steiermark eingebracht, der zuständige Verkehrsreferent und ich waren dabei und haben einiges noch ändern können – und drei prioritäre Achsen vorgestellt: Donau, Brenner und die Südachse. Österreich hat daher auch im Rahmen der Van-Miert-Gruppe diese drei Projekte mit Ausbaupriorität eingereicht. Bei der Erstellung des Generalverkehrsplanes war die Steiermark durch die zuständigen Abteilungen beziehungsweise auch Fachabteilungen vertreten. Konkrete Beschreibungen für die Verbindungen Wien–Graz–Klagenfurt und Wien–Graz–Spielfeld sind im Generalverkehrsplan enthalten.

Die von Ihnen gewählte Bezeichnung „umfahrungsgefährdende Beschreibung“ ist daher nicht zutreffend.

Unbestritten ist die „Südbahnlösung“ die beste Lösung für den Südosten Österreichs. Dafür bin ich immer eingetreten und dafür werden wir auch in Zukunft eintreten, was für eine von Ihnen angesprochene Lobby des Zentralraums Wien leider nicht immer zutrifft. Wir wissen beide, was das heißt. Aber wenn Sie den Landeshauptmann von Niederösterreich ansprechen, dann fallen mir auch die Aussagen der Landeshauptleute, nämlich vom Kollegen Häupl von Wien und auch vom Kollegen Niessl, ein. (Abg. Schrittwieser: „Ich habe gesagt, meine gehören auch dazu!“)

Ja, ja, einer schwarz, einer rußig, sie sind alle gleich, um beim Thema zu bleiben. Nein, sozialdemokratisch, Entschuldigung. (Abg. Schrittwieser: „Der Häupl verhindert, das wissen wir. Da gibt es einen einstimmigen Beschluss!“)

Ich habe gelesen die Aussendung des Jahres 1997, der Kollege Straßberger wird es selber vortragen, ich nehme ihm nichts weg. Ich habe heute den Artikel wieder in der Hand gehabt.

Das heißt, wir müssen wissen, dass es auch hier Aussagen in Massen gibt, die nicht unbedingt dem Süden Österreichs dienen. Jeder schaut auf sein Land. Wir wollen auf unser Land auch schauen.

Zu den Fragen acht bis zwölf: In der Landesregierung und im Landtag wurden die Neue Südbahn, betreffend zahlreiche, auch einstimmige Beschlüsse gefasst. Ich denke daran, dass es uns gelungen ist, alle Bürgermeister des Landes oder auch mit ihrer Unterschriftenaktion aktiv zu werden. Und für die Umsetzung setzen wir uns und wollen wir uns alle einsetzen – die Kollegen in der Regierung, die Mitglieder des Landtages –, und das schaffen wir auch nur in der Zusammenarbeit.

Rechtsstaatliche Verfahren sind leider jedoch abzuwarten, da bei Höchstgerichten anhängige Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem Semmeringbasistunnel noch nicht endgültig geklärt sind. Das gebietet der Rechtsstaat und ist leider Voraussetzung, aber auch zu akzeptieren, für die Weiterführung dieses bedeutenden Projektes. Gleichzeitig habe ich auch im Juli 2001 der damaligen Verkehrsministerin zusätzlich noch eine Vorgabe gemacht, indem ich gemeint habe, es muss die Planung so ausgestattet sein, dass auch die EU-Sicherheitsrichtlinien für diesen Tunnel eingehalten werden.

Für den steirischen Abschnitt der Koralmbahn sind im Paket null des Generalverkehrsplanes mit einem Verwirklichungszeitraum bis 2011 Gesamtkosten in der Größenordnung von nahezu 250 Millionen Euro vorgesehen.

Wenn Sie den zuständigen Verkehrsreferenten in Ihrer Anfrage an mich ansprechen, so wird dieser im Rahmen seiner Beantwortung der Dringlichen Anfrage der Fraktion der Grünen zum selben Thema sicher Stellung nehmen.

Jedes Regierungsmitglied ist in seinen Bereichen besonders bemüht, das Bestmögliche für unser Land zu erreichen.

Gerade in so wichtigen Fragen gibt es eine gute Tradition der Zusammenarbeit innerhalb der Steiermärkischen Landesregierung, wo in einem konstruktiven Miteinander wichtige Maßnahmen getroffen werden.

Zur Frage 13: Sie fragen mich, wie ich mir die Zukunft der Steiermark vorstelle. Ich darf Ihnen versichern, dass mir und mit mir den Mitgliedern der Landesregierung die Zukunft unseres Landes sehr am Herzen liegt. Zahlreiche Aktivitäten der Landesregierung, aber auch des Landtages, wie die Investitionen in die Bereiche der Infrastruktur, der Thermen, des Auto- und Holzclusters, des Zukunftsfonds, der Kulturhauptstadt, um nur einiges zu nennen, oder auch der Spitalsbau, um darüber zu reden, ob die Europäische Zentralbank eingebunden ist, zeigen, dass es eine gute Zusammenarbeit gibt. Ich möchte mich vor allem bei den Damen und Herren des Land-

tages auch für die ständige Unterstützung bedanken. Getrennte Wege würden es uns nicht erleichtern. Wir können nur gemeinsam die Fragen der Zukunft lösen. In diesem Sinne sage ich: Fragen zu stellen ist wichtig. Antworten müssen und werden erarbeitet. Ich sage aber für uns als Steiermark: Wir dürfen den Weg nicht verlassen, wir dürfen den Mut nicht verlieren und wir dürfen das Ziel, die beste Infrastruktur für unser Land zu erhalten, nicht vergessen. (Beifall bei der ÖVP. – 15.31 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der Grünen und der SPÖ an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel, betreffend Transeuropäische Netze. Ich erteile Herrn Abgeordneten Hagenauer das Wort zur Begründung. Auch für Sie, Herr Abgeordneter, gilt die begrenzte Redezeit von 20 Minuten. Ich ersuche Sie, diese einzuhalten.

Abg. Hagenauer (15.32 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, geschätzte Mitglieder der Landesregierung!

Am Freitag wird in Brüssel über 20 vorrangige Infrastrukturprojekte entschieden. Es handelt sich gewissermaßen um den europäischen Gesamtverkehrsplan. In diesen Projekten finden wir eine ähnliche Gliederung, wie wir sie im österreichischen Gesamtverkehrsplan auch haben: in Bau befindliche, dann mittelfristig umsetzbare und andere. Unter diesen anderen findet sich auch, wie im Österreichischen, die Steiermark, nämlich die Strecke Marburg, der Anschluss von Graz nach Maribor und hinunter zum Korridor V, der von Mailand nach Budapest verlaufen wird. Dieses Projekt, das sage ich gleich vorweg, weil es mir symbolisch erscheint, ist zwar aufgeführt, aber zahlen dürfen wir es uns selber. Jetzt zu den einzelnen Punkten, womit ich unsere Dringliche Anfrage begründen möchte: Erstens: Ist das ein ernstes Thema oder nicht? Ist das eine Dringliche Anfrage oder nicht? Wird hier verwirrt oder herrscht hier Verwirrung, wie Kollege Majcen das formuliert hat? Ich möchte Ihnen in dem Zusammenhang ein kurzes Zitat bringen: „Unbestritten ist, dass die Präsenz der Steiermark in Wien und das landesspezifische Lobbying viele Jahre alles andere als glücklich war. Da haben wir viel vor der eigenen Tür zu kehren. Andererseits ist es für den informierten Beobachter frappant, wie arrogant Probleme der Steiermark ignoriert werden!“ Dieses Zitat stammt nicht von den Grünen, das stammt auch nicht von jemand sonst Verwirrtem, sondern das stammt von der Industriellenvereinigung. Ich möchte dem nichts hinzufügen. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Wolf von Magna Steyr hat ebenfalls vor wenigen Tagen laut und deutlich in der Öffentlichkeit, und so wie er viele andere Leute aus der Wirtschaft, mit zunehmender Verzweiflung darauf hingewiesen, dass die Steiermark ein echtes Problem bekommt, ein Standortproblem, das schon allein aus dem Grund sehr ernst zu nehmen ist, weil heute in der europäischen Transportwirtschaft übliche so genannte Ganzzüge, das sind Züge, die von einem Werk oder von einem Terminal, Ziel-, Quellverkehr, als ganze Züge geführt werden und das pünktlich, just in time, und kostengünstig, dass diese Züge, die heute eine Voraussetzung für eine moderne Transportwirtschaft sind und auch, wie immer man dazu steht, heutige Just-in-time-Produktion, von und nach der Steiermark nicht geführt werden können. Ich sage das auch an der Stelle ganz bewusst, weil die Frau Landeshauptfrau das Cargo Center angesprochen hat. Es mag schon sein, dass die Blasmusik dort spielt jetzt am 26. Ich bin mir sogar ganz sicher. Dort werden tolle Reden gehalten und es wird ein tolles Büfett geben – keine Frage. Es wird Jubel, Trubel, Milowitsch ausgerufen werden. Der Betreiber dieses Cargo Centers, Herr Glanz, hat bei einer Tagung, wo ich auch dabei war, vor nicht einmal zwei Wochen auch darauf hingewiesen, dass er ein großes Problem hat, nämlich eben genau diese Ganzzüge, für die das Cargo Center eigentlich gebaut wurde, nicht entsprechend führen zu können. Er kommt nicht nur mit seinen Zügen Richtung Norden. Er kommt nicht weg. Er hat 20 Prozent Mehrkosten auf Grund der fehlenden Infrastruktur und er sagt zu Recht, 20 Prozent, das ist zu viel. Was macht man denn dann mit dem ganzen schönen Cargo Center? Was machen wir vor allem in einer Situation, das fragt sich die steirische Wirtschaft zu Recht, wenn jetzt am 1. Jänner 2004 die Lkw-Maut eingeführt wird und wie sollen wir denn jetzt reagieren? Wir würden ja gerne auf die Schiene, aber wir können nicht. Jetzt sind das alles aber keine Dinge, die über Nacht über uns hereingebrochen sind. Das ist ja das Phänomen.

Deswegen komme ich zum nächsten Punkt. Wenn hier auch schon heute Vormittag Kollege Majcen sagt, die Frau Landeshauptfrau – sie selbst hat es uns auch gerade erklärt – wird sich weiterhin in gewohnter Weise für die Steiermark einsetzen, dann frage ich mich, ist das ein Versprechen oder eine Drohung? Ich muss es auf Grund der bisherigen Entwicklung als Drohung ansehen. Das kann man nicht anders verstehen. Was haben wir denn erreicht? Dieses aktive Infrastrukturpaket kann ich anerkennen beim Autobahnbau. Die Steiermark ist die Region in Europa mit der größten Autobahndichte. Wir haben innerhalb von 100 Kilometern drei vierspurige Hochleistungsstraßen durch das Murtal, die Südautobahn und unten demnächst fertig zwischen Laibach, Maribor und Budapest – drei Stück. Dazwischen ein einziges kleines Bundesland. Das war es dann. Auf der Schiene haben wir gar nichts. Da haben wir 50 Kilometerstrecken, wo man nicht einmal heute – europäische Norm – bestehende Züge durchbringt. So schaut es aus mit unserem tollen Infrastrukturpaket.

Das Nächste, worauf wir jetzt hinweisen müssen, ist, dass viel zu viel gesprochen wird vom Wettbewerb der Regionen. Herr Landesrat Paierl spricht von den Top zehn, unter die er kommen will, unter die ersten zehn Regionen der Europäischen Union. Wie denn? Wenn Sie uns schon gesagt haben bei unserem damaligen Platz 56, ihr habt ein großes Problem, das ist die Verkehrsinfrastruktur und dort wieder die Schiene. Wir haben ja gar keine Chance. Wieso reden wir denn von diesem und jenem und nicht von dem Punkt, wo wir genau, wenn wir das ernst nehmen, unseren größten Engpass haben? Um bei Herrn Landesrat Paierl zu bleiben: Er spricht davon, wenn die Arbeitsmarktzahlen sich verschlechtern in Zeiten wie diesen, dass die Steiermark Konjunkturnehmer ist. Wir sind nicht nur Nehmer. Wir müssen uns nicht passiv verhalten und das erdulden und ertragen, was auf

uns zukommt, sondern wir haben einen Gestaltungsspielraum. Wir haben Möglichkeiten, unseren Standort zu verbessern oder wenigstens nicht zu verschlechtern und dazu gehört zuerst einmal eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur beziehungsweise die Schiene. Heute erreicht man in ganz Europa in zwei Stunden Zugsentfernung Millionen und dutzende Millionen von Arbeitsplätzen von bestimmten Städten aus, egal ob das jetzt Mannheim ist, ob das Frankfurt ist, ob das Stuttgart ist oder ob das Basel ist, dutzende von Millionen, wenn Sie sich die modernen Verbindungen anschauen und die Reisezeiten. In einer Tagesrandverbindung fahren die Leute heute von Paris nach Brüssel.

Wenn sie in Brüssel arbeiten, bleiben sie in Paris wohnen. Das kann sich bei uns gar niemand vorstellen, was das bedeutet, aber auch für die Arbeitsplätze, für die Chance eines Betriebes in der Region, der kann mit einem Kunden verhandeln in einem sehr großen Einzugsbereich, der kann Kunden betreuen in einem riesigen Einzugsbereich. In der Zeit kommen wir nach Sankt Veit an der Glan. (Beifall bei den Grünen.)

Uns hat man jetzt vor kurzem angeboten eine Tagesrandverbindung, eine neue, Fahrzeit 6,5 Stunden von Graz nach Koper. Was heißt denn das? Wenn ich mich in der Früh in den Zug setze, gehe ich dort über den Bahnsteig und fahre dann wieder zurück. Das ist die Tagesrandverbindung, die man den Grazern anbietet.

Oder Graz–Budapest, ebenfalls 6 Stunden, Reisezeit 50 Stundenkilometer. Das ist ein Zustand, wie er – ich sage damit nichts Neues – in der Monarchie schon wesentlich besser war.

Zum nächsten Punkt, wenn gesagt wird und jetzt so getan wird, und da muss man ja leider Gottes Böses erwarten, es ist eh noch nichts entschieden. Das ist die alte Masche, wenn Ihnen inhaltlich nichts einfällt und Sie keine Perspektiven präsentieren können, dann setzt man auf die andere Masche, na ja, es ist eh noch nichts entschieden, um den Leuten Trost zu spenden und sie zu verträsten und die Sache hinauszuzögern.

Natürlich ist etwas entschieden. Ich erinnere mich an eine Ausschusssitzung, vor kurzem stattgefunden, Herr Kollege Strassberger, da haben wir davon geredet, dass der österreichische Generalsverkehrsplan nicht aufgemacht werden soll. Und der europäische schon? Das ist so viel einfacher? Sie stellen sich heute her und sagen, tuts euch nicht aufregen, das werden wir schon noch irgendwie hinkriegen. Glauben Sie wirklich, dass der Herr van Miert nichts Besseres zu tun hat, als sich das anzutun und den europäischen Generalverkehrsplan aufzuknüpfen, weil da wer aufzeigt?

Es ist richtig, dass die Frau Landeshauptfrau dann und wann in Brüssel weilt. Das wird uns auch immer gnädigst mitgeteilt über die Medien, und wir freuen uns immer, wenn wir das hören und lesen. Nur, die Frage ist trotzdem berechtigt.

Unter all diesen Terminen, Frau Landeshauptfrau, wenn es auch richtig ist, dass der Ausschuss der Regionen nicht der ist, der dieses konkrete Verkehrskonzept zu behandeln und zu beschließen hatte, auch wenn das richtig ist, bei all diesen Terminen wird sich doch einmal bei einer kleinen Tasse Kaffee die Möglichkeit ergeben, über das, was die Steiermark nun einmal elementar betrifft, auch ein paar Worte zu plauschen mit den zuständigen Herrschaften. Das hätte sich einrichten lassen, vermute ich einmal.

Und jetzt komme ich zum Stellvertreter unserer Frau Landeshauptfrau. Herr Landeshauptfraustellvertreter, Sie haben vor kurzem – wohl in Ahnung dessen, was sich jetzt anbahnt – eine Presseaussendung gemacht, die dann in der APA wiedergegeben wurde. Sie haben scheinbar, vermute ich einmal, es geahnt, dass hier einiges daneben geht und versucht, dagegen zu argumentieren.

Damit klar wird, wie, in welchem intensiven Ausmaß der Herr Landeshauptfraustellvertreter sich mit der Materie auseinandersetzt, möchte ich auf ein paar Punkte kurz eingehen. Es ist da drinnen die Rede von 15 Projekten, das ist falsch, es sind 20. Es ist da drinnen die Rede von 5 Prozent Förderung, das ist falsch, es sind 20 Prozent. Es ist da drinnen die Rede, dass Ungarn und Slowenien kein Geld mehr hätten für den Bahnausbau, weil sie so viel für die Straße ausgegeben hätten. Das ist ebenfalls falsch. Die Italiener haben jetzt ausdrücklich erklärt, dass sie die nächste Periode, in der sie den Vorsitz haben, dazu nutzen werden, um genau diesen Korridor V, der von Mailand über Laibach südlich der Steiermark vorbeiführt nach Budapest, besonders zu forcieren. Es ist weiters so, dass von Zalalövö, das ist die ungarische Bahnstation vis-a-vis von Murska Sobota, der Ausbau Richtung Plattensee bereits ausfinanziert ist. Es ist weiters zu beachten, dass ja von steirischer Sicht das weniger interessant ist, wie man im Inneren Ungarn weiterkommt, sondern es ist eines zu beachten, und auch das ist jetzt erst kürzlich auf einer Tagung in Eisenstadt einmal mehr herausgestrichen worden, die Bahnverbindung von Wien über Sopron–Szombathely Richtung Murska Sobota und weiter an die Adria ist im Ausbau begriffen, und zwar voll. Auf ungarischem Territorium will man diese Bahnstrecke auf 160 bis 200 Kilometer ausbauen, und das bis 2010. Jetzt rechnen Sie einmal zurück, die Zeitpläne, die wir haben für den Semmering-Basistunnel und für die Koralmbahn und dann wissen Sie, wie ernst die Lage ist. Man will von Wien nach Szombathely in einer Stunde zehn Minuten fahren. Wissen Sie, was das bedeutet? Dass man in zwei Stunden in Marburg ist. Während Sie von Wien gerade am Semmering oben sind mit den jetzigen Verbindungen, ist man dann schon in Szombathely. Und bis man dann über dem Semmering in Bruck ist, ist man mit den künftigen Verbindungen in Marburg. Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Gar nichts! Weil wer fährt denn dann noch nach Graz? Da werden dann alle Schnellzüge von Wien nach Zabreb, nach Laibach, nach Mailand an uns vorbeifahren und uns wird man erklären, wenn man wieder einmal ein paar Züge einstellt, es tut uns Leid, es ist kein Bedarf. Das wird leider richtig sein!

Damit komme ich zu meinen Fragen. Herr Landeshauptfraustellvertreter, die Grünen stellen folgende Dringliche Anfrage:

Erstens: Wann haben Sie erstmals Kenntnis von der Revision der Transeuropäischen Netze erlangt? Ich stelle diese Frage, weil ich sie beim Österreichischen Generalverkehrsplan auch schon gestellt habe und auch damals den Eindruck hatte, dass das mit mehrmonatiger Verspätung erfolgt ist.

Zweitens: Wann haben Sie welche Schritte bei der Europäischen Kommission und beim zuständigen Bundesminister gesetzt, um die Interessen der Steiermark in diesem Prozess entsprechend zu verankern?

Drittens: Wenn Sie keine entsprechenden Schritte gesetzt haben, aus welchem Grund haben Sie diese unterlassen?

Viertens: Teilen Sie unsere Auffassung, dass durch die aktuelle Entwicklung die Steiermark im Vergleich zu anderen Regionen weiter benachteiligt wird? Wenn nein, warum nicht?

Fünftens: Welche Konsequenzen werden Sie ziehen, wenn die prioritären Europäischen Netze in der vorliegenden Fassung beschlossen werden? Es soll heißen, wenn die Pontebbana nicht vertreten sein wird, was sich abzeichnet.

Sechstens: Ergibt sich für Sie das Erfordernis, andere Verbindungen, wie insbesondere die Pyhrnbahn, die Verbindung Graz–Sankt Gotthard vorrangig auszubauen und dazu auch den Generalverkehrsplan zu ändern?

Zum Abschluss noch eine Anmerkung zum Thema Zukunftsregion und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, sei es über die Koralm, wenn Sie wissen, wen ich meine, oder sei es darüber hinaus in die große weite Welt, zum Beispiel bis nach Udine.

Es muss an der Stelle festgehalten werden, weil auch das von der Frau Landeshauptfrau betont wurde, die gute Zusammenarbeit einmal mehr. Was ist denn das wert? Was ist denn diese gute Zusammenarbeit wert? Worüber ist denn gesprochen worden bei all diesen Zukunftsregionssitzungen und -gesprächen, worüber, wenn jetzt ausgerechnet Italien die Pontebbana verhindert hat – es war vor allem der italienische Einspruch –, das frage ich mich.

Ich werde sicher eine ausführliche fundierte Antwort darauf erhalten und danke in diesem Sinne für die ungeteilte Aufmerksamkeit. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 15.49 Uhr.)

Präsident: Nun erteile ich Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage.

Herr Landeshauptmannstellvertreter, bitte.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel (15.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Abgeordneter Hagenauer, Hohes Haus, Herr Präsident!

Danke für die Worterteilung.

Ich bedanke mich für diese Dringliche Anfrage, gibt sie doch die Möglichkeit zum wiederholten Male, mit gewissen Fehleinschätzungen und Fehlinterpretationen und mit Halbwahrheiten, die so auch womöglich politisch strategisch in den Raum gestellt werden, ein bisschen aufzuräumen und Klarheit hineinzubringen in die Verkehrspolitik.

Herr Kollege Hagenauer, ich gebe Ihnen ja in vielen Punkten Recht. Sie haben sich in weiten Bereichen in einer historischen Betrachtung über die Versäumnisse der Vergangenheit ergangen. Ich gebe Ihnen Recht, es ist in der Vergangenheit sehr vieles versäumt worden, aber darum sind wir ja auf der Überholspur in der Steiermark. Ich könnte es mir leicht machen, ich könnte auch die Namen der sozialdemokratischen Verkehrsminister und anderer Referenten zitieren, tue ich gar nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber wir sind deswegen gerade mit der jetzigen Regierung auf der Überholspur. Eine Fülle der Projekte wurde in Angriff genommen und es wurde im Bereich der Infrastruktur seit vielen, vielen Jahren, um nicht zu sagen Jahrzehnten, nicht so viel gebaut wie derzeit, meine sehr verehrten Damen und Herren und eigentlich wäre das einen Applaus auch von der grünen Seite wert, Herr Abgeordneter Hagenauer. Ich nehme Ihnen ja auch ab und ich glaube Ihnen, Herr Abgeordneter Hagenauer, dass Sie wirklich – (Abg. Gennaro: „Ich möchte nur wissen, was stimmt oder was nicht stimmt!“) Kommt, kommt, Geduld. Ich weiß, es drängt die Zeit, es ist schönes Wetter, aber ich habe die Dringliche Anfrage auch nicht eingebracht und darum müssen wir uns schon die Zeit nehmen, uns damit zu beschäftigen. Herr Kollege Hagenauer, ich glaube Ihnen ja, dass Sie gerne Infrastrukturprojekte umsetzen und bauen würden, aber die Grünen als Gesamtheit haben eben eine sehr ambivalente Haltung infrastrukturellen Verkehrsprojekten gegenüber. Der eine fordert sie und der andere bindet sich dann an einen Baum, wenn wir bauen wollen. Das geht eben nicht. Wir werden uns bemühen das umzusetzen. Das ist ein Pingpongspiel, das ist strategisch gemacht. Wenn ich noch zwei Anmerkungen zur so genannten Ganzzugstauglichkeit, die Sie zu Recht monieren, machen darf, dann ist das in erster Linie ein Problem, das auf oberösterreichischer Landesseite ist und wo daran gearbeitet wird, dass es behoben wird. Wenn Sie den Bahnhofsausbau im Bereich des Pyhrnkorridors in der Steiermark ansprechen wollen, wir sind überzeugt und arbeiten daran, dass dieser Ausbau in der nächsten ÖBB-Übertragungsverordnung enthalten sein wird. Auch hier wird ein schönes Stück weitergehen.

Frau Landeshauptmann hat den Terminal Werndorf schon angesprochen. Ich bitte Sie wirklich, den 26. dieses Monats ganz dick blau in Ihrem Kalender anzustreichen. Da kommt der Herr Bundesminister, wir werden die Freude haben, auch die Semmeringquerung, die Umfahrung Spital eröffnen zu können, den Terminal Werndorf eröffnen zu können, mit Blasmusik, Herr Hagenauer. Mit Blasmusik, ich hoffe, Sie haben nichts dagegen. Ich freue mich als zuständiger Blasmusikreferent, dass die Blasmusik einmal mehr die Gelegenheit haben wird, wirklich umfassend aufzutreten und wirklich auch Ihr Können darzubieten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Klubobmann Schrittwieser hat vielleicht auf Grund eines Tipps von Prof. Novotny, der derzeit in der EU-Investitionsbank tätig ist, der immerhin inzwischen wieder in einer Personaldebatte namentlich angeführt wird für eine hohe Position in Österreich – vielleicht gefällt es ihm in der EU nicht mehr so gut – auf die Investitionsbank hingewiesen. Das Problem ist nur, die Konditionen der Europäischen Investitionsbank sind derzeit leider nicht die besten und das ist der Grund, warum viele Projekte in Zusammenarbeit mit der EU-Investitionsbank leider nicht finanzierbar sind. Weil wenn die Konditionen, die die Banken anbieten, nicht gar so gut sind, dann kann man sie nicht in Anspruch nehmen, wenn man verantwortlicher Politiker ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es laufen doch seit einigen Wochen Medienberichte über diese Prioritätenliste, die der ehemalige Kommissar und jetzt Beauftragte oder Sonderbeauftragte oder in welcher Funktion immer Herr Karel van Miert überhaupt agiert, zu erstellen hat. Darüber wird diskutiert und da finden sich natürlich Aussagen, als wenn die Welt zusammenbrechen würde, wenn diese TEN-Netze eine Veränderung erfahren würden beziehungsweise die Prioritäten. Das ist ja schon der erste Irrtum. Meine Damen und Herren, Sie dürfen ja nicht vermischen, die TEN-Netze bleiben unverändert. Am Netz ändert sich gar nichts. Es wird innerhalb der Netze versucht durch diese Arbeitsgruppe zu einer Prioritätenliste zu kommen, die übrigens 2005 fixiert werden und für etwa sieben Jahre Gültigkeit haben soll. Das wird noch sehr spannend. Die Katastrophen werden sicherlich nicht eintreten. Diese Arbeitsgruppe versucht jetzt, diese Projekte zu reihen, seien es 15, seien es 20. Aber Herr Kollege Hagenauer, Sie werden mir Recht geben, die gesamte europäische Verkehrsinfrastruktur ist nicht auf 15 oder 20 Projekte herunterzuberechnen. Das Thema ist viel komplexer und es haben 27 Staaten Projekte eingebracht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und mir tut Herr van Miert direkt Leid, wenn er jetzt versuchen muss, diese ganzen Projekte in eine Prioritätenreihung zu bringen, weil ja in Wirklichkeit – und so bin ich auch überzeugt – alle derartigen Projekte für eine Wirtschaftsinfrastruktur und für eine wirtschaftliche Prosperität in Europa zumindest gleich wichtig sind.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zu einem regionalen Punkt. Auf Grund dieser konzentrierten Medienarbeit von SPÖ und den Grünen, den weiteren Infrastrukturausbau, insbesondere die Koralmbahn in Zusammenhang mit der Diskussion um diese TEN-Netze ständig in die Diskussion, negativ in die Diskussion zu bringen, passiert nämlich Folgendes: Wir haben große Probleme bei den Grundstücksablösen. Die Grundstücksbesitzer sagen, wir geben euch gar keinen Grund mehr. (Abg. Kröpfel: „Wir sind ja noch gar nicht soweit!“) Ist ja nicht wahr! Es wird immer mit irgendwelchen Halb- oder Grenzwahrheiten hier operiert. Natürlich sind wir dabei, Grundstücke abzulösen, ja selbstverständlich, sonst könnten wir ja gar nichts bauen, Herr Kollege. Fahren Sie doch einmal mit dem Zug und schauen Sie sich an, was in diese Richtung schon getan wird.

Wissen Sie, wenn man es eben nicht begreifen will, dann wird man es auch nicht begreifen, da werde ich auch nichts daran ändern können. Meine sehr verehrten Damen und Herren, genau das ist der Punkt. Wir haben bereits jetzt in der Diskussion um die Grundstücksablösen Probleme, weil natürlich die Leute lesen, was in der Zeitung steht. Die sagen, der Herr Schrittwieser sagt, das kommt ohnedies alles miteinander nicht, Herr van Miert sagt, es kommt nicht und der sagt, es kommt nicht und daher wird es auch nicht kommen und daher brauchen wir ohnedies keinen Grund mehr hergeben. Das ist nämlich das Problem. Auch wo wir können, wo wir die Übertragungsverordnungen haben, wo wir die Aufträge erteilen könnten – es sind auf der steirischen Seite des HL-AG.-Projektes immerhin 600 Millionen Euro – sind wir durch falsche, irreführende, vertrauenszerstörende, krankjammernde Aussagen Ihrer Fraktionen behindert, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist unverantwortlich!

Ich sage Ihnen jetzt, wie es wirklich aussieht. Erstens wundert mich ja, dass diese Frage dieser Van-Miert-Gruppe so breit und öffentlich diskutiert wurde. Bezüglich der Ergebnisse der Überarbeitung der Essener Projekte besteht nämlich laut Aussage des Vertreters von Österreich, Herrn Dipl.-Ing. Estermann vom BMVIT, die Pflicht zur Geheimhaltung. Die EU hat Geheimhaltung für diese Frage verordnet. Diese Geheimhaltung gilt wahrscheinlich für einige mehr und für andere weniger. Ich bin trotzdem verwundert, dass Sie also diesen breiten oder vorgeblich breiten Zugang zu den Informationen haben. (Abg. Hagenauer: „Das ist aber Ihr Problem!“) Ich halte mich an die Geheimhaltung, wenn es geheim ist, bei Ihnen ist das nicht so, das ist eine andere Frage. Es wurden neben diesen, von Ihnen apostrophierten 20 Projekten 100 zusätzliche Projekte vorgelegt. Wie gesagt, Herr van Miert wird noch einiges zu tun haben. Bei der Überarbeitung dieser Essener Projekte – und das ist nämlich das Interessante und darin liegt auch die Gefahr Ihrer Aussagen – werden Projekte, die auf nationaler Ebene nicht weitergekommen sind, herausfallen. Das heißt, wenn wir immer wieder sagen, das ist ohnedies alles miteinander furchtbar, es ist alles schlimm, dann wird die EU – und die ist da sehr feinfühlig – für uns negativ reagieren. Ich sage auch, dass die Aussagen des Herrn Schenz nicht glücklich waren, was die Steiermark betrifft. Das ist keine Frage, da sind wir auch im Klaren. Letztlich war auch ich derjenige, der sofort bei der Industriellenvereinigung angerufen hat und gesagt hat, bitte sagt dem Herrn Schenz was wirklich Sache ist und was für die Steiermark wichtig ist und er hat dann auch seine eigenen Aussagen widerrufen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist gefährlich, wenn wir in Österreich eine Diskussion haben, die rein parteipolitisch geführt wird und nicht weiterkommen, weil dann besteht die Gefahr, dass das eine oder andere Projekt herauskommt.

Ich komme zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage.

Zur Frage eins: Es handelt sich um keine Revision der TEN-Netze, sondern es handelt sich um eine Überarbeitung der prioritären europäischen Projekte im TEN-Netz, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und Österreich hat, wie auch schon erwähnt wurde, durch Bundesminister Gorbach, mit dem ich übrigens ständig in Kontakt bin, die drei wichtigsten Projekte angemeldet – es ist ja schon hier erläutert worden – die Brennerachse,

die Donauachse – und zwar multimodal, wichtig, multimodal, das heißt auch die Schifffahrt betreffend, die Eisenbahn betreffend und die Autobahn betreffend – dann die Pontebbana auf der Schiene, den Korridor Warschau–Prag–Wien–Graz–Italien–Adria und den zweiten Ast, dieser Korridor hat nämlich zwei Äste, Warschau–Prag–Wien–Graz–Slowenien–Italien, das ist der Teil der Pyhrnachse. Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch hier müssen wir bei der Wahrheit bleiben. Dieser Korridor hat in Wirklichkeit zwei Äste, die wir gleichwertig betrachten.

Zu Punkt zwei und drei der Anfrage: Mit Nennung der Pontebbana haben Bundesminister Gorbach und seine Vorgänger die Interessen der Steiermark berücksichtigt und werden sie auch auf offizieller Ebene entsprechend weitertragen. Wie auch schon erwähnt wurde, ist ja die Bundesregierung der Transporteur auch unserer Anliegen. Es ist einmal so, wir sind ein Bundesland der Republik Österreich.

Zu Punkt vier und fünf: Was bedeutet das für die Koralmbahn und für die Pyhrnachse, meine sehr verehrten Damen und Herren? Ich wiederhole das, was ich schon mehrfach gesagt habe, ob die Pontebbana in dieser Liste nun letztlich enthalten ist oder nicht, die Koralmbahn und die Pyhrnachse bleiben Bestandteil des TEN-Netzes. Eine prioritäre Reihung in dieser Liste bedeutet lediglich, dass für solche Projekte eine maximale Förderung von 50 Prozent für die Planung und maximal 10 Prozent EU-Förderung für den Bau möglich ist. Es ist aber in der Praxis so gewesen, dass bisher noch niemals mehr als 5 Prozent von der EU ausbezahlt wurden. Ich erlaube mir noch ein Zahlenbeispiel: Die EU-Mittel haben zwischen 1995 und 2002 für diesen Bereich der Pontebbana (Koralmbahn, Terminal Werndorf, Semmeringtunnel et cetera) bereits 24,7 Millionen Euro für die Planungen betragen. Das Projektvolumen für Bahn- und Straßenprojekte aus diesen EU-Mitteln – also Bahn und Straße gemeinsam – beträgt von 2000 bis 2006 jährlich 642 Millionen Euro. Multipliziert mit dem maximalen EU-Beitrag von 0,026, das ist der Österreichanteil, ergibt sich ein maximales jährliches Fördervolumen – damit wir diese Zahlen einmal ins richtige Licht rücken – von 16 Millionen Euro für das gesamte TEN-Netz in Österreich. Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch 16 Millionen Euro sind viel Geld, aber man muss trotzdem das Ganze ins richtige Licht rücken und das heißt, wenn wir diese 16 Millionen Euro in ganz Österreich pro Jahr für Straße und Schiene nicht bekommen, bricht die Welt nicht zusammen, sage ich jetzt einmal.

Wie immer diese Prioritätenliste aussieht, meine sehr verehrten Damen und Herren, sie hat natürlich keinen Einfluss auf die nationalen Infrastrukturinteressen, weil Europa, wie ich schon erwähnt habe, nicht auf 15 oder 20 Projekte heruntergebrochen werden kann.

Von Bundesminister Gorbach und natürlich auch von mir wird am Bau der Koralmbahn festgehalten. Die vorläufige Trassenverordnung für die gesamte Koralmbahn liegt vor. Ende des Jahres wird die Umweltverträglichkeitsprüfung für den Gesamtabschnitt fertig gestellt. Der aktuelle Auftragsstand, meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt bitte wirklich aufzupassen, für die HL-AG., für die Koralmbahn, liegt derzeit bei 1,126 Milliarden Euro, davon 431 Millionen Euro für Kärnten, 695 Millionen Euro für die Steiermark. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist viel Geld, das müssen wir verbauen. Das bedeutet Arbeitsplätze, das bedeutet Bautätigkeit.

Ich komme zu Punkt sechs der Dringlichen Anfrage: Pyhrnstrecke und Ostbahn. Für die Pyhrnachse sind in den nächsten Jahren 625 Millionen Euro im Generalverkehrsplan vorgesehen.

Was die Verbindung nach Sankt Gotthard betrifft, sind das die ebenfalls im Generalverkehrsplan Österreich im finanzierten Paket eins a enthaltenen drei Ausweichen. Diese sind für den Koridoreffekt natürlich zeitgleich mit der Koralmbahn fertig zu stellen und da, sehr verehrte Damen und Herren, bitte ich auch die Abgeordneten von der Sozialdemokratie ein bisschen Druck bei ihren ÖBB zu machen, denn da müsste die ÖBB ein bisschen schneller sein, denn für diese Ausweichen ist die ÖBB zuständig.

Für die Verbindung Koralmbahn, Ostbahn Feldkirchen–Gleisdorf hat die HL-AG. bereits den Planungsauftrag in der Höhe von zirka 30 Millionen Euro.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dort, wo die HL-AG. plant und nicht die ÖBB, die sich übrigens immer hineinmischte in die Verkehrspolitik und mit ihrem operativen Geschäft nicht zusammenkommt, weil sie natürlich noch immer interne organisatorische und vielleicht auch andere Probleme hat, also dort, wo die HL-AG. plant und arbeitet und baut, dort läuft es. Ich bedanke mich auch bei den Mitarbeitern der HL-AG. für ihre wichtige Arbeit.

Ich komme nun zum Korridor V. Ich habe das auch schon ein paarmal versucht klarzustellen, weil dieser Korridor V immer so in den Raum gestellt wird als das Schreckgespenst, über das Österreich umfahren wird.

Es wurde schon erwähnt, das Autobahnnetz in Ungarn und Slowenien ist bald fertig und damit wird auch sehr viel Geld dem Schienenausbau entzogen.

Zwischen Italien und Slowenien, das ist die Strecke Triest–Divaca, ist ein eingleisiges Berggleis mit Geschwindigkeiten von teilweise 30 km/h derzeit verfügbar.

Bis Marburg wird dann zweigleisig und elektrifiziert gefahren, aber noch lange keine Zielgeschwindigkeit von 160 km/h.

Von Marburg über Ormoz–Murska Sobota–Hodos–Zalalövő ist es derzeit eingleisig und man kann dort mit Diesel fahren. Auf slowenischer Seite ist zwar eine Vorbereitung für ein zweites Gleis und Strom und Hochleistungsausbau gegeben, aber auf ungarischer Seite, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind nicht einmal noch Vorbereitungs- und Planungsarbeiten für die Hochleistungsstrecke erfolgt.

Szombathely–Budapest ist seit kurzer Zeit elektrifiziert, aber eingleisig, teilweise sind also noch Stürze und Fahrten auf Nebenbahnen notwendig. Also Ungarn hat auch so quasi eine Willenskundgebung dargeboten, dass es diesen Korridor bis 2030 fertig stellen möchte.

Aber es gibt – und das nur zur Ergänzung – im Korridor V auch noch derzeit drei verschiedene Stromsysteme. Was das für die Betreiber von Lokomotiven bedeutet, wissen Sie.

Im Gegensatz zu den österreichischen Projekten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Teilkorridore Graz–Italien und der Teilkorridor Graz–Slowenien stehen kurz vor Baubeginn. Ich denke, dass das eine positive Mitteilung ist.

Ich sage Ihnen nur zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich sind wir im Wettbewerb der Regionen und wir müssen das Zeitfenster, das uns verbleibt, um diesen Wettbewerb auch bestehen zu können, nützen. Das heißt, wir müssen unsere Projekte zumindest mit der bisherigen Geschwindigkeit, aber wenn es schneller geht, vorantreiben und umsetzen, denn letztendlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird die Wirtschaft jene Strecken befahren und jene Strecken annehmen, die auch gebaut sind, und nicht nur als Strich auf einer Landkarte vorliegen, wie es derzeit in vielen Bereichen des Korridor V ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und nun ein persönlicher Appell an Sie. Hören Sie bitte auf mit dieser Desinformation und mit dem Krankjammern, was die steirische Infrastruktur betrifft. Sie brauchen das nicht mir zuliebe tun, tun Sie es dem Land zuliebe, tun Sie es dem Wirtschaftsstandort Steiermark zuliebe. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 16.09 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, kommen wir nun zur Wechselrede zu den beiden Dringlichen Anfragen. Ich weise darauf hin, dass laut Paragraph 68 Absatz 5 der Geschäftsordnung für den Redner 20 Minuten vorgesehen sind.

Erster Redner Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Grabner. Bitte, Herr Abgeordneter.

Danach Stöhrmann.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (16.09 Uhr): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Landesverkehrsreferent empfindet sich auf der Überholspur. Er sagt, es wird Gas gegeben, wie während der gesamten Ära der sozialdemokratischen Verkehrszuständigkeiten nie zuvor. Erstens einmal ist das allein schon durch die Ziffern ad absurdum geführt und zweitens staune ich ja über die Chuzpe. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Herr Präsident, ist das Wort Chuzpe angebracht?“ – Präsident: „Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort!“ – Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Chuzpe ist etwas tief, Herr Kollege!“) Die Sprache, aus der das Wort entlehnt ist, ist eine solche, die ihm nicht gefällt. Ich nehme das deutsche Wort Frechheit und das wird ebenfalls ausreichend sein, weil ich mir nämlich vor Augen halte und um das geht es mir, um den Inhalt, nicht um irgend jemanden zu beleidigen. Wenn Sie sich beleidigt gefühlt haben, dann war das nicht die Intention. Aber aufmerksam machen muss ich auf Folgendes: Wenn der Repräsentant jener Fraktion – damals hat er noch Ihrer Fraktion angehört – der Finanzminister in Österreich das Geld abgeschafft hat und gesagt hat, hier gibt es kein Geld mehr für staatliche Investitionen, wenn der dann hierher geht und sagt, aber mit diesem Nichtgeld sind wir auf der Überholspur, dann mache ich mir nur einen Schluss daraus, schneller fahren können wir nur dann ohne Treibstoff, wenn wir bergab fahren. Wir sind bergab unterwegs, und zwar mit einem unglaublichen Tempo! (Beifall bei der SPÖ.)

Zweiter Punkt, wenn zur sozialdemokratischen Fraktion gesagt wird, wir mögen uns bei unseren ÖBB darum kümmern, dass die nicht sozusagen die glorreiche Verkehrspolitik der derzeitigen Akteure auf Bundesebene blockieren mögen, dann ist das Wortspiel „unsere ÖBB“ nur so zu verstehen, dass jeder von uns im Saale weiß, dass der derzeitige Akteur bei der ÖBB, Generaldirektor Rüdiger vorm Walde, alles ist, nur kein glühender Sozialdemokrat und dass diejenigen, die derzeit bei der ÖBB etwas sagen oder eine Weisung geben können, die Vertreter des Bundes sind und Bundesvertreter als Eigentümerversorger sind auch schon seit geraumer Zeit keine Sozialdemokraten, sondern die schwarz-blaue Bundesregierung mit dem jeweiligen zugegebenermaßen fast monatlich wechselnden zuständigen Minister. (Beifall bei der SPÖ.) Also, wenn Sie schon vorm Walde als Sozialdemokraten bezeichnen, stehen Sie wirklich im Walde. Das soll mir genug sein, um mich mit weiteren Aussagen von Ihnen gar nicht mehr zu beschäftigen. (Abg. Wiedner: „Nächste Wortmeldung!“)

Aber der vorm Walde ist kein glühender Sozialdemokrat, damit wir das gleich klargestellt haben. Ich möchte mich noch mit jenen drei Aspekten beschäftigen, die am Ende der Aussagen der Frau Landeshauptmann für mich dann übrig geblieben sind. Erste Frage, was hat dieses Thema für eine Bedeutung, weil diese Frage heute in der Früh schon aufgeworfen wurde, ist noch einmal zu diskutieren. Augenscheinlich ist hier die Meinung des Kollegen Majcen von in der Früh eine andere als die, die am Schluss dankenswerterweise die Frau Landeshauptmann gemeint hat, indem sie gesagt hat, ein Ziel wollen wir gemeinsam nicht vergessen, nämlich die Erhaltung der besten Infrastruktur für unser Land. Dazu wurde dann auch noch zitiert in Anspielung auf den Herrn Landeshauptmann Pröll, jeder schaut auf sein Land. Auch gut, aber die Frage ist nur, mit welchem Erfolg? Wenn ich auf das Land hinschaue und zufrieden bin, wie der zuständige Referent und lächelnd zuschaue, wie wir bergab sausen oder aber wenn ich sage, ich kümmere mich darum, ich betreibe Lobbying, wo auch immer es geht und ich erreiche für mein Bundesland Niederösterreich selbstverständlich die Aufnahme der für mich nämlich als Niederösterreicher wichtigsten Projekte und dann schaue ich zu und die wichtigsten Projekte für das Land Steiermark sind natürlich nicht in der revidierten Liste, dann frage ich mich, ob das Zuschauen und das Auf-sein-Land-Schauen genügen oder ob es dazu nicht noch etwas anderem bedarf. Es bedarf nämlich auch des

Kriteriums, wer hat mehr Erfolg dabei, bei dem Zuschauen, bei dem Schauen auf das Land? Natürlich ist auch die konkrete Anfragebeantwortung in höchstem Maße unbefriedigend. Frau Landeshauptmann, der Ausschuss der Regionen ist nicht befasst, aber der Ausschuss der Region hat sich schon befasst mit Fragen der Zukunft der Regionen und zu den Regionen und zu den Wirtschaftsregionen gehört auch einmal die Frage der verkehrstechnischen Erschließung, der infrastrukturellen Erschließung. Das ist gegeben, das wird auch von niemandem bestritten. Ich habe noch die Ohren voll, jeder Einzelne hat schon x-Mal gehört oder teilweise gesagt, die Verkehrserschließung ist für die Wirtschaft einer Region eine unabdingbare, unerlässliche Voraussetzung. Wer für eine gute Verkehrserschließung sorgt, legt die beste Basis für gute Wirtschaft. Jetzt haben wir natürlich mit der Eröffnung am 26. des Terminals Werndorf einen Punkt gesetzt, der hoch erfreulich ist.

Erfreulicher wäre es für mich, wenn von diesem Terminal aus auch die entsprechenden Anschlüsse da wären, weil momentan steht er einfach vor sich hin und er wird gerade noch gestreift werden, wenn die Slowenen, die das eingebracht haben – nicht die Steiermark, die Slowenen –, dass von Marburg eine Stichanschließung heraufkommt zum Terminal Richtung Graz. Wenn das kommt, dann sind wir wenigstens hier angeschlossen. Allerdings schaut dann die Zukunftsregion Süd so aus, dass wir, die Steirer, froh sein müssen, wenn wir von Graz weg nach Süden am Korridor V angedockt sind bei den Slowenen. Auch eine Möglichkeit, ich habe gar nichts dagegen, nur muss man dann einmal Klartext sprechen und bei den Sonntagsreden nicht immer davon reden, wie wir uns breit machen für den Semmeringtunnel, für die neue Südbahn, Graz–Koraln–Pontebbana. Meine Damen und Herren, das ist zu wenig, zu erwarten, dass diese Bundesregierung, deren zugegebenermaßen verschiedene Interessenslagen wir ja erkennen müssen, für uns in Brüssel die Kastanien aus dem Feuer holt. Brennt das schon so? Es ist ja nicht so, dass das vorgestern aufgetaucht ist. Einer Pressemeldung aus dem Mai 2001 konnten wir in der „Kleinen Zeitung“ alle entnehmen, dass der Korridor V bereits eröffnet wurde mit der eingleisigen Bahn. Das heißt, dass die Österreich-Südumfahrung bereits in Betrieb gehen konnte. Natürlich noch ohne Elektrifizierung, aber das ist dort auch nicht so ein Riesenproblem, weil es in den Oststaaten sowieso Schwierigkeiten mit den verschiedenen Systemen der elektrischen Auslegung gibt.

Aber es existiert bereits das, wovon wir immer gewarnt haben und wo wir gesagt haben, bitte, wenn das bereits existiert, dann wird es für uns umso schwieriger, den steirischen Anschluss zu schaffen, nämlich auch der Obersteiermark, der gesamten obersteirischen Industrieregion, zugegebenermaßen nicht nur Großraum Graz nach Süden. Aber mit der Zukunftsregion Südost ist es vorbei. Dann brauchen wir nicht zu glauben, dass wir dort für einen Koralmtunnel noch eine Chance haben. Weil eines ist wohl auch eindeutig klar, Herr Landeshauptmannstellvertreter, auch wenn Sie sagen, das sind ja nur Vorschläge der High-Level-Group, das sind Vorschläge, die von der Gruppe van Miert auf Ersuchen der zuständigen Frau Kommissarin de Palacio vom Jänner dieses Jahres bis nunmehr zum 20. dieses Monats vorgelegt werden sollen. Jawohl, Vorschläge, aber das Entscheidende ist ja, nach diesen Prioritäten werden auch die Gelder vergeben. Und dann sagen Sie, naja gut, auf diese 16, waren es bis maximal 20 Prozent, können wir verzichten. Wissen Sie, von wie vielen Milliarden da die Rede ist? Und wissen Sie, wie leichtfertig es ist von jemandem, der sagt, der wissen muss, weil es ihm sein eigener Finanzminister permanent vorbetet, es gibt ja sowieso kein Geld für alle diese Infrastrukturprojekte seitens des Bundes? Und hier verzichten wir auch noch auf die Chance der Kofinanzierung durch Brüssel!

Also das ist in höchstem Maße erstaunlich, wie Sie das als konsistente, überblickbare, verständliche Politik jemandem verkaufen wollen.

Oder aber, Sie haben auch zur Kenntnis genommen, was ich schon eingangs gesagt habe, ohne den Treibstoff Ihres Finanzministers, den er Ihnen vorenthält, geht es zwar flugs dahin, aber nur mehr bergab.

Nächste Frage, die aufgeworfen wurde, was geht überhaupt noch, was kann man überhaupt noch tun?

Erstens einmal das tun, was bisher alle anderen Regionen sichtbar mit Erfolg bereits getan haben. Die Türklinken der Maßgeblichen waren heiß, weil sich die österreichischen Landeshauptleute dieselben in die Hand gegeben haben, alle haben Lobbying betrieben, alle. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Richtig, richtig. Es wäre ganz günstig gewesen, wenn du dich vielleicht auch einmal vor Ort erkundigen würdest, lieber Freund. Es wäre ganz günstig, wenn du dich erkundigen würdest, dann brauchst du hier nicht so tun, als ob du es nicht wüsstest. Aber du weißt es ganz offensichtlich nicht. Dann fahr einmal mit und erkundige dich bei den Zuständigen, wer mit ihnen gesprochen hat, dann erkundige dich. (Abg. Bacher: „Der Herr Bundesminister war dort!“)

Der Herr Bundesminister war dort, okay, an diesem Tag, an dem die Konferenz war. Ansonsten aber schon niemand mehr. (Abg. Bacher: „Straßberger weiß das!“)

Der Herr Straßenberger muss es wissen, weil er ja Straßenberger eh. genannt wurde. Ist in Ordnung, du hast offensichtlich ein sehr selektives Wahrnehmungsvermögen, ich nehme das zur Kenntnis. Du nimmst nur das wahr, was dir gefällt. Das, was dir missfällt, wenn es auch die Wahrheit ist, nimmst du einfach nicht wahr. Okay, ist also ein Handicap, das wir nicht näher beleuchten wollen.

Was geht noch? Erster Punkt: Lobbying, Lobbying, Lobbying. Zweiter Punkt: Zeitlauf. Natürlich ist es jetzt schon ein Problem. Jetzt ist es natürlich nicht ganz einfach, wenn am Freitag dieser Woche das Papier bereits vorgelegt wird, das heißt endredigiert wird, und am 4., 5., 6. Juli wird es dem Rat der Verkehrsminister vorgelegt und am 7. Juli dem Europäischen Parlament, dem Verkehrsausschuss. Natürlich ist dann die Katze aus dem Sack. Und jeder, der sich auch nur ein bisschen unterhält dort, lieber Herr Kollege, wird schon x-mal gehört haben, na ja, an so einem Papier kann man vielleicht noch einmal 1, 2 Prozent verändern, aber grosso modo ist das, was da drinnen steht, auch das, was am Ende dann, nach der politischen Mühle, herauskommen wird. Und die politische

Mühle sieht dann noch so aus, und da haben wir noch Chancen, wenn ich auch zugeben muss, derzeit schaut es nicht gut aus, weil was in diesem Paket drinnen steht, ist nach allen Erfahrungen, die man in Brüssel gemacht hat, eigentlich das Ende dessen, was auch am Schluss herauskommen wird.

Aber man sollte die Chancen nicht ungenützt lassen, die noch bestehen, weil wir jetzt auf einen Bereich kommen, wo dann die Frau Landeshauptmann tatsächlich aus ihrer Funktion im Ausschuss der Regionen heraus tätig sein kann, nämlich in den politischen Gremien, in die man schon vorher hineinagieren hätte können, weil derzeit ist es ja so, dass hinter den Kulissen ganz augenscheinlich disponiert wurde zwischen den Slowenen, den Italienern, den Tschechen. Alle wissen ganz genau, welche Projekte aus dem ganzen Paket der TEN-Projekte für sie wichtig sind. Die Slowenen haben ganz genau gesagt, ja sie sind natürlich für die Südumfahrung Österreichs. Die Tschechen sagen natürlich, sie interessiert schon eigentlich eine Querung Österreichs, weil sie auf diesem Wege am schnellsten zur Adria kommen. Die Italiener sind geteilter Meinung. Die einen sagen, na gut, uns ist Wurscht, die Pontebbana Süd oder die Pontebbana etwas weiter nördlich, beides okay.

Aber auch hier wäre Lobbying angemessen gewesen. Aber ich sage, es geht noch weiter, weil ich der Meinung bin, in den politischen Gremien müsste es jetzt möglich sein, unsere Position klarzustellen.

Wir haben es versucht, die Darstellung zu begründen. Es ist ja nicht ganz so einfach, wenn südlich von Österreich bereits die Bahn vorbeifährt, wenn die Trasse bereits auf Doppelgleisigkeit ausgebaut ist, auch wenn erst ein Gleis dort liegt. Das ist ja nicht so einfach, jemandem zu erklären, und jetzt lassen wir das, das ist ganz gut, und wir fahren jetzt sozusagen nach Nordosten hier ab und binden die Steiermark an.

Irgendwie erinnert das an die Situation, die vor über 150 Jahren Erzherzog Johann vorgefunden hat, als er sich auch gegen die ungarischen Lobbyisten bei Hof durchsetzen musste, um das denen vernünftig erscheinene Projekt Wien–Budapest–Triest über das Flachland durchzubringen. Aber er hat sich zugunsten der Steiermark für ein mutiges, nämlich das Projekt Semmering durchgesetzt und die gesamte Obersteiermark bis Graz herunter hat, Jahrhunderte kann man sagen, davon profitiert, dass diese Bahnerschließung den gesamten Wirtschaftsraum erschlossen hat.

Ich denke also, allein diese Erinnerung, dass doch noch etwas möglich ist, sollte uns dazu bewegen, noch alles, was möglich ist, zu unternehmen, und es ist noch im zeitlichen Rahmen, wenn auch schwierig.

Deshalb haben wir, ergänzend zu unserer Dringlichen Anfrage, Frau Landeshauptmann, und die Begründung wurde in unseren Wortmeldungen weitestgehend schon vorweggenommen, folgenden Unselbstständigen Entschließungsantrag formuliert, in dem wir Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, auffordern, Folgendes zu beschließen (Unverständlicher Zwischenruf.):

Wenn du gebeten werden willst im Sinne deines Eides, für das Land tätig zu werden, dann werde ich dich auch bitten darum, jawohl. Wir machen das selbstverständlich im Sinne dessen, was wir für unser Land geschworen haben zu tun.

Vielleicht sollte man sich überlegen, dass unser Antrag einzig diese Intention hat, wenn du ihn hören wirst, dass wir für das Land noch etwas Vernünftiges herausverhandeln. Und dieser Antrag kann nicht etwas sein, was dagegen spricht, was wir seinerzeit immer gesagt haben, wir wollen das Beste für das Land tun. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir glauben, dass es in dieser schwierigen Situation das Beste für das Land wäre, wenn der Landtag beschließen wolle:

Erstens: Der Steiermärkische Landtag bekennt sich im Hinblick auf die Notwendigkeit einer glaubwürdigen nationalen und internationalen Position bei den Verhandlungen über die Revision der Transeuropäischen Netze zu einer Überarbeitung des Generalverkehrsplanes mit dem Ziel einer Vorreihung des Projektes „Neue Südbahn“ mit dem Semmeringbasistunnel und dem Koralmtunnel. Kein unbilliges Ansinnen, sondern eine vernünftige Unterstützung, die notwendig ist, weil wir auch in Brüssel immer wieder gehört haben, wenn Österreich mit einer Zunge spricht, dann wird es weniger überhört werden können, als wenn wir vier, fünf verschiedene Töne hören.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, a) alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen – Entschuldigung, jetzt schaue ich auf die Uhr und sehe, dass ich in Kürze fertig sein muss – um zu erreichen, dass der Entwurf der neuen Leitlinien für die TEN, der am 20. Juni vorgestellt werden soll, die Pontebbana auf einer Trassenführung durch die Steiermark mit Semmeringbasistunnel und Koralmtunnel beinhaltet, b) sich in den nächsten Monaten nicht nur auf das Handeln der Bundesregierung zu verlassen, sondern selbst Initiativen in Brüssel zu setzen, um eine Aufnahme der Pontebbanaachse in eine hohe Prioritätsstufe mit entsprechender Förderung durch die EU zu erreichen, c) schnellstens Kontakte mit den bisherigen und zukünftigen Mitgliedsstaaten, vor allem mit Italien – wie gerade vorhin erwähnt –, Slowenien, Ungarn, Slowakei, Tschechien, Polen und Deutschland, aufzunehmen, um in bilateralen Gesprächen und außenpolitischen Kontakten zu erreichen, die Interessen miteinander so abzustimmen, dass die Pontebbana als die von Österreich eingereichte Achse „Warschau–Prag–Wien–Adria“ sowie die Pyhrnachse in der zu erarbeitenden neuen Leitlinie für die Prioritäten der TEN eine hohe Priorität bekommt und eine möglichst hohe finanzielle Unterstützung durch die EU erhält, d) an die österreichische Bundesregierung mit dem Ziel heranzutreten, im Hinblick auf die Revision der Transeuropäischen Netze eine Überarbeitung des Generalverkehrsplans Österreich mit einer Vorreihung des Projektes „Neue Südbahn“ mit dem Semmeringbasistunnel und dem Koralmtunnel sowie der Pyhrn-Schober-Achse und der Ostbahn zu erreichen, e) dem Steiermärkischen Landtag – und das würden wir sehr bitten – über alle in diesem Zusammenhang gesetzten Schritte und deren Ergebnisse – von denen wir hoffen, dass es gute sein werden – bis Ende November 2003 zu berichten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 16.30 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöhrmann (16.30 Uhr): Werte Regierungsmitglieder, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Präsident, ich habe zwar geglaubt, das ist eine Wechselrede. Ich weiß zwar nicht, was daran gewechselt wird, aber bitte, soll es so sein. (Abg. Wiedner: „Ihr wechselt ohnedies hin und her!“)

Nichts, aber auch schon gar nichts könnte meiner Meinung nach das Schuldbewusstsein und die Versäumnisse, die Sie als Mehrheitsfraktion in diesem Hause in dieser Angelegenheit bis jetzt dargelegt haben, besser dokumentieren als die Vorgangsweise im Zusammenhang mit dieser Dringlichen Anfrage. Schon allein der Versuch des Kollegen Majcen unter dem Tagesordnungspunkt 2 diese für die Steirerinnen und Steirer so wichtige Angelegenheit, so zukunftsweisende Angelegenheit ins Lächerliche zu ziehen, ist letzten Endes kläglich in die Hose gegangen. In die Hose gegangen wahrscheinlich deswegen, weil man bereits auch in der Untersteiermark bemerkt hat, wie wichtig die Pontebana, die Pyhrnachse für dieses Land ist. (Abg. Mag. Drexler: „Es wurde gar nichts ins Lächerliche gezogen!“)

Ich darf Ihnen das mit ein paar Sätzen verdeutlichen. Jahrzehntlang war die Obersteiermark mit ihrer Eisen und Metall verarbeitenden Industrie der wirtschaftliche Motor in diesem Land, lange bevor es einen Autocluster gegeben hat, lange bevor es ein Thermenland gegeben hat. Die Steiermark hat mit der Leistung der Obersteiermark wirtschaftlichen Aufschwung erlebt und letzten Endes auch das wirtschaftliche Überleben dieses Landes gesichert. Das alles war nur möglich, weil es eine Südbahn gegeben hat, weil es eine Ghega-Bahn gegeben hat und weil mit dieser Verkehrsverbindung Leben in diese Steiermark gekommen ist. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es uns so immens wichtig, diese Verbindung auch in Zukunft zu haben, weil wir wissen, dass nur mit einer derartigen Verkehrsverbindung Arbeitsplätze gesichert und erhalten werden können, aber auch neu geschaffen werden.

Ich darf mich vor allem mit der Dringlichen Anfrage an Sie, Frau Landeshauptmann, beschäftigen, obwohl ich weiß, dass Herr Infrastrukturlandesrat Schögl ja grundsätzlich für diese Dinge zuständig wäre. Aber wie könnte man einem Waggon die Schuld geben, wenn die Lok in die falsche Richtung fährt und mehr als Anhängerkupplung hat diese Partei leider nicht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Landeshauptmann, Sie haben letzten Endes die Verantwortung. Sie haben die Verantwortung für viele Dinge in diesem Lande. Zum Beispiel haben es Ihre Leute seinerzeit plakatiert, dieses bekannte Plakat „Durchgesetzt“, den Semmeringbasistunnel betreffend, der heute in weiterer Ferne als je zuvor ist. Sie haben auch die Verantwortung gehabt, Frau Landeshauptmann, als Sie gesagt haben, „Studiengebühr nicht mit mir“. Wir haben sie heute. (Landeshauptmann Klasnic: „Gibt es einen Studenten, der nicht studieren kann?“)

Sie haben auch keinerlei Kritik geäußert an der Regierungsvorlage, an der Budgetrede des Herrn Finanzministers, der von der größten Steuerreform aller Zeiten gesprochen hat, einer Steuerreform, von der sogar der Gemeindebund in seiner Zeitschrift „Kommunal“ schreibt, dass diese Steuerreform den Ländern und Gemeinden Millionen von Schillingen kosten wird. Sogar Ihr Finanzreferent, Frau Landeshauptmann, hat in einem Gespräch gemeint: „Jetzt müssen wir aufpassen, jetzt haben wir schon einmal gezahlt und jetzt wollen Sie, dass wir wieder zahlen.“ Sie hätten nicht weit gehen müssen, Sie haben diesbezüglich keinerlei Kritik geäußert. Sie haben keinen Widerstand gezeigt, als es darum ging, die ländlichen Regionen auszudünnen und so könnte man diese Liste noch sehr beliebig lang fortsetzen. Ich tue das nicht, Frau Landeshauptmann, weil ich eigentlich immer der Meinung war, na gut, man kann nicht alles erreichen, was man will. Ich gestehe Ihnen zu, dass auch Sie sich nicht überall durchsetzen können und ich meinte, das wäre einfach so und Sie haben nicht das notwendige Gewicht dazu.

Frau Landeshauptmann, ich bin aber eines anderen belehrt worden, als es um diese unselige Debatte zur Pensionsreform ging. Frau Landeshauptmann, im Zuge dieser Debatte zur Pensionsreform waren Sie der einzige Landeshauptmann in Österreich, der keinerlei Kritik an der Vorgangsweise der Bundesregierung geäußert hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Frau Landeshauptmann, Sie haben es unterlassen und Sie haben es in Ihrer Nibelungentreue zu Wolfgang Schüssel nicht einmal bemerkt, dass Sie der einzige Landeshauptmann waren, der sich nicht gegen diese Pensionsreform ausgesprochen hat. Deswegen, Frau Landeshauptmann, glaube ich nicht mehr daran, dass es eben einfach mangelndes Durchsetzungsvermögen ist, das zu all diesem Negativen für unser Land geführt hat. Ich glaube schön langsam, Frau Landeshauptmann, dass da System dahinter steckt. Deswegen sei mir gestattet, dass ich zu den 15 Anfragen der sozialdemokratischen Fraktion bezüglich der Dringlichen Anfrage eine hinzufüge. Frau Landeshauptmann, ich frage Sie in aller Offenheit und in aller Öffentlichkeit, ist der Sessel des Bundespräsidenten es wert, dass man die Interessen der Steiermark und die Interessen der Steirerinnen und Steirer opfert? (Abg. Drexler: „Skandal!“ – Beifall bei der SPÖ. – 16.37 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (16.37 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus!

Es ist schon eine große Vermessenheit, wenn heute Herr Klubobmann Schrittwieser und Herr Dipl.-Ing. Grabner herausgehen und so tun, als ob ihnen die Verkehrspolitik wichtig wäre. Was ist passiert, verehrte Damen und Herren? Die zwei Herrschaften sind da herausgegangen, haben 20 Minuten von ihrem Betriebsausflug nach Brüssel berichtet und dann hat uns der Herr Klubobmann noch dazu ein Dankschreiben vorgelesen. Sie haben Ansichtskarten zurückgeschrieben, damit überhaupt wer gewusst hat, dass sie dort waren. Das war das Erste, meine verehrten Damen und Herren. So kann man, glaube ich, eine Dringliche Anfrage an die Frau Landeshauptmann hier nicht gestalten. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Zweiten, Herr Hagenauer, Sie haben auch Ihre Dringliche hier vorgetragen und ich glaube, es ist höchst an der Zeit, dass Sie die Frau Landeshauptmann um einen Termin bitten und sich unter vier Augen bei ihr entschuldigen. Was Sie hier gesagt haben, ist ungeheuerlich. Ich muss Ihnen das sagen, das spottet jeder Würde, die sich hier in diesem Haus eigentlich gehört. Sie sind sonst immer so zimperlich, aber hier, wenn Sie gegen die Frau Landeshauptmann gehen, erlauben Sie sich alles. Lieber Herr Hagenauer, ich habe immer gedacht, Sie haben Raumordnung studiert, aber Sie haben uns heute wieder gezeigt, dass Sie einmal Fahrdienstleiter waren, weil Sie haben uns genau per Sekunde die Fahrtstrecken und den Fahrplan bekannt gegeben. Eines darf ich Ihnen noch sagen, heute in der Steiermark aufzustehen und die einzelnen Schienenstränge fordern. Ich darf Ihnen sagen, was Ihre Frau Abgeordnete Dr. Petrovic im Nationalrat in Wien gesagt hat ist unglaublich. Ich werde Ihnen die Protokolle einmal zuschicken und die können Sie einmal lesen. Die hat den Semmeringbasistunnel mit aller Vehemenz verhindern wollen! Für zehn Jahre benötigt man, glaube ich, ein Kurzzeit- oder mittelfristiges Gedächtnis, dass man sich die Dinge schon wieder in Erinnerung rufen kann.

Verehrte Damen und Herren, wenn der Herr Klubobmann Schrittwieser sagt, er hat große Sorge um den Schienenverkehr, dann muss ich es hier wieder sagen. 30 Jahre volle SPÖ-Verantwortung für den öffentlichen Verkehr, nichts wurde getan! Und heute hierher zu gehen und zu sagen, innerhalb von drei, vier oder fünf Jahren soll das passieren, was jahrzehntelang verabsäumt wurde! (Beifall bei der ÖVP.)

In deiner Dringlichen sind einige Passus drinnen, wo es heißt, Verabsäumung und Nachlässigkeit und, und, und. Ich würde mir das gut überlegen, solche Formulierungen zu verantworten, speziell als Klubobmann.

Verehrte Damen und Herren, da zu behaupten, die Frau Landeshauptmann hätte für die Verkehrspolitik in der Steiermark kein Interesse, das ist auf das Allerschärfste zurückzuweisen. Ich darf mich heute hier bei dir, Frau Landeshauptmann, einmal bedanken, dass du trotz dieser unqualifizierten Angriffe von dieser Seite, von den Altsozialisten in der ersten Reihe, überhaupt durchhältst und dich einsetzt bis zum Gehnichts mehr. Ich bedanke mich sehr herzlich. (Beifall bei der ÖVP.)

Verehrte Damen und Herren, wenn Sie diese Dringliche anschauen, dann ist es ja bitte nichts Neues, nur Diffamierungen gegenüber der Frau Landeshauptmann. Diese Fragestellungen, die hier gestellt wurden, sind ja, Entschuldigung – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Sind gar keine!“) Danke, Herr Landesrat. Das sind nicht einmal Fragen. Das muss ich ganz offen sagen. Und vor allem ist es nichts Neues, das ist alles ein alter Hut.

Man hat ja gesehen, wie wichtig dieses Thema ist. Wir wissen aber auch, wie schwierig es ist, überhaupt keine Frage. Das Interesse der Presse ist ja auch nicht sehr groß, weil sie ja weiß, dass das ein altes Thema ist und verschiedene Dinge halt auch den Zeitlauf benötigen.

Bei dieser Dringlichen Anfrage tut die Sozialdemokratische Partei so, als ob sie die Verkehrspolitik überhaupt erfunden hätte. Ihr habt lange, lange Zeit Gelegenheit gehabt, hier in der Steiermark die eine oder andere wichtige Verkehrsstrecke zu adaptieren. Eines muss man ja auch sagen. (Landesrat Mag. Erlitz: „Es ist auch sehr viel weitergegangen. Das musst du zugeben. Bei Ressel ist sehr viel weitergegangen!“)

Ja, 4 Kilometer Radlweg hat er in fünf Jahren gemacht, aber mehr nicht, Entschuldigung vielmals.

Und wenn ihr hier hergeht und andauernd das Land schlecht macht, andauernd die Frau Landeshauptmann abqualifiziert, Freunde, die Gemeinderatswahl 2000, die Landtagswahl 2000, die Nationalratswahl 2002, die Gemeinderatswahl 2003, verehrte Damen und Herren, also war das so eine schlechte Politik in der Steiermark, in Graz und in Österreich? Ich weiß schon, wenn ich nach 30 Jahren abgewählt werde, dann werde ich unruhig und ideenlos. Das möchte ich schon einmal deutlich sagen. Denn diese Diskussion, die hier geführt wird, ist letztendlich. (Beifall bei der ÖVP.)

Zur Südbahn: Wer braucht die Südbahn nicht? Es gibt niemanden, der nicht um diesen Verkehrsweg kämpft. Verehrte Damen und Herren, wenn hier bei den seinerzeitigen sozialistischen Verkehrsministern der Mut im Vordergrund gestanden wäre, würden wir heute schon fahren und mit 5,2 Milliarden Schilling hätten wir schon diesen Semmeringbasistunnel. (Abg. Prattes: „Das glaubst du ja selber nicht!“) Letztendlich auch eine zweite Sache. Mich wundert es, ich habe mir das angeschaut, noch nie hast du oder deine Fraktion so draufgedrückt auf die Nordsüdverbindung, sprich auf den Pyhrnkorridor. Das letzte Mal bei unserem Unterausschuss habe ich mir erlaubt, in diesem Antrag die Bitte zu stellen, auch die Nordsüdverbindung aufzunehmen. Auf einmal ist das dein Hauptthema. Du bist einfach zu spät dran. Früher hast du dich nicht darum gekümmert.

Eines darf ich auch sagen: Auf steirischer Seite ist auf der Schienenseite sehr viel passiert. Irgendwer hat das heute hier schon gesagt, sehr wohl auf oberösterreichischer Seite ist hier noch ein Nachholbedarf. (Abg. Prattes: „Wer war da Minister?“)

Aber, verehrte Damen und Herren, es hat hier geheißt, die EU-Förderungen und, und, und. Und ein Herr Dr. Häupl von Wien, wisst ihr, was der gesagt hat? Ich lese dir das vor. Und eine zweite Pressemeldung habe ich auch da, Siegfried, da musst du dich aber jetzt anhalten. Und zwar 12 Milliarden für den Nahverkehrsausbau in der Ostregion. Häupl: „Her mit den Semmeringmilliarden!“ Jetzt kommt etwas anderes, und das ist ja das Allerbeste. „Eine indirekte Absage an den Bau des Semmeringbahntunnels erteilte Finanzminister Rudolf Edlinger als Gastredner bei der Bezirkskonferenz der Brucker SPÖ.“ Das ist in deinem Bezirk. (Abg. Wiedner: „Den kennen sie nicht!“)

Und jetzt hört her: „In der Diskussion auf dieses Thema angesprochen, meinte Edlinger: ‚Ich bin zwar nicht glücklich über die Entwicklung, aber man darf das Problem nicht auf den niederösterreichischen ÖVP-Landeshauptmann Erwin Pröll reduzieren.‘“ Und jetzt kommt es: „So kenne er keinen niederösterreichischen SPÖ-Abgeordneten, der sich für den Tunnel einsetzen würde.“

Na danke, da schaut ihr aber schön alt aus. Das sind die Geschichten. Das war bei dir oben. (Beifall bei der ÖVP.)

Das heißt, verehrte Damen und Herren, Schuldzuweisungen, rauf, runter, rüber und hin und her, bringen überhaupt nichts. (Abg. Stöhrmann: „Was glaubst du, warum es den Edlinger nicht mehr gibt?“)

Da kriege ich aber einen Lachinfarkt.

Verehrte Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen kurzen Blick auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Stöhrmann machen.

Natürlich, Herr Bürgermeister Stöhrmann – ist ganz klar – war doch die Verstaatlichte Industrie einige Jahrzehnte ganz wichtig im Mürztal, überhaupt keine Frage. Und da hat natürlich auch die Bahnverbindung eine Rolle gespielt. Das sind die Bewahrungsprinzipien, die ihr habt. So lange an etwas festhalten, bis es nicht mehr geht. Und dann haben wir in der Verstaatlichten das Problem gehabt. Da braucht mir niemand etwas erzählen. (Abg. Schrittwieser: „Jetzt nicht mehr!“) Wenn du jetzt sagst, Siegfried, jetzt nimmer, dann sage ich dir, da haben sich dort Menschen bereiterklärt, denen in der Verstaatlichten die Decke auf den Kopf gefallen ist und die sind selbstständig geworden und haben hervorragende Unternehmerqualitäten an den Tag gelegt und produzieren dort hervorragende und hochwertige Produkte. Verehrte Damen und Herren, nur, welche Steine man diesen Leuten in den Weg gelegt hat von der SPÖ her, das sollen Ihnen die Betroffenen dort erzählen.

Ich meine daher, diese Verkehrsdebatten hier, die sind nicht mehr so interessant. Wichtig ist bei dieser Debatte, wie es mit dem Generalverkehrsplan aussieht. Ich bin eigentlich sehr froh, dass wir endlich einmal so etwas haben, über den Stellenwert kann man immer wieder reden, überhaupt keine Frage. Aber man weiß einmal zumindest, wie in Österreich hier gewisse Prioritäten gesetzt sind. Und wo steht denn das geschrieben, dass man gewisse Änderungen hier nicht machen darf? (Abg. Gennaro: „Das ist genau das, was wir wollen!“) Ja, aber nicht in dieser Art, Kurt, das muss ich dir auch sagen. Ich habe das letzte Mal das auch gesagt. Das kann man ganz anders machen. Aber nicht, wenn zwei einen Betriebsausflug machen und dann da hergehen und den ganzen Landtag mit einer Dringlichen beschäftigen. Das ist ja ungeheuerlich, was das kostet.

In diesem Sinne, verehrte Damen und Herren, die Frau Landeshauptmann und – jetzt sage ich das auch – der Herr Landeshauptmannstellvertreter Leopold Schögl bemühen sich sehr. (Abg. Schrittwieser: „Der ist schon seit einer Stunde nicht mehr da!“) Ich bin nicht sein Anwalt. (Abg. Schrittwieser: „Du verteidigst ihn aber!“) Lass mich fertigreden. Wer bemüht sich hier nicht auf der Regierungsbank? Alle für unser Land. Aber ihr tut ja nur so, dass alle anderen nichts tun, nur eure drei da oben. Euer Landeshauptmannstellvertreter war den ganzen Tag heute nie da und der neue Landesrat Gott sei Dank ist jener, der noch weiß, dass man dem Landtag zuhört. Da könnt ihr euch eine Scheibe runterschneiden.

In diesem Sinne, verehrte Damen und Herren, diese Dringliche ist für den Kanal, das ist gar nichts. Ich muss dazusagen, die Frau Landeshauptmann hat hier sehr wohl alles beantwortet. Und ich glaube, mit solchen Dummheiten müsste man in der Zukunft aufhören, denn hier ist es wirklich schade um die Zeit. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 16.46 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kröpl. Ich erteile ihm das Wort.

(Abg. Gennaro: „Herr Präsident, nur eine Frage, wenn ein Abgeordneter sagt, dass die Anfrage eine Dummheit ist, dann kannst nicht schlafen oben, da musst du einmal reagieren!“ – Abg. Stöhrmann: „Wenn das einer von uns sagt, wird eine Staatsaffäre daraus gemacht!“)

Am Wort ist der Herr Abgeordnete Kröpl.

Abg. Kröpl (16.46 Uhr): Sehr verehrte Damen und Herren, Herr Präsident, Herren Landesräte, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Auf der Zuschauertribüne sind ja leider weniger geworden, obwohl dieses Thema brisant ist. Aber, lieber Freund Straßberger, wenn du dich da herstellst und sagst, diese Diskussion ist letztklassig, dann muss ich dir ein paar Sachen dazu sagen. Du hast gesagt, es ist letztklassig, was wir hier geboten haben. Das kannst du nachlesen. Es ist fast eine Majestätsbeleidigung, wenn wir an die Frau Landeshauptmann eine Dringliche Anfrage stellen, das drückst du in deiner Art und Weise fast so aus. Unter der Gürtellinie warst du, wenn du uns als Altsozialisten bezeichnest, das ist wirklich tief, lieber Freund. Ich habe mir gedacht, diese Zeiten hätten auch ihr überwunden. Was ich immer wieder bemerke, ist diese Vergesslichkeit bei manchen ÖVP-Abgeordneten, ihr

habt wirklich vergessen, dass ihr in den letzten mehr als dreißig Jahren mit der SPÖ zusammen in einer Regierung gewesen seid und dass ihr dort auch sehr viel Verantwortung gehabt hättet, die ihr leider nicht wahrgenommen habt. Noch ein Wort zu den Abgeordneten von Niederösterreich, wenn du uns die SPÖ-Abgeordneten von dort vorhältst. Da darf ich dich auch fragen, hast du einmal gefragt, was die ÖVP-Abgeordneten dort sagen? Die lachen sich eines darüber, dass wir den Semmeringbasistunnel nicht kriegen.

Jetzt komme ich schon zu der Geschichte, warum ich heute überhaupt herausgegangen bin. Weil ich nämlich befürchte, dass es auch bei der Koralmbahn so passiert, dass – so wie in einer Zeitung geschrieben wurde – wir ein Begräbnis erster Klasse dort erfahren werden. Die Zeichen, die wir heute aufgezeigt bekommen haben, zeigen in diese Richtung, auch wenn der zuständige Herr Verkehrslandesrat jetzt nicht da ist. Er hat so groß geredet, dass so viele Millionen jetzt schon bereitgestellt sind, dass schon geplant wird und dass man dieses und jenes schon unternommen hat. Im Unterton hat er schon anklingen lassen, wir haben solche Schwierigkeiten, weil wir jetzt schon die Probleme bei den Grundstücksablösen haben und so weiter und so fort. Er sucht jetzt schon nach einem Ausstieg, damit er irgend jemand anderem den Peter zuspielen kann, in dem Fall will er uns einen blauen Peter unterjubeln.

Meine verehrte Damen und Herren, wenn diese Koralmbahn nicht kommt, wenn wir tatsächlich im Süden umfahren werden, wisst ihr, was das für unseren Wirtschaftsstandort Deutschlandsberg bedeutet? Ein weiteres Ausrinnen der Region, ein weiteres Sinken der wirtschaftlichen Faktoren und mehr Arbeitslosigkeit in einem Pendlerbezirk. Wenn man das nicht erkennt, dann sind wir, glaube ich, alle miteinander mit einem Brett vor den Augen verschalt. Es ist dringend notwendig, dass hier Initiativen gesetzt werden. Uns als Sozialdemokraten geht es um nichts anderes, als dass einfach mehr Druck ausgeübt wird. (Beifall bei der SPÖ.) Dass mehr Druck in Richtung Wien ausgeübt wird, dass man dort schaut, dass man sich ins Spiel bringt und nicht nur dabeisitzt, wenn das Fernsehen gerade vorbeischaute, dass man dort eine gute Figur macht, sondern dass man sich echt durchsetzt gegen die Freunde in Wien. Natürlich auch, dass man in Brüssel entsprechende Politik betreibt und nicht nur darauf wartet, was von Brüssel alleine kommen wird. Ich glaube, unsere Regierungsmitglieder und auch die Mitglieder der Landesregierung sollten nicht immer nur bemüht sein „every bodys darling“ zu sein, sondern man sollte schauen, dass man sich durchsetzt und etwas für die Bevölkerung in der Steiermark tut.

Ein Umfahren der Steiermark wäre eine Katastrophe für unser Land und ich appelliere wirklich an alle, die in diesem Landtag sitzen, nehmen Sie diese Diskussionen ernst, schauen wir, was wir daraus machen können. Noch ist es nicht zu spät, wenn wir gemeinsam handeln und an diese EU-Kommission herantreten und sagen, das ist ein dringendes Problem und wir brauchen diese Koralmbahn. Es ist für mich wirklich sehr interessant, wenn ich heute vom Herrn Landesrat Schöggel höre, wenn wir 60 Millionen für die Planung nicht bekommen, das ist ja fast nichts. Und auf der anderen Seite geht uns überall das Geld aus. Wir haben für nichts mehr ein Geld, überall heißt es, wenn man anklopft, da geht nichts und da geht nichts. Plötzlich spielen 60 Millionen, die wir von der EU kriegen könnten, keine Rolle? Auf der anderen Seite jammern gerade die Freiheitlichen immer, dass wir so viel nach Brüssel zahlen. Jetzt könnten wir wieder etwas zurückholen, aber das versäumen wir. Daher, liebe Freunde, noch einmal ein Appell an alle, die wir da sind, schauen wir, dass wir gemeinsam was erreichen. Ein Appell an die Frau Landeshauptmann, dass sie ihre Position dementsprechend ausnutzt und im Ausschuss der Regionen noch einmal versucht, dort ordentlich Gas zu geben. Und als Zweites noch, dass auch der Herr Landeshauptmann sich nicht zufrieden gibt mit dem, was Herr Bundesminister Gorbach sagt. Herr Minister Gorbach wäre sogar bereit, die ganze Geschichte mit der Koralmbahn wieder aufzuschnüren, nur weil von dem Verein GSV ein neuer Vorschlag zur Koralmbahn gekommen ist, dass wir die jetzt vielleicht doch durch den Radlpass bauen sollten und dann durch die Drauf nach Klagenfurt, und nicht durch die Koralm. Ja bitte, fangen wir vielleicht wieder mit der ganzen Planung von vorne an. Wenn der Herr Landesrat sagt, dass Unsicherheit nicht förderlich ist, dann soll er seinen Herrn Bundesminister vielleicht einmal dementsprechend prüfen, damit er auch weiß, wie weit sein Wissensstand bei der Koralmbahn ist. (Beifall bei der SPÖ. – 16.56 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (16.56 Uhr): Hohes Haus, sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine Herren Landesräte!

Ich habe mir die Schlussbemerkungen vom Herrn Landeshauptfraustellvertreter natürlich wie immer sehr zu Herzen genommen. Herr Landeshauptfraustellvertreter hat uns aufgefordert, mit dieser Desinformation aufzuhören. In diesem Sinne, Herr Landeshauptfraustellvertreter, darf ich Ihnen ein paar Vorschläge machen, mit Desinformation aufzuhören. Und zwar erstens, wenn Sie Ihre ganze Argumentation darauf aufbauen, dass Sie sagen, es geht eigentlich um gar nichts, wenn Sie konkret sagen, das ist nur eine innere Umgruppierung, was da in Brüssel passiert, das ist keine Revision, sondern das ist nur eine Überarbeitung der transeuropäischen Netze, dann ist das eine Desinformation, das ist nicht einmal die halbe Wahrheit. Wahr ist, dass man in Europa festgestellt hat, dass eben diese vielen Projekte dadurch, weil es zu viele waren, unkoordiniert realisiert wurden, dass man auch mit den wenigen Zuschüssen, die man gezahlt hat, nämlich so, wie Sie fälschlicherweise vor kurzem der Öffentlichkeit kundgetan haben, maximal 5 Prozent, dass man mit diesen geringen Zuschüssen die nötigen Effekte nicht erreichen konnte. Da ist man hergegangen und hat das jetzt konzentriert, auch finanziell. Das hat immer Auswirkungen, glauben Sie mir das. Das hat Auswirkungen, wenn es um Milliarden geht. Und hier geht es um Milliarden! Es werden jetzt 20 Prozent gezahlt, es werden jetzt nur mehr 20 Projekte in ganz Europa gefördert mit dem Ziel, konzentriert und in absehbarer Zeit das durchzuziehen. Unser Problem ist schlicht und

ergreifend das, dass das Projekte sind, die also die Umfahrung nicht Österreichs unbedingt, aber jedenfalls der Steiermark bedeuten, schlicht und ergreifend! Das heißt das! Und es heißt vor allem auch das und das ist der nächste Bereich der Desinformation. Es ist nicht so wichtig, wie im tieferen, im Landesinneren Ungarns dieser Korridor V weitergeführt wird und ob dort die Züge gestürzt werden oder nicht. Im Übrigen, Herr Kollege Straßberger, habe ich das richtig verstanden, Sie haben gesagt, ich hätte Fahrdienstleiter werden sollen oder können? (Abg. Wiedner: „Nein, gelernt haben Sie es!“) Ist das etwas Ehrenrühriges, Fahrdienstleiter? – Abg. Straßberger: „Nein!“ Nicht? Nein, ich wollte das nur hören. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.) Herr Landesrat Paierl hat mich einmal charmanterweise einen Hilfskellner genannt, das habe ich auch ohne weiteres akzeptieren können, weil ich so etwas schon gemacht habe. Das ist auch ein ehrenwerter Beruf. Es gibt keine dummen Berufe, es gibt nur dumme Menschen. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.) Das ist ein französisches Sprichwort, das ist nicht von mir.

In der Sache, es ist bereits genügend gesagt und ernst zu nehmen und alles andere als eine Desinformation von unserer Seite, dass der Korridor V auf ungarischer Seite weit hinein in das Land bereits finanziert ist. Es ist falsch, Herr Landeshauptfraustellvertreter, wenn Sie sagen, dass da noch keine Vorbereitungen getroffen sind für den Weiterbau, ab Zalalövö, wie dieses Dorf heißt.

Es ist das nicht nur in Vorbereitung, es sind die finanziellen Mittel bereitgestellt, das wird umgesetzt, und zwar Zug um Zug und weit bevor jemals der Semmeringbasistunnel fertig sein kann oder selbst auch der Koralm-tunnel. Das ist der Punkt.

Das Gleiche gilt – und das ist für die Steiermark halt nun einmal das Problem – von Wien über Sopron nach Süden zu diesem Korridor. Dort laufen die Arbeiten auch. Ich habe schon gesagt, im Jahr 2010 soll man dort mit 160 bis 200 km/h fahren können. Man ist dann in der gleichen Zeit in Marburg wie man über den Semmering in Bruck an der Mur ist. Mehr ist da nicht dazuzusagen. Das ist der Punkt.

Im Übrigen, es ist richtig, dass diese Strecke zwischen Murska Sobota und Zalalövö – jetzt komme ich wieder auf die Ebene eines Fahrdienstleiters – nicht elektrifiziert, sondern nur mit Diesel befahrbar ist. Nur, Herr Kollege Straßberger, ich verrate Ihnen ein Geheimnis, man kann heutzutage mit Dieselmotoren auch schon mit 200 km/h fahren. Was sagen Sie jetzt? Jetzt sagen Sie nichts mehr. (Abg. Straßberger: „Ist eh nichts Neues!“) Da schaut der Steirer.

Noch ein Stichwort: Der zitierte Vorwurf des Krankjammerns und der rein parteipolitischen Vorgangsweise. Ich habe schon die Industriellenvereinigung zitiert. Ich könnte Ihnen jetzt eine der jüngeren Ausgaben der Handelskammerzeitung zitieren, vor drei Wochen, die den Leitartikel aufgemacht haben mit genau diesem Thema, groß über mehrere Seiten. Ist das alles parteipolitische Organisation in der Körblergasse? Ist das alles Krankjammerei? Wenn ich mich nicht irre, ist dem nicht so.

Ich würde sogar umgekehrt behaupten, die Herrschaften sind einfach ein bisserl näher an der wirtschaftlichen Problematik. Die sehen die Welt nicht nur hinter der Windschutzscheibe eines Dienstaautos, wie die Macht-haber in diesem Lande, oder aus dem Fenster eines Flugzeugs. Und lachen Sie nicht, das ist mein Ernst. Der Mensch ist, wie er ist und er neigt nun einmal zu einer Perspektive. Und auch aus einer schiefen Perspektive kann manchmal etwas in einem rosa Licht erscheinen, wie wir wissen.

Zum Stichwort Durchhaltevermögen, wissen Sie, das dürfen Sie nicht uns da sagen im Landtag und nicht an uns appellieren mit dem Durchhaltevermögen, das müssen Sie der Wirtschaft sagen. Ich habe es schon betont. Das müssen Sie der Wirtschaft sagen, das müssen Sie den Arbeitnehmern sagen, sie sollen durchhalten. Die sind die Betroffenen, nicht die Abgeordneten des steirischen Landtages.

Noch eine Anmerkung zum Thema Generalverkehrsplan, weil der so begrüßt wurde. Es ist halt so, wie es ist, man kann die Zahlen jederzeit nachrechnen.

In diesem großartigen Generalverkehrsplan, in jenem Kapitel, das finanziell gesichert ist, das Paket 1 a, gehen 55 Prozent der Mittel nach Niederösterreich. In dem Generalverkehrsplan wird die Westbahn aus-finanziert. Das ist schon in Ordnung, dass man die fertig stellt. Da habe ich kein Problem damit. Nur, man soll das nicht auf Kosten der anderen Bahnverbindungen im Lande machen. Das ist das Problem, das ich habe.

Es ist auch hier und heute vom Herrn Landeshauptfraustellvertreter einmal mehr – ich wundere mich, wieso das immer passiert –, um sich zu verteidigen, darauf hingewiesen worden, dass die Pyhrnseilbahn in Oberösterreich liege. Jetzt bei meinen bescheidenen Geografiekenntnissen, Oberösterreich ist auch noch Teil der Republik Österreich, wie der Name schon sagt. Und ein österreichischer Generalverkehrsplan hätte doch in Gottes Namen genau diese Aufgabe gehabt, dass die Bahnverbindungen nicht jeweils an der Landesgrenze enden, sondern genau die landesüberschreitenden Stücke sichergestellt werden, was eben, wie der Herr Landeshauptfraustell-vertreter selber betont, leider nicht passiert ist.

Das heißt, es war kein Generalverkehrsplan, das war ein Stückerl Papier, wo sich die Landeshauptleute zu-sammengerauft haben und das hat man dann als solches verkauft.

Zum Abschluss, weil auch immer wieder betont wird, und nicht nur bei der Debatte, sondern immer wieder, das sei Krankjammerei, man würde das ganze Land schlecht machen und so weiter. (Abg. Straßberger: „Das tut ihr!“)

Sagen Sie mir, wie weit ich zurückgehen darf mit einer Kritik. Sie wissen, ich bin Abgeordneter der Opposition, ich werde dann und wann einfach einmal die Lust verspüren, auch etwas zu kritisieren, ich werde nicht nur in Frohlocketrufe ausbrechen – sind wir uns einig? Okay. Jetzt sagen Sie mir nur, wie weit ich zurück-gehen darf. Wenn das 24 Stunden sind und alles, was älter ist als 24 Stunden, dann sagen Sie mir das, wenn das Krankjammerei ist.

Um das abzuschließen, das ist eine ernste Sache, dafür gibt es bei Gott prominente Zeugen, hier geht es um sehr viel, hier geht es um den ganzen Standort. Wir sind nicht dabei, unseren Rückstand aufzuholen, sondern wir vergrößern ihn, und das in einer Situation, die wirtschaftlich prekär ist und das in einer Lage, wo wir eigentlich große Hoffnungen setzen können und müssen in die Erweiterung der Europäischen Union. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 17.06 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (17.06 Uhr): Herr Präsident, verehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, sehr verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ein bisserl habt ihr euch heute mit dieser Dringlichen Anfrage verkalkuliert. Es interessiert scheinbar nicht einmal mehr die Presse. Keine Kamera des ORF ist da, einzig und allein der Claus Albertani harrt noch aus. (Abg. Gennaro: „Es geht ja nicht um den ORF, uns geht es um die Sache!“ – Beifall bei der SPÖ.)

Ganz was Neues, was man da heute von euch erfährt. Dass es euch da um die Sache geht, das habe ich bei der Diskussion bis dato nicht feststellen können, weil im Endeffekt waren es wechselseitige Beschuldigungen, waren es persönliche Angriffe, aber wirklich um die Sache ist es in der Diskussion bis dato sicherlich nicht gegangen. Man wollte wieder einmal die Show aufziehen, ich verstehe das. Die Tagesordnung heute hat nicht weiß Gott wie viel hergegeben und da passt eine Dringliche vielleicht drauf, um die Zeitungen zumindestens einen Tag lang füllen zu können. (Abg. Schrittwieser: „Die Platte spielst du die ganze Zeit!“)

Lieber Siegi Schrittwieser, weil du von der gleichen Platte anfängst, danke, das gibt mir genau das Stichwort für meine nächste Einleitung.

Die Platte, die ihr heute aufgelegt habt, die Platte spielen wir schon zwei Jahre lang, seit Beginn der Periode spielen wir die gleiche Platte hier, ohne jede Neuerung, ohne neuen Antrag, ohne neue Ideen, aber es geht euch nur darum, dass wir diese Platte auflegen und spielen, und sonst gar nichts. (Abg. Gennaro: „Du musst die Platte einmal anhören!“) Ich höre sie eh an, aber sie ist manchmal nicht mehr zum Anhören, die Platte, die ihr da spielt. Sie ist furchtbar, diese Musik.

Am 8. April gab es im Ausschuss für Infrastruktur einen einstimmigen Beschluss. Ich darf ihn euch nur zeigen, ich lese ihn nicht vor, er ist zu lang. Es waren alle mit dabei. Bei der gleichen Sitzung im Landtag hat die SPÖ wieder gesagt, nein, das passt uns jetzt doch nicht, was wir am 8. April beschlossen haben, wir machen wieder einen eigenen Antrag. Der wurde natürlich abgelehnt, weil wir gesagt haben im Ausschuss, das kann es doch nicht sein. Gegen jegliche politische Vernunft wird gehandelt. Das ist ja wieder nicht nachvollziehbar.

Interessant ist auch heute der Antrag, der als Einleitung da ist. Da steht drinnen, auf der Seite 4 oben, etwas ganz Interessantes. „Die Haltung soll von Italien unterstützt werden. Von Slowenien soll als Priorität eingebracht worden sein. Angeblich wird das von Tschechien unterstützt.“ Also, Freunde, ihr bringt da Anträge ein, von denen ihr nicht einmal selber wisst, was wirklich dahintersteckt – es soll unterstützt sein, es könnte eingebracht werden und angeblich wird es auch noch von einem Land unterstützt.

Also bitte schön, seid euch einmal klar, um was es hier wirklich konkret geht, dann reden wir über das Thema weiter. Über das Thema GVP haben wir schon zig Diskussionen abgeführt. Herr Landeshauptmannstellvertreter hat aus seiner Sicht die sachliche Darstellung gebracht, wie es wirklich ausschaut, ihr wollt es nicht wissen. Es gibt meiner Meinung nach nur eine Speise, die durch Aufwärmen besser wird, das ist ein Gulasch. Das wird durch Aufwärmen besser, aber das Thema Verkehrspolitik wird nicht besser, wenn ihr glaubt, dass ihr es da jedes Mal aufwärmen könnt. Das bringt ja nichts, bitte. Und jenen Leuten, die in der Regierung sitzen und Verantwortung tragen, zu unterstellen, ihr macht ja nichts, fahrt nach Brüssel und tut etwas. Das kann es doch bitte wirklich nicht sein. Das ist im Endeffekt eine Verunsicherungspolitik. Das ist es und da könnt ihr sagen, was ihr wollt. Wenn die Grünen bitte, Herr Kollege Hagenauer, als Retter der steirischen Verkehrspolitik auftreten, dann werde ich skeptisch. Dann werde ich wirklich skeptisch, wenn die Grünen als Retter der steirischen Verkehrspolitik auftreten, Frau Klubobfrau. Eines ist natürlich auch der Fall, Herr Hagenauer sieht das immer sehr eindimensional. Er sieht seine Schiene (Abg. Hagenauer: „Das ist mein Hobby!“), in die ist er verliebt, das ist sein Hobby. Das gestehe ich Ihnen zu, in die Schiene sind Sie verliebt. Der Radweg ist auch noch sehr interessant für Sie, nur, alles andere interessiert Sie nicht. Wir haben sogar schon außer Streit gestellt, Herr Kollege Hagenauer, dass der GVP, Bereich Straße – und den muss man ja auch sehen – für die Steiermark sehr gut ist (Abg. Hagenauer: „Die Flugshow und ein Autorennen, das ist ein Hobby!“) und auch im Bereich Schiene. Es hilft nichts, die Diskussion bringt im Endeffekt nichts, Sie beharren auf dem, was Sie glauben, dass es richtig ist und hier sind die sachlichen und fachlichen Argumente, so schaut es aus. Das akzeptieren Sie nicht und da ist es dann schwer zu diskutieren mit Ihnen.

Über die Dinge, die in der Vergangenheit passiert sind, ist berichtet worden. In zwei, drei Jahren Verantwortung kann man nicht alles machen, was bis dato verschleppt wurde. (Unverständlicher Zwischenruf.) Das ist schon klar, das ist wieder ein alter Hut. Edlinger, der zitiert wurde, kennt ihr inzwischen nicht mehr. Er ist ja Rapid-Präsident und dort auch sehr erfolgreich in der Zwischenzeit. Aber irgendwo kommt mir das so vor, man fährt ein Auto, man fährt das Auto zu Schanden, übergibt es einem anderen und wundert sich, dass der damit nicht fahren kann. Ihr habt im Endeffekt die Verkehrspolitik der letzten Jahrzehnte runtergefahren, ihr habt die ASFINAG verschuldet bis zum Gehtnichtmehr. Das war ja schon der erste budgettechnische Trick, ausgliedern und verschulden bis zum Gehtnichtmehr und jetzt verlangt ihr von den Nachfolgern, jetzt macht alles das jetzt,

sofort oder bis morgen, was wir in der letzten Zeit versäumt haben, so ist das Kollege Prattes und da kannst du zehnmal mit dem Kopf hin und herschütteln. Das, was möglich ist, wird gemacht, Planung, Finanzierung stimmt überein. Und Kollege Kröpfl, ich verstehe – jetzt ist er ohnedies schon wieder gegangen, hat seinen Beitrag abgeliefert und ist wieder gegangen – deine Befürchtungen zur Koralmbahn nicht. Es liegt alles im Plan, es läuft alles plangemäß. Ich verstehe also das Schwarzmalen, in dem Fall das Rotmalen, sicherlich nicht. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Es ist aber gefährlich!“) Das ist gefährlich, ja, das ganze Schwarzmalen in diese Richtung. Es wird genau der Plan eingehalten in Sachen Koralmbahn und wir versuchen auch all jene Dinge einzuhalten, die in der Steiermark umsetzbar sind. Die Zweigleisigkeit Richtung Süden wird gemacht, ist machbar und wird gemacht. Der Semmeringbasistunnel – das wissen wir alle – ist nicht nur ein steirisches Problem, sondern das ist leider ein Problem, das über die Steiermark hinausgeht. Das, was in der Steiermark gemacht werden kann, wird gemacht. Wichtig ist – und da muss ich dem Kollegen Grabner Recht geben –, dass wir die Anschlüsse zumindest herstellen. Was wir wirklich machen können sind die Anschlüsse und die werden gemacht. Also, liebe Freunde, tun wir nicht immer nur krankjammern, wärmen wir nicht immer dieselbe Suppe auf, das macht die Sache auch nicht besser, sondern gehen wir arbeiten und schauen wir, dass wir etwas weiterbringen. (Beifall bei der FPÖ. – 17.14 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Schrittwieser.

(Abg. Bittmann: „Gott sei Dank, noch einmal!“ – Abg. Schrittwieser: „Ich weiß es ja, du hörst mich ja gerne!“)

Abg. Schrittwieser (17.14 Uhr): Meine Damen und Herren!

Weil der Kollege Wiedner gemeint hat, wir kennen uns nicht aus, weil wir sagen, es muss auch in dieser Frage, wenn es um neue Prioritäten in der EU geht, mit Slowenien, Ungarn, Tschechien, Ungarn, Italien und so weiter gesprochen werden. (Abg. Wiedner: „Sollte, könnte, müsste!“) Jawohl, jetzt sage ich dir etwas, Kollege Wiedner. Weißt du, wie die Prioritätenlisten wirklich zustande kommen? Das ist nicht alleine so, dass wir sagen, wir wollen das, sondern der Karel van Miert ist zu den Mitgliedsstaaten gegangen und hat die transeuropäischen Netze, die es da gibt, alle mit denen besprochen und da gibt es nicht ausschließlich alleine Landesinteressen, sondern er hat natürlich ausgelotet, wie sehen denn andere Mitgliedsstaaten das. Da geht es ja um Achsen. Wie sehen das andere Mitgliedsstaaten? Sollen wir mit dem Korridor V Österreich umfahren? Da haben wir eben ein Pech gehabt. Da haben einige, zum Beispiel Italien, Slowenien, Ungarn, eindeutig gegen die österreichischen Interessen votiert. Weil wir uns um die Meinungsbildung dieser Länder nicht gekümmert haben ist dann in dieser hochrangigen Kommission mehrheitlich der Eindruck entstanden, dass die Korridore so verlaufen sollen, wie sie jetzt laufen. Deswegen habe ich gemeint, dass man mit denen reden muss und die auch mit ins Boot kriegen muss. Das ist eben nicht passiert, tut mir Leid.

Und dann sage ich dir noch etwas zum Edlinger. Du sagst, wir kennen ihn nicht mehr. Wir kennen ihn gut und wir verstehen uns auch gut. Nur haben wir nie einen Unterschied gemacht, ob das Häupl oder ob das der Edlinger in Wien waren, wenn sie gegen die Interessen der Südbahn und des Semmerings aufgetreten sind, haben wir sie, im Gegensatz zu euch, öffentlich kritisiert und haben gesagt, kümmert euch um eure Dinge und wir um unsere und verhindert nicht irgend etwas, was wir zum Überleben der Regionen dringend brauchen. Das fehlt mir bei euch. Ihr stellt euch immer mit dem breiten Rücken vor eure Regierung, vor eure Parteien und sagt, das ist ohnedies alles super, obwohl in Wirklichkeit nichts davon für die Steiermark übrig bleibt. Da würde ich sagen, hüpf einmal über euren Schatten und sagt, Freunde, gehen wir es alle miteinander an, jetzt sind wir einmal dran! Weil wenn ihr noch ein paar Jahre weitermauert, dann werden wir weiter keine Chance haben und wenn ihr aufhört zu mauern für eure Bundesregierung, dann werden wir weiterkommen! (Beifall bei der SPÖ. –17.17 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zur Dringlichen Anfrage liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung des Entschließungsantrages der SPÖ und der Grünen. Wer dem Entschließungsantrag, betreffend transeuropäische Netze, die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Entschließungsantrag hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Damit fahren wir mit der Behandlung des Tagesordnungspunktes 18 fort. Als nächste Wortmeldung liegt mir die der Frau Abgeordneten Maragethe Gruber vor. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (17.18 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf zum Tagesordnungspunkt betreffend Gesundheitspark Ausseer Land kurz Stellung nehmen. Der Danksagungsorgie des Abgeordneten Köberl darf ich nur hinzufügen, dass es wirklich eine schöne, runde Angelegenheit ist und gratuliere dem Ausseer Land dafür, dass es mit diesem Gesundheitspark und dem Neubau des Landeskrankenhauses Bad Aussee in der Gesundheitsvorsorge in der Steiermark wirklich zu den Topregionen zählt, denn es gibt nur drei solche Zentren in ganz Österreich, die gefördert werden, drei Modellkliniken. Eine davon ist in Eggenburg, in Niederösterreich, eine in Spittal am Millstätter See und eine eben in Bad Aussee

mit 100 Betten. Der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger hat dem Ansuchen auch zugestimmt. Ich danke dem Spitallandesrat Mag. Erlitz für sein Bemühen – es war eine seiner ersten Tätigkeiten in seinem Regierungsamt – und ich gratuliere der Region, dass es gelungen ist, hier wirklich etwas sehr Schönes hervorzubringen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 17.19 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Halper. Ich erteile es ihr.

Abg. Halper 17.19 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Landesräte, wertere Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus!

Das Bekenntnis des Steiermärkischen Landtags zur psychosomatischen Klinik in Bad Aussee und die damit notwendigen Beschlüsse, die hier in diesem Steiermärkischen Landtag gefasst werden, sind ein Meilenstein im Hinblick auf die sozialtherapeutische und sozialmedizinische Arbeit in diesem Bundesland, wenn man davon ausgehen kann, dass bei einem Viertel der Erwachsenen in unserem Bundesland bereits jetzt schon psychosomatische Ursachen und Erkrankungen aufgetreten sind. Die Medizin in den letzten 200 Jahren hat sich hauptsächlich mit dem Körper beschäftigt und stößt nun an ihre Grenzen. Man musste immer wieder neue Wege beschreiten, um Körper und Geist vereinbaren zu können.

So ist es nicht verwunderlich, dass Angst- und Paniksyndrome, Essstörungen, funktionelle Beschwerden des Magen-Darm-Traktes, rheumatische Erkrankungen, Depressionen und vor allem auch Persönlichkeitsstörungen immer mehr im Steigen sind.

Die derzeitige Situation für Menschen, die an diesen Erkrankungen leiden beziehungsweise davon betroffen sind, ist eigentlich sehr düster. Leidet man an einer Depression, an einer Essstörung oder aber auch an Angst- oder Panikattacken, so hat man derzeit in Gesamtösterreich sehr wenig Chancen auf einen Therapieplatz. Diejenigen, die es sich finanziell leisten können, privat einen Psychotherapeuten oder eine Verhaltenstherapie zu finanzieren, haben die Chance dazu. Doch der breiten Masse wird der Zugang zu einer Therapie, die sich auch auf ein wirtschaftliches System in unserem Bundesland auswirkt, verweigert, da es noch immer keine Verträge zwischen dem Hauptverband und den Psychotherapeuten gibt.

So steht man in Österreich derzeit vor der Situation, dass man de facto nur drei Kliniken für psychosomatische Erkrankungen zu heutigen Tagen hat. Einerseits gibt es für die Steirer und Steirerinnen die Möglichkeit, nach Kärnten ins Zentrum für seelische Gesundheit zu gehen. Ein weiterer Faktor ist die Möglichkeit, einen Platz in Ybbs zu bekommen, wobei man sagen muss, dass das Krankenhaus Ybbs die Außenstelle der Baumgartner Höhe von Wien darstellt und es somit auch Aufnahmebeschränkungen für Steirer und Steirerinnen gibt, weil dort Wiener derzeit bevorzugt werden. Und die dritte Möglichkeit, die man derzeit noch hat, ist das Krankenhaus Rankweil in Vorarlberg. Die Wartezeiten sind lange und teilweise ist es ein Spießrutenlauf, in psychosozialen Zentren überhaupt Plätze für Betroffene aus unserem Bundesland derzeit zu bekommen.

Trotz der schwierigen Verhandlungen mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger ist es uns Gott sei Dank gelungen, einen Beschluss herbeiführen zu können, so dass nun endlich die psychosomatische Klinik in Bad Aussee gebaut wird. Die Klinik wird somit ab 2005 einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsförderung in der Steiermark leisten und vor allem den Betroffenen von Essstörungen, Depressionen, Persönlichkeitsstörungen oder anderen psychosomatischen Erkrankungen Hilfe in unserem Bundesland bieten. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.23 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Abgeordneter Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (17.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich weiß, die Tagesordnung ist weit fortgeschritten, aber erlauben Sie mir in aller gebotenen Kürze doch noch zu diesen drei Tagesordnungspunkten, insbesondere zum Tagesordnungspunkt 18, das Wort zu ergreifen, denn, wie Sie wissen, haben wir vor einiger Zeit einen Antrag eingebracht betreffend die Schaffung eines neuen Berufsbildes und einer neuen Ausbildungsordnung für Operationsgehilfinnen und Operationsgehilfen.

Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass ich sehr froh bin, dass wir ausgehend von der auf den Antrag folgenden Stellungnahme der Landesregierung über den Ausschussantrag, den wir im letzten Ausschuss dann gemeinsam formuliert und auch einstimmig abgestimmt haben, hier zu einer gemeinsamen Vorgangsweise gefunden haben und damit die Argumentation, die unserem Antrag zu entnehmen war, die Zustimmung aller Fraktionen hier findet, nämlich, dass die Tätigkeit von Operationsgehilfen von einfachen Hilfsdiensten bis hin zu qualifizierten Tätigkeiten und einer qualifizierten Mitarbeit reicht und daher einerseits mit dem bisherigen Ausbildungsumfang nur bedingt das Auslangen gefunden werden kann und man sich hier im Interesse der Qualität eine neue Ausbildungsordnung und auch eine quantitativ umfangreichere Ausbildung vorstellen kann.

Zum Zweiten, dass es darum geht, diese qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch mit einem entsprechenden Berufsbild und in der Folge damit auch mit dem nötigen Berufsschutz auszustatten, um sie nicht im Falle, dass sie eben die Beschäftigung verlieren, auf jeden beliebigen Arbeitsplatz verweisen zu können.

Ich darf bei dieser Gelegenheit auch Vertreterinnen des Berufsstandes im Publikum begrüßen und mich für das Interesse an der heutigen Debatte, die sich ein wenig zeitlich verzögert hat, bedanken.

Ich hoffe, dass wir mit der heute, wie ich wohl annehme, einstimmigen Beschlussfassung und der Aufforderung an die Bundesregierung, an die zuständigen Ministerien, hier tätig zu werden, einerseits diese Ausbildungsordnung zu schaffen und andererseits auch die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, ein entsprechendes Berufsbild vorzusehen, dass wir damit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Beruf jene Basis schaffen, die es ihnen unter ja nicht immer einfachen, sondern sehr stressigen und belastenden Bedingungen, aber zumindest von den rechtlichen Rahmenbedingungen sicherstellt, hier ihren Beruf entsprechend ausüben zu können.

Für Ihre Unterstützung dafür bedanke ich mich sehr herzlich und bin damit mit dieser Wortmeldung fertig. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 17.26 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, zu den Tagesordnungspunkt 16 bis inklusive 18 liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich komme daher zu den Abstimmungen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1344/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 865/4 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1069/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

19. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 959/1, der Abgeordneten Lafer, Wiedner und Dr. Bleckmann, betreffend Finanzierung der Unterrichtsbehelfe für sinnesbehinderte Kinder.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (17.27 Uhr): Ich darf berichten über den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zum Antrag mit der Einl.-Zahl 959/1, betreffend Finanzierung der Unterrichtsbehelfe für sinnesbehinderte Kinder.

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten hat in seinen Sitzungen am 10. September 2002 und 20. Mai 2003 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Von der Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder ist eine Stellungnahme dazu eingegangen, in der ausgeführt wird, dass sehbehinderte und blinde Kinder in der Steiermark in wohnortnahen Schulen integrativ beschult werden, dass durch ausgebildete Sehbehinderten- und BlindenlehrerInnen gestützt wird, dass Unterrichts- und Anschauungsmaterialien vom Odilieninstitut ausgeborgt werden.

Auch bei den hörgeschädigten Kindern wird berichtet, dass sie integrativ beschult werden und dass unterstützende Medien hilfreich sind.

Abschließend wird festgehalten, dass die personenbezogene Förderung in den Bezirken über die Behindertenbeihilfe, Sozialhilfefonds und Schulerhalter auf Grund des relativ geringen Anteils an sinnesbehinderten Kindern gut funktioniert.

In der Stellungnahme von Herrn Landesrat Dr. Kurt Flecker wird berichtet, dass zirka 200 Kinder mit Sehbehinderungen in der Steiermark betroffen sind, dass das Beratungszentrum im Odilieninstitut bereit und in der Lage wäre, ein diesbezügliches Konzept vorzulegen, was die Sehbehinderungen betrifft.

Bei den Hörbehinderten wird berichtet, dass pro Jahr fünf bis sieben Kinder als praktisch taub geboren werden und dass zwei solcher Verleihstellen sinnvoll wären, die auch Wartungs- und Schulungsarbeiten übernehmen müssten.

Mit der Erstellung des Konzeptes sollte das Förderzentrum des Landes gemeinsam mit dem Schwerhörigenbund, Landesstelle Steiermark und dem Landesverband der Gehörlosenvereine und das Odilieninstitut beauftragt werden. Eine Entscheidung über eine allfällige Realisierung kann erst nach Vorliegen der Kosten getroffen werden.

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 959/1, betreffend Finanzierung der Unterrichtsbehelfe für sinnesbehinderte Kinder, wird zur Kenntnis genommen. (17.30 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Eine Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 19 liegt nicht vor, ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die Einstimmigkeit fest und komme zum Tagesordnungspunkt

20. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 1282/1, der Abgeordneten Hammerl, Wicher, Tschernko und Hamedl, betreffend betreute Seniorenwohngemeinschaften und über den Antrag, Einl.-Zahl 674/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Ferstl, betreffend Alten-WG.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Gregor Hammerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammerl (17.31 Uhr): Zum Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten. Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten hat in seinen Sitzungen am 15. Jänner 2003, Einl.-Zahl 674/1, und am 6. Mai 2003, Einl.-Zahl 1282/1 und 674/1, über die obgenannten Anträge die Beratungen durchgeführt.

Der Antrag, Einl.-Zahl 1282/1, der Abgeordneten Hammerl, Wicher, Tschernko und Hamedl, betreffend betreute Seniorenwohngemeinschaften, wird damit begründet, dass diese Wohngemeinschaften derzeit im Pflegeheimgesetz keine Berücksichtigung finden. Da betreute Seniorenwohngemeinschaften den älteren und alten Menschen neben den erforderlichen Pflegeleistungen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, sollten Maßnahmen ergriffen werden, diese Form von Betreuung zu fördern.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 674/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Ferstl, betreffend Alten-WG, liegen Stellungnahmen der Landesregierung vor. Vom Ressort Landesrat Flecker wird berichtet, dass das Steiermärkische Pflegeheimgesetz für derartige Betreuungsformen beziehungsweise Wohnformen nicht anzuwenden ist. Finanzielle Förderungen können auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes erfolgen beziehungsweise indirekt durch Subventionierung der Träger mobiler Pflege beziehungsweise sonstiger ähnlicher Dienstleistungen.

Vom Ressort Landesrat Pörtl wird festgehalten, dass im Rahmen der Geschoßbauförderung eine Förderung für die Errichtung von Mietwohnungen oder eine Förderung für die Errichtung von Wohnheimen gemäß Paragraph 7 Steiermärkisches Wohnbauförderungsgesetz 1993 und der Durchführungsverordnung zum vorgenannten Gesetz möglich wäre. Derartige Förderungen dürfen gewährt werden für Gemeinden und Gemeindeverbände, Gemeinnützige Bauvereinigungen gemäß Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen, die nach Satzung, Stiftung oder sonstiger Verfassung und ihrer tatsächlichen Geschäftsführung ausschließlich und unmittelbar kirchlichen, gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen.

Daraus folgt, dass aus wohnbauförderungsrechtlicher Sicht die rechtlichen Voraussetzungen für die Förderungen von Alten-WGs grundsätzlich gegeben sind.

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zu den Anträgen, Einl.-Zahl 1282/1, der Abgeordneten Hammerl, Wicher, Tschernko und Hamedl, betreffend betreute Seniorenwohngemeinschaften und Einl.-Zahl 674/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Ferstl, betreffend Alten-WG, wird zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Die Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zur Förderung von betreuten Seniorenwohngemeinschaften zu ergreifen. Ich bitte um Beschlussfassung. (17.34 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bericht-erstat-ter Abgeordneter Hammerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammerl (17.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Herren Landesräte, meine geschätzten Damen und Herren!

Ich glaube und bin mir sicher, dass mit diesem Antrag ein erster Schritt für die Förderung von Formen be- treuten Wohnens in unserem Land gemacht werden kann. Keine Frage, weitere Formen dahin gehend müssen folgen. Die Sorge um alte Menschen muss in einer umfassenden Strategie erfolgen beziehungsweise wir müssen auch wissen, dass das in Zukunft auch ein Schwerpunkt wird. Ich weiß auch, dass es der letzte Tagesordnungs- punkt ist, bin mir aber sicher, dass es wichtig ist, diesem Punkt Gehör zu schenken.

Die Betreuung in der Familie oder Pflegeheime sind Elemente, die durch Formen betreuten Wohnens hier ergänzt werden müssen. Diese betreuten Wohngemeinschaften können für viele Pflegebedürftige die optimale Sorge bedeuten, da mit ihnen eine ausgezeichnet abgestimmte, von verschiedenen Seiten getragene Infra- struktur und die Einbindung in ein Gemeinschaftsnetzwerk, das die Abstimmung von Eigenverantwortung und Unterstützung erlaubt, gegeben ist. Mit solchen Formen betreuten Wohnens kann in Zukunft ein Mehrfaches er- reicht werden.

Ich möchte hier verschiedene Punkte aufzählen, und zwar die Eigenständigkeit und Eigenverantwortung soweit als möglich. In den Formen des betreuten Wohnens ist der eigene Bereich mit der Möglichkeit seiner Gestaltung in einem hohen Ausmaß gegeben. Soweit der Mensch fähig ist, kann er eigene Verantwortung für seine Lebensgestaltung tragen. Damit wird nicht nur seine Würde, sondern auch seine Eigeninitiative gefördert, womit auch eine Bekämpfung und Hinausschiebung problematischer Alterungsprozesse gegeben ist.

Zum Zweiten auch, Gemeinschaft mit gegenseitiger Unterstützung. Das Angebot der Gemeinschaft kann vermehrt eine gemeinschaftliche Begegnung und gemeinschaftliche Formen des Umgehens mit den Problemen des Alterns, zugleich aber auch einen Ausbau der positiven Seiten des Alterns gewährleisten. Die Tatsache, dass verschiedene Menschen mit verschiedenen Fähigkeiten und Gebrechen zusammenleben, ermöglicht in diesem Bereich gegenseitige Unterstützung. Der eine ist etwa mobil und kann Behördengänge erledigen, ein anderer kann dafür für Unterhaltung sorgen, wieder ein anderer besitzt pflegerische Fähigkeiten. Diese verschiedenen

Fähigkeiten können füreinander gehoben werden. Hier gibt es bereits Modelle in anderen Bundesländern, aber vor allem in Deutschland haben die Modelle betreutes Wohnen für diesen Bereich auch eine große Sicherheit.

Auch natürlich Vorhandensein professioneller Dienste. Für Seniorenwohngemeinschaften sind mobile medizinische und pflegerische Dienste leichter und effektiver zu organisieren. Wir wissen, wir haben in unserem Land derzeit keine Pflegekräfte. Ein Danke hier an Landesrat Flecker, der hier eine Initiative gesetzt hat, dass wir vielleicht weiterhin die Möglichkeit haben, dass wir in Zukunft pflegerische Berufe bekommen. Das ist ja ein Projekt mit Arbeitslosen. Ich bin sicher, dass gerade das den mobilen Diensten sehr helfen kann.

Auch die Koordination des Alltags durch Betreuerinnen und Betreuer. Personen, die die einzelnen Tätigkeiten aufeinander abstimmen, sind vorhanden und können für die optimale Abstimmung der einzelnen Schritte sorgen.

Einen ganz wichtigen Punkt, meine Damen und Herren, will ich aussprechen. Es ist wichtig, dass die baulichen Voraussetzungen in Zukunft gegeben sind, damit die Behinderungen, die oft mit dem Alter gegeben sind, in baulichen Maßnahmen abgefangen werden können. Auch hier gibt es bereits Projekte.

Ausbildung der Betreuerinnen und Betreuer. Im neuen Pflegeheimgesetz haben wir bereits unter anderem auch Modelle vorgestellt, wie wir es machen könnten. Im Bereich der Wohnungen können wir sagen, dass die Betreuung möglichst menschenwürdig und effektiv erfolgen kann und keine Frage, wir müssen in Zukunft auch das Personal zielführend ausbilden.

Jetzt kommt ein wichtiger Punkt beim betreuten Wohnen dazu, und zwar wir haben das im Pflegeheimgesetz und im Behindertengesetz: die Schaffung klarer rechtlicher Voraussetzungen. Damit Menschen in einer Situation des Angewiesenseins auf andere nicht übervorteilt werden, müssen klare rechtliche Richtlinien geschaffen werden, die in der Durchführung überprüft werden.

Eines ist wichtig, wir haben im Pflegeheimgesetz auch einen Mustermietvertrag österreichweit und auch in der Steiermark, da können wir stolz sein. Mustermietverträge oder Ombudsstellen müssen auch in diesem Element für Wohnungen auch öffentlich zugänglich sein.

Ein wichtiger Punkt, meine Damen und Herren, in betreuten Seniorenwohngemeinschaften zeigt sich damit eine wichtige Alternative zum Pflegeheim, besonders für noch rüstigere Seniorinnen und Senioren, die nur noch schwachen Familienanschluss haben und deren Partner vielleicht verstorben ist. Mit solchen Formen des Wohnens könnten auch in der Steiermark Pflegeplätze, die für die Bedürftigen gebraucht werden, eingespart werden. Damit ist nicht nur menschenwürdigere, weil die Fähigkeiten des Einzelnen verstärkt mit einbeziehende Form des Zusammenlebens möglich, sie kommt zudem der öffentlichen Hand noch billiger und stellt auch für die Gemeinden, die sich auf Grund wirtschaftlicher Überlegungen gegen den Bau eines Pflegeheimes entschieden haben, eine ideale Alternative dar. Und wenn wir heute mit den Herren, vor allem den Herren, die auch Bürgermeister sind, ins Gespräch kommen, dann wissen wir, was in Zukunft der Pflegeaufwand in ihrem Bereich als Bürgermeister ausmacht. (Präsident Ing. Kinsky: „Herr Abgeordneter, die Redezeit ist überschritten!“)

Ich denke nur daran und wiederhole es, dass die Stadt Graz im Bereich der Pflegebetreuung von 1999 bis heute um 524 Prozent höhere Kosten hat. Wie ich gestern gehört habe, wird die Stadt Graz auch die Kosten für die Geriatrie erhöhen müssen. Dem wollen wir entgegenwirken und ich bin sicher, meine Damen und Herren, dass wir mit dem Modell „Betreutes Wohnen“ hier im Land eine Zukunft setzen. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 17.40 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Petinger. Ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Petinger (17.40 Uhr): Werter Herr Präsident, ich werde versuchen, mich an die Redezeit zu halten. Sehr verehrte Mitglieder der Regierung, meine sehr verehrten Damen und Herren!

20. November 2001, die Abgeordneten Bleckmann und Ferstl haben einen Antrag eingebracht, worin die Landesregierung aufgefordert wird, die Realisierbarkeit von Alten-WGs nach dem Göttinger Vorbild zu prüfen und ein Pilotprojekt in die Wege zu leiten. Sie erwähnen, dass auf Grund der langjährigen Beobachtungen die Selbstorganisation für die Gesundheit, das Wohlbefinden und die gemeinsamen Aktivitäten unter den älteren Bewohnern enorm gewachsen ist. Unter anderem nehmen die Bewohner an Verantwortlichkeiten im Haus und rund um das Haus und vor allem in der nachbarschaftlichen gegenseitigen Unterstützung und Hilfe im täglichen Leben teil.

Herr Landesrat Hirschmann hat in seiner Beantwortung bekannt gegeben, dass eine Förderung nach dem Geschoßbau möglich ist.

Der Antrag der Abgeordneten Hammerl, Wicher, Tschernko und Hamedl vom 25. März 2003 ist ähnlich in der Beurteilung dieser Situation und auch in der Forderung. So meinen auch sie, dass Projekte dieser Art bereits in anderen Bundesländern sowie im europäischen Ausland durchgeführt werden und dass es vor allem in kleinen Strukturen möglich ist, von traditionellen Betreuungsformen abzugehen, um älteren und alten Menschen zu ermöglichen, ein selbstbestimmtes, normales Leben zu führen. Sie führen auch weiters aus, dass sich die betreuten Seniorengemeinschaften größtenteils selbst finanzieren und auch selbst tragen.

Gleichzeitig stellen sie aber auch einen Antrag, dass der Bau des Hauses mit Mitteln des Landes Steiermark aus der Wohnbauförderung finanziert werden soll. Kurioserweise ist das in der Beantwortung durch den Herrn Landesrat schon beantwortet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der ÖVP und FPÖ, warum so in die Ferne schweifen, nach Göttingen, in andere Bundesländer, in das europäische Ausland, wenn das Gute ganz nahe liegt? Und warum einen eigenen Antrag, um Maßnahmen zur Förderung von betreuten Seniorenwohnungen zu ergreifen, wenn diese Förderung bereits möglich ist?

Diese Bestrebungen, Wohnhäuser zu errichten, die den älteren Menschen die Möglichkeit bieten, unter großer Selbstorganisation sich die Eigenständigkeit zu erhalten, gibt es schon seit einigen Jahren auch in der Steiermark und sie funktionieren auch bestens. Ich lade Sie gerne ein, sich ein solches Seniorenwohnhaus zum Beispiel in Köflach oder in Maria Lankowitz oder auch in Seiersberg und bald auch in Ligist anzusehen und mit den Bewohnern dort zu reden. Auch gibt es bereits eine entsprechende Nacherhebung bei diesen Seniorenwohnhäusern, ob die Bewohner mit den Gegebenheiten zufrieden sind und ob dieser Versuch der Selbstorganisation auch angenommen wird und ob er auch funktioniert.

Ich darf Ihnen kurz einige Sätze aus dieser Nacherhebung vorlesen, ich werde Sie nicht sehr lange weiter strapazieren. In der Einleitung dieser Erhebung unter selbstständiges Wohnen fördern steht zum Beispiel: „Zielsetzung ist die Selbstständigkeit der Bewohner zu fördern beziehungsweise so lange wie möglich zu erhalten. Es gilt daher Maßnahmen zu finden, die beitragen, dass die Vorteile des selbstständigen Wohnens möglichst lang überwiegen. Wichtig ist daher, die Gemeinschaft unter den Bewohnern/Bewohnerinnen zu fördern und andererseits deren Unabhängigkeit zu bewahren.“ Oder zum Beispiel bei den Bedürfnissen von älteren Menschen, die zu erkennen sind. „Philosophie dieser Projekte ist, dass ältere Menschen so lange wie möglich ihre Unabhängigkeit bewahren und damit ihre Lebensqualität verbessern. Um dies zu ermöglichen, ist es notwendig, die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen zu kennen und in weiterer Folge die Erfüllung derselben gewährleisten zu können. Dies erfordert neben einer zentralen Lage und Eingebundensein in die Heimatgemeinde sowie einer altersgerechten Ausstattung der Wohneinheit auch Information über bereits bestehende Dienstleistungen in den einzelnen Gemeinden.“

Resümee dieser Befragung in diesen Wohnhäusern als abschließende Bemerkung. „Die Seniorenwohnhäuser werden den unterschiedlichen Bedürfnissen nach Sozialkontakten, Bewahrung der höchstmöglichen Unabhängigkeit im hohen Ausmaß gerecht und können dadurch den Gefühlen der Einsamkeit und den damit verbundenen Störungen des Gesamtbefindens erfolgreich entgegenwirken.“

Sie sehen, es gibt diese Einrichtungen in der Steiermark, aber in viel zu geringem Ausmaß.

In der Stadtgemeinde Köflach wurde ein Haus mit 33 Wohneinheiten errichtet. Es gibt aber bereits eine Warteliste von 50 Personen, die gerne in dieses Haus einziehen möchten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der ÖVP und der FPÖ, die Wohngemeinschaften müssen nicht gesondert gefördert werden, die funktionieren ohnehin, wie es in einer Selbstorganisation sein sollte. Eigentlich ist das Thema zu wichtig, um nicht offen und ehrlich damit umzugehen. Ironischerweise, meine Damen und Herren der ÖVP und der FPÖ, geben Sie sich die Antwort zur Lösung dieser Fragen in Ihren Anträgen selbst.

Wenn Sie wirklich helfen wollen und das, was Sie in Ihren Anträgen einfordern, auch umsetzen wollen, müssen Sie die erforderlichen Wohnbauförderungsmittel für diese Projekte freigeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bedarf für solche sozialen Einrichtungen und solche wichtigen Seniorenwohnhäuser ist im ausreichenden Ausmaß vorhanden. Aber man will eben, gegen oftmaliger Zeitungs-meldungen, das Geld für die Errichtung nicht zur Verfügung stellen. Ich darf Ihnen ein typisches und plausibles Beispiel dafür bringen.

Bei der vorgenannten Erhebung in den beiden Seniorenwohnhäusern hat sich eindeutig gezeigt, dass die Bewohner den Wunsch geäußert haben, dass sie im Fall des Eintrittes der absoluten Pflegebedürftigkeit in der Nähe ihrer Wohngemeinschaft gepflegt werden können. Auf Grund dieses verständlichen Wunsches wurde von einer gemeinnützigen Genossenschaft gemeinsam mit dem Land Steiermark ein solches Projekt entwickelt. Es handelt sich um das Seniorenzentrum in der Stadt Bärnbach mit 18 Seniorenwohnungen und 27 Pflegebetten. Es wurde darauf geachtet, dass es einen individuellen Bereich für die Senioren, welche sich selbst versorgen und organisieren können, gibt, aber auch die Möglichkeit vorhanden ist, Kontakte mit den pflegebedürftigen Personen aufzunehmen.

Genau die von Ihnen angesprochenen Solidaritätsressourcen können bei diesem Projekt verstärkt eingesetzt werden.

Es wurde im Jahr 2000 ein verordneter Architektenwettbewerb durchgeführt, der zweifellos zu einem qualitativ hochwertigen Projekt geführt hat. Alle Vorgaben, wie Baugenehmigung, Ausschreibung, Preisverhandlungen, Leistungsvergaben, wurden erledigt und die Beiratssitzung wurde ebenfalls positiv abgeschlossen. Somit fehlt nur der Beschluss der Landesregierung für die Freigabe der Wohnbauförderungsmittel. Es kam aber nie mehr zu diesem Formalbeschluss. Die Wohnbauförderungsmittel wurden drastisch gekürzt und das Projekt Bärnbach liegt auf Eis.

Ich bin gleich fertig, ein paar Sätze noch.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen versichern, dass es einige solcher Projekte in der Steiermark gibt, die umsetzungsfertig sind und die auch im Interesse einer sinnvollen Wohnungsnutzung durch und für ältere Personen umgesetzt werden sollten. Der Einsatz von öffentlichen Mitteln hat genau bei diesen Projekten mehrere positive Effekte und trägt unter anderem auch zur Senkung von Kosten im Pflegebereich bei.

Nochmals, es bedarf keiner großartigen Beschlüsse und Anträge im Landtag, es bedarf lediglich des ehrlichen und aufrichtigen Umsetzungswillens, um älteren Menschen, die sich nicht selbst versorgen möchten und können, zu helfen. Ich fordere deswegen, dass die dazu notwendigen Wohnbauförderungsmittel für diese Seniorenwohnhäuser so rasch als möglich freigegeben werden. (Präsident: „Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist erschöpft!“) Zwei Sätze noch, bitte, dann bin ich fertig.

Der Kollege hat sie auch überschritten, ich darf sie auch ein bisschen überschreiten. Ich bin in zwei Sätzen fertig. Es geht, glaube ich, um ein wichtiges Thema. Da brauchen wir nicht viel beschließen, wir brauchen nur sagen, die Wohnbauförderungsmittel geben wir frei. Dann erfüllen wir alle Wünsche der beiden Anträge, die sehr gut und sehr richtig sind. Also wird es nicht darauf ankommen, wenn ich da noch zwei Sätze habe, damit ich meine Rede auch ordnungsgemäß abschließen kann.

Ich fordere deswegen noch einmal, dass die dazu notwendigen Wohnbauförderungsmittel für diese Seniorenwohnhäuser so rasch als möglich freigegeben werden. Es könnten somit einige Projekte umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, die SPÖ-Fraktion befürwortet und unterstützt 100-prozentig diese Art der Wohnversorgung, die den älteren Mitbürgern die Möglichkeit der Eigenverantwortung bietet. Eigenverantwortung hat im hohen Ausmaß mit Selbstwertgefühl zu tun und genau das ist es, was wir unseren älteren Bewohnern und Mitbürgern geben müssen. Ich hoffe sehr und es liegt in der Hand des Herrn Landesrates Pörtl, dass er die Forderung der eigenen Fraktion und der Fraktion der FPÖ auch erfüllt. Ich hoffe wirklich, dass hier ein Umdenken stattfindet und dass die Wohnbauförderungsmittel auch wieder freigegeben werden. Ich danke für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 17.51 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (17.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werter Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte hier wirklich nur ganz kurz meiner Freude Ausdruck verleihen, nämlich dass die ÖVP sich unserer Idee angeschlossen hat und hier für eine Förderung des Landes für Wohngemeinschaften für ältere Menschen ein- und auftritt. Wie auch Herr Petinger schon gesagt hat, Modelle für diese Wohngemeinschaften gibt es. Wir haben das Modell Göttingen hier zum Vorbild genommen, es gibt auch sehr viele, die sehr gut funktionieren, allerdings alle nur auf Privatinitiative und wir sollten uns beziehungsweise der zuständige Landesrat sollte so schnell als möglich diese geforderten Maßnahmen zur Förderung ergreifen. Und wenn es auch schon private Initiativen gibt, so wissen wir, wie sich die Bevölkerung in der nächsten Zeit entwickeln wird und dass es für solche Einrichtungen in nächster Zukunft mehr Bedarf geben wird und dass es hier größeres Ausmaß braucht. Ich denke, wenn wir hier die Möglichkeit haben, für ältere Menschen in diesem Bereich etwas zu tun, wo sie wirklich selbstständig leben können unter Betreuung, dann sollten wir das in diesem Bereich auch tun. Wenn wir hier so einen Antrag beschließen und Förderungen schaffen, denke ich, dient das auch der Öffentlichkeit, nämlich indem man das Bewusstsein schafft, dass man, wenn man älter wird, nicht nur die Möglichkeit hat, in ein Heim zu gehen, sondern eben auch noch die Möglichkeit des betreuten Wohnens mit dem größtmöglichen Freiraum, den man sich zu diesem Zeitpunkt eben erhalten möchte, auch erhalten kann. Nur einen Satz dazu. Sie haben gesagt für ältere Menschen, die sich nicht selbst versorgen möchten. Da möchte ich nur dazusagen, ich denke, das sollte heißen „können“, weil wie wir alle wissen und auch von unserem Umfeld wissen, für ältere Menschen ist es das Schönste, zu Hause alt werden zu können. Wenn es eben zu Hause leider nicht mehr möglich ist, gibt es derzeit die Möglichkeit eines Heimes und mit diesem Beschluss eben auch Maßnahmen zur Förderung von Seniorenwohngemeinschaften. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 17.53 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Flecker.

Landesrat Dr. Flecker (17.53 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich will Sie nicht lange aufhalten. Sie wissen ja, die Regierer haben keine Redezeitbeschränkung, ich könnte mich jetzt kurz fassen mit einer Stunde, werde ich aber nicht tun. Ich halte die Idee für gut, keine Frage. Man könnte auch einmal an generationenübergreifende Modelle denken, die vielleicht auch etwas Charme hätten.

Ich will nur auf drei Probleme hinweisen. Problem Nummer eins: Es hängt davon ab, welche Grundausstattung, also welche Grunddienste ich generell einer solchen Alten-WG zukommen lasse. Wenn diese Grunddienste so sind, wie zum Beispiel die Diakonie so ein Modell hat. Wenn dadurch die Miete inklusive Bezahlung der Grunddienste, die bis zur Vollpension gehen, wenn Sie da in Höhen kommen, die die Leute von ihren Pensionen nicht mehr zahlen können, dann haben Sie die Folge, dass Sie dort wieder, wenn Sie gerecht sein wollen, Sozialhilfeunterstützung gewähren müssen. Dieses Problem ist das eigentliche, welche Grunddienste könnte ich dort vorschreiben, wie komme ich dort zu einem allgemein gültigen Modell. Wahrscheinlich geht es nicht, wahrscheinlich wächst so etwas idealtypisch zusammen.

Problem Nummer zwei: Wenn Sie dort schwere Pflegefälle haben und Sie sie mobil betreuen lassen, Herr Kollege Hammerl, wissen Sie, dass Sie in der Pflegestufe fünf ohne zusätzliche mobile Dienste nicht auskommen? Daraus resultierend sage ich Ihnen etwas, ich bin durchaus dafür, ich bitte das nur zu überlegen. Ich sage Ihnen etwas, wenn es so ist, dass wir so etwas sehr vehement fördern und dann nur mehr die Leute ab Pflegestufe fünf oder Pflegestufe sechs in die Pflegeheime gehen, dann haben wir das „Siechenheim“ wieder eingeführt. Ich glaube, wir müssen schon bedenken, dass auch das Pflegeheim eine Art neuer Wohnung sein soll und sein kann, dass wir den Menschen dort neue soziale Bindungen geben, dass wir nicht schauen – wir haben zum Teil dort Verweildauern von eineinhalb bis zwei Jahren und Sie wissen, was in dem Fall Verweildauer heißt. Also wenn wir wieder in das hineinkommen, dass wir dann nur mehr den letzten Schritt ins Pflegeheim hineingehen, dann ist das auch wieder eine sehr bedenkliche Entwicklung. Ich gebe das nur zu bedenken. Wir werden schauen, ob wir aus dieser Geschichte etwas Gescheites zusammenbringen. Danke fürs Zuhören! (Beifall bei der SPÖ. – 17.56 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky:

Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 20 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung des Landtages wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist beendet. (Ende der Sitzung: 17.57 Uhr.)

